

Traditionelle und moderne Strafgerichtsbarkeit in China

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Rechtswissenschaft der rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Albert-Ludwigs Universität in
Freiburg i.Br.

Vorgelegt von
Rainer Kloubert aus Freiburg i.Br.

Freiburg 1978

Traditionelle und moderne Strafgerichtsbarkeit
in China

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Rechtswissenschaft der rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Albert-Ludwigs Universität in
Freiburg i. Br.

Vorgelegt von
Rainer Kloubert aus Freiburg i. Br.

Freiburg 1978

Dekan: Professor Dr. Kroeschell

Referent: Professor Dr. Jescheck



Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist durch ein Forschungsstipendium der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. ermöglicht worden. Dem Direktor des Freiburger Instituts für internationales und ausländisches Strafrecht, Professor Dr. Jescheck, möchte ich an dieser Stelle für seine Unterstützung besonders danken. Professor Dr. Tjong, der Leiter der Sektion Ostasien am Freiburger Institut, war mir durch seinen über- großen Sachverstand und sein Verständnis des ostasiatischen Rechts bei der Abfassung der Arbeit selbst eine unentbehrliche Hilfe. Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Professoren K. Büniger, Bonn, für seine vielen kritischen Anmerkungen und Anregungen, und Su Jyon-hsyong, Taipei, der mir während meines Aufenthaltes an der National Taiwan University Gastrecht ge- währte und mir mit Rat und Tat zur Seite stand. Dies gilt auch für die Anwälte Paiff Huang, Fan kuang-chun, Tsai Ching-chieh und John C. Chen, alle aus Taipei, die für meine Fragen stets ein offenes Ohr hatten und mich an ihrer Arbeit in vielfältiger Weise teilnehmen ließen.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Einführung	4 - 6
1. Kapitel	
Die traditionelle Strafgerichtsbarkeit	7 - 51
1. Die örtlichen Justizbehörden	12 - 17
2. Die vorgesetzten Behörden auf Provinzebene	18 - 20
3. Die obersten Justizbehörden des Reiches	21 - 25
4. Das Verfahren vor den unteren Justizbehörden	26 - 39
5. Das Überprüfungsverfahren (shen chuan)	40 - 42
6. Das Rechtsmittelverfahren (shang k'ung)	43 - 46
7. Das Verfahren bei Kapitaldelikten	47 - 51
2. Kapitel	
Die ausländische Strafgerichtsbarkeit in China	52 - 59
3. Kapitel	
Die Strafgerichtsbarkeit in der Republik China	60 - 109
1. Die neuen Gerichte	63 - 75
2. Die übrigen Organe der Strafrechtspflege	76 - 87
3. Das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten	99 - 99
4. Das Verfahren in besonderen Fällen	100 - 109
4. Kapitel	
Die Strafgerichtsbarkeit in der Volksrepublik China	110 - 171
1. Die Polizei- und Sicherheitsorgane	114 - 130

	<u>Seite</u>
2. Die Volksstaatsanwaltschaften	131 - 139
3. Die Gerichtsorgane	140 - 171
Zusammenfassung	172 - 173
Literaturverzeichnis	174 - 180

Einführung

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Entwicklung der chinesischen Strafgerichtsbarkeit in den letzten hundert Jahren nachzuzeichnen. Die Phasen dieser in Etappen verlaufenden Entwicklung können etwa mit den Überschriften gekennzeichnet werden: traditionelle Gerichtsbarkeit, der Einbruch ausländischer Gerichte als Folge des Opiumkrieges, die Reform des Justizwesens in der Republik China und seine völlige Umgestaltung in der Volksrepublik. Die Darstellung dieser Entwicklungsphasen, die jeweils von wechselnden und stark unterschiedlichen politischen Faktoren beeinflusst wurden, steht im Vordergrund dieser Arbeit.

Ihr Zweck liegt jedoch nicht nur darin, die einzelnen Schritte dieses Prozesses in einem Rückblick noch einmal zu vergegenwärtigen. Bei aller gebotenen Kürze und Beschränkung sollte dem Leser doch ein genaueres Bild von der Strafgerichtsbarkeit jeder dieser verschiedenen, oft parallel zueinander verlaufenden Etappen vermittelt werden. Am leichtesten fiel dies naturgemäß für die Republik China, deren Gerichtsaufbau und Strafverfahren weitgehend Kopien der deutschen Vorbilder sind. Liest man hierzu etwa wissenschaftliche Veröffentlichungen aus Taiwan, kann man sich oft nicht des Eindrucks erwehren, daß hier bemüht, in vielen Fällen allzu bemüht versucht wird, dem deutschen Musterbeispiel in jeder Beziehung gerecht zu werden - ähnlich der Situation in Japan, dessen Rechtswesen auf weite Strecken ebenfalls nur eine Nachahmung des kontinental-europäischen Vorbilds ist. Dies gilt - überflüssig zu sagen - kaum für die Volksrepublik. Auch während der kurzen Zeit russisch-chinesischer Annäherung ging das kommunistische China immer eigene Wege. Im Vordergrund stand und steht hier die Anwendung marxistischer Theorien. Ausdruck hierfür ist die berühmt gewordene Massenlinie der Gerichtsarbeit, d.h. die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an den Aufgaben der Rechtsprechung.

Trotz aller grundlegenden Unterschiede zwischen der Volksrepublik und Taiwan wäre es jedoch falsch, Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Teilen Chinas totzuschweigen. Diese bestehen etwa in der gewichtigen Stellung der Polizei- und Sicherheitsorgane,

die mit richterlichen und quasi-richterlichen Befugnissen ausgerüstet sind. Auffallend ist weiter hüben wie drüben das Gewicht, das der außergerichtlichen Schlichtung auch kriminellen Unrechts zugemessen wird. Die Grenze hierfür liegt in Taiwan gewöhnlich bei Delikten, deren Strafe unter drei Jahren Gefängnis liegt. In der Volksrepublik richtet sich die Schranke nach der Klassenzugehörigkeit des Täters. Ist er Angehöriger der proletarischen Klasse, der durch Überredung und Überzeugung (shuo fu) wieder auf den rechten Weg gebracht werden kann, werden allenfalls informelle und erzieherische Sanktionen gegen ihn verhängt. Eine weitere, grundsätzliche Gemeinsamkeit der beiden Teile Chinas liegt in dem geringen Stellenwert von Recht und Gesetz, deren Geringachtung im übrigen auch schon eines der wichtigsten Kennzeichen der Vergangenheit war. Im Gegensatz zur westlichen Rechtskultur, wo dem Gesetz früher ein göttlicher Ursprung zugebilligt wurde, war ihm in der chinesischen Gesellschaft immer nur eine wesentlich profanere und prosaischere Aufgabe zugedacht: für einen Ausgleich zu sorgen, wenn alle anderen gesellschaftlichen Kräfte - Sitte, Brauchtum, Herkommen, Familie, Sippe oder Gemeinschaft - versagt hatten. Dementsprechend hat es in der langen Geschichte Chinas auch nie so etwas wie einen Juristenstand gegeben. Die Beschäftigung mit dem Gesetz war im Gegenteil eines ehrenhaften Mannes unwürdig; Bücher, die sich damit beschäftigten, waren verboten. Beamte, die zwangsläufig mit Aufgaben der Rechtsprechung betraut waren, wälzten diese Obliegenheit meistens auf private Sekretäre ab, die sie aus eigener Tasche bezahlten und die die unumgänglichen Arbeiten für sie ausführten. Das Vorurteil und die Voreingenommenheit gegenüber Juristen ist auch heute noch in Taiwan deutlich ausgeprägt. Anwälte haben nur eine relativ bescheidene soziale Stellung und begegnen oft Mißtrauen oder sogar Geringschätzung. Gibt man sich in Taiwan als Jurist zu erkennen, ist die erste Reaktion des Gegenübers ostentative Verblüffung und Erstaunen, daß man es nicht für unter seiner Würde hält, sich mit so unwichtigen Dingen zu beschäftigen. Die zweite Reaktion ist ebenfalls stereotyp: der Gesprächspartner spreizt die Hände und zählt in einem moralisierenden, belehrenden Ton, in den gebildete Chinesen gerne ver-

fallen, die Leitbilder und Ideale ab, nach denen sich das Leben auszurichten hat: Bindung und Ergebenheit gegenüber Freunden und nahestehenden Personen (kan ch'ing), auf Ausgleich bedachte Lebensweisheit und gesunder Menschenverstand (tao li) und erst danach die Befolgung von Recht und Gesetz (fa lü) als eines notwendigen, unvermeidlichen Übels.

1. Kapitel

Die traditionelle Strafgerichtsbarkeit¹⁾

Die wohl wichtigsten Regeln zur Strafgerichtsbarkeit der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911) waren enthalten in der Sammlung der " Gesetze und Verordnungen der Ch'ing-Dynastie " (Ta ch'ing lü li),

- 1) Die folgenden Werke enthalten jeweils eine abgeschlossene Darstellung der Strafgerichtsbarkeit der Ch'ing-Zeit: Ch'iu Han-p'ing, Li tai hsing fa chih (Abhandlungen zum Strafrecht der aufeinanderfolgenden Dynastien), Taipei, 1965; Fu Tsung-mao, Ch'ing chih lun wen chi (Gesammelte Abhandlungen zum Herrschaftssystem der Ch'ing-Dynastie), 2. Bde, Taipei, 1977; Lei Lu-ch'ing, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1972; Tai Yen-hui, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1971; Tao Hsi-sheng, Ch'ing tai chou hsien ya men hsing shih shen p'an chih tu chih cheng hsü (Strafrechtsordnung und Verfahrensregeln der Bezirks- und Distriktsyamen der Ch'ing-Dynastie), Taipei, 1972; Yang Hung-lieh, Chung kuo fa lü fa ta shih (Geschichte der Entwicklung des chinesischen Rechts), Taipei, 1967;

Ergänzend hierzu habe ich folgende Abhandlungen herangezogen: Bodde, D. and Morris, C., Law in Imperial China, Cambridge, Mass., 1962; Büniger, K., Über die bürokratische Organisation in Ostasien, in " Oriens Extremus ", Jhrg. 21, S. 141 - 158; Chang Chen Fu-mei, On Analogy in Ch'ing Law, in " Harvard Journal of Asiatic Studies ", Vol. 30, 1970; Chang Cin-chien, Chung kuo fa chih shih kai yao (Abriss der Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973; Chang So-tsung, Ching tai hsing fa yen chiu (Untersuchungen zum Strafrecht der Ch'ing-Dynastie), Taipei, 1974; Ch'en Ku-yüan, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973; Ch'ü T'ung-tsu, Local Government in China under the Ch'ing, Cambridge, Mass., 1962; Cohen, J.A., Chinese Mediation on the Eve of Modernisation, in " Journal of Asian and African Studies ", Vol. II, No. 1- 2, January and April 1967; Hsü Chao-yang, Chung kuo su sung fa su yüan (Ursprünge des chinesischen Verfahrensrechts), Taipei, 1973; Huang Pen-chi, Li tai chih kuan piao (Übersicht über die Beamtenschaft der aufeinanderfolgenden Dynastien), Erläuterungen hierzu von Chü T'ui-yüan, Taipei, 1975; Lin Yün-yung, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1976; Lo Chih-yüan, Chin tai chung kuo fa chih yen pien yen chiu (Untersuchungen zur Entwicklung der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973; Mayers, W.F., The Chinese Government, London, 1897 (Nachdruck, Taiwan), Shuzo Shiga, Shindai no shiho ni okeru Hanketsu no Seikaku - Hanketu no kakutei to yu kannen no Fusonzai (Die Natur richterlicher Entscheidungen im China der Ch'ing-Dynastie: Fehlen des Konzeptes der " res iudicata "), in " Hogaku kyokai Zasshi ", Bd. 91, Nr. 8, S. 47 - 96, Bd. 92, Nr. 1, S. 1 - 64, 1974 - 1975; ders., Criminal Procedure in the Ch'ing Dynasty, in " Memoirs of the Research Department of the Toyo Bunko ", No. 32, S. 1 - 45, No. 33, S. 115 - 138, 1974 - 1975; Van der Sprenkel, S., Legal Institutions in Manchu China, London, 1962.

den " Gesammelten Institutionen der Ch'ing-Dynastie " (Ta ch'ing hui tien) und den " Ausführungen zu den gesammelten Institutionen der Ch'ing-Dynastie " (Ta ch'ing hui tien shih li).

Vorbild für die Sammlung der Gesetze und Verordnungen war ein ähnliches Gesetzeswerk der Ming-Dynastie (1386 - 1644 n. Chr.). Die Kodifikation der Ch'ing-Dynastie wurde frühzeitig, bereits im Jahre 1646 in Angriff genommen. Ihren Abschluß fanden die Arbeiten jedoch erst im Jahre 1740. Von da an blieb der Kodex bis zum Ende der Ch'ing-Zeit im wesentlichen unverändert.²⁾

Die Sammlung war in mehrere Abschnitte untergliedert, von denen die wichtigsten Vorschriften über die Amtsführung von Beamten, zivile Rechtsvorschriften, Militärvorschriften und Strafvorschriften (hsing lü) zusammenfassten. Die für diese Untersuchung wichtigen Strafvorschriften waren auf folgende Unterabschnitte verteilt: räuberische Delikte, Totschlag, Körperverletzung, Beschimpfung und Beleidigung, Bestechung und Erpressung, Betrug, Sittlichkeitsdelikte, Ergreifung von Straftätern (pu wang), Anschuldigungen und Klagen vor Gericht (su sung), Verfahren vor Gericht und Verurteilung (tuan yü).

Jeder Unterabschnitt des Gesetzeswerkes enthielt eine bestimmte Anzahl von Gesetzen (lü) und eine unbestimmte Anzahl diese ergänzender Verordnungen (li).³⁾ Die meisten Gesetze stammten aus vorangegangenen Dynastien, ohne daß sich im Laufe der Jahrhunderte etwas an ihnen geändert hätte. Ein Teil von ihnen bestand aus längst überholten Bestimmungen, die nur aus Gründen der Pietät noch beibehalten wurden. An ihre Stelle rückten mit der Zeit sehr viel bestimmter und eindeutiger gefaßte Verordnungen. Diese waren entweder kaiserliche Edikte oder abschließende Urteile der höchsten Justizorgane des Reiches. Als bloße Ableger der Gesetze wurden sie erst in den Jahren 1723 - 1727 in die

- 2) Vgl. hierzu Bodde-Morris (s. Anm. 1), S. 52 ff. Das " Ta ch'ing lü li " ist bislang dreimal, wenn auch jeweils nicht vollständig, in westliche Sprachen übersetzt worden: ins englische durch George Thomas Staunton (1810) und ins Französische durch P.L.F. Philstre (1876) und Gui Boulais (1924). Vgl. zu diesen Übersetzungen Bodde-Morris, S. 73 ff.
- 3) Zu diesen Begriffen vgl. Bodde-Morris, S. 63 ff.

offizielle Gesetzessammlung mit aufgenommen. Um ihre Zahl von Anfang an möglichst gering zu halten, sollten sie in regelmäßigen Abständen durchgesehen und auf ihre praktische Bedeutung hin überprüft werden. Die ursprünglich für jedes dritte Jahr vorgesehenen Überarbeitungen fanden jedoch immer seltener statt. Die letzte Revision erfolgte im Jahre 1905, bei der noch einmal eine große Anzahl überflüssiger Verordnungen gestrichen wurde. Die Gesamtzahl der zu diesem Zeitpunkt im "Ta ch'ing lü li" enthaltenen Verordnungen belief sich jedoch immer noch auf 1 327.

Wichtige Vorschriften zur Strafgerichtsbarkeit waren ebenfalls in den Institutionen der Ch'ing-Dynastie enthalten. Die Institutionen erschienen zunächst im Jahre 1690 und wurden danach in den Jahren 1732, 1754, 1818 und 1899 jeweils überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.⁴⁾ In ihnen ist das Instrumentarium der Verwaltung des riesigen Reiches so beschrieben, wie es für jede seiner Behörden verbindlich war. Diese "lebendige Verfassung" des Kaiserreiches gibt unter anderem auch Aufschluß über das unmittelbare Verfahren vor den Justizbehörden.

Allen Vorschriften war gemeinsam, daß sie genau und kategorisch gefaßt waren und für eine selbständige Entschließung keinen Platz ließen. Der Beamte, an den sie sich als Dienstvorschriften richteten, war nur in Ausnahmefällen berechtigt, von seinem Ermessen Gebrauch zu machen. So gaben etwa die Strafvorschriften die Strafhöhe absolut an und ließen dem Richter keinen Spielraum, die Strafe den besonderen Umständen des Einzelfalles anzupassen.⁵⁾

Entscheidendes Merkmal der Rechtspflege war ihre Zugehörigkeit zur Verwaltung. Einen Unterschied zwischen einem Richter und einem Verwaltungsbeamten gab es nicht. Rechtsprechung beschränkte sich wie jede andere Verwaltung auf eine reine Gesetzesanwendung. Die Grundsätze des bürokratischen Entscheidungsverfahrens waren daher auch für die richterliche Tätigkeit eines Beamten

4) Vgl. Bedde-Morris, S.53, Anm. 4.
5) Vgl. Bünger (s. Anm. 1), S. 153.

maßgebend.⁶⁾ Zu diesen Grundsätzen gehörte vor allem das bürokratische Durchlaufverfahren von der Basis bis zur Spitze der Behörden.⁷⁾ Im Unterschied zu dem im Westen vorherrschenden Prinzip fiel die eigentliche Entscheidung hierbei nicht auf der obersten sondern auf den darunterliegenden Stufen. Die vorgesetzten Behörden hatten im wesentlichen nur die Aufgabe, zu dem unten gefaßten und dort begründeten Entscheidungsvorschlag Stellung zu nehmen. Weisungsbefugnisse besaßen sie dagegen nicht. Gegengewicht zu der hiermit verbundenen Machtfülle der Beamten an Ort und Stelle war ein System strenger Verantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung - nach K. Büniger das Leitmotiv des gesamten klassischen chinesischen Staatswesens.⁸⁾ Verankert war die Verantwortlichkeit und damit die Gesetzmäßigkeit in den zwingenden, Ermessen grundsätzlich ausschließenden Rechtsvorschriften und in einem System behördlicher Sanktionen und strenger Kontrollen.⁹⁾ Hierin und nicht in der Gewährung von Rechtsmitteln gegen Entscheidungen und Maßnahmen der Verwaltung und Justiz lag der eigentliche Schutz des Bürgers vor ungesetzlichen und willkürlichen Handlungen der Beamten. Verstieß ein Beamter gegen bindende Vorschriften (und andere gab es grundsätzlich nicht), trafen ihn und - was von entscheidender Wichtigkeit war - auch seine Vorgesetzten, die die Entscheidung gebilligt hatten, straf- oder disziplinarrechtliche Sanktionen, die nach dem Grad der Mitwirkung abgestuft waren. Der Staatsapparat selbst und nicht die Bevölkerung war aufgerufen, die Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung und die Gesetzmäßigkeit der Justiz zu kontrollieren, sicherzustellen und notfalls mit Sanktionen gegen jeden beteiligten Beamten zu erzwingen. Unvermeidliche Folge hiervon war, daß auch ein Strafverfahren mehr eine interne Angelegenheit der Behörden als eine Auseinandersetzung zwischen ihnen und dem Ange-

6) Die folgenden Ausführungen sind im wesentlichen eine Zusammenfassung der wichtigen und grundlegenden Abhandlung von K. Büniger über die bürokratische Organisation in China und Japan (s. Anm. 1).

7) Diese Wendung habe ich von K. Büniger, S. 149, übernommen.

8) Siehe Büniger, S. 147.

9) Wie Büniger, S. 148 f, festgestellt hat, findet sich ein durch strafrechtliche Sanktionen abgesichertes System strenger persönlicher Beamtenverantwortlichkeit auch in Schweden und Finnland. Auch dort sind die Beamten Weisungen Vorgesetzter nicht unterworfen; jede Pflichtverletzung begründet darüberhinaus die strafrechtliche Verantwortung des Beamten.

klagen war; dieser konnte sich daher nicht - wie im europäischen Rechtskreis - auf subjektive Abwehrrechte berufen, die in diesem System überflüssig waren. Eine Darstellung der Strafgerichtsbarkeit der Ch'ing-Zeit hat daher in jedem Fall zunächst mit der Verwaltung und Bürokratie dieser Zeit zu beginnen, in die als untrennbarer Bestandteil - wie mit einigen Abstrichen übrigens auch heute noch in der Volksrepublik - Rechtsprechung verwoben war.

1. Abschnitt

Die örtlichen Justizbehörden¹⁰⁾

Mittelpunkt der örtlichen Verwaltung war der "Yamen" des Distrikts (hsien) und des Bezirks (chou).¹¹⁾ An der Spitze dieser Ämter stand ein Distriktsvorsteher (chih hsien) oder ein Bezirksvorsteher (chih chou). Gemeinsam mit dem Vorsteher der unmittelbar übergeordneten Präfektur (fu) bildeten sie den Stamm der allgemeinen Verwaltungsbeamten einer Provinz. Die die paternalistische und familienorientierte Staatsverfassung widerspiegelnde Sammelbezeichnung für sie lautete "fu mu kuan", oder Beamte, die der Bevölkerung gegenüber die Stellung von Eltern haben.

Gewöhnlich rekrutierten sich diese auf der untersten Sprosse der Stufenleiter stehenden Verwaltungsbeamten aus der Reihe der erfolgreichen Kandidaten dreier aufeinanderfolgender Examen. Voraussetzung einer Anstellung als Distriktsvorsteher war das Bestehen einer in Peking für die Bewerber aus den verschiedenen Provinzen abgehaltenen Prüfung. Zugelassen zu dieser Prüfung wurden nur Absolventen der Provinzexamina, die sich einem Vorexamen gestellt und sich darin qualifiziert hatten. Geprüft wurde ausschließlich literarisches Wissen, das durch die Anfertigung von Essays über Themen aus den klassischen Büchern unter Beweis gestellt werden mußte.¹²⁾

Scharf von diesem Weg einer Beamtenkarriere zu unterscheiden war die Praxis, sich eine Amtsstelle durch Beziehungen zu verschaffen oder sich als Pfründe zu kaufen. Diese Praxis erfuhr gegen Ende der mehr und mehr zerfallenden Ch'ing-Dynastie eine immer größere Bedeutung und wurde schließlich zur Regel.¹³⁾

Die auf dem herkömmlichen, rigiden Prüfungsweg zu ihrer Anstellung gelangten Beamten genossen in einer Gesellschaft, die

10) Zu den untersten Behörden vgl. Tai Yen-hui (s. Anm. 1), S. 144, 145, 148; Lei Lu-ch'ing (s. Anm. 1), S. 606 f; Ch'en Ku-yüan (s. Anm. 1), S. 187; Shuzo Shiga, Criminal Procedure in the Ch'ing Dynasty, (s. Anm. 1), S. 6 ff, 40 ff.

11) Weitere untere Verwaltungsgebiete waren die Unter-Präfekturen (t'ing), die jedoch größere Bedeutung nicht besaßen. Sie wurden gewöhnlich in neu erschlossenen Grenzgebieten errichtet und standen unter der Leitung eines Hilfspräfekten (t'ung chih). Vgl. hierzu Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 6.

12) Zum Prüfungssystem vgl. Mayers (s. Anm. 1), S. 76 f.

13) Siehe zu dieser Praxis Mayers, S. 78, 125; vgl. hierzu auch Tao Hsi-sheng (s. Anm. 1), S. 6.

traditionellerweise Gelehrsamkeit, insbesondere konfuzianische Gelehrsamkeit am höchsten einschätzte, große Verehrung. Wissen und Geschick in der Handhabung von Verwaltung brachten sie jedoch selten mit, ein Grund mehr, weshalb sie zunächst auf die Hilfe von Untergebenen angewiesen waren, die über Verwaltungserfahrung verfügten und mit den örtlichen Sitten und Gebräuchen vertraut waren. Von dieser Regel gab es gegen Ende der Ch'ing-Dynastie als heilssame Folge der Korruption nur dann eine Ausnahme, wenn der zum Vorsteher eines Distrikts bestellte Beamte vorher als persönlicher Sekretär eines anderen Distriktsvorstehers Erfahrungen hatte sammeln können, und danach durch Protektion oder Kauf der Stelle an sein Amt gelangt war.¹⁴⁾

Neben seiner zumeist fehlenden Erfahrung erschwerte noch ein weiterer Umstand zunächst die Arbeit des Vorstehers. Er durfte nicht aus der gleichen Provinz stammen, in der das von ihm zu verwaltende Gebiet lag. Zu seiner mangelnden Erfahrung in Verwaltungs- und Rechtsprechungsangelegenheiten trat daher zwangs-¹⁵⁾ läufig noch fehlende Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen. Der Sinn dieser Vorschrift lag darin, eine einheitliche Verwaltung des riesigen Reiches sicherzustellen; weiter verfolgte sie wie das System gegenseitiger Kontrollen und gemeinsamer Haftung der Beamten den Zweck, die immer mehr zur Geißel des Staates werdende Korruption einzudämmen. Den gleichen Zweck, einen Beamten nicht zu ortsansässig werden zu lassen, trug die Praxis Rechnung, seine Dienstzeit in einem Distrikt oder Bezirk auf wenige Jahre zu beschränken.¹⁶⁾ Ob diese Vorschriften ihren Zweck erfüllt haben, scheint jedoch sehr zweifelhaft zu sein. Die Distanz des Vorstehers zur Bevölkerung machte ihn abhängig von Untergebenen, die sich in den örtlichen Verhältnissen auskannten. Auf Grund seiner Unkenntnis konnte der Vorsteher diese

14) Die mangelnde fachliche Qualifikation und die gewöhnlich hiermit Hand in Hand gehende Korruption wird von vielen chinesischen Autoren für den Niedergang des Justizwesens verantwortlich gemacht. Vgl. Tai Yen-hui, S. 148; Tao Hsi-sheng, S. 7.

15) Siehe Tao Hsi-sheng, S. 6.

16) Vgl. Bünger, S. 149 f.

nur sehr schwer überwachen; Erpressung und Bestechung verlagerten sich daher in der Regel nur auf eine andere Ebene.

Der gesamte Beamtenapparat war untergliedert in neun Rangstufen, die wiederum nach Haupt- und Nebenstufen unterteilt waren. Der Distriktsvorsteher besaß in der Regel die siebente, der Bezirksvorsteher die fünfte Rangstufe. Unmittelbar unter dem Distriktsvorsteher rangierte ein stellvertretender - oder Hilfsvorsteher (hsien ch'eng, für den Bezirk: chou t'ung oder chou p'an) der achten und damit vorletzten Rangstufe. In größeren Distrikten war es üblich, zusätzlich einen Unterdistriktsvorsteher (hsün chien) der neunten und letzten Rangstufe anzustellen, der nur für einen Teil des Distriktes zuständig war. Keine Rangstufe besaßen die Justizinspektoren (tien shih, für den Bezirk: li mu), die gleichwohl wichtige Aufgaben der Rechtspflege wahrnahmen.¹⁷⁾

Von allen diesen Beamten verfügte allein der Vorsteher über eigene amtliche Autorität. Nur er war berechtigt, amtliche Schritte einzuleiten und behördliche Weisungen zu erteilen.¹⁸⁾ Dafür trug jedoch nur er die Verantwortung für ihre Gesetzmäßigkeit. Klagen und Anschuldigungen konnten nur vor ihm erhoben werden. Eine Umgehung seiner Zuständigkeit (yüeh su) war, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, ausdrücklich unter Strafe gestellt.

Die Allzuständigkeit des Vorstehers hatte jedoch nicht in jedem Fall eine abschließende Strafgewalt zur Folge. Diese besaß er nur bei solchen Delikten, deren Strafen in Schlägen mit einem leichten Bambusstock (ch'ih), mit einem schweren Bambusstock (chang) oder im Tragen eines " Kangs " (chia) bestand. In allen anderen Fällen war er nur Untersuchungsrichter

¹⁷⁾ Zu den einzelnen Beamtenrängen siehe Mayers, S. 123 ff. Zum stellvertretenden Vorsteher vgl. Huang Pen-chi (s. Anm. 1), S. 278; Chü T'ui-yüan (s. Anm. 1), S. 61; zu den Justizinspektoren siehe Tao Hsi-sheng, S. 7.

¹⁸⁾ Hierzu Tao Hsi-sheng, S. 7, 9; vgl. weiter Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 40, der hervorhebt, daß in Notfällen von diesem Grundsatz abgewichen werden konnte.

oder Berichterstatter und traf nur eine vorläufige Entscheidung, der allerdings eine ausschlaggebende Bedeutung zukam.¹⁹⁾

Eine Ausnahme dieses Grundsatzes stellten die besonderen Befugnisse zur Bekämpfung des Banditen- und Rebellenunwesens dar. Diese gingen auf eine Bestimmung zurück, nach der zu Verbannung Verurteilte, die entflohen waren, an Ort und Stelle ihrer Ergreifung sofort hingerichtet werden konnten, wenn sie sich ihrer Festnahme mit Gewalt widersetzt hatten. Die Vorschrift wurde im Laufe der Zeit entsprechend auf andere Gewalttäter angewandt und war Vorläufer einer Vielzahl von Ausnahmebestimmungen, die alle zu einer Erweiterung der Zuständigkeiten des Distrikts- und Bezirksvorstehers führten. Gegen Ende der Ch'ing-Zeit konnten die örtlichen Verwaltungsbeamten in politisch instabilen und gefährdeten Gebieten Banditen, Räuber, Plünderer und Aufrührer " auf der Stelle " (chiu ti) hinrichten. Die Beamten brauchten hier erst nach vollzogener Hinrichtung ihren vorgesetzten Behörden Meldung zu erstatten.²⁰⁾

Da der Vorsteher als einziger verantwortlicher Beamte die vielfältigen und zahlreichen Aufgaben der Rechtspflege alleine nicht bewältigen konnte, stellte er bei seiner Amtseinführung gewöhnlich einen persönlichen Sekretär (mu yu oder shih ye) ein, den er aus seiner eigenen Tasche bezahlte. In vielen Fällen war dieser es, der auf Grund seiner Kenntnis der Gesetze und Verordnungen

19) Neben den Schlägen mit einem leichten oder schweren Bambusstock, dem Tragen eines Kangs, d.h. eines schweren hölzernen Kragens, der den Hals des Delinquenten umschloß, bestanden die Strafen aus zeitlich beschränkter Verbannung (t'u), gewöhnlich mit der Ableistung von Zwangsarbeit verbunden, zeitlich unbeschränkter Verbannung oder Deportation (liu), die bis zur Deportation in eine der entlegenen Grenzregionen der Mandchurei oder Sinkiangs (fa ch'ien) reichen konnte und aus der Todesstrafe (szu). Die letzteren Strafen wurden zusätzlich durch Stockschläge oder durch den Kang verschärft. Deportierte erhielten die Bezeichnung ihres Verbrechens und den Ort ihres Exils in ihr Gesicht eintätowiert. Vgl. hierzu Tao Hsi-sheng, S. 63 f, 79 ff; Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 17, Anm. 53; Rodde-Morris, S. 76 ff.
Zu den Grenzen der Strafgewalt des Vorstehers siehe Tai Yen-hui, S. 148; Lei Lu-ch'ing, S. 611; Tao Hsi-sheng, S. 30, 48 f. Von Stockschlägen konnte der Vorsteher auch dann Gebrauch machen, wenn er öffentliche Pflichten wie etwa die Bezahlung von Steuern oder Abgaben durchsetzen wollte; vgl. hierzu Shuzo Shiga, S. 5.

20) Vgl. hierzu Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 21; Tao Hsi-sheng, S. 67.

und vor allem seiner praktischen Erfahrung die Fäden der Rechtspflege in seiner Hand hielt. Eine amtliche Stellung hatte er im Widerspruch zu seinen tatsächlichen Befugnissen jedoch nicht. Wie der Vorsteher durfte auch er nicht aus der betreffenden Provinz selbst stammen. Auf Grund seiner einflußreichen Stellung, seiner notorischen und sprichwörtlichen Anfälligkeit gegenüber Korruption unterstand er der besonderen Aufsicht und Überwachung durch die vorgesetzten Behörden.²¹⁾

Im Gegensatz zum Vorsteher und dessen Sekretär stammten die Schreiber (shu li, shu pan oder hsü li) und Amtsdienere (chai yi oder ya yi) eines Yamens gewöhnlich aus dem gleichen Distrikt oder Bezirk.²²⁾ Die für die Strafrechtspflege wichtigsten dieser Ortskräfte, wie K. Bünge sie nennt,²³⁾ waren der Leichenbeschauer (wu tso), die Schergen (pu yi) und die Gefängnisaufseher (yü tsu).

Eine Rolle in der Strafrechtspflege spielten weiter die Rechtsbeistände (tai shu) und Prozeßagenten (sung shih oder sun kun).²⁴⁾ Ein Rechtsbeistand wurde erst nach einer besonderen Prüfung zugelassen und übte seine Tätigkeit als Beruf aus. Er verfaßte Schriftsätze für die Parteien, die er dann unter Angabe seines Namens dem Vorsteher vorlegte. Dieser hatte sie zurückzuweisen, wenn sich aus ihnen nicht der Name des Verfassers ergab, es jedoch offensichtlich war, daß sie nicht von der Partei selbst abgefaßt worden sein konnten. In einem solchen Fall hatte der

21) Zu den privaten Sekretären vgl. Tao Hsi-sheng, S. 10 (für die Distrikte) und S. 50 f (für die vorgesetzten Behörden, bei denen sie ebenfalls beschäftigt waren). Vgl. weiter Ch'ü T'ung-tsu (s. Anm. 1), Kap. 3 - 6.

22) Zu den Schreibern und Amtsdienern siehe Tai Yen-hui, S. 148; Tao Hsi-sheng, S. 8 f. Amtsdienere waren mit der Verhaftung von Straftätern, deren Vorführung, Bewachung von Gefängnissen etc. betraut. Die Anfälligkeit beider Personengruppen, der " Klauen und Zähne der Behörden " oder der " Ratten unter dem Altar " gegenüber Bestechung und Erpressung war sprichwörtlich. Vgl. hierzu auch Van der Sprenkel (s. Anm. 1), S. 50 ff. Zum Verhältnis zwischen den langansässigen lokalen Angestellten und den (ständig wechselnden) Beamten siehe Bünge, S. 150.

23) Siehe Bünge, S. 150.

24) Zu diesen außerhalb des Yamens stehenden Personen vgl. Tai Yen-hui, S. 159 f; Lei Lu-ch'ing, S. 60; Tao Hsi-sheng, S. 14 f. Bodde-Morris, S. 142, 189, vertritt anscheinend die Ansicht, daß es behördlich geduldete Rechtsvertreter nicht gegeben habe; dies widerspricht jedoch dem oben angegebenen Schrifttum.

Vorsteher den tatsächlichen Urheber ausfindig zu machen und ihn zu bestrafen. Ebenso machte sich ein Rechtsbeistand strafbar, wenn er sich nicht an die Tatsachen hielt, diese verharmloste, als schlimmer darstellte, als sie in Wirklichkeit waren, oder ein Strafverfahren erst provozierte.

Im Gegensatz zu einem Rechtsbeistand übte der Prozeßagent (sung shih oder sung kun) seine Tätigkeit heimlich und ver-
stohlen aus. Bei der Anfertigung von Schriftsätzen bediente er sich der Namen seiner Klienten. Er galt als jemand, der böswillig und eigennützig zu Rechtshandeln anstachelte, Tatsachen ver-
drehte und mit einer Partei zu erpresserischen oder betrügerischen Zwecken gemeinsame Sache machte. Die gegen diesen Personenkreis, der auf allen Stufen der Justizbürokratie vertreten war, be-
stehenden Strafandrohungen hatten in der Praxis allerdings wenig Wirkung, da die Unkenntnis der Bevölkerung auf dem Gebiet der Rechtspflege - wie die Gesetze nur eine Sache des Staates -, die immer mehr um sich greifende Korruption der Beamten und die Distanz der Behörden zur Bevölkerung ihr Vorhandensein einfach erzwang. Das sich gegen diesen Stand richtende Vorurteil hat sich jedoch bis in die Gegenwart erhalten. Selbst heute noch wird in Taiwan Anwälten (lü shih) mit Geringschätzung, mit-
unter auch mit kaum verhüllter Verachtung begegnet. In noch größerem Maße trifft dies für die Volksrepublik zu, in der den sog. Volksanwälten (jen min lü shih) nur eine kurz be-
messene Wirkungszeit beschieden war.²⁵⁾

25) Zur Rolle der Anwälte in der Volksrepublik siehe Leng Shao-
chuan, Justice in Communist China, New York, 1967, S. 127 ff.

2. Abschnitt

Die vorgesetzten Behörden auf Provinzebene²⁶⁾

Distrikt und Bezirk waren die beiden untersten örtlichen Verwaltungsgebiete. Auf nächsthöherer Ebene befand sich die Präfektur (fu), an deren Spitze ein Präfekt (chih fu) stand.²⁷⁾

Die Präfekturen waren gewöhnlich die größten Verwaltungsgebiete einer Provinz. Sie waren zuständig für die von Amts wegen in die Wege zu leitende Überprüfung und Weiterleitung (vorläufiger) Entscheidungen der Distrikts- und Bezirksvorsteher, Station des bürokratischen Durchlaufverfahrens und Zwischenglied in der Kette der Überprüfungen, die bis hinauf zu den höchsten Justizbehörden in Peking reichte.

Der Präfektur übergeordnet war der Kreisverband (tao) mit einem Intendanten (tao tai) der vierten Rangstufe an der Spitze. Den Kreisverband gab es in zwei Formen, als Gebietsverband und als Zweckverband, der für bestimmte sachliche und überörtliche Aufgaben zuständig war. Gebietsverbände spalteten sich wieder in Verbände auf, die für das Finanz- und Steuerwesen eines Kreises zuständig waren, und solchen, die in der Hauptsache für das Strafrechtswesen eines bestimmten Gebietes verantwortlich waren. Die ersten waren eine Untergliederung des Finanzkommissars (pu cheng shih ssu), der obersten zivilen Finanz-, Steuer- und Verwaltungsbehörde einer Provinz, die letzteren eine Untergliederung des Justizkommissars (an ch'a shih ssu), der oberste Justizbehörde einer Provinz war.²⁸⁾ Der Justizkommissar war als einzige Behörde innerhalb der Provinzverwaltung ausschließlich mit juristischen Fragen befaßt. Er

26) Zu den vorgesetzten Behörden vgl. Tai Yen-hui, S. 144 f, 148; Tao Hsi-sheng, S. 17 ff; Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 11 ff, 40 ff.

27) Zur Präfektur vgl. Huang Pen-chi, S. 296; Chü T'ui-yüan, S. 96 f. Neben den Präfekturen konnte es auf gleicher Ebene noch unabhängige Unter-Präfekturen (chih li t'ing) geben.

28) Zu den Kreisverbänden siehe Tao Hsi-sheng, S. 18 f; Huang Pen-chi, S. 262 f; Chü T'ui-yüan, S. 57 f, 60 f. Zu den beiden Provinzkommissaren, insbesondere zum Justizkommissar vgl. Shuzo Shiga, S. 43 f; Chü T'ui-yüan, S. 47 (zum Finanzkommissar), S. 107 (zum Justizkommissar); Mayers, S. 35 f; Bodde-Morris, S. 115.

führte als Wappen die Abbildung eines Einhorns (chai), eines Fabelwesens, von dem es hieß, daß es gute und böse Menschen unterscheiden könne, und das auch als Emblem des Zensorates (tu ch'a yüan) galt, dessen Untergliederung auf Provinzebene der Justizkommissar war.²⁹⁾

Das Schwerpunkt der Tätigkeit des Justizkommissars lag in der Überprüfung der auf unterer Ebene der Provinz getroffenen Entscheidungen und der Berichterstattung an den Gouverneur oder Generalgouverneur, die an der Spitze der Provinzverwaltung standen. Die Überprüfung durch den Justizkommissar schloß eine letzte Vernehmung des Angeklagten ein.

Der Gouverneur einer Provinz (hsün fu) war Beamter der zweiten Rangstufe. Zwischen ihm und einem Generalgouverneur (tsung tü) der ebenfalls der zweiten Rangstufe angehörte, bestand kein Über- oder Unterordnungsverhältnis. Der Generalgouverneur war vielmehr auch in den Fällen, in denen an der Spitze einer Provinz sowohl ein Gouverneur als auch ein Generalgouverneur stand, lediglich eine Art höhergestellter Kollege des Gouverneurs.³⁰⁾ Beide besaßen abschließende Strafgewalt in Fällen, in denen auf zeitlich beschränkte Verbannung zu erkennen war. Bei Totschlagsdelikten oder in Fällen, bei denen die Strafe auf Deportation (liu) oder Tod zu lauten hatte, konnten jedoch auch sie nur eine vorläufige Entscheidung treffen.

Die Entscheidungen des Gouverneurs beruhten in der Praxis auf den Vorschlägen des Justizkommissars. Wie auch sonst innerhalb der Beamtenhierarchie bestand auch zwischen ihnen kein unmittelbares Weisungsverhältnis. War der Justizkommissar etwa anderer Meinung, konnte er seinen Widerspruch dem Bericht des Gouverneurs

²⁹⁾ Siehe Tao Hsi-sheng, S. 20, 23.

³⁰⁾ Die Hauptaufgabe der Gouverneure und Generalgouverneure bestand in Berichterstattung und Beratung der Zentralregierung in Peking. Im Gegensatz zu den beiden Kommissaren, die Beamte der Provinzverwaltung waren, galten die Gouverneure als Beamte des Hofes, was ihrer Machtfülle innerhalb der Provinz Einbuße tat. Zu ihrer Stellung im Justizverfahren vgl. Tai Yen-hui, S. 149 f; Tao Hsi-sheng, S. 20 f. Zu ihrer Stellung innerhalb der Beamtenhierarchie vgl. Huang Pen-chi, S. 257; Chü T'ui-yüan, S. 60 f (zum Gouverneur), S. 194 (zum Generalgouverneur; Vgl. auch Mayers S. 33 f; Shuzo Shiga, S. 12 f.

an den Hof beifügen. Seine Stellung wurde weiter dadurch verstärkt, daß er dem Zensorat, der obersten Kontrollbehörde des Reiches, angehörte. Eine, wenn auch nur nominelle Beschränkung der Stellung des Justizkommissars lag allerdings wiederum darin, daß der Generalgouverneur über den Titel eines stellvertretenden Präsidenten des Zensorates (yu tu yü shih), der Gouverneur über den eines stellvertretenden Vizepräsidenten des Zensorates (yu fu tu yü shih) verfügte, auch wenn diese Titel nicht mit einer tatsächlichen Funktion verbunden waren.³¹⁾

³¹⁾ Zum Verhältnis zwischen Gouverneur und Justizkommissar siehe Tao Hsi-sheng, S. 20.

3. Abschnitt

Die obersten Justizbehörden des Reiches³²⁾

Die drei obersten zentralen Justizbehörden waren das Ministerium für Strafwesen (hsing pu), das bereits erwähnte Zensorat (tu ch'a yüan) und der oberste Kassationshof (ta li ssu). Weitere oberste Justizorgane waren die Versammlung der neun obersten Ministerien und Behörden des Landes (chiu ch'ing) und der gemeinsame Senat des Ministeriums für Strafwesen, des Zensorates und des obersten Kassationshofes (san fa ssu).

Unter ihnen gab es kein eigentliches Rangverhältnis, doch überschattete das Ministerium für Strafwesen gegen Ende der Dynastie mehr und mehr die anderen Behörden.³³⁾ Gemeinsam bildeten sie die vorletzte Stufe des bürokratischen Durchlaufverfahrens, das unten mit dem örtlichen Vorsteher begann und oben mit dem Kaiser endete. Ebenso wie die lokalen waren auch die zentralen Behörden weniger Rechtsprechungs- als vielmehr Rechtspflegeorgane, bürokratische Organisationen, die nicht nach eigenem Ermessen urteilten oder richteten, sondern Gesetze, oder besser Dienstvorschriften anwandten, verwalteten, bereits getroffene Entscheidungen überprüften, kontrollierten und abzeichneten. Der durch sie repräsentierte Instanzenzug war im übrigen nur einer der miteinander verschwisterten Institutionen, die sich im wesentlichen durch die gleiche Struktur auszeichneten. Wie etwa auf der einen Seite der örtliche Vorsteher auf der untersten Stufe der Beamtenhierarchie stand, so war er auf der anderen Seite Oberhaupt des ebenso hierarchisch aufgebauten Ortsyemens und hatte dort und in seinem Amtsbezirk die gleiche Stellung, die dem Kaiser für die Beamtenhierarchie und das ganze Reich zukam. Außerhalb der Behörden fand sich diese Ordnung in der Familie, der die gleiche paternalistische Struktur zugrundelag. Das traditionelle Familiensystem und sein Consensus-Denken³⁴⁾ war ebenfalls Vorbild der

32) Zu den obersten Justizbehörden siehe Tai Yen-hui, S. 144 f, 150; Tao Hsi-sheng, S. 23 ff; Lei Lu-ch'ing, S. 606; Fu Tsung-mao, S. 310 ff; Ch'iu Han-p'ing, S. 632; Shuzo Shiga (s. Anm. 10), S. 14 ff, 42 ff; Bodde-Morris, S. 116 ff.

33) Zur Bedeutung des Ministeriums siehe Lo Chih-yüan (s. Anm. 1) S. 387.

34) Den Ausdruck " Consensus-Denken " habe ich von K. Büniger, über die bürokratische Organisation in Ostasien, S.143, übernommen.

Kooperation zwischen den obersten Verwaltungs- und Justizbehörden des Reiches, die eng miteinander verbunden wie verschiedene Zweige derselben Familie zusammenwirkten. Gemeinsame Entscheidungsbildung, Verquickung der Funktionen und gegenseitige Verknüpfung unterschiedlicher Behörden (nicht notwendigerweise Justizbehörden) sollte später auch eines der entscheidendsten Merkmale des Justizsystems in der Volksrepublik werden. Den obersten Justizorganen der Ch'ing-Zeit lag im einzelnen folgender Aufbau zugrunde:

An der Spitze des Ministeriums für Strafwesen standen zwei Präsidenten (shang shu oder pu t'ang) der ersten Rangstufe, von denen einer Mandchu, der andere Chinese war. Unter ihnen befanden sich zwei erste Vizepräsidenten (tso shih lang oder pu yüan) und zwei zweite Vizepräsidenten (yu shih lang), von denen jeweils wiederum einer Mandchu, der andere Chinese war.³⁵⁾ Das Ministerium war in achtzehn Abteilungen unterteilt, von denen jede für eine der Provinzen zuständig war.

Das Ministerium, das die Funktionen eines Justizkommissars für das ganze Reich erfüllte, führte die Aufsicht über die Provinzbehörden (mit Ausnahme des Gouverneurs), überprüfte ihre Entscheidungen und setzte Strafen endgültig fest. In besonders wichtigen, von den Gouverneuren herangetragenen Fällen führte es auch eigene Ermittlungen durch. Formell waren Gouverneure dem Ministerium nicht untergeordnet; beide unterstanden vielmehr unmittelbar dem Kaiser; ein Gouverneur konnte jedoch Eingaben auf dem Gebiet der Strafrechtspflegenur auf dem Umweg über das Ministerium an den Kaiser leiten. Dieser tendierte bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Gouverneur und dem Ministerium gewöhnlich dahin, dem letzteren recht zu geben. Tatsächlich dürfte das Ministerium somit als eine übergeordnete Instanz fungiert haben.³⁶⁾

Strafen, die nur auf Deportation (liu) lauteten, durfte das

³⁵⁾ Zum Ministerium für Strafwesen vgl. Tao Hsi-sheng, S. 24 f; Huang Pen-chi, S. 64; Chü T'ui-yüan, S. 77 ff; Shuzo Shiga, S. 14, 42 f; Bodde-Morris, S. 122 ff.

³⁶⁾ Vgl. Tai Yen-hui, S. 182.

Ministerium endgültig festsetzen. Für Todesstrafen galt ein besonderes Verfahren, das die Mitwirkung der anderen obersten Justizbehörden und letztlich des Kaisers erforderte. Auf den Ablauf dieses Verfahrens werde ich in einem besonderen Kapitel ausführlicher eingehen.³⁷⁾ Für Straffälle, die sich in der Hauptstadt Peking zugetragen hatten, stellte das Ministerium nach dem Polizeimagistrat (ping ma ssu chih hui oder ssu kuan)³⁸⁾ und dem Generalkommandanten der Gendarmerie von Peking (pu chün t'ung ling oder chiu men t'i tu)³⁹⁾ die dritte Instanz dar. In dieser Eigenschaft konnte es Strafen, die auf vorübergehende Verbannung (t'u) lauteten, endgültig festsetzen.⁴⁰⁾

Die Spitze des Zensorates, das es in veränderter Gestalt sowohl in der Volksrepublik als auch in Taiwan gab oder noch gibt, setzte sich in ähnlicher Weise zusammen wie die des Ministeriums für Strafwesen.⁴¹⁾ Es wurde geleitet von zwei Präsidenten (tso tu yü shih oder tsung hsien) der ersten Rangstufe, von denen einer Mandchu, der andere Chinese war. In der Rangordnung folgten ihnen vier Vizepräsidenten (tso fu tu yü shih), wiederum jeweils zwei Mandchus und zwei Chinesen.

So wie die anderen Behörden Gesetze nur anwandten und ausführten, kontrollierte und überwachte das Zensorat die Gesetzmäßigkeit aller behördlichen Entscheidungen in Verwaltung und Justiz. Sein innerer Aufbau war ein Spiegelbild der Ministerialverwaltung in Peking. Es gab sechs Ämter, die dieselben Bezeichnungen trugen wie die entsprechenden Ministerien, über die die Ämter die Aufsicht führten. Die Überwachung der unteren, örtlichen Behörden lag in den Händen von Zensoren (yü shih oder tu lao yeh), die in den ihnen zugewiesenen Gebietskreisen (tao) regelmäßige Inspektionsreisen unternahmen. Stießen sie dabei auf Gesetzeswidrigkeiten, Willkür oder Mißstände, klagten sie die ver-

37) Vgl. unten, S. 47 ff.

38) Zum Polizeimagistrat siehe Huang Pen-chi, S. 102; Chü T'ui-yüan, S. 20.

39) Zum Generalkommandanten der Gendarmerie siehe Huang Pen-chi, S. 230; Chü T'ui-yüan, S. 141.

40) Siehe Tai Yen-hui, S. 150 f.

41) Zum Zensorat siehe Tai Yen-hui, S. 151; Tao Hsi-sheng, S. 25; Lei Lu-ch'ing, S. 608; Huang Pen-chi, S. 97; Chü T'ui-yüan, S. 45, 128 ff; Mayers, S. 23 f.

antwortlichen Beamten an und bestraften sie. Die umfassenden, übergreifenden Kontrollbefugnisse des Zensorates bedingten weiter seine Mitwirkung an den besonderen Verfahrensarten gegen zum Tode Verurteilte.

Auf diesem Gebiet lagen auch die eigentlichen Zuständigkeiten des sonst eher unbedeutenden und belanglosen obersten Kassationshofes.⁴²⁾ An seiner Spitze standen zwei Direktoren (ta li ssu ch'ing oder t'ing tse) der dritten Rangstufe, wiederum jeweils ein Mandchu und ein Chinese. Der Gerichtshof war unterteilt in Kammern oder Senate (tso yu ssu), die von Vorsitzenden (tso yu ssu ch'eng oder tso chi) der sechsten Rangstufe geleitet und mit Richtern (tso yu p'ing shih) der siebten Rangstufe besetzt waren. Der oberste Kassationshof verdient eigentlich nur deshalb Erwähnung, weil aus ihm im Jahre 1907 der erste nach westlichem Vorbild errichtete oberste Gerichtshof (ta li yüan) hervorging.⁴³⁾

Der oberste Kassationshof bildete zusammen mit dem Ministerium für Strafwesen und dem Zensorat den gemeinsamen Senat der drei obersten Gerichtshöfe (san fa ssu), der in den Anfangsjahren der Ch'ing-Dynastie noch eine Rolle bei den besonderen Verfahren gegen Kapitalverbrecher spielte.⁴⁴⁾ Von 1726 an wurde seine Funktion jedoch auf die Versammlung der neun obersten Ministerien und Behörden (chiu ch'ing) übertragen, die neben den sechs Ministerien aus dem Zensorat, dem obersten Kassationshof und dem Hofsekretariat (t'ung cheng ssu oder yin t'ai) bestand.⁴⁵⁾

Zusammenfassend läßt sich zu dieser nur kurz umrissenen Justizbürokratie sagen, daß in ihr nur zwei Instanzen ausschließlich oder so gut wie ausschließlich mit Rechtsprechungsangelegenheiten befaßt waren, nämlich der Justizkommissar und das Ministerium für Strafwesen. Aber auch ihre Arbeitsweise unterschied sich wenig von der anderer Verwaltungsorgane. Rechtsprechung war

42) Zum obersten Kassationshof siehe Tao Hsi-sheng, S. 26; Huang Pen-chi, S. 107; Chü T'ui-yüan, S. 12 f; Mayers, S. 25.

43) Vgl. Chan Heng-chü, Chung kuo chin tai fa chih shih (Geschichte der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973, S. 41.

44) Zum gemeinsamen Senat siehe Tao Hsi-sheng, S. 26.

45) Zur Rolle der Versammlung der neun obersten Ministerien und Behörden vgl. Tai Yen-hui, S. 184.

auch hier nur ein Ausschnitt aus der allgemeinen Staatsverwaltung. Wie Shuzo Shiga hervorhebt,⁴⁶⁾ war juristisches Wissen auch nie notwendige Voraussetzung für die Übertragung einer Amtstelle in einer dieser Behörden. Auf einen kurzen Nenner gebracht, läßt sich dieses System am ehesten wohl mit dem Fehlen eines Juristenstandes charakterisieren, ohne den etwa die europäische Rechtskultur nicht denkbar wäre. Justiz war eine Angelegenheit der Verwaltung und lag demgemäß in den Händen von Verwaltungsbeamten, die zwar Weisungen nicht unterworfen waren, dafür aber streng kontrolliert, reglementiert und diszipliniert wurden.

⁴⁶⁾ Shuzo Shiga, Criminal Procedure in the Ch'ing Dynasty (s. Anm. 1), S. 15.

4. Abschnitt

Das Verfahren vor den unteren Justizbehörden⁴⁷⁾

Der Spruch, daß es besser ist zu schlichten als zu richten, galt wohl nirgendwo mehr als im ländlichen, bäuerlichen, familienorientierten und paternalistischen China. Bevor das Opfer eines Verbrechens seine Zuflucht zum Vorsteher nahm, Klage erhob oder eine Anschuldigung vorbrachte, versuchte er oder seine Familie in aller Regel, sich auf andere Weise Genugtuung zu verschaffen. Familien- oder Sippenangehörige, Freunde, Nachbarn oder der Dorfälteste boten gewöhnlich ihre Vermittlung an, um einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. Eine Klage vor Gericht brachte demgegenüber nur noch weiteren Verdruß und zusätzliche Bitternis und Unerquicklichkeiten. Der Kläger mußte vor Gericht erscheinen - "auf dem Boden des Yamens kriechen", wie ein Ausdruck hierfür lautete -⁴⁸⁾ Auch sonst blieb ihm keine Demütigung erspart, besonders dann, wenn er zu den ärmeren Schichten der Bevölkerung gehörte; das Verfahren zog sich hin, sein Ausgang war ungewiß; Amtsdienner und Schreiber mußten bestochen und durch Geld oder Geschenke gewonnen werden; der Kläger und die Zeugen hatten oft weite Entfernungen zurückzulegen, um sich dann für unbestimmte Zeit am Sitz des Distriktsyamens aufzuhalten; die hiermit zwangsläufig einhergehende Unterbrechung der Arbeit konnte sich vor allem die Landbevölkerung oft gar nicht leisten. Den Ausschlag gab wie in vielen Fällen in China die vorherrschende fatalistische, stumpf gewordene Einstellung, daß es besser war, Unrecht zu erleiden als Unrecht zu tun - eine Einstellung, die auch heute mit all ihren Folgen in Taiwan und wohl auch in der Volksrepublik verbreitet ist. Lediglich bei schweren Verbrechen wie Raub oder Totschlag mußte der Gang zum Yamen angetreten werden. Schlossen die beteiligten Familien etwa bei einem Totschlag einen Vergleich, waren sie und die Mittelpersonen zu bestrafen, wenn der Vorsteher hiervon erfuhr und es nicht einfach vorzog, die Augen davor zu

47) Zum eigentlichen Verfahren vor den Ortbehörden siehe Tao Hsi-sheng, S. 30 - 54; vgl. weiter Tai Yen-hui, S. 161 - 181; Lei Lu-ch'ing, S. 619 ff; Fu Tsung-mao, S. 362 ff (mit Tao Hsi-sheng jedoch zum Teil gleichlautend).

48) Vgl. Shuzo Shiga, S. 135.

verschließen, was vielfach auch zur Tagesordnung gehörte.⁴⁹⁾

Eine Klage war gewöhnlich schriftlich einzureichen. Konnte der Kläger nicht schreiben, mußte er sich an einen Amtsschreiber oder Rechtsbeistand (tai shu) wenden. Bestimmte Personen konnten weder klagen noch angeklagt werden.⁵⁰⁾ So war eine Klage gegen Eltern, Großeltern, den Ehemann, Eltern oder Großeltern des Ehemannes oder andere ältere Verwandte verboten. Der Kläger machte sich in einem solchen Fall strafbar. Bei dem Beschuldigten war davon auszugehen, daß er sich selbst gestellt habe (tzu shou), was bei der Strafzumessung mildernd ins Gewicht fiel.⁵¹⁾ Bei Hochverrat und anderen schweren Verbrechen galt diese Regel jedoch nicht. Sklaven, Diener und andere Angehörige eines Haushaltes durften ebenfalls gegen das Oberhaupt der Familie oder dessen Verwandte keinen Strafantrag stellen. Ergriffenen Straftätern war dieses Recht deshalb verwehrt, weil bei ihnen in besonderem Maße die Gefahr einer falschen Anschuldigung (wu kao) bestand. Ältere Personen über achtzig Jahre, Kinder unter zehn Jahren, Frauen und hinfällige oder gebrechliche Personen konnten deshalb keine Klage erheben, da sie bei einer falschen Anschuldigung überhaupt nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße bestraft werden konnten. So konnten etwa Frauen nicht zur Verbannung oder Deportation verurteilt werden. Keine Geltung besaß dieses Verbot

49) Nicht selten gebot es einfach der gegenseitige Nutzen und Vorteil, selbst einen Totschlag durch Zahlung einer Abfindungssumme aus der Welt zu schaffen. Die Regel stellte dies in solchen Fällen dar, in denen etwa eine unglückliche Schwiegertochter von der Familie ihres Mannes in den Tod getrieben worden war - sprichwörtliches Schicksal nicht weniger Frauen. Das gleiche traf auch für solche Fälle zu, in denen ein Verfahren vor Gericht zwangsläufig auch zu einem Gesichtsverlust des Klägers führen mußte; nicht zur Ausnahme gehörte es schließlich, wenn Amtsdieners und Schreiber des Yamens erpresserisch einen Vergleich zwischen den beteiligten Familien herbeiführten. Vgl. hierzu Cohen (s. Anm. 1), S. 71; Van der Sprenkel, (s. Anm. 1), S. 122. Als Schranke vor den Behörden diente weiter das seit Jahrhunderten in China bestehende " pao chia " System, das den Zweck verfolgte, die einfache Bevölkerung besser kontrollieren und überwachen zu können. Zehn Familien bildeten danach ein " chia " und hundert Familien ein " pao ". Die Vorsteher dieser Familiengruppen waren für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb der Gemeinschaft verantwortlich. In kaum veränderter Form sollten diese Familiengruppen in der Volksrepublik als sog. Einwohnerschaftskomitees (chü min wei yüan hui) wiederkehren; vgl. unten, S. 126 f.

50) Vgl. hierzu Tai Yen-hui, S. 162; Lei Lu-ch'ing, S. 619 ff.

51) Zur Selbstanklage oder Selbstbezüglichung im traditionellen Recht siehe Tai Yen-hui, S. 122 ff.

allerdings bei Verbrechen gegen die Pietät und Sorgepflicht gegenüber den Eltern. In allen anderen Fällen mußte für diesen unmündigen Personenkreis ein Verwandter oder Angehöriger desselben Haushaltes auftreten, der für den Fall einer falschen Anschuldigung allerdings auch die strafrechtlichen Folgen selbst zu tragen hatte.

Diese Einschränkungen ergaben sich zum einen aus der überragenden, beherrschenden Rolle, die nach konfuzianischen Anschauungen der Familie und in ihr - paternalistische Strukturen wieder-
spiegelnd - dem männlichen Oberhaupt zukam. Consensus-Denken bildete die zweite Schranke. In einer Gesellschaft, deren Ideale Wohlverhalten, Friedfertigkeit, Sittlichkeit, Harmonie und Eintracht waren, führte bereits eine Klage zu einem nicht mehr wiedergutzumachenden Schaden. Ein Kläger galt von vornherein als Unruhestifter, der den Frieden der Gemeinschaft störte und den Vorsteher in einen schlechten Ruf bringen konnte. Ganz ausgeschlossen war es, einen Zwist innerhalb der Familie, der Quelle des chinesischen Volkes, vor den Vorsteher zu bringen.⁵²⁾

Grundsätzlich durfte nur der Vorsteher eines Distriktes oder Bezirks eine Klage entgegennehmen. War er durch äußere Umstände daran gehindert, hatte einer der ihm unterstellten Justizinspektoren, der stellvertretende Vorsteher oder der Unterdistriktsvorsteher diese Befugnis.⁵³⁾ Die Pflicht, eine Klage entgegenzunehmen, galt nicht zu jeder Zeit. Von Anfang des vierten Monats bis zum Ende des siebten Monats durfte die Bevölkerung wegen der in diese Zeit fallenden Erntearbeiten Bagatelldinge nicht vorbringen. Für schwerwiegende Delikte wie Raub oder Totschlag galt dieser Ausschluß jedoch nicht,⁵⁴⁾ auch dies Ausdruck des Prinzips, daß der Staat regelnd nur dann eingreift, wenn die Gemeinschaft selbst

52) Wie Bünge, S. 143, hervorhebt, führen japanische Gelehrte ebenfalls das auch in Japan verbreitete besonders geartete System der Entscheidungsbildung (das Ringi-Verfahren) auf die traditionellen Werte des Paternalismus und des Consensus-Denken zurück. Auch sonst dürfte die Vermutung nahe liegen, daß dieses oben (S. 9f) geschilderte Entscheidungsverfahren auf denselben Ursprung zurückgeht wie die vielfältigen, auch tatsächlichen Einschränkungen für eine Klage vor Gericht.

53) Vgl. Tai Yen-hui, S. 165; Tao Hsi-sheng, S. 28.

54) Siehe zu dieser zeitlichen Einschränkung Tai Yen-hui, S. 165; Tao Hsi-sheng, S. 28; Yang Hung-lieh, S. 924 f.

bedroht oder herausgefordert ist - eine Einstellung, die sich auch heute noch sowohl in Taiwan als auch in der Volksrepublik findet.

Auch darauf dürfte es zurückzuführen sein, daß Vorschriften zu Zwangsmaßnahmen wie Verhaftung, Durchsuchung, Beschlagnahme etc, in den Gesetzessammlungen nur sehr sporadisch auftauchen. Bestimmungen hierüber waren gewöhnlich nur Zusätze und Anmerkungen zu Strafvorschriften, bei denen der Vorsteher von sich aus die Täter verfolgen und zur Rechenschaft ziehen mußte - das sonst übliche Privatklageprinzip also nicht galt.⁵⁵⁾ Einige der wenigen Vorschriften zur Durchsuchung und Beschlagnahme (sou so, sou chien oder sou tsang) waren beispielsweise in den Strafvorschriften zu Raub enthalten. Sie konstatierten lediglich lapidar, daß bei der Wiederbeschaffung gestohlenen Gutes zwei sich gegenseitig überwachende Amtsdienere mit der Durchsuchung und Beschlagnahme beauftragt werden mußten. Diese Regel galt auch für andere Vermögensdelikte.⁵⁶⁾

Bei einem Einbruchsdiebstahl hatten die Amtsdienere den genauen Tathergang zu rekonstruieren. Sie mußten herausfinden, welchen Weg der Täter genommen hatte, ob Spuren einer Gewaltanwendung oder Beschädigung vorhanden waren, der Täter Werkzeuge zurückgelassen hatte, Zeugen etwas gesehen hatten oder jemand besonderen Verdacht erweckt hatte. Über das Ergebnis der Ermittlung hatten sie ein genaues Untersuchungsprotokoll anzufertigen, das in erster Linie allerdings zur Kontrolle der Amtsdienere selbst diente.

Unsystematisch und verstreut waren ebenfalls die Bestimmungen über die Festnahme (pu oder tai), für die gleichfalls die Amtsdienere zuständig waren. Erwähnenswert sind hier wegen ihres Sanktionscharakters und des hierin zum Ausdruck kommenden Systems der strengen Beamtenhaftung die Vorschriften über die Fristen, innerhalb derer ein Täter ergriffen werden mußte. Bei Totschlag oder Mord war etwa für seine Verhaftung ein Zeitraum von sechs

55) Zum Privatklageprinzip im traditionellen Recht siehe Shuzo Shiga, S. 115 f.

56) Siehe hierzu Lei Lu-ch'ing, S. 617; Tai Yen-hui, S. 165 f.

Monaten festgesetzt. Verstrich diese Frist ohne seine Ergreifung, wurden die Dienstbezüge des Vorstehers für ein Jahr einbehalten. Das fruchtlose Verstreichen weiterer Fristen konnte bis zu Rangverlust, Versetzung oder Entlassung des Beamten führen. Die unmittelbar mit der Festnahme beauftragten Amtsdienner wurden bei⁵⁷⁾ ergebnislosen Verstreichen der Frist mit Stockschlägen bestraft.

Ausführlichere Vorschriften galten für die Inhaftierung (shou chin oder ya chin). Die Art und Weise, in der Haft verhängt wurde, richtete sich nach der Person des Täters und der Schwere der ihm zur Last gelegten Tat. Es gab sie in einer verschärften Form, bei der der Häftling angekettet wurde (so shou) und in einer leichten Form, bei der der Beschuldigte nur in Gewahrsam zu halten war. (san shou). Die verschärfte Form der Haft, die gleichzeitig auch schon Strafe war, durfte nur bei Taten verhängt werden, auf die als Strafe mindestens Verbannung (t'u) stand. Frauen durften nur dann in Ketten gelegt werden, wenn sie Ehebruch oder ein anderes Verbrechen verübt hatten, auf dessen Begehung die Todesstrafe stand. In allen anderen Fällen gab es grundsätzlich nur die abgemilderte Form der Haft. Nur diese allein fand Anwendung auf Jugendliche, ältere Personen, Hinfällige und Gebrechliche.⁵⁸⁾

Bei weniger schwerwiegenden Delikten konnte der Täter Aussetzung des Vollzugs der Untersuchungshaft erreichen, wenn er einen Bürgen stellte. Als Bürgen kamen gewöhnlich örtliche Grund- oder Geschäftsbesitzer in Frage. Häftlinge, die vor oder während ihrer Unterbringung erkrankten, waren ebenfalls für die Dauer ihrer Krankheit auf freien Fuß zu setzen.⁵⁹⁾ Eine abgewandelte Form der Bürgschaft galt für Frauen. Wie bereits erwähnt, durften sie nur bei Kapitaldelikten inhaftiert werden. In allen anderen Fällen hatte der Vorsteher sie in die Obhut ihres Ehemannes, eines nahen Verwandten oder eines Nachbarn zu geben, die die Verantwortung für sie übernehmen mußten.⁶⁰⁾

57) Siehe hierzu Tai Yen-hui, S. 166; Tao Hsi-sheng, S. 40; Yang Hung-lieh, S. 920.

58) Zur Untersuchungshaft vgl. Tai Yen-hui, S. 168; Tao Hsi-sheng, S. 44 f; Lei Lu-ch'ing, S. 617 f.

59) Siehe hierzu Tai Yen-hui, S. 168.

60) Siehe Tai Yen-hui, S. 169; Yang Hung-lieh, S. 922.

Im Mittelpunkt des Verfahrens stand die Klärung des tatsächlichen Hergangs der Tat. Wichtigstes Ziel dabei war die Ablegung eines Geständnisses (chao jen) durch den Täter. Lag dieses vor, war das Verfahren beendet. Die rechtliche Würdigung war nur noch eine interne Angelegenheit der Behörden. Dem Eingeständnis des Täters waren alle anderen Beweismittel untergeordnet. Vernehmung des Beschuldigten, aber auch Zeugenaussagen und Augenschein verfolgten nur den Zweck, den Täter hierzu zu zwingen, ihm keine andere Wahl mehr zu lassen. Allerdings bestand nicht das unbedingte Gebot, daß eine Entscheidung - oder vorläufige Entscheidung - des Vorstehers sich in jedem Fall hierauf stützen mußte. Grundsätzlich konnte eine Verurteilung auch auf andere Beweise beruhen (etwa in solchen Fällen, in denen die Anwendung der Tortur verboten war). In der Praxis bildeten diese Fälle jedoch die große Ausnahme. Seinen Grund hatte dies nicht zuletzt in dem automatisch ablaufenden Überprüfungsprozeß, dem alle Entscheidungen von einiger Tragweite unterworfen waren. Lag ein Geständnis nicht vor, bestand einfach in größerem Maße die Gefahr einer Aufhebung der Entscheidung des Vorstehers. Seine Vorgesetzten konnten ihn in einem solchen Fall wegen " leichtfertiger Verurteilung " (ts'ao shuai ting an) disziplinarisch bestrafen.⁶¹⁾

Das Beweisverfahren begann mit der Vernehmung des Beklagten. Der Bedeutung dieses Verfahrensabschnittes und der Natur des sich anschließenden Überprüfungsverfahrens entsprechend gab es eingehende Vorschriften über seine Protokollierung. Die Amtsschreiber, die mit dieser Aufgabe betraut waren, fertigten zunächst ein vorläufiges Aussageprotokoll (kung chuang) an, das Grundlage des

61) Zur Rolle des Geständnisses, dessen Bedeutung durch eine Fülle an Ausdrücken, die seiner Bezeichnung dienten, wie tzu pai, tzu shih, tzu, ch'eng yin oder ch'eng, unterstrichen wird, vgl. Tai Yen-hui, S. 178, 180; Tao Hsi-sheng, S. 47; Hsü Chao-yang, S. 30 ff; Lei Lu-ch'ing, S. 623; siehe weiter Shuzo Shiga, S. 120 ff, der hervorhebt, daß eine Verurteilung in jedem Fall auf einem Geständnis basieren mußte. Diese Ansicht dürfte auch in Anbetracht der Tatsache, daß es detaillierte Vorschriften zu anderen Beweismitteln gab, zu weit gehen. Unbestritten spielte das Geständnis des Täters jedoch - wie im übrigen auch heute noch in Taiwan - die zentrale Rolle im Verfahren.

weiteren Verfahrens war und dem Beklagten immer wieder vorgehalten wurde. Erst wenn er gestand, fertigten die Schreiber ein abschließendes Protokoll (chao chuang) an, das beiden Parteien vorgelesen wurde und vom Täter zu unterzeichnen war.⁶²⁾

Nicht zur Vernehmung befugt war der Vorsteher bei höheren Beamten, Abgesandten des Hofes und anderen hochgestellten Personen. Der Vorsteher hatte hier nur einen Bericht abzufassen und im übrigen die Entschließung seiner vorgesetzten Behörde abzuwarten.

Weigerte sich der Angeklagte, ein Geständnis abzulegen, durfte der Vorsteher die Tortur anwenden. Diese beschränkte sich im wesentlichen auf Stockschläge und dem Anlegen der Fingerpresse (tsan chih) oder der Gelenk- und Knöchelpresse (chia kun). Die letztere durfte der Vorsteher nur bei Räubern oder Totschlägern anwenden, die bereits so gut wie überführt waren, weiter bei Angeklagten, die ein schon abgegebenes Geständnis widerrufen oder zurückgenommen hatten. Blieb der Täter bei seiner Darstellung, durfte die Knöchelpresse nur noch ein einziges weiteres Mal angelegt werden. Bei Frauen war ihr Gebrauch völlig untersagt. Verboten war die Anwendung der Tortur bei Personen, die der Vorsteher nicht vernehmen durfte, weiter bei alten Leuten über siebzig Jahren und Jugendlichen unter fünfzehn Jahren. Ein vorübergehendes Verbot galt bei Kranken für die Dauer ihrer Krankheit und bei schwangeren Frauen bis zu einem

62) Zur Vernehmung des Beklagten siehe Tai Yen-hui, S. 170 f; Chang So-tung, S. 53 ff. Zur Protokollierung seines Geständnisses vgl. Tai Yen-hui, S. 171; Lei Lu-ch'ing, S. 623; Tao Hsi-sheng, S. 46 f; Yang Hung-lieh, S. 925; Shuzo Shiga, S. 120 f.

63) Hierzu gehörten auch Angehörige des kaiserlich ausgezeichneten Personenkreises der " pa yi ": Mitglieder der kaiserlichen Familie (yi ch'in) oder deren Protegés (yi ku), militärische Befehlshaber, die sich große Verdienste erworben hatten (yi kung), Personen, die besonders vorbildhaft wegen ihres tugendhaften Lebenswandels (yi hsien), ihrer Tüchtigkeit (yi neng) oder ihrer Opferbereitschaft und Pflichterfüllung (yi ch'in) waren, weiter Beamte von der dritten Rangstufe an (yi kuei) und Abgesandte auswärtiger Länder (yi ping). Vgl. hierzu Chang So-tung, S. 53 ff; Bodde-Morris, S. 34 f.

Zeitraum von hundert Tagen nach ihrer Niederkunft.⁶⁴⁾

Neben dem freiwillig abgelegten oder durch die Folter erzwungenen Geständnis kamen als weitere Beweismittel die Vernehmung von Zeugen und die Vornahme von Augenschein in Betracht. Bei der Vernehmung von Zeugen (cheng jen) hatte der Vorsteher jedoch bestimmte Einschränkungen zu beachten: Angehörige des Angeklagten und Personen, die in einem persönlichen Verhältnis zu ihm standen oder gestanden hatten, durfte er wegen einer möglicherweise von ihnen ausgehenden (straflosen) Begünstigung als Zeugen nicht verhören. Aus anderen Gründen galt dies auch für ältere Personen über achtzig, Kinder unter zehn Jahren, Hinfällige und Gebrechliche, gegen die eine Strafe (wegen falscher Anschuldigung) nicht verhängt werden durfte. Zeugen hatten ihre Aussage in einer Art eidesstattlicher Versicherung (kan chieh) zu bekräftigen, die für den Fall einer Falschaussage ihre Strafbarkeit begründete. Personen, die wissentlich falsch ausagten, machten sich wegen falscher Anschuldigung (wu kao) strafbar. Ihre Strafe erhöhte sich, wenn sie von dem Angeklagten oder seinen Angehörigen bestochen worden waren.⁶⁵⁾

Ausführliche Vorschriften galten ebenso für die Durchführung des Augenscheins (k'an yen).⁶⁶⁾ Eine klare Grenze zu anderen Beweismitteln wie Vernehmung des Beklagten oder eines Zeugen war jedoch nicht gezogen. Die Vorschriften hierzu umfassten Tatortbesichtigungen bei Vermögensdelikten wie Raub oder Einbruchdiebstahl, Untersuchungen von Verletzungsfolgen und Leichen-schau bei Totschlagsdelikten. In den beiden zuletzt genannten Fällen ging der Beweis durch Augenschein in einen Sachverständigenbeweis durch den amtlich bestellten Leichenbeschauer (wu tso) über. Bei Körperverletzungsdelikten richtete sich die Untersuchung nach der Schwere der Verletzung. War sie nur leicht,

64) Zur Tortur vgl. Tai Yen-hui, S. 171 f; Tao Hsi-sheng, S. 24 ff; Hsü Chao-yang, S. 30 ff; Ch'en Ku-yüan, S. 254 ff, insbes. S. 258; Yang Hung-lieh, S. 921, 922.

65) Zur Zeugenvernehmung siehe Tai Yen-hui, S. 173 f; Lei Lu-ch'ing, S. 618. Zur (straflosen) Begünstigung durch Angehörige und Freunde vgl. Tai Yen-hui, S. 131 f.

66) Vgl. hierzu Tai Yen-hui, S. 164 ff; Lei Lu-ch'ing, S. 619; Tao Hsi-sheng, S. 37 ff.

mußte der Verletzte selbst zu einer Untersuchung in den Yamen kommen; war die Wunde schwer, wurde sie an Ort und Stelle in Augenschein genommen. Konnte nicht ausgeschlossen werden, daß sie möglicherweise noch den Tod des Opfers herbeiführte, schloß sich dem Augenschein und der Untersuchung noch ein weiteres Verfahren an: der Verletzte war auf Geheiß des Vorstehers in die Obhut der Familie des Täters zu bringen. Starb er dort innerhalb einer vom Vorsteher bestimmten Frist, galt die Tat als Totschlag.⁶⁷⁾

Grundsätzlich war der Vorsteher verpflichtet, alle Untersuchungen höchstpersönlich zu leiten und zu beaufsichtigen- auch dies Ausdruck des Prinzips seiner strengen Verantwortlichkeit für alle in seinem Yamen ergehenden Entscheidungen. Stand er allerdings an der Spitze eines größeren Distrikts oder Bezirks, konnte er Untersuchung und Augenschein auch einem Vertreter überlassen. Die Bestimmung einer Zeitspanne zur Entscheidung der Frage, ob eine Verletzung ursächlich für den Tod des Opfers gewesen sein konnte, hatte er jedoch wegen der damit verbundenen Folgen in jedem Fall selbst zu treffen. In gleicher Weise konnte er nicht umhin, die Ermittlung bei einem Totschlag oder Mord höchstpersönlich zu führen. Er war in einem solchen Fall verpflichtet, sich mit einem Leichenbeschauer, einem Schreiber und zwei Amtsdienern selbst an den Tatort zu begeben (mehr Begleiter mitzunehmen, war ihm aus Gründen der notorischen Anfälligkeit von Amtsdienern gegenüber Korruption nicht erlaubt). Am Ort des Geschehens hatte er zunächst die Verwandten des Toten, Zeugen und Verdächtige eingehend zu verhören. Ihre Aussagen hatte der Schreiber genau zu protokollieren. Erst danach durfte er den Leichenbeschauer anweisen, die Leiche zu untersuchen und die Todesursache festzustellen.⁶⁸⁾ Um die Gefühle der Angehörigen zu schonen, durfte diese Untersuchung nur einmal vorgenommen werden.

67) Zu dieser sog. "pao ku hsien" Beweisregel siehe Tai Yen-hui, S. 53 ff, 176.

68) Die Untersuchung durch den Leichenbeschauer richtete sich nach einem jahrhundertealten, detaillierten Anleitungswerk, dem "Hsi yüan lu". Dieses um 1240 n. Chr. entstandene Werk liegt in einer westlichen Übersetzung vor. Vgl. Giles, H.A., tr., The "Hsi yüan lu" or Instructions to Coroners, in "China review", No. 3, 1874 -1875, S. 30 - 38, 92 - 99, 159 -172.

Harte Strafen waren für den Fall angedroht, daß der Vorsteher sich nicht an diese Regeln hielt, er sich etwa nicht selbst unverzüglich an den Tatort begab, sich nicht selbst von dem Zustand der Leiche überzeugete, bei der Untersuchung sorglos vorging oder dem Leichenbeschauer und seinen Amtsdienern hierbei freie Hand gab. Die Strafe erhöhte sich, wenn er auf Grund unrichtiger Untersuchungsergebnisse ein Fehlurteil gefällt hatte.⁶⁹⁾

Auf Grund aller oben angeführten Beweismittel traf der Vorsteher nach der Schwere des Falles entweder eine vorläufige oder endgültige Entscheidung. Voraussetzung hierfür war jedoch, daß das Verfahren überhaupt zu einem Abschluß gekommen war, was nicht zwangsläufig der Fall zu sein brauchte. Erhob jemand Klage vor dem Yamen und nahm der Vorsteher die Klage entgegen, erging sogleich Beschluß, daß der Kläger sich an einem bestimmten Tag zur Verhandlung im Yamen einzufinden habe. Kam der Kläger dieser Anordnung grundlos nicht nach (pu tao an), hatte der Vorsteher das Verfahren von Amts wegen zu beenden (chu hsiao) und den Beklagten freizulassen.⁷⁰⁾ Als erledigt durfte der Vorsteher einen Fall auch dann betrachten, wenn die Parteien in der Zwischenzeit einen Vergleich geschlossen hatten. Die Möglichkeit hierzu war fast immer nicht nur vor sondern auch noch nach Erhebung der Klage gegeben. Ein Vergleich oder gütlicher Ausgleich konnte durch den Vorsteher selbst oder auch hier noch auf Betreiben oder Vermittlung eines gemeinsamen Sippenangehörigen, Dorfältesten etc. zustandekommen.⁷¹⁾

Lag keiner dieser Erledigungsgründe vor, schloß das Verfahren mit einer Entscheidung in der Sache selbst. Wie bereits erwähnt war das Urteil nur vorläufig (ting ni), wenn es auf zeitlich beschränkte Verbannung (t'u), Deportation (liu) oder Tod (szu) lautete. Hier konnten nur die obersten Behörden in Peking eine abschließende Entscheidung (ting an) treffen.

Ohne Rücksicht darauf, ob es sich nur um ein vorläufiges

69) Zu den dann verhängten Sanktionen siehe Tai Yen-hui, S. 175; Lei Lu-ch'ing, S. 619.

70) Siehe Tai Yen-hui, S. 178; Lei Lu-ch'ing, S. 629.

71) Vgl. Tai Yen-hui, S. 179; Lei Lu-ch'ing, S. 630.

oder ein endgültiges Urteil handelte, hatte der Vorsteher bei seiner Abfassung zwingende Formvorschriften zu beachten. Er mußte sowohl die für erwiesen erachteten Tatsachen lückenlos aufführen als auch die einschlägigen Gesetze und Verordnungen genau angeben. Aus diesem ergab sich für jeden Fall die absolute Strafhöhe. Einen eigenen Spielraum in der Strafzumessung hatte der Vorsteher nicht. Gerade hierin lag eine der wichtigsten Schranken seiner sonst eigenständigen und an keine Weisungsgewalt gebundenen Entscheidungsbefugnis. Bei einer Lücke im Gesetz durfte er jedoch Strafverschriften in analoger Anwendung (pi fu) zitieren oder generalklauselartige Bestimmungen anführen, die etwa ein vorschriftswidriges Verhalten (wei ling) oder ein unsittliches Benehmen (pu ying wei) unter Strafe stellten. Die Strafe war auch in diesen Fällen stets absolut bestimmt.⁷²⁾

Die Urteilsverkündung erfolgte als Spruch des Gerichts (t'ang yü) mündlich. Schriftliche Urteilsgründe waren den Parteien nicht auszuhändigen, da die Gesetzesanwendung selbst nur Sache der Behörden war, die den Kläger oder Beklagten nichts anging. Je nach der Schwere des Falles blieben sie entweder im Yamen oder wurden an die vorgesetzten Behörden weitergeleitet. Sie waren

72) Inso weit der Vorsteher Strafverschriften in analoger Anwendung zitieren oder auf Generalklauseln ausweichen konnte, galt der Grundsatz " nulla poena sine lege " sicherlich nicht. Vgl. hierzu Shu ze Shiga, S. 124 ff, der allerdings hervorhebt, daß in jedem Fall gesetzliche Verschriften zitiert werden mußten, die die Strafe eindeutig festlegten. Nach meiner Ansicht trägt dies allein dem Grundsatz " nulla poena..." jedoch noch keine Rechnung: dieses Prinzip verlangt, daß Verschriften angeführt werden, die eine bestimmte, auf andere ähnliche Handlungen nicht übertragbare Verletzungshandlung festlegen. Hinzu kommt, daß die Festlegung der absoluten Strafhöhe im chinesischen Recht in erster Linie der Kontrolle des Vorstehers und nicht dem Schutz des Angeklagten diene. Im Gegensatz zu Shu ze Shiga stehe ich weiter der Übertragung von Prinzipien, die so fest in der (auf subjektive Rechte aufbauenden) europäischen Rechtskultur verwurzelt sind, auf chinesische Verhältnisse sehr skeptisch gegenüber. Zur Anwendung von Analogie und Generalklauseln im chinesischen Strafrecht vgl. auch Tai Yen-hui, S. 22 f; siehe weiter den Aufsatz von Chang Chen Fu-mei, On Analogy in Ch'ing Law, in " Harvard Journal of Asiatic Studies ", Vol. 30, 1970. Zu den sonstigen Erfordernissen eines Urteils vgl. Tai Yen-hui, S. 180 f; Tao Hsi-sheng, S. 50 f; siehe auch Yang Hung-lih, S. 925 ff und das dort wiedergegebene Muster einer vorläufigen Entscheidung eines Distriktsvorstehers.

entbehrlich, wenn es zu einem Freispruch des Beklagten kam.⁷³⁾

Die so getroffenen Entscheidungen waren dem zugrundeliegenden bindungsfeindlichen bürokratischen Verfahren entsprechend weder formell noch materiell rechtskräftig. Dies galt nicht nur für die lediglich vorläufigen Entscheidungen sondern auch für die abschließenden Urteile. Das Auffinden neuer Beweise konnte daher jederzeit zu einem neuen Verfahren führen, bei dem eine Strafe umgewandelt, rückgängig gemacht oder neu festgesetzt werden konnte. Die Einlegung von Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen (shang k'ung) war zeitlich ebenso unbeschränkt möglich wie die erneute Vornahme einer behördeninternen Prüfung.⁷⁴⁾ Das fast völlige Fehlen einer Bindungswirkung richterlicher Entscheidungen zeichnet im übrigen auch heute noch das (sich ebenfalls mehr zur Verwaltung neigende) Rechtswesen der Volksrepublik aus.⁷⁵⁾

Die Kontrolle der Gesetzmäßigkeit der Entscheidung des Vorstehers erfolgte durch das obligatorische Überprüfungsverfahren, dem jede Entscheidung von einigem Gewicht unterworfen war. Für ihre Richtigkeit hatten der Vorsteher und die Beamten, die sie gebilligt hatten, höchstpersönlich einzustehen. Traf der Vorsteher vorsätzlich eine falsche Entscheidung, richtete sich seine Strafe nach der von ihm wissentlich falsch entschiedenen Tat. Verschärfte oder milderte er die Strafe vorsätzlich, traf ihn selbst das Zuviel oder Zuwenig der Strafe. Bei einem lediglich fahrlässigen Fehlurteil richtete sich seine Strafe nach den Folgen seines Irrtums: Hatte er auf Grund seiner fehlerhaften Einschätzung das Verfahren gegen einen Schuldigen eingestellt, bemaß sich seine Strafe nach der einschlägigen Strafvorschrift, deren Strafmaß um fünf Stufen zu senken war. Bei der Verurteilung eines Unschuldigen war das betreffende Strafmaß um drei Stufen

73) Siehe Tai Yen-hui, S. 183; Lei Lu-ch'ing, S. 623; Tao Hsi-sheng, S. 48.

74) Zur fehlenden Rechtskraft richterlicher Entscheidungen vgl. Shuzo Shiga, Criminal Procedure in the Ch'ing Dynasty, S. 124; ders., Shindai no Shiho ni okeru Hanketsu no Seikaku - Hanketo no kakutei to yu kansen no Fusonzai (Die Natur richterlicher Entscheidungen im China der Ch'ing-Dynastie: Fehlen des Konzeptes der " res iudicata "), in " Hogaku Kyokai Zasshi ", Bd. 91, Nr. 8, S. 47 - 96; Bd. 92, Nr. 1, S. 1 - 64, 1974 - 1975; vgl. weiter Tai Yen-hui, S. 181.

75) Siehe unten, S. 136 f, 169 f.

herabzusetzen.⁷⁶⁾

Die Überwachung des Verfahrens selbst erfolgte an Hand einer Fülle einschlägiger Verwaltungsanordnungen, von denen ich hier nur einige der wichtigsten anführen kann. Sie betrafen im wesentlichen die Pflicht des Vorstehers, Straftaten, die sich in seinem Distrikt zugetragen hatten, seinen vorgesetzten Behörden zu melden und innerhalb einer vorgeschriebenen Frist nach ihrer Berichterstattung eine Entscheidung zu fällen. Auch diese Vorschriften waren Vorkehrungen für eine strenge gegenseitige Kontrolle der Beamten. Gleichzeitig dienten sie dem Schutz der Bürger vor Willkür, Gesetzwidrigkeiten und Vertuschungen der Beamten.

War ein Totschlag, ein Raub oder ein anderes ähnlich gravierendes Delikt verübt worden, hatte der Vorsteher über den Vorfall selbst und über das erste Ergebnis der Ermittlung seiner vorgesetzten Behörde unverzüglich und eingehend Bericht zu erstatten (t'ung hsiang). Konnte er sich selbst zunächst kein klares Bild verschaffen, hatte er zumindest das Geschehen zu melden (t'ung ping). Den Bericht hatte er über die zuständige Präfektur, den Kreisverband und den Justizkommissar an den Gouverneur zu richten. Kam er dieser Pflicht nicht sofort nach, war er entsprechend der Anzahl der verstrichenen Tage disziplinarisch zu bestrafen.⁷⁷⁾ Über die von ihm selbst abschließend zu entscheidenden Straffälle, hatte er nur einmal im Monat gesammelt zu berichten. Dieser Rapport mußte vor allem die genaue Verfahrensdauer für die Aburteilung der einzelnen Delikte enthalten; hierfür war gewöhnlich nur eine Frist von zwanzig Tagen gesetzt. Bearbeitungsfristen galten im übrigen auch für Delikte, bei denen der Vorsteher nur ein vorläufiges Urteil fällte. So betrug die vorgeschriebene Dauer des Verfahrens bei gewöhnlichen Totschlagsdelikten insgesamt sechs Monate. Hiervon entfielen auf das Ver-

⁷⁶⁾ Siehe hierzu Tai Yen-hui, S. 157 f; Ch'en Ku-yüan, S. 245 ff.

⁷⁷⁾ Einen eingehenden Bericht (t'ung hsiang), der die Ergebnisse der Untersuchungen enthalten mußte, hatte der Vorsteher innerhalb von zehn Tagen an die vorgesetzte Behörde zu schicken. Einfache Meldung (t'ung ping) hatte er bei Totschlagsdelikten innerhalb von fünf Tagen, bei Diebstahl innerhalb von drei Tagen zu machen. Vgl. Shuzo Shiga, S. 27. Zur Berichterstattungspflicht des Vorstehers siehe auch Tai Yen-hui, S. 155.

fahren vor dem Distrikts- oder Bezirksvorsteher drei Monate, auf das anschließende Verfahren vor der Präfektur, dem Justizkommissar und dem Gouverneur jeweils ein Monat. Bei schweren Totschlags- oder Raubdelikten betrug der Zeitraum insgesamt nur vier Monate. Das Verfahren vor dem Distrikts- oder Bezirksvorsteher durfte hier zwei Monate, die Überprüfung durch die vorgesetzten Behörden jeweils zwanzig Tage nicht überschreiten. 78) Erwähnung verdient es noch, daß diese Bestimmungen Vorbild für ein Gesetz in Taiwan waren, das den Richtern ebenfalls im einzelnen vorschreibt, in welcher Zeit sie einen Fall abschließend bearbeitet haben müssen. 79)

78) Der monatliche Bericht des Vorstehers war in folgende Rubriken eingeteilt: a) chiu kuan (Fälle, die aus dem vorangegangenen Monat stammten, b) hsin shou (Fälle, die im laufenden Monat hinzugekommen waren, c) k'ai ch'u (Fälle, die im laufenden Monat entschieden worden waren) und d) shih tsai (Fälle, bei denen die Entscheidung im folgenden Monat getroffen werden sollte). Siehe hierzu Shuzo Shiga, S. 29. Einen ähnlichen Bericht müssen auch heute noch in Taiwan die Richter jeden Monat abfassen. Zur vorgeschriebenen Dauer des Verfahrens vor den verschiedenen Instanzen vgl. Tai Yen-hui, S. 155; Tao Hsi-sheng, S. 33.

79) Siehe unten, S. 73.

5. Abschnitt

Das Überprüfungsverfahren (shen chuan)⁸⁰⁾

Das schon an verschiedenen Stellen zur Sprache gebrachte obligatorische Überprüfungsverfahren war notwendiger Ausdruck des Systems gemeinsamer Verantwortung und Haftung der Beamten in dem erstmals von K. Büniger aufgezeigten Sinn. Im Gegensatz zur europäischen Rechtskultur suchte China das (rechtsstaatliche) Ziel einer gesetzmäßigen Verwaltung und Justiz durch Verhängung von Sanktionen gegen gesetzwidrig handelnde Beamte und nicht durch die Verleihung von subjektiven Rechten an Außenstehende zu verwirklichen. Im Vordergrund des traditionellen Rechtswesens stand daher notgedrungen ein strenges, rigoroses Kontroll- und Überprüfungsverfahren und nicht ein dem Betroffenen (und seinem Risiko) anheimgestelltes Rechtsmittelverfahren. Die Möglichkeit der Anfechtung eines Urteils spielte in der Praxis nur eine völlig untergeordnete Rolle. Wie tief dieses - auf Sanktionen und Kontrollen statt auf subjektiven Rechten beruhende - System in China verwurzelt war, zeigt die Tatsache, daß die von Amts wegen vorgenommene Überprüfung richterlicher Entscheidungen auch heute noch in China gang und gäbe ist - überraschenderweise in der Volksrepublik in viel größerem Maße als in Taiwan.⁸¹⁾

In welchem Maße im traditionellen Rechtswesen eine Entscheidung des Distrikts- oder Bezirksvorstehers der Kette von Überprüfungen, Bestätigungen und Änderungen unterworfen war, richtete sich nach der Schwere des Delikts.⁸²⁾ Lautete die Strafe auf Verbannung, Deportation oder Tod, hatte der Vorsteher den Angeklagten zur weiteren Vernehmung und Überprüfung des Urteils an die Präfektur zu schicken. Bestätigte diese seine Entscheidung, schloß sich eine

80) Zum obligatorischen Überprüfungsverfahren siehe Tao Hsi-sheng, S. 60 ff; Tai Yen-hui, S. 182 f; Lei Lu-ch'ing, S. 611; Shuzo Shiga, S. 16 ff. Bei Bodde-Morris, S. 113 ff, wird dieses besonders geartete Überprüfungsverfahren unter der Überschrift " The Appellate System " abgehandelt, obwohl es gerade sein kennzeichnendstes Merkmal war, daß es unabhängig von einer Berufung seinen Gang nahm.

81) Aber auch in Taiwan finden sich noch Rudimente dieses Verfahrens. So wird etwa ein Urteil erst dann zugestellt, wenn es den Stempel des Gerichtspräsidenten trägt, also dessen Genehmigung vorliegt. Zum Verfahren in der Volksrepublik siehe unten, S. 169 f.

82) Vgl. hierzu besonders die Ausführungen von Tai Yen-hui, S. 182 f.

weitere Überprüfung durch den Justizkommissar an. Stimmt auch dieser mit der ursprünglichen Entscheidung überein, hatte er den Fall dem Gouverneur vorzulegen. Lautete die Strafe nur auf zeitlich beschränkte Verbannung, traf dieser eine abschließende Entscheidung (ting an). In allen anderen Fällen verwies er die Sache an das Ministerium für Strafwesen, das Strafen, die auf Deportation lauteten endgültig bestätigen konnte. Kapitalverbrechen legte der Gouverneur in einer über das Ministerium geleiteten Eingabe dem Thron zur endgültigen Entscheidung vor. Das Verfahren folgte hier besonderen Regeln, auf die ich wegen ihrer Bedeutung noch getrennt eingehen werde.^{82a)}

Lehnte eine dieser Behörden eine einmal gefällte Entscheidung ab - entweder wegen mangelnder Sachaufklärung (an ch'ing pu ch'ueh) oder wegen falscher Anwendung von Vorschriften (lü li pu fu)⁸³⁾ konnte sie die Sache zur erneuten Verhandlung (fu shen) an die Ausgangsbehörde zurückverweisen, den Fall einer dritten Behörde übertragen (wei shen) oder selbst eine erneute Verhandlung durchführen (t'i shen oder ch'in t'i). Im einzelnen richtete sich das Verfahren dabei nach folgenden Grundsätzen:

Versagte der Präfekt der Entscheidung eines Distrikts- oder Bezirksvorstehers seine Zustimmung, verwies er die Sache an den Ausgangsdistrikt oder -bezirk zurück, falls keine besonderen Gründe entgegenstanden. Weigerte sich der (nicht an die Weisungen des Präfekten gebundene) Vorsteher, dessen Standpunkt zu übernehmen oder sprachen deutliche Anzeichen für seine Voreingenommenheit oder Befangenheit, verwies der Präfekt die Sache an einen anderen Distrikt oder Bezirk. Nur in besonders schweren oder ungewöhnlichen Fällen zog er das Verfahren an sich. Lag dem ursprünglichen Urteil keine Verkennung der tatsächlichen Umstände sondern nur ein Fehler in der rechtlichen Würdigung zugrunde, forderte der Präfekt den Vorsteher zunächst einfach auf, das Urteil richtigzustellen. Lehnte dieser das ab, nahm der Präfekt die Korrektur selbst vor und legte sie und das Urteil dem Justizkommissar zur Billigung vor.

82a) Siehe oben, S. 47 ff.

83) Vgl. Shuzo Shiga, S. 128.

Die hier nur grob umrissenen Grundzüge galten auch für die Ablehnung einer Entscheidung durch den Justizkommissar, den Gouverneur oder das Ministerium. Lehnte das Ministerium etwa eine Entscheidung aus tatsächlichen Gründen ab, ersuchte es den Gouverneur, eine erneute Verhandlung vor der ursprünglichen oder einer dritten Behörde anzuordnen und die anschließend ergangene Entscheidung erneut vorzulegen. Bei Meinungsverschiedenheiten und Differenzen auf rechtlichem Gebiet hatte der Kaiser das letzte Wort. Nur dieser konnte darüber ein Todesurteil abschließend bestätigen.

6. Abschnitt

Das Rechtsmittelverfahren (shang k'ung)⁸⁴⁾

Rechtsmittel, die in der Praxis nur eine sehr geringe Rolle spielten, gab es in dreierlei Gestalt: als Berufung gegen abschließend getroffene Entscheidungen des Distrikts- oder Bezirksvorstehers, als Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Art und Weise der Durchführung des Verfahrens, so bei Bestechung von Beamten, rechtswidrig angewandter Tortur oder grundloser Verzögerung oder Verschleppung des Verfahrens, und schließlich als Klageerzwingungsverfahren, wenn sich der Distriktsvorsteher geweigert hatte, eine Klage entgegenzunehmen. Der letzte Fall gehörte zu den wenigen Ausnahmen, bei denen eine (sonst strafbare) Umgehung der Distrikts- und Bezirksbehörden (yüeh su) ohne Folgen für den Antragsteller blieb.⁸⁵⁾

Rechtsmittel konnten nur auf tatsächliche Gründe gestützt werden. Rechtsfragen waren in jedem Fall ausgeklammert, da das Gesetz allein dem Staat gehörte. Dagegen konnte eine Beschwerde oder Berufung zu jeder Zeit vorgebracht werden. Grundsätzlich war sie bei der Präfektur einzulegen, doch gab es Ausnahmen von dieser Regel. So war auch eine Anrufung der höchsten Justizbehörden in Peking zulässig, die jedoch an bestimmte Voraussetzungen geknüpft war.

Für das Verfahren innerhalb der Provinz galten folgende Grundsätze:⁸⁶⁾ Erhob etwa ein Angeklagter oder einer seiner Angehörigen den Vorwurf eines schweren, aus niedrigen Beweggründen erfolgten Amtsverstoßes, beispielsweise einer passiven Bestechung (ying ssu wang fa) oder einer unrechtmäßigen und mißbräuchlichen Anwendung der Folter, die den Tod des Opfers verursacht hatte (lan

84) Vgl. zu diesem Abschnitt Tai Yen-hui, S. 186; Tao Hsi-sheng, S. 54 f, 56 ff; Lei Lu-ch'ing, S. 625 ff; Fu Tsung-mao, S. 309; Chiu Han-p'ing, S. 636 f; Yang Hung-lieh, S. 928 f; Shuzo Shiga, S. 30 ff.

85) In allen anderen Fällen war der Kläger oder Beschwerdeführer zu bestrafen. Nimm die angegangene Behörde die Klage oder Beschwerde jedoch entgegen, war ihr Bescheid in jedem Fall rechtswirksam. Der verantwortliche Beamte wurde allerdings disziplinarisch bestraft. Auch diese Vorschrift verfolgte den Zweck, die selbständige Stellung des zuständigen Beamten innerhalb der Hierarchie zu schützen und zu stärken. Siehe hierzu Tai Yen-hui, S. 151.

86) Zum Verfahren innerhalb der Provinz vgl. Lei Lu-ch'ing, S. 626; Tai Yen-hui, S. 182 f; Shuzo Shiga, S. 30 ff.

hsing pi ming), hatten alle angerufenen Stellen bis hinauf zum Gouverneur die Pflicht, die Vorwürfe des Antragstellers in persona zu überprüfen. Erhob der Antragsteller zum Beispiel beim Gouverneur Beschwerde, hatte dieser zusammen mit dem Justizkommissar und dem Intendanten des zuständigen Kreisverbandes höchstpersönlich ein Verfahren zur Klärung durchzuführen. Für leichtere Amtsverstöße galt dies jedoch nicht. Lief die Anschuldigung etwa nur auf unerlaubte Verhängung von Untersuchungshaft (lan hsing ch'i ya), Verzögerung oder Verschleppung des Verfahrens (yen pu hsün chieh), Bestechlichkeit und Betrug von Schreibern und Amtsdienern (shu yi cha tsang wu pi) oder Unterzeichnung eines Geständnisses unter Zwang (yi le hua kung) hinaus, brauchten die angegangenen Behörden nicht selbst tätig zu werden, sondern konnten die Sache durch einen dritten Distrikt oder Bezirk überprüfen lassen. Dies galt auch vor allem für Berufungen gegen abschließende Entscheidungen eines örtlichen Vorstehers.

Anderen Regeln folgte die Behandlung von Rechtsbehelfen vor den obersten Justizbehörden in Peking.⁸⁷⁾ Der Petent (denn im Grunde genommen handelte es sich nur um eine Petition) hatte hier seine Beschwerde beim Zensorat oder dem Generalkommandanten der Gendarmerie von Peking vorzubringen. Diese legten sie entweder in einer Eingabe dem Kaiser vor (chü tsou), verwiesen sie an den zuständigen Gouverneur (tzu hui) oder beschieden sie selbst abschlägig. (po ch'ih). Die Befugnis, ein Gesuch sofort zurückzuweisen, wurde den beiden Behörden allerdings im Jahre 1799 genommen, als sich herausstellte, daß diese Praxis immer mehr zur Regel wurde. Schwere Vorwürfe und Anschuldigungen waren von dieser Zeit an sofort dem Kaiser vorzulegen, alle anderen an die zuständigen Gouverneure zur Überprüfung zurückzuverweisen. Diese hatten dann über das Ergebnis in einem oder zwei Monaten Bericht zu erstatten.

Die mit dieser Regelung einsetzende Praxis hatte die unerwünschte Folge, daß die Zahl der in Peking eingelegten Beschwerden

87) Zum Rechtsmittelverfahren vor den obersten Justizbehörden in Peking vgl. Tai Yen-hui, S. 187; Lei Lu-ch'ing, S. 627; Tao Hsi-sheng, S. 57 f; Yang Hung-lieh, S. 928.

immer größer wurde und sich allmählich eine besondere Zunft von Prozeßagenten (sung kun) heranzubildete, die sich nur darauf spezialisierte, Beschwerdeschriften aufzusetzen.⁸⁸⁾ Um diesen Mißständen abzuhelpfen, erging im Jahre 1882 die Anordnung, alle Rechtsmittel zurückzuweisen, die nicht vorher beim Gouverneur eingelegt worden waren.⁸⁹⁾ Darüberhinaus schaltete sich auch das Ministerium für Strafwesen in das Prüfungsverfahren ein, das vor allem zu untersuchen hatte, ob eine strafbare Zuständigkeitsumgehung vorlag.⁹⁰⁾

Die Möglichkeiten, eine Beschwerde vorzubringen, waren hiermit jedoch noch nicht erschöpft. In Ausnahmefällen konnte der durch Willkür von Beamten Betroffene auch noch den Kaiser anrufen (chih su).⁹¹⁾ Für dieses Verfahren galten besondere Regeln und - für den Fall seines Mißbrauchs - besondere Strafbestimmungen. Der Bittsteller konnte seinem Vorbringen dadurch Gehör verschaffen, daß er sich in ritueller Form vor den Wagen des Kaisers warf (ying ch'e chia oder yao ch'e chia) oder eine Trommel schlug, die zu diesem Zweck vor dem Eingang des Zensorates, später des kaiselichen Hofsekretariats (t'ung cheng ssu) aufgestellt war (chi teng wen ku, auch chua teng wen ku oder kao ku chuang). Voraussetzung für ein solches außergewöhnliches Vorgehen war, daß dem Beschwerdeführer von den Behörden ein großes, " zum Himmel schreiendes Unrecht " zugefügt worden war. Trafen die Vorwürfe nicht zu, wurde der Bittsteller mit hundert Stockschlägen bestraft. Die Strafe erhöhte sich, wenn die Behauptungen die falsche Anschuldigung oder Verdächtigung eines Beamten enthielt. Entsprach das Vorbringen jedoch der Wahrheit, war von Strafe abzusehen und der verantwortliche Beamte zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Bedeutung dieser außerordentlichen Beschwerdemöglichkeit lag weniger auf rechtlichem als vielmehr auf politischem Gebiet.

88) Siehe Tao Hsi-sheng, S. 58.

89) Siehe Tai Yen-hui, S. 187.

90) Vgl. Tao Hsi-sheng, S. 58.

91) Zu dieser außerordentlichen Beschwerdemöglichkeit vgl. Lei Lu-ch'ing, S. 613, 625 f; Ch'iu Han-p'ing, S. 636; Yang Hung-lieh, S. 930; Ch'en Ku-yüan, S. 241 ff; Nach Shuzo Shiga, S. 33, war die eigentliche Bedeutung dieser außerordentlichen Beschwerdemöglichkeit nur gering. Dem widerspricht, daß alle mir bekannten chinesischen Autoren dieses Verfahren mit in den Vordergrund ihrer Erörterungen zum Beschwerderecht stellen.

In ihr sollte die Verantwortung des Kaisers für die Wiedergutmachung eines durch Behörden verursachten oder geduldeten Unrechts zum Ausdruck kommen. Zugleich lag in ihr auch eine versteckte Warnung für die in seinem Namen und Auftrag Gesetze anwendenden Beamten.⁹²⁾

⁹²⁾ Vgl. Tai Yen-hui, S. 152.

7. Abschnitt

Das Verfahren bei Kapitaldelikten⁹³⁾

Die schon für das gewöhnliche Verfahren charakteristische Umsicht und Bedachtsamkeit, mit der die Verhängung einer Strafe einherging, kam wohl am deutlichsten in dem Verfahren zum Ausdruck, das der Bestätigung einer Todesstrafe vorausging. Sieht man von den Ausnahmenvorschriften zur Bekämpfung von Banditen und Rebellen ab, hatten grundsätzlich nur der Kaiser und die obersten Justizbehörden in Peking das Recht, die Vollstreckung eines Todesurteils anzuordnen.

Todesurteile gab es in zwei Abstufungen: sie enthielten entweder den Ausspruch, daß sie sofort zu vollstrecken (li chyüeh) oder vorläufig auszusetzen (chien hou) seien. In die erste Kategorie oder Klasse fielen Urteile gegen Verbrecher, deren Taten besonders kaltblütig, roh oder abstoßend waren. Ihre Überprüfung durch den gemeinsamen Senat der drei obersten Gerichtshöfe (san fa ssu) verlief summarisch.⁹⁴⁾ War das Urteil dagegen (wie in den meisten Fällen) zunächst noch auszusetzen, wurde eine abschließende Entscheidung erst nach einer gewissenhaften Abwägung in besonderen Gerichtssitzungen der obersten Justizbehörden, den sog. " Hofgerichtstagen " (ch'ao shen) und den " Herbstgerichtstagen " (ch'iu shen) getroffen.⁹⁵⁾ Gewöhnlich wurde nur ein geringer Teil der bei dieser Gelegenheit überprüften Urteile dann auch wirklich vollstreckt.

Beide Klassifizierungen konnten in jeder Instanz getroffen, rückgängig gemacht oder ausgewechselt werden. So war es etwa möglich, daß ein Distriktsvorsteher ein Urteil als sofort vollstreckbar einstufte, der Präfekt, Justizkommissar oder Gouverneur den Spruch jedoch auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen vorläufig aussetzte.⁹⁶⁾

Bei dem Täterkreis, der üblicherweise in den Genuß einer vorläufigen Aussetzung kam, handelte es sich vor allem um Personen,

93) Siehe hierzu Tai Yen-hui, S. 182 f; Lei Lu-ch'ing, S. 628 f; Tao Hsi-sheng, S. 70 ff; Ch'iu Han-p'ing, S. 633 ff; Bodde-Morris, S. 131 ff.

94) Vgl. Tao Hsi-sheng, S. 68.

95) Siehe hierzu Ch'iu Han-p'ing, S. 633 f; Bodde-Morris, S. 134 ff.

96) Vgl. Tao Hsi-sheng, S. 68.

die unter dem Einfluß älterer Familienangehöriger oder anderer Respektspersonen eine Straftat begangen hatten.⁹⁷⁾ Auf konfuzianische Moralvorstellungen beruhten ebenso andere Privilegierungsgründe, die bei der Abwägung in den Hof- und Herbstgerichtstagen selbst eine Rolle spielten. War etwa der Vater eines zum Tode Verurteilten über siebzig Jahre, krank, hilflos oder gebrechlich und der Täter einziger erwachsener männliche Nachkomme, konnte die Strafe gemildert oder bis auf einen symbolischen Teil ganz erlassen werden, um dem Täter Gelegenheit zu geben, " für seine Eltern zu sorgen und die Ahnenopfer zu erbringen " (liu yang ch'eng ssu). Gnade vor Recht erging auch dann, wenn die Mutter des Täters seit mehr als zwanzig Jahren Witwe war und nicht wieder geheiratet hatte (was nach konfuzianischen Vorstellungen besonders verdienstvoll war).⁹⁸⁾ Diesen und anderen Privilegierungen, für die es ebenfalls wieder fest umrissene, jedes Ermessen ausschließende Vorschriften gab, lag der Gedanke zugrunde, die Strafe nicht nur mit der Tat und ihren Begleitumständen sondern auch mit dem Täter selbst, seinen Familienangehörigen, seinem Platz in der Gesellschaft und seiner sozialen Stellung in Einklang zu bringen. Gerade hierin lag die eigentliche und einzigartige Aufgabe der Hof- und Herbstgerichtstage.

Beide Gerichtstage unterschieden sich dadurch, daß in den Herbstgerichtstagen über Delikte aus den Provinzen, in den Hofgerichtstagen über solche aus der Hauptstadt entschieden wurde. Die anfänglich bei den Herbstgerichtstagen mitwirkenden Behörden waren das Ministerium für Strafwesen, das Zensorat und der oberste Kassationshof in ihrer Eigenschaft als der gemeinsame Senat der drei obersten Gerichtshöfe (san fa ssu). Beteiligt an den Hofgerichtstagen waren die leitenden Beamten der neun obersten Ministerien und Behörden (chiu ch'ing) und der Erzieher des Thronerben. Von 1726 an galt diese Verfassung auch für die Herbstgerichtstage.⁹⁹⁾

97) Siehe Tao Hsi-sheng, S. 68, 77 (Anm. 7).

98) Vgl. zu diesen beiden Fällen Tao Hsi-sheng, S. 68.

99) Zur Zusammensetzung der Gerichtstage siehe Lei Lu-ch'ing, S. 613, 628; Tai Yen-hui, S. 151; Ch'iu Han-p'ing, S. 633.

Die Herbstgerichtstage fanden innerhalb der ersten zehn Tage des achten Monats statt. Nach diesem Termin und der Entfernung der jeweiligen Provinzen von Peking bemaß sich der Zeitpunkt, zu dem die Todesurteile weitergeleitet werden mußten. Er fiel zum Beispiel für die Provinzen Yünnan, Kweichow, Kwangtung oder Kwangsi auf das Ende des letzten Jahres, für Fukien auf den dreißigsten Tag des ersten, für Liaoning, Kansu, Hupeh oder Hunan auf den zehnten Tag des zweiten Monats etc. Wurde der jeweilige Zeitpunkt überschritten, konnte eine Vorlage erst wieder im nächsten Jahr erfolgen.¹⁰⁰⁾

Die übersandten Urteile gelangten an das Ministerium für Strafwesen und hier an ein besonderes Amt, das für die Vorbereitung der Herbstgerichtstage verantwortlich war. Dieses Amt teilte die eingegangenen Fälle in vier Kategorien ein: in die erste gehörten Straftaten, deren Begleitumstände in jedem Fall die Vollstreckung der Urteile forderten (ching shih). Die nächste Kategorie umfaßte weniger schwere Fälle, deren Vollstreckung zunächst aufzuschieben war (huan chüeh). Ihr schlossen sich Delikte an, bei denen besondere persönliche Milderungsgründe wie Alter, Krankheit, Gebrechlichkeit etc. vorlagen (k'o chin). Die letzte Kategorie ergab sich schließlich aus der bereits erwähnten Möglichkeit, den einzigen Nachkommen einer Familie zu begnadigen (liu yang ch'eng ssu).¹⁰¹⁾

Die nach diesem Schema getroffenen Klassifizierungen hatten die Präsidenten und Vizepräsidenten anschließend zu prüfen und zu billigen. Diese trafen eine letzte Entscheidung auch dann, wenn die von den Beamten des Ministeriums vorgenommene Einstufung sich von den vorher auf Provinzebene getroffenen unterschied.¹⁰²⁾

Nach der so vorgenommenen Aufteilung der Fälle verschickte das Ministerium Abschriften aller bisher ergangener Entscheidungen an die übrigen beteiligten Behörden, bei denen eine ähnliche

¹⁰⁰⁾ Siehe hierzu Tao Hsi-sheng, S. 71; Tai Yen-hui, S. 184.

¹⁰¹⁾ Zu diesen Klassifizierungen siehe Lei Lu-ch'ing, S. 628 f; Tao Hsi-sheng, S. 68; Ch'iu Han-p'ing, S. 634; Bodre-Morris, S. 138.

¹⁰²⁾ Vgl. Tai Yen-hui, S. 184; Tao Hsi-sheng, S. 72.

Prüfung stattfand. In den ersten Tagen des achten Monats versammelten sich dann die Vertreter aller beteiligten Behörden auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking, um über die endgültige Einstufung zu entscheiden. Jeder Fall mußte mit lauter Stimme ausgerufen werden. Stimmt die vom Ministerium für Strafwesen getroffene Entscheidung mit dem Votum des Gouverneurs nicht überein, mußte ebenfalls die Begründung für die abweichende Entscheidung laut vorgetragen werden. Das gleiche galt für abweichende Stellungnahmen einer der anderen beteiligten Behörden. Die endgültige Entscheidung wurde danach auf dem Wege einer Abstimmung gefunden - übrigens der einzige Verfahrensabschnitt überhaupt, in dem das Kollegialprinzip galt.¹⁰³⁾

Die so ergangenen Urteile legte das Ministerium für Strafwesen anschließend dem Kaiser zur Billigung vor. Sollten sie vollstreckt werden, hatte das Ministerium die Gründe hierfür noch einmal ausführlich darzulegen. Auch eine Einstufung in diese Kategorie war jedoch nicht in jedem Fall gleichbedeutend mit einer Vollstreckung. Eine Hinrichtung wurde vielmehr nur dann angeordnet, wenn der auf einer Liste erscheinende Name des Verurteilten vom Kaiser mit der ausschließlich ihm vorbehaltenen roten Tusche markiert (kou chüeh) worden war.¹⁰⁴⁾ Die Verurteilten, die diesem Schicksal entgingen, wurden im nächsten Jahr wieder aufgeführt. Hielt ihr Glück mehrere Jahre lang an, konnten sie schließlich in die niedrigere Kategorie der Täter eingereiht werden, deren Hinrichtung aufzuschieben war. Diese Einstufung bedeutete in der Praxis einen Erlaß der Todesstrafe. Formell mußte über die hier eingestuften Täter zwei Jahre später noch einmal befunden werden. Bei dieser erneuten Prüfung wurde die Strafe jedoch in der Regel um eine Stufe herabgesetzt.¹⁰⁵⁾ Billigte die Entscheidung dem Täter subjektive Milderungsgründe zu, war die Todesstrafe gleichfalls in Deportation (liu) oder Verbannung (t'u) umzuwandeln.¹⁰⁶⁾ Lediglich symbolischen Charak-

¹⁰³⁾ Vgl. Tai Yen-hui, S. 184.

¹⁰⁴⁾ Siehe hierzu Bodde-Morris, S. 140; Shuzo Shiga, S. 20, Anm. 68, unter Berufung auf E. Alabaster, Notes and Commentaries on Chinese Criminal Law, 1899, S. 28. Nach chinesischen Quellen ist unklar, ob der Kaiser diese Auswahl willkürlich traf, wie Alabaster nahelegt.

¹⁰⁵⁾ Siehe Ch'iu Han-p'ing, S. 634; Bodde-Morris, S. 138.

¹⁰⁶⁾ Siehe Ch'iu Han-p'ing, S. 634.

ter hatte die Strafe dann, wenn der Täter in die Kategorie derjenigen eingereiht worden war, die einzige männliche Nachkommen einer Familie waren. Die Strafe reduzierte sich hier gewöhnlich auf vierzig Schläge mit einem schweren Bambusstock und zwei-monatigem Tragen eines Kangs.¹⁰⁷⁾

¹⁰⁷⁾ Siehe Ch'iu Han-p'ing, S. 634; Bodde-Morris, S. 139.

2. Kapitel

Die ausländische Strafgerichtsbarkeit in China¹⁾

Die gegen Ende der Ch'ing-Zeit aufgezwungene Umgestaltung des Rechtswesens begann nur sehr zögernd und unentschlossen mit einer allmählichen Aufteilung des bis dahin amorphen, un- gegliederten staatlichen Machtapparates in drei voneinander getrennte Gewalten. Im Jahre 1907 wurde das Zensorat, die bis- herige oberste Kontrollinstanz, abgeschafft. An seine Stelle traten das in Ministerium für Rechtswesen (fa pu) umbenannte Ministerium für Strafwesen und ein aus dem obersten Kassationshof hervor- gehender oberster Gerichtshof (ta li yüan), der letzte Instanz für alle Strafsachen sein sollte. Die bis dahin in den Provinzen für die Rechtsprechung zuständigen Verwaltungsbehörden sollten nach und nach unabhängigen Gerichten weichen.

Unmittelbare Ursache dieser Änderungen war der immer stärker werdende Druck ausländischer Mächte, dem sich China seit Mitte der Ch'ing-Dynastie ausgesetzt sah und der im Laufe der Zeit zu einem immer größeren Einbruch in seine Justizhoheit geführt hatte und China dadurch zwang, sein Justizsystem dem der west- lichen Länder anzupassen. Ausdruck fand dieser Hoheitsverlust in der Institution der Konsulargerichtsbarkeit, deren Zuständig-

1) Zu diesem Kapitel habe ich folgende chinesischen Quellen herangezogen: Chan Heng-chü, Chung kuo chin tai fa chih shih (Geschichte der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973; Ch'iu Han-p'ing, Li tai hsing fa chih (Abhandlungen zum Strafrecht der aufeinanderfolgenden Dynastien), Taipei, 1965; Lo Chih-yüan, Chin tai chung kuo fa chih yen pien yen chiu (Untersuchungen zur Entwicklung der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1976, hier insbes. S. 87 - 104; Tao Hsi-sheng, Ch'ing tai chou hsien ya men hsing shih shen p'an chih tu chi ch'eng hsü (Strafgerichtsordnung und Verfahrens- regeln der Bezirks- und Distriktsyamen der Ch'ing-Dynastie), Taipei, 1972, hier insbes. S. 107 - 118; Wang Chi-pao, Min kuo ssu fa chih (Abhandlungen zum Justizwesen der Republik), Taipei, 1956, hier insbes. S. 35 - 42; Yang Hung-lieh, Chung kuo fa lü fa ta shih (Geschichte der Entwicklung des chine- sischen Rechts), Taipei, 1967, hier insbes. S. 858 - 872. Weiter habe ich im wesentlichen noch folgende westliche Litera- tur benutzt: Fishel, W.R., The End of Extraterritoriality in China, Berkeley, 1952; Kotenev, A.M., Shanghai: It's Mixed Court and Council, Shanghai, 1925 (Nachdruck, Taiwan); Morse, H.B., International Relations of the Chinese Empire, 3 Vls., London, 1910 (Nachdruck, Taiwan). Vgl. weiter die bei Fishel, S. 301 - 309 angegebene umfangreiche Literatur in westlichen Sprachen.

keit dann gegeben war, wenn einer der Beteiligten an einem Rechtsstreit oder Kriminalfall ein Ausländer war.²⁾

Der Beginn dieser Gerichtsbarkeit setzte mit den vertraglichen Vereinbarungen zwischen England und China zur Beendigung des Opiumkrieges ein. Der gegen Ende des Jahres 1842 zustandekommene Vertrag sah neben der Abtretung Honkongs die Öffnung Kantons und vier anderer Hafenstädte an der chinesischen Küste für den englischen Markt vor.³⁾ Er warf jedoch im folgenden die Frage nach der Rechtsstellung der nunmehr in diesen Plätzen ungehindert Handel treibenden englischen Kaufleute auf. Vor dem Hintergrund der Niederlage und Demütigung Chinas machten diese es klar, daß sie nicht mehr gewillt seien, sich chinesischen Gesetzen und Behörden zu unterwerfen. Stattdessen pochten sie darauf, daß ihnen derselbe Sonderstatus verliehen werden müsse, den christliche Kaufleute in mohammedanischen Ländern, besonders in dem gleichfalls mehr und mehr zerfallenden osmanischen Reich für sich in Anspruch nähmen: nur der Jurisdiktion ihrer Konsulatsbehörden zu unterstehen. Gewicht erhielt diese Forderung der ausländischen Tee- und Opiumhändler dadurch, daß es in China ein Handelsrecht nicht gab. Sonst waren die Gründe hierfür zum Teil echt, zum Teil aber auch nur vorgetäuscht, soweit sie die chinesische Rechtspflege betrafen. Der Tenor lief darauf hinaus, daß chinesische Strafen zu hart und grausam seien (doch war Mitte des 19. Jahrhunderts die Strafjustiz in England wesentlich inhumaner), Angeklagte und Zeugen gefoltert werden konnten, chinesische Gefängnisse sich in einem grauenhaften Zustand befanden, überfüllt seien und Haft oft gleichbedeutend mit einem Todesurteil sei. Die Rechtsprechung, hieß es, liege in den Händen korrupter

- 2) Bereits vorher schon hatte China ausländischen Mächten extraterritoriale Rechte eingeräumt, die jedoch längst nicht so weit gingen. Der ersten europäischen Nation, der diese Rechte - zu dieser Zeit noch freiwillig - zugebilligt wurden, war Rußland. In Art. VI des Vertrages von Nerchinsk, der im Jahre 1689 unterzeichnet wurde, hieß es zum Beispiel, daß Angehörige beider Länder von ihren Heimatbehörden abgeurteilt werden sollten, wenn sie jenseits der Grenze eine Straftat begangen hatten. Diese Bestimmung wurde im Vertrag von Kiakhta, der die Beziehungen beider Länder formalisierte, bestätigt. Vgl. hierzu Morse (s. Anm. 1), Bd. 1, S. 59 f.
- 3) Zu diesem " Vertrag von Nanking " vgl. Tao Hsi-sheng, S. 107 ff; Chan Heng-chü, S. 87 ff; Wang Chi-pao, S. 35; Yang Hung-lieh, S. 871 f; Fishel, S. 5, 8; Zur Frage der in diesem Vertrag noch nicht unmittelbar geregelten Extraterritorialität siehe Morse, Bd. 1, S. 95 - 117, S. 312 f.

Beamter, die aus ihrer Verachtung und Geringschätzung Fremden gegenüber kein Hehl machten.⁴⁾

Die Frage der Rechtstellung der englischen Kaufleute wurde daher in einer Mitte des nächsten Jahres (1843) getroffenen ⁵⁾ Zusatzvereinbarung, den " General Regulations of Trade " geregelt. Nach Art. XIII dieser Vereinbarung sollte im Falle einer Auseinandersetzung zwischen einem Engländer und einem Chinesen der englische Konsul zunächst den Versuch einer Schlichtung machen. Scheiterte er oder war er von vornherein nicht angebracht, sollte der Konsul berechtigt sein, zusammen mit dem zuständigen chinesischen Beamten den Fall gerichtlich zu klären. Kam es zu einer strafbaren Handlung durch einen britischen Staatsangehörigen, war für dessen Bestrafung ausschließlich englisches Recht maßgebend, das durch den Konsul vollstreckt werden sollte.⁶⁾ Im umgekehrten Fall, wenn der Straftäter Chinese war, blieb es bei der Anwendung chinesischen Rechts.

- 4) Daß hierzu mitunter auch Anlaß Bestand, zeigt ein Fall, der sich vor Abschluß des Vertrages in Kanton abspielte (zitiert nach Morse, Bd. 1, S. 108 f): " In April 1833 a licensed English merchant, James Innes, had reason to complain of the constant noise of wood-chopping just outside his house. He took his complaint to the security merchant, who, after some days, produced an order from the Hoppo prohibiting the annoyance. The prohibition producing no effect Mr. Innes went with two friends to the Hoppo's house to point out the futility of the order given; and, being unable to see him, was attacked, while still in the house, by a man armed with a chopper. Mr. Innes was wounded in the arm, and, having asked his two friends to identify the man, returned home. He then demanded of his security merchant the immediate arrest of the culprit for trial by Chinese law, and added that, if the man was not arrested before sunset (it then being 2 p.m.), he would set fire to the Hoppo's house. Nothing was done within the limit set, Mr. Innes then bought rockets and blue-lights, and by eight p.m. the mandarins house was on fire. Redress was at once accorded. Mr. Innes's assailant was punished next day, being exposed all over Canton wearing the cangue ".
- 5) Vgl. hierzu Tao Hsi-sheng, S. 107 f; Chan Heng-chü, S. 93; Wang Chi-pao, S. 35; Fishel, S. 3, 228 (mit der Wiedergabe des Art. XIII der " General Regulations of Trade ")
- 6) Um dem Konsul die nötigen Machtmittel in die Hand zu geben, sollte in jedem der nunmehr geöffneten fünf Häfen ein Kriegsschiff vor Anker gehen: " that the consul may have the means of better restraining sailors and preventing disturbance " (Art. XIV der " Regulations "). Vgl. auch Morse, Bd. 1, S. 313.

Hiermit war der Grundstein der Konsulargerichtsbarkeit gelegt. Innerhalb seines Hoheitsgebietes räumte China einer fremden Macht richterliche Befugnisse ein. Chinesische Strafgesetze besaßen für Ausländer - die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien folgten kurze Zeit später mit ähnlichen Verträgen - keine Geltung.⁷⁾

Die Unanwendbarkeit chinesischen Rechts auf Ausländer wurde im Jahre 1858 in einem weiteren zwischen England und China geschlossenen Vertrag, dem sog. Tientsin-Abkommen noch deutlicher zum Ausdruck gebracht.⁸⁾ In Art. XVI dieses Vertrages hieß es, daß für die Verurteilung und Bestrafung eines britischen Staatsangehörigen allein der Konsul oder eine andere " hierzu ermächtigte öffentliche Stelle " (Public Functionary authorized thereto) zuständig sein sollte. Führte ein Chinese Klage gegen einen britischen Staatsangehörigen, sollte der Konsul die zuständigen chinesischen Behörden ersuchen können, " zusammen eine Untersuchung vorzunehmen " (may together examine).

Was unter der " hierzu ermächtigten Stelle " zu verstehen war, und worauf das Ersuchen um eine " gemeinsame Untersuchung " hinauslaufen sollte, wurde in der nachfolgenden " Chefoo-Vereinbarung " von 1876 klargestellt.⁹⁾ Einleitend wurde hierin festgestellt, daß mit den Worten " Public Functionary authorized thereto " die britische Regierung gemeint sei. Diese habe auch in Übereinstimmung mit der ihr auferlegten Vertragspflichten einen obersten Gerichtshof in Shanghai gegründet. In gleicher Weise habe die chinesische Regierung einen Gerichtshof gegründet, der für Fälle zuständig sei, in denen die Parteien verschiedenen Nationalitäten angehörten (sog. mixed cases). Was das Verfahren in solchen

7) So lautete etwa Art. XXVII des 1844 zwischen China und Frankreich abgeschlossenen Vertrages von Whampoa: " Il en sera de même en toute circonstance analogue et non prévue dans la présente convention, le principe étant que, pour la répression des crimes et délits commis par eux dans les cinq ports, les Français seront constamment régis par la loi française ".

8) Zum Tientsin-Abkommen vgl. Tao Hsi-sheng, S. 109; Chan Heng-chü, S. 100; Wang Chi-pao, S. 35; Yang Hung-lieh, S. 872; Fishel, S. 10, 194, 229 (unter Wiedergabe der einschlägigen Art. XV - XVIII); Morse, Bd. 1, S. 512 - 538.

9) Zur " Chefoo-Vereinbarung " siehe Tao Hsi-sheng, S. 109; Fishel, S. 6, 19, 230 (unter Wiedergabe der einschlägigen Section II der Vereinbarung); Morse, Bd. 2, S. 283 - 305.

Fällen angehe, so könne es, solange die Gesetze beider Länder unterschiedlich seien, nur einen Verfahrensgrundsatz geben: das Verfahren müsse vor dem Vertreter des Landes stattfinden, dem die beklagte Partei angehöre(" ... cases are tried by the official of the defendant's nationality ... the law administered will be the law of the nationality of the officer trying the case "). Dem Vertreter des Landes der klägerischen Partei stehe jedoch das Recht zu, dem Verfahren als Beobachter beizuwohnen. Habe er gegen den Gang des Verfahrens Einwände, könne er hiergegen Einspruch erheben. Dies alles sei die Bedeutung der Wendung " may together examine ", die die gemeinsame Vornahme gerichtlicher Schritte (combined action in judicial proceedings) ausdrücken solle.¹⁰⁾

In der soweit wiedergegebenen Chefoo-Vereinbarung tritt der erste Abschluß der Entwicklung der Konsulargerichtsbarkeit zu Tage. England und im folgenden auch die anderen Vertragsmächte errichteten eigene Gerichte in China, die für gerichtliche Verfahren gegen Angehörige des jeweiligen Landes zuständig waren. China gründete demgegenüber sog. " mixed courts ", die für solche Fälle zuständig waren, in denen die beklagte oder beschuldigte Partei die chinesische Nationalität besaß. Das Verfahren folgte hier chinesischem Recht. Doch hatte ein offizieller Vertreter der Nation der Gegenseite das Recht, dem Verfahren als Beobachter (assessor) mit Einspruchsmöglichkeit beizuwohnen. Von dieser Gelegenheit machten die ausländischen Vertreter in zunehmenden Maße mit dem Ergebnis Gebrauch, daß sie mit der Zeit den Status von Beobachtern hinter sich ließen und nach und nach zu regelrechten Beisitzern wurden. Am deutlichsten offenbarte sich diese Entwicklung in Shanghai, wo es im Jahre 1869 zur Gründung eines " International Mixed Court " (Hui shen kung t'ang) gekommen war.¹¹⁾

Hierbei handelte es sich ursprünglich um einen chinesischen

10) Siehe Section II, subsection ii der Chefoo-Vereinbarung von 1876.

11) Zu den " Mixed Courts " in Shanghai siehe Tao Hsi-sheng, S. 113 ff; Chan Heng-chü, S. 97 ff; Wang Chi-pao, S. 40 ff; Fishel, S. 23 ff; Kotenev (s. Anm. 1).

Gerichtshof, dessen Verfassung unter Billigung der chinesischen Regierung von englischen und amerikanischen Konsulatsbehörden entworfen worden war. Diese sah zunächst vor, daß der Gerichtshof nur dann die Funktion eines "mixed court" erfüllen sollte, wenn in einem konkreten Fall ausländische Interessen berührt wären. In allen anderen Fällen sollte es ein rein chinesisches Gericht sein und ausländischer Einmischung nicht unterliegen. Auf chinesischer Seite stand an seiner Spitze ein Unterpräfekt (t'ung chih oder erh fu) der fünften Rangstufe, der die Strafgewalt eines örtlichen Vorstehers besaß.¹²⁾ Im Laufe der Zeit bekamen jedoch auch hier die Beobachter tatsächlich die Stellung von Beisitzern. Nach 1880 entwickelte sich darüberhinaus die Praxis, daß ausländische "assessors" in immer größerer Zahl auch als Beisitzer in solchen Strafverfahren auftraten, in denen ausländische Interessen unmittelbar nicht berührt waren.

Neben dem "International Mixed Court" und seinem Pendant in der französischen Niederlassung von Shanghai war es nach und nach zur Errichtung einer immer größer werdenden Zahl ähnlicher Gerichtshöfe an anderen Orten wie Hankow, Harbin oder Kulangsu gekommen.¹³⁾ Die Abschaffung dieser internationalen und ausländischen Gerichtshöfe wurde mit der Zeit eines der patriotischen Hauptanliegen des jungen China. Infolge der außenpolitischen Schwäche des Landes konnte dies jedoch nur durch ein Eingehen auf die Forderungen der Vertragsmächte nach Übernahme eines westlichen Justizsystems als Voraussetzung einer Rückgewinnung der Justizhoheit bewerkstelligt werden. Ihren Willen zur Rückgabe hatten zunächst England im sog. Mackay-Abkommen, im folgenden auch die Vereinigten Staaten und Japan ausdrücklich bekräftigt.¹⁴⁾ Zu einem ersten Einbruch kam es früher als erwartet bereits in den letzten Jahren des ersten Weltkrieges, als China nun seinerseits die außenpolitische Schwäche der Verlierer dieses Krieges seinen Zwecken nutzbar machte. Das deutsche

12) Siehe Chan Heng-chü, S. 97.

13) Vgl. Fishel, S. 24 f.

14) Zum Mackay-Abkommen siehe Tao Hsi-sheng, S. 115; Fishel, S. 27.

Reich und Österreich-Ungarn verloren mit der Kriegserklärung Chinas an die Mittelmächte im Jahre 1917 ihre bis dahin bestehenden Vorrechte.¹⁵⁾ Die Revolution in Rußland brachte dessen Ausscheiden aus den Reihen der Vertragsmächte. Auf Grund eines Edikts des Präsidenten der neugegründeten Republik China wurde der diplomatischen Vertretung und den konsularischen Stellen Rußlands die Anerkennung entzogen und ihre gerichtlichen Befugnisse auf chinesische Behörden übertragen.¹⁶⁾ Dieser Einbruch hatte allerdings keinen Einfluß auf die übrigen Mächte, die fortfuhren, von ihren Privilegien Gebrauch zu machen. Immerhin setzten sie im Jahre 1926 als Zeichen ihres guten Willen und ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, auf die ihnen zustehenden Sonderrechte zu verzichten, eine Kommission (Commission on Extraterritoriality in China) ein, die einen Bericht über die Fortschritte der chinesischen Justizreform vorlegen sollte. Nicht überraschend kam die Kommission, die sich u.a. aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens, Japans sowie der Vereinigten Staaten zusammensetzte und der auch ein Delegierter Chinas angehörte, zu einem negativen Ergebnis. In dem Bericht hieß es, daß Übergriffe militärischer Machthaber auf die Justiz immer noch

15) Zur Rechtsstellung deutscher und österreichischer Staatsangehöriger in der Folgezeit siehe Chan Heng-chü, S. 96 f. Von 1919 an fanden auf sie die " Regelungen über Gerichtsverfahren in Zivil- und Strafsachen bei Angehörigen von Staaten ohne konsularische Gerichtsbarkeit " (Shen li wu ling shih tsai p'an ch'üan kuo jen min min hsing shih sung chang ch'eng) Anwendung. Bedeutsam an diesen Regelungen war, daß sie die Zuständigkeit neu errichteter Gerichteämter (shen p'an t'ing) vorsahen. Erwähnung verdient weiter, daß sie ausländischen Anwälten Verfahrensrechte einräumten; vgl. hierzu auch Yang-Hung-lieh, S. 1084. Zur Rechtsstellung deutscher und österreichischer Staatsangehöriger siehe weiter Fishel, S. 28 - 36, 40 - 43.

16) Für die Rechtsstellung von Russen, insbesondere der Masse von weißrussischen Flüchtlingen in den mandchurischen Gebieten, galten Besonderheiten; siehe hierzu Chan Heng-chü, S. 97. Da sie in der Mehrzahl entlang der mandchurischen Eisenbahnlinien (eastern railway zone) angesiedelt waren, wurden hier auf Grund der " Verordnung über die Verfassung der Gerichte in den besonderen Gebieten der drei östlichen Provinzen " (Tung san sheng t'e pieh ch'ü yü fa yüan pien chih t'iao li) sechs Zweiggerichte gegründet, die in der Hauptsache nur für die dort ansässigen russischen Flüchtlinge zuständig waren.

zur Tagesordnung gehörten,¹⁷⁾ Gesetze nicht überall gleich angewendet wurden und weder eine genügende Anzahl von modernen Gerichten noch von ausgebildeten Richtern vorhanden sei.¹⁸⁾ Die Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit war damit zunächst einmal wieder in weite Ferne gerückt. Zu nachdrücklicheren Schritten hiergegen kam es erst wieder mit der Konstituierung der Kuomintang-Regierung, die die öffentliche Bewegung zur Rückgewinnung der Justizhoheit ihren Bestrebungen zur Einigung des Landes nutzbar zu machen versuchte.¹⁹⁾ Die neugebildete Regierung bekräftigte wiederholt ihren Willen, den sog. ungleichen Verträgen und der Extraterritorialität, die das verhasste Symbol chinesischer Schwäche war, ein Ende zu bereiten. Den restlichen Vertragsmächten gegenüber verwies sie auf die Fülle bereits erlassener oder in Vorbereitung befindlicher Gesetze, unter anderem eines Gerichtsverfassungsgesetzes und einer Strafverfahrensordnung, die beide bis in Einzelheiten westlichen und insbesondere kontinental-europäischen Vorbildern entsprachen.

Im Frühling des Jahres 1929 kam es schließlich zu einem Beginn von Verhandlungen mit den restlichen Vertragsmächten. Als diese zunächst zu keinem Ergebnis führten, setzte die chinesische Regierung einseitig als Zeitpunkt des Erlöschens ausländischer Justizrechte in China den 31. Dezember 1929 fest. Die Mächte nahmen jedoch von dieser Proklamation einer Regierung, die immer noch zu schwach war, ihre Edikte auch durchzusetzen, offiziell keine Kenntnis. Stattdessen wurden die bereits eingeleiteten Gespräche weitergeführt, bis sie im Jahre 1931 auf Grund des sich bis zum Ende des zweiten Weltkrieges hinschleppenden chinesisch-japanischen Konfliktes zu einem Halt kamen. Die endgültige formelle Rückgewinnung der Justizhoheit erfolgte dann erst dreizehn Jahre später in der Mitte des zweiten Weltkrieges als eine zu dieser Zeit nur noch psychologische Geste für den mittlerweile im Kampf gegen Japan verbündeten Alliierten China.²⁰⁾

17) Vgl. den "Report of the Commission on Extraterritoriality in China", Peking, Sep. 16, 1926. Wash., D.C.: U.S. Government Printing Office, 1926, S. 97.

18) "Report", S. 100.

19) Siehe Wang Chi-pao, S. 36; eingehend Fishel, S. 145 ff.

20) Vgl. hier stellvertretend für die Verträge mit anderen Ländern den "Treaty between the United States of America and the Republic of China For the Relinquishment of Extraterritorial Rights in China and the Regulation of Related Matters" vom 11. Januar 1943 (abgedruckt bei Fishel, S. 233 ff.).

3. Kapitel

Die Strafgerichtsbarkeit in der Republik China¹⁾

In der Rangordnung der Ursachen der Justizreform steht die ausländische Gerichtsbarkeit sicherlich mit an erster Stelle. Fraglos

1) Bei diesem Kapitel habe ich folgende Werke herangezogen: Chan Heng-chü, *Chung kuo chin tai fa chih shih* (Geschichte der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973, insbesondere die Abschnitte über das Strafverfahrensrecht, S. 201 - 205, über das Gerichtsorganisationsgesetz, S. 206 - 211, über die einzelnen Justizorgane der Republik, S. 219 - 267 und über die Militärgerichtsbarkeit, S. 358 - 383; Lo Chih-yüan, *Chin tai chung kuo fa chih yen pien yen chiu* (Untersuchungen zur Entwicklung der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1976, insbesondere die Abschnitte über die Justizreformen gegen Ende der Ch'ing-Zeit, S. 392 - 402, die Justizpolitik in den ersten Jahren der Republik, S. 402 - 404, und über den Aufbau der Gerichte in den ersten Jahren der Republik, S. 404 - 412; Tao Hsi-sheng, *Ch'ing tai chou hsien ya men hsing shih shen p'an chih tu ch'eng hsü* (Strafgerichtsordnung und Verfahrensregeln der Bezirks- und Distriktsyamen der Ch'ing-Dynastie), Taipei, 1972, hier insbesondere das letzte Kapitel über die Reformen des Justizwesens, S. 116 - 138; Wang Chi-pao, *Min kuo ssu fa chih* (Abhandlungen zum Justizwesen der Republik), Taipei, 1956, insbesondere das Kapitel über die Organisation des Justizwesens, S. 1 - 19, weiter die Abschnitte über das Strafverfahrensrecht, S. 29 - 31, und das Kapitel über die Behandlung von Zivil- und Strafsachen, S. 61 - 68; Yang Hung-lieh, *Chung kuo fa lü fa ta shih* (Geschichte der Entwicklung des chinesischen Rechts), Taipei, 1967, insbesondere das Schlußkapitel über die Zeit der Republik, S. 1029 - 1243.

Zu besonderen Fragen habe ich weiter benutzt: Tiao Jung-hua, *Chün shih shen p'an fa shih yung* (Praxis des Militärgerichtsverfahrens), Taipei, 1972; Tiao Jung-hua u. Liu Ch'i-hua, *Hsing shi t'e p'ieh fa ko lun* (Besonderes Strafrecht), Taipei, 1972; Tsai Tun-ming, *Hsing shih su sung fa* (Strafverfahrensgesetz), Taipei, 1977, das das wohl beste und umfangreichste Werk über das chinesische Strafverfahrensrecht ist; Ts'ai Yin-en, *Fa yüan tsu chih fa hsin lun* (Neue Abhandlungen zum Gerichtsorganisationsgesetz), Taipei, 1971.

Folgende Aufsätze habe ich weiter herangezogen: Chen P'u-sheng, *Lun hsing shih su sung fa chih li fa ch'ü hsiang* (Gesetzgeberische Tendenzen zum Strafverfahrensgesetz, in " Chung kuo fa hsüeh lun chu hsüan chi " (Gesammelte Aufsätze zur chinesischen Rechtswissenschaft), herausgegeben von Tiao Jung-hua, Taipei, 1976, S. 376 - 395; Chu Chien-hung, *T'an chün fa shen p'an yü su sung ch'eng hsü chih chien hua* (Über die Militärgerichtsbarkeit und die Vereinfachung von Verfahrensregeln), in " Fa hsüeh lun chi " (Gesammelte Abhandlungen zur Rechtswissenschaft), Taipei, 1977, S. 641 - 646; Fan Kuei-shu, *Wo kuo chün shih shen p'an chih tu lüeh lun* (Kurzer Abriss der chinesischen Militärgerichtsbarkeit), in " Fa hsüeh

war hauptsächlich sie es, die den Anstoß zu der mit einer tiefgreifenden Änderung und Umwälzung einhergehenden Anpassung des chinesischen Justizsystems gab. Ohne diesen schmerzhaften Eingriff wäre die Justizreform entweder gar nicht oder nur sehr langsam in Gang gesetzt worden. Der demütigende Zwang, unter dem dies geschah, erwies sich jedoch auf der anderen Seite als hinderlich und schädlich. China sah sich alleine durch die Existenz der Konsulargerichtsbarkeit innen- wie außenpolitisch vor die Notwendigkeit gestellt, überhastet und ohne gründliche Vorbereitung Re-

(Forts.) lun chi ", S. 612 - 620; Li Ping-ts'ai, Chün fa fu p'an chih tu chih li lun yü shih wu (Theorie und Praxis des militärgerichtlichen Appellationssystems), in " Fa hsüeh lun chi ", S. 621 - 628; Lin Jung-yao, Ti yüan hsing shen yü kuan wen t'i chi yen chiu (Untersuchungen zu Problemen bei Verfahren in Strafsachen vor den Landgerichten), in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June 1970, S. 100 - 104; Tao Lung-sheng, Ching ch'a ch'üan yü ke jen ch'üan (Polizeigewalt und die Rechte des einzelnen), in " Chengchi Law Review, Vol. 2, 1970, S. 13 - 17; Tiao Jung-hua, Chün fa chih tu chih li lun t'i hsi chi ch'i ko hsin (Zum theoretischen System des Militärrechts und seiner Erneuerung), in " Fa hsüeh lun chi ", S. 664 - 674; Wang Chien-chin, Tsu su chih tu ts'un fa wen t'i chih chien t'ao (Untersuchungen zu Fragen des Systems der Privatklage), in " Chung kuo fa hsüeh lun chu hsüan chi ", S. 396 - 401; Wang Hui-ch'eng, Chieh yen shih ch'i t'ai wan ti ch'ü chün fa yü ssu fa chi kuan hsing shih shen p'an ch'üan chih hua fen (Über die Verteilung von Strafsachen zwischen den Militärgerichtsorganen und den Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Zeit des Ausnahmezustandes im Gebiet Taiwans), in " Fa hsüeh lun chi ", S. 647 - 663.

An Literatur in westlichen Sprachen habe ich im wesentlichen herangezogen: Bünge, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, Sonderdruck aus den deutschen Landesreferaten zum III Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung in London, 1950; ders., Fünfzig Jahre Rechtsreform in China, in " Übersee Rundschau ", Jhg. 1950, S. 28 f; Brunnert a. Hagelstrom, Present Day Political Organization Of China, Peking, 1910 (Nachdruck, Taiwan, 1971); Escarra, Le Droit Chinois. Conception et évolution Institutions législatives et judiciaires, Science et enseignement, Peking u. Paris, 1936; Meijer, The Introduction of Modern Criminal Law in China, Batavia, 1949; Tjong Zong-uk, Zur Geschichte der Kodifikation des Strafrechts in Ostasien, in " Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft ", Bd. 84 (1972), S. 1088 - 1119; Weng Yueh-sheng, Die Stellung der Justiz im Verfassungsrecht der Republik China, Taipei, 1970; Yang Chung-sen, The Career Judiciary in the Republic of China, in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June 1970, S. 122 - 159.

formen durchzuführen, die seinem Wesen fremd waren und als lediglich aufoktroziert empfunden werden mußten. Der Weg zu einer vernünftigen, abgewogenen Reform, die bewährte alte Formen mit neuen, auf China übertragbaren Inhalten füllen konnte, war durch die auf keinen Zollbreit Bodens verzichtende Konsulargerichtsbarkeit auf Jahrzehnte versperrt. Weitere verhängnisvolle Folge war das Vorurteil, das die Konsulargerichtsbarkeit naturgemäß als Recht des Stärkeren auslöste. Diese Voreingenommenheit übertrug sich notwendigerweise auf das westliche Justizsystem als ganzes und vergrößerte dadurch nur noch die ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten. Hierzu gesellte sich ein Gefühl der Minderwertigkeit eigener überkommener Rechtspflege, seiner Unterlegenheit gegenüber dem westlichen Justizwesen, wie es in den großen Handels- und Umschlagsplätzen an der chinesischen Küste überheblich zur Schau gestellt wurde. Zusammen mit der innenpolitischen Zerissenheit und der außenpolitischen Schwäche Chinas mußte dies alles eine Reform des Justizwesens zu einem Wagnis machen, das von einem raschen Erfolg - wie in Japan - wohl kaum gekrönt werden konnte.

Bei dieser Ausgangslage ist es kein Wunder, daß das Bild, das die ersten Jahre der Republik hinsichtlich der Justizreform boten, gekennzeichnet war durch eine verwirrende Fülle zum Teil gegenläufiger oder sich widersprechender Gesetze und Verordnungen, deren Verwirklichung und Umsetzung in die Praxis oft erst gar nicht versucht wurde. Die meisten dieser Gesetze hatten darüberhinaus nur den Zweck, den Schein einer Reform zu wahren, um der politischen Forderung nach Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit Nachdruck zu verleihen. Die folgende Darstellung wird sich daher nur auf die wesentlichen Punkte beschränken. Das Schwergewicht liegt hierbei auf der Organisation der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Polizei, weiter auf dem eigentlichen Verfahren vor Gericht einschließlich besonderer, mit der exponierten politischen Lage begründeter Verfahrensarten, wie sie sich vor allen Dingen in Taiwan herausgebildet haben.

1. Abschnitt

Die neuen Gerichte²⁾

Wie oben bereits erwähnt worden ist, setzte die gegen Ende der Ch'ing-Dynastie in Angriff genommene Justizreform mit einer Trennung der vorher ineinander übergehender Gewalten und einer entsprechenden Umbildung der obersten Justizbehörden des Reiches und der Provinzen ein. Die kaiserliche Regierung hatte zur Vorbereitung dieser Reformen im Jahre 1902 eine besondere Kodifikationskommission eingesetzt und hierzu den Professor an der Universität von Tokio, Okado Asataro, und den Senatspräsidenten des oberen Gerichtshofes in Tokio, Matsuoka Toshitada, als Berater nach China eingeladen.³⁾ Unter dem Schlagwort " Unabhängigkeit der Justiz " (ssu fa tu li) wurde das Ministerium für Strafwesen in ein Justizministerium (ssu fa pu) umgewandelt; aus dem obersten Kassationshof ging der oberste Gerichtshof (ta li yüan) hervor. Auf unterer Ebene wurden sog. Gerichts- und Staatsanwaltschaftsämter gegründet, die zum erstenmal in der Geschichte Chinas von der allgemeinen Verwaltung losgelöst sein sollten.

Gesetzliche Grundlage hierfür waren in erster Linie die " Verordnung über die versuchsweise Einführung von Gerichten ver-

2) Vgl. zu diesem Abschnitt: Chan Heng-chü, S. 206 (zum Gerichtsorganisationsgesetz und dessen Vorläufer, dem Gerichtsverfassungsgesetz), S. 219 ff (zu den einzelnen Justizorganen der Republik), und S. 386 ff (zur Problematik der Untergliederung der Gerichte unter die unmittelbare Aufsicht des obersten Exekutivorgans in Taiwan); Lo Chih-yüan, S. 398 f (zum Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes und anderer Organisationsgesetze in den letzten Jahren der Ch'ing-Dynastie), und S. 404 ff (zum Gerichtsaufbau in den ersten Jahren der Republik); Tao Hsi-sheng, S. 116 ff (zu den Justizreformen in den letzten Jahren der Ch'ing-Dynastie); Ts'ai Yin-en, S. 5 ff (zur Geschichte des Gerichtsorganisationsgesetzes), S. 14 ff (zum Aufbau der Gerichte), S. 91 ff (zur Aufsicht über die Gerichte); Yang Hung-lieh, S. 1086 ff (zum Aufbau der Gerichte in den ersten Jahren der Republik); Weng Yueh-sheng, S. 88 ff (zur Geschichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Taiwan), S. 107 ff (zum Aufbau der Gerichte), S. 134 ff (zur sachlichen Unabhängigkeit), und S. 145 ff (zur Dienstaufsicht über die Richter); zu der letzteren Frage vgl. auch den kritischen Aufsatz von Yang Chung-sen, The Career Judiciary in the Republic of China, in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June 1970, S. 122 - 159.

3) Vgl. Weng Yueh-sheng, S. 88.

schiedener Stufen " (Ko chi shen p'an t'ing shih pan chang cheng) und das " Gerichtsverfassungsgesetz " (Fa yüan pien chih fa), das neben reinen organisatorischen Regeln auch allgemeine Grundzüge des Verfahrens enthielt.⁴⁾ Diese Bestimmungen sahen Gerichte auf vier verschiedenen Ebenen mit einem dreistufigen Rechtszug vor.

Das auf das Vorbild des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zurückgehende Organisationsschema wurde im wesentlichen in den ersten Jahren der Republik übernommen. Das kontinental-europäische Justizsystem bot sich wie vorher auch in Japan aus begreiflichen Gründen als Vorbild an. Anders als das auf die Person des Richters zugeschnittene weniger rigide System des anglo-amerikanischen Rechtskreises zeichnet sich das kontinentale Gerichtssystem in größerem Maße durch bürokratische, institutionelle Züge aus, die es der traditionellen chinesischen Rechtspflege verwandter machten. Als Eingangsgerichte sollten nach dem Gerichtsverfassungsgesetz Amtsgerichte (ch'u chi shen p'an t'ing) und Landgerichte (ti fang shen p'an t'ing) eingerichtet werden. Auf nächsthöherer Ebene standen Oberlandesgerichte (kao teng shen p'an t'ing), an der Spitze der Pyramide befand sich der bereits erwähnte oberste Gerichtshof (ta li yüan), der an Stelle des alten " ta li ssu " getreten war; ihm waren politische Straftaten zur alleinigen und ausschließlichen Zuständigkeit übertragen.⁵⁾

Amtsgerichte, auch Stadtrechtsämter (ch'eng yen chü) oder Landrechtsämter (hsiang yen chü) genannt, waren mit einem oder zwei (in Peking zehn) unabhängigen Richtern (tan tu t'ui shih) besetzt. In Strafsachen waren sie zuständig für Delikte, die mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden

4) Zum Gerichtsverfassungsgesetz siehe Chan Heng-chü, S. 206 f; Wang Chi-pao, S. 5; Ts'ai Yin-en, S. 5 f, 187 ff (mit Abdruck des Gerichtsverfassungsgesetzes); Tao Hsi-sheng, S. 121; Yang Hung-lieh, S. 919, 1086; Lo Chih-yüan, S. 398 f. Weitere wichtige Reformgesetze waren die " Vorläufigen Regelungen über die Prüfung und Anstellung von Justizbeamten " (Fa kuan k'ao shih jen yung chan hsing chang cheng), die " Vorläufigen Regelungen über die Festlegung von Gerichtsbezirken " (Ssu fa ch'ü yü fen hua chan hsing chang cheng) und die " Vorläufigen Regelungen über die sachliche Zuständigkeit der Amts- und Landgerichte " (Ch'u chi chi ti fang shen p'an t'ing kuan hsia an chien chan hsing chang ch'eng).

5) Siehe Yang Hung-lieh, S. 1086 ff; Brunnert a. Hagelstrom, S. 346 ff.

konnten. Sie sollten hauptsächlich in Distrikts- oder Bezirks-hauptstädten gegründet werden. Landgerichte waren unterteilt in Zivil- und Strafkammern. An der Spitze der Landgerichte stand ein Präsident (t'ing chang, in Peking: t'ing ch'eng), der gleichzeitig Vorsitzender einer Kammer war. Neben den Richtern waren in den Landgerichten Archivare (tien pu), Registratoren (chu pu), Schreiber (lu shih), Vollstreckungsbeamte (ch'eng fa li) und - in Peking und den großen Hafenstädten - Dolmetscher (fan yi kuan) angestellt. Landgerichte waren in jeder Präfektur zu errichten (das Landgericht in Peking trug den langen Namen: ching shih nei wai ch'eng ti fang shen p'an t'ing oder hauptstädtisches Landgericht der inneren und äußeren Stadt). Ein Oberlandesgericht war Instanzgericht eines Landgerichtes. An seiner Spitze stand ein Präsident (t'ing ch'eng). Oberlandesgerichte sollten in Peking, als hauptstädtisches Oberlandesgericht (ching shih kao teng shen p'an t'ing), und in jeder Provinzhauptstadt errichtet werden.

In die Tat umgesetzt wurde dieser zu hoch gegriffene Plan nur in der Hauptstadt Peking und in einigen größeren Provinzstädten. In allen anderen Gebieten war wegen der unsicheren, verworrenen politischen Umstände an seine Verwirklichung nicht zu denken. Zu einem kaum verhüllten Eingeständnis seiner Undurchführbarkeit kam es im Jahre 1914, als die Regierung den Beschluß faßte, auf die Errichtung der Amtsgerichte zu verzichten,⁶⁾ und an ihre Stelle in jedem Distrikt Zweiggerichte oder Bagatellkammern der Landgerichte zu gründen, die als alleinige Gerichte der Eingangsstufe fungieren sollten. In die Zuständigkeit dieser Zweiggerichte sollten lediglich die erstinstanzlichen Sachen aus dem Distrikt fallen, der Sitz des Landgerichtes war. In den übrigen Distrikten sollte wie bisher der jeweilige Distriktsvorsteher nebenamtlich die Aufgaben der Rechtsprechung wahrnehmen. Zugrunde lagen dieser einzig vernünftigen Regelung die " Vorläufige Verordnung über die gleichzeitige Ausübung von Aufgaben auf dem Gebiet des Justizwesens durch den Distriktsvorsteher "

6) Siehe Wang Chi-pao, S. 5; Weng Yueh-sheng, S. 89 f.

7) Diesem Beschluß lag das " Gesetz über die Organisation von Zweig-Landgerichten in den Distrikten " (Ko hsien ti fang fen t'ing tsu chih fa) aus dem Jahre 1917; hierzu Wang Chi-pao, S. 6; Lo Chih-yüan, S. 405 f.

(Hsien chih shih chien li ssu fa shih wu chan hsing t'iao li) und die " Vorläufigen Regelungen über die Durchführung von Gerichtsverfahren durch den Distriktsvorsteher " (Hsien chih shih shen li su sung chan hsing chang ch'eng).⁸⁾

Aber auch dieser zurechtgerückte, weniger ehrgeizige und hochgegriffene Plan ließ sich nur in sehr begrenztem Maße realisieren. Zu groß waren die politischen Spannungen und Machtkämpfe, die auch weiterhin die Reform des Justizwesens nur auf dem Papier stattfinden ließen. Das Justizwesen änderte sich von Provinz zu Provinz. In manchen Provinzen versuchte man noch, formell dem im Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenem Aufbau zu folgen, in anderen Gebieten hielt man sich stattdessen an ein System, das nur einen zweistufigen Aufbau vorsah. In allen Gebieten war angesichts des zunehmenden Machtverfalls und der Schwäche der Zentralregierung die Schaffung wirklich unabhängiger Gerichte illusorisch. Übergriffe militärischer Machthaber, der Warlords oder Kriegsherren, die von ihren selbstherrlich geschaffenen Vorrechten zügellos Gebrauch machten, waren an der Tagesordnung, Mittel der Tortur hatten nach wie vor in der Praxis des Verfahrens ihren festen Platz, Gewalt und Willkür waren Tür und Tor geöffnet. Das Fehlen ausgebildeter Richter spielte daran gemessen bereits keine Rolle mehr. Zur Charakterisierung der damaligen politischen Lage genügt die Tatsache, daß es zwischen 1912 und 1926 acht verschiedene Präsidenten, Zweiundvierzig Kabinette mit ständig wechselnden Mitgliedern und fünfundzwanzig Justizminister gab, deren durchschnittliche Amtsdauer nur jeweils sieben Monate betrug.⁹⁾

Der Zustand der Schwäche und Zersplitterung änderte sich vorübergehend erst mit der Einigung des Landes durch die Kuomintang, der im Jahre 1927 als äußeres Zeichen die Verlegung der Hauptstadt von Peking nach Nanking folgte. Die von der Kuomintang gestellte Regierung erließ zunächst die Anordnung, vorerst dem im Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehenen Aufbau zu

8) Zu diesen Bestimmungen siehe Lo Chih-yüan, S. 406.

9) Hierzu Fishel, The End of Extraterritoriality in China, Berkeley, 1952, S. 265, Anm. 9, und S. 119 ff unter Bezugnahme auf den Bericht der " Commission on Extraterritoriality in China ", die, aus Vertretern Chinas und der Vertragsmächte zusammengesetzt, ein Gutachten über den Stand der Justizreform in China erstellen sollte.

folgen.¹⁰⁾ In Gebieten, in denen es noch nicht zu einer Gründung von Landgerichten gekommen war, sollten vorläufig Distriktsgerichte (hsien fa yüan) eingerichtet werden, die mit zwei Richtern und einem staatsanwaltschaftlichen Vertreter besetzt werden sollten. Die Aufgaben des staatsanwaltschaftlichen Vertreters, und wohl auch die der Richter, sollten erforderlichenfalls von dem Leiter der Distriktsverwaltung mit wahrgenommen werden.

Diese Anordnung hatte nur wenige Jahre Gültigkeit. Im Jahre 1932 wurde das " Gerichtsorganisationsgesetz " (Fa yüan tsu chih fa) verkündet, das nach seinem Inkrafttreten am 1. Juli 1935 dem französischen Gerichtsaufbau folgend nur noch Gerichte auf drei Ebenen vorsah.¹¹⁾ Es war eines der Gesetze, die von einer besonderen Kodifikationskommission erarbeitet worden waren. Der Kommission, die bereits im Jahre 1914 gegründet worden war, gehörten unter anderen die Japaner Hakura Matutaro, Iwata Shin und die beiden Franzosen G. Padoux und - von 1921 an - J. Escarra, der bekannte französische Rechtswissenschaftler und Sinologe, an.¹²⁾

Unterste Gerichte sollten hiernach Landgerichte (ti fang fa yüan) sein, die in Distrikten (hsien) oder Kreisstädten (shih) zu errichten waren.¹³⁾ Sie sollten Eingangsgerichte für sämtliche Strafsachen sein, wenn gesetzlich keine andere Regelung getroffen war. Abgesehen von besonders schweren oder komplizierten Fällen hatte die Verhandlung vor einem, sonst vor drei Richtern zu erfolgen. Über den Landgerichten waren Oberlandesgerichte (kao teng fa yüan) einzurichten, die für das Gebiet einer Provinz zuständig waren und ihren Sitz in deren Hauptstadt haben sollten.¹⁴⁾ Zweiggerichte der Oberlandesgerichte (kao teng fa yüan fen yüan) konnten in Provinzen mit dichter Bevölkerung und großer Gebietsfläche gegründet werden. Die Verwaltung dieser Zweiggerichte sollte der Überwachung des zentralen Oberlandesgericht unterliegen, in ihren Rechtsprechungsfunktionen sollten sie diesen jedoch gleichgestellt sein. Rechts-

10) Siehe hierzu Chan Heng-chü, S. 207; Wang Chi-pao, S. 7.

11) Zum Gerichtsorganisationsgesetz (engl. Übersetzung in " A Compilation of the Laws of the Republic of China ", Taipei, 1974, Vol. 2, S. 1 - 27) siehe Ts'ai Yin-en, S. 6.

12) Siehe Escarra, S. 100; Büniger, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, S. 172 ff ders., Fünfzig Jahre Rechtsreform in China, S. 29.

13) Art. 9 ff des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG).

14) Art. 16 ff GOG; hierzu auch Chan Heng-chü, S. 245 f.

mittel gegen eine Entscheidung eines Zweiggerichtes waren daher ebenfalls beim obersten Gerichtshof (tsui kao fa yüan) einzulegen. Die Oberlandesgerichte sollten Instanzgerichte für Entscheidungen der Landgerichte sein, darüberhinaus sollten sie in erster Instanz Delikte gegen die innere und äußere Sicherheit des Landes (politische Straftaten) aburteilen. Der oberste Gerichtshof wurde in Nanking errichtet. Er war letzte Instanz für alle Straf- und Zivilsachen, sofern eine andere Regelung nicht getroffen war.¹⁵⁾

An dieser allgemeinen Gliederung änderte sich von dieser Zeit an nichts mehr. Sie gilt wie auch das Gerichtsorganisationsgesetz in unveränderter Form auch heute noch in Taiwan.

Gemessen an diesem Gesetz war die Wirklichkeit jedoch auch hier anders. Besonders die Einführung der unteren Gerichte stieß immer noch auf erhebliche Widerstände. Innenpolitisch war die Kuomintang-Regierung dem Druck der kommunistischen Partei ausgesetzt, die in den von ihr besetzten Gebieten in den nordwestlichen Provinzen allmählich ein eigenes Justizwesen aufbaute, außenpolitisch erfolgte die immer unverhülltere Züge annehmende Intervention Japans, die schließlich zum chinesisch-japanischen Krieg führte. Die Einführung eines neuen Gerichtssystems war auf diesem wankenden Boden eine überflüssige Sorge. Der Kampf um das Überleben ließ andere Aufgaben dringlicher erscheinen. Immerhin war bei Übernahme der Macht durch die kommunistische Partei ein Drittel aller geplanten Landgerichte errichtet worden.¹⁶⁾ In den übrigen Gebieten lagen auf Grund der bereits erwähnten Verordnungen über die Zuweisung der Aufgaben der Rechtsprechung an die örtlichen Verwaltungsbeamten und des zusätzlichen " Gesetzes über die Organisation von Distrikts-Justizbehörden " (Hsien ssu fa ch'u tsu chih chan hsing t'iao-li) die gerichtlichen Befugnisse immer noch im wesentlichen in den Händen nichtrichterlicher Beamter.¹⁷⁾

15) Art. 21 ff GOG; hierzu auch Chan Heng-chü, S. 233 f.

16) Siehe Chan Heng-chü, S. 248; Wang Chi-pao, S. 9.

17) Vgl. Weng Yueh-sheng, S. 92 f.

Erfolgreicher waren die Bemühungen um den Aufbau von oberen Gerichten, die in Provinzhauptstädten und anderen größeren Städten gegründet werden sollten. Sie waren in sämtlichen Provinzen einschließlich der besonderen mandchurischen Verwaltungsgebiete von Jehol, Suiyüan, und Chahar errichtet worden. Nach der Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges und der Rückgabe Taiwans wurde darüberhinaus noch jeweils ein oberes Gericht in Shanghai und Taiwan errichtet,¹⁸⁾ von denen jedoch nur das letztere einige Bedeutung erlangen sollte.

Auch das Schicksal des obersten Gerichtshofes (tsui kao fa yüan) spiegelt die chaotischen Verhältnisse der damaligen Zeit wieder.¹⁹⁾ Nach dem Gerichtsorganisationsgesetz sollte es am Sitz der Zentralregierung (zur Zeit des Erlasses des Gesetzes Nanking) errichtet werden. Nach dem Beginn des chinesisch-japanischen Krieges zog sich die Regierung in das Innere Chinas nach Chungking zurück. Die Aufgaben des obersten Gerichtshofes wurden danach von einem Zweiggericht wahrgenommen, das unter dem Schutz der ausländischen Mächte in der internationalen Niederlassung von Shanghai gegründet wurde.²⁰⁾ Nach der Besetzung auch des internationalen Teils von Shanghai durch die Japaner kam es zur Errichtung eines weiteren Zweiggerichtes in Fukien, dem im Jahre 1943 ein drittes folgte, das für die Provinzen Hunan, Kwangsi und Kwangtung zuständig sein sollte. Nach der Beendigung des Krieges wurde die Hauptstadt wieder nach Nanking verlegt, das demgemäß auch wieder Sitz des obersten Gerichtshofes wurde. Darüberhinaus wurden im Jahre 1945 ein neues Zweiggericht in Peking, und im Jahre 1948 weitere in Kanton und Chungking gegründet. Nach dem Rückzug der Kuomintang-Regierung nach Taiwan wurde schließlich Taipeh provisorischer Sitz des obersten Gerichtshofes.

Die Organisation der Gerichte in Taiwan folgt dem bereits geschilderten Aufbau. Landgerichte (ti fang fa yüan) sind in

18) Siehe hierzu Chan Heng-chü, S. 246.

19) Zum Schicksal des obersten Gerichtshofes siehe Chan Heng-chü, S. 233 f.

20) Gesetzliche Grundlage der Errichtung von Zweiggerichten war die 1938 erlassene " Verordnung über die Errichtung von Zweiggerichten des obersten Gerichtshofes " (Tsui kao fa yüan she chih fen t'ing t'iao li); vgl. hierzu Wang Chi-pao, S. 10.

allen größeren Distrikten (hsien) und Städten (shih) gegründet worden.²¹⁾ Jedem Landgericht steht ein Präsident vor, der aus der Reihe der Richter bestimmt wird.²²⁾ Sind in einem Gericht mehr als sechs Richter beschäftigt, teilt es sich in Zivil- und Strafkammern auf.²³⁾ Die Geschäftsverteilung erfolgt nur der Reihenfolge nach.

Oberlandesgerichte sind nach dem Gerichtsorganisationsgesetz in Provinzen (sheng) und besonderen Gebietsteilen (t'e pieh ch'ü yü) einzurichten.²⁴⁾ Gemäß dieser Bestimmung ist es in Taiwan zur Gründung eines Oberlandesgerichtes (kao teng fa yüan) in Taipei und zweier Zweiggerichte (kao teng fa yüan fen yüan) in Tainan und Taichung gekommen. Das Oberlandesgericht in Taipei wird von einem Präsidenten geleitet, der aus dem Kreis der Richter ernannt wird.²⁵⁾ Er führt die Verwaltungsgeschäfte des Gerichts und beaufsichtigt die Richter des Oberlandesgerichts, seiner Zweiggerichte und der untergeordneten Landgerichte.²⁶⁾ Der Präsident eines Zweiggerichtes führt die Aufsicht über die Landgerichte seines Gebietes.²⁷⁾ Der Spruchkörper im Oberlandesgericht ist immer ein aus drei Richtern bestehendes Kollegialgericht; jedoch kann außerhalb der Hauptverhandlung ein Richter beauftragt werden, allein Beweis zu erheben.²⁸⁾ Die Geschäftsverteilung erfolgt nicht nach dem Inhalt der Sache, sondern nach der Reihenfolge der Senate.

Der in Taipei residierende oberste Gerichtshof (tsui kao fa yüan) ist Revisionsinstanz für alle zivil- und strafrechtlichen Entscheidungen des Oberlandesgerichts und seiner Zweiggerichte. Auf dem Papier ist er Berufungsinstanz in politischen Strafsachen, die in die erstinstanzliche Zuständigkeit des Oberlandesgerichts fallen.²⁹⁾ Auf Grund des noch immer in Taiwan herrschenden Ausnahmezustandes ist die Aburteilung politischer Straftäter jedoch den Militärgerichtsorganen übertragen worden. Weiter ist der oberste Gerichtshof zuständig für das außerordent-

21) Landgerichte sind in Taipei, Keelung, Taichung, Tainan, Kaohsiung, Ilan, Chiayi, Pingtung, Taitung, Hualien, und Penghu errichtet worden.

22) Art. 11 GOG.

23) Art. 12 GOG.

24) Art. 16 GOG.

25) Art. 18 GOG.

26) Art. 18, 87 GOG.

27) Art. 20, 87 GOG.

28) Art. 3 GOG.

29) Art. 21 GOG.

liche Einspruchsverfahren (fei ch'ang shang su), das in herkömmlicher Geringachtung der Grundsätze der res iudicata dem Generalstaatsanwalt die Befugnis gibt, gegen ein rechtskräftiges Urteil beim obersten Gerichtshof dann eine neue Verhandlung zu beantragen, wenn er das Urteil für falsch hält.³⁰⁾

An der Spitze des obersten Gerichtshofes steht ein Präsident, der auch die Aufsicht über die Richter des Gerichts führt.³¹⁾ Aufsichtsbefugnisse über die Richter des Oberlandesgerichts und der diesem wieder untergeordneten Gerichte besitzt er dagegen nicht. Diese liegen vielmehr in den Händen des Justizverwaltungsministeriums (ssu fa hsing cheng pu) und des dem Ministerium wieder übergeordneten Exekutiv-Yüans (hsing cheng yüan).³²⁾ Die Senate entscheiden in einer Besetzung von fünf Richtern, in weniger wichtigen Fällen in einer solchen von drei Richtern.³³⁾ Auch hier richtet sich die Geschäftsverteilung nicht nach Fachgebieten, sondern nach der Reihenfolge.

In traditioneller, gewohnter Weise war und ist die Richterschaft in China immer noch Teil der allgemeinen Beamtenschaft. Sie haben daher den gleichen Pflichten zu genügen, wie sie der Beamtenschaft allgemein in dem " Gesetz über die dienstlichen Pflichten von Verwaltungsbeamten " (Kung wu yüan fu wu fa) aus dem Jahre 1939 auferlegt sind. Diese bestehen etwa darin, sich mit aller Hingabe der aufgetragenen Arbeit zu widmen, über dienstliche Angelegenheiten Schweigen zu bewahren, einen einwandfreien Lebenswandel zu führen, und den Anordnungen von Vorgesetzten Folge zu leisten. Der Pflicht, Vorgesetzten zu gehorchen, sind die Richter allerdings nur bei Ausübung ihrer nicht-richterlichen Funktionen unterworfen.³⁴⁾ Weiter ist den Richtern gemäß Art. 39 des Gerichtsorganisationsgesetzes verboten,

30) Art. 441 des Strafverfahrensgesetzes (Hsing shih su sung fa) vom 1. Januar 1935, in der Fassung vom 5. Dezember 1968.

31) Art. 23, 87 GOG.

32) Art. 87 GOG. Entsprechend der Gewaltenlehre Sun Yat-sen's stehen an der Spitze der Republik " Fünf Gewalten ", die durch Ämter (yüan) repräsentiert werden. Es sind dies der Exekutiv-Yüan (hsing cheng yüan), der Gesetzgebungs-Yüan (li fa yüan), der Justiz-Yüan (ssu fa yüan), der Prüfungs-Yüan (k'ao shih yüan), der für die Durchführung von Staatsprüfungen, BeamtenEinstellung, Besoldung etc. verantwortlich ist, und dem Kontroll-Yüan (chien ch'a yüan), der eine Fortführung des traditionellen "ensorates ist.

33) Art. 3 GOG.

34) Art. 90 GOG.

gleichzeitig andere öffentliche Funktionen wahrzunehmen, oder sich geschäftlicher oder anderer Tätigkeit zu widmen, deren Ausübung mit ihrer Stellung als Richter unvereinbar ist. Gemäß Art. 80 der chinesischen Verfassung dürfen Richter sich nicht aktiv am politischen Geschehen beteiligen.

Die Überwachung der Richter erfolgt zentral. Die in Reih und Glied aufgestellte Richterschaft bildet eine Hierarchie, an deren Spitze formell der Justiz-Yüan, tatsächlich aber das Justizverwaltungsministerium steht. Jedes Gericht wird geleitet von einem Präsidenten, der die Erfüllung der Obliegenheiten dieses Gerichts und der anderen Gerichte überwacht, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Die hierarchische Ordnung und das System der Aufsicht und Überwachung hat folgendes Aussehen: Der Präsident des Justiz-Yüans führt zusammen mit dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes die Aufsicht über den obersten Gerichtshof. Der Justizverwaltungsminister hat die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft am obersten Gerichtshof und über alle Gerichte mit Ausnahme des obersten Gerichtshofes. Der Präsident eines Oberlandesgerichts überwacht die Richter dieses Gerichts, seiner Zweiggerichte und der darunterliegenden Gerichte. Der Präsident eines Zweig-Oberlandesgerichts beaufsichtigt dieses Gericht und die Landgerichte seines Bezirks. Der Präsident eines Landgerichtes kontrolliert die Richter dieses Gerichts und seiner Zweiggerichte.

Gemäß Art. 88 des Gerichtsorganisationsgesetzes erteilen aufsichtsführende Richter bindende dienstliche Anweisungen und Anordnungen. Zu ihrer Durchsetzung besitzen sie das Recht, Richter, die ihre Pflichten vernachlässigen, ihre Befugnisse überschreiten, oder sich ungebührlich verhalten, zurechtzuweisen und zu warnen. Handelt es sich um eine ernste Pflichtverletzung, oder zeigen vorausgegangene Warnungen keine Wirkung, kann der aufsichtsführende Richter Maßnahmen nach den Vorschriften des "Beamtendisziplinalgesetzes" (Kung wu yüan ch'eng chieh fa) in die Wege leiten.

Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen ist also jeder Richter eines Landgerichtes der Aufsicht des Präsidenten dieses Gerichts, des Oberlandesgerichts und des Justizverwaltungsministers unter-

stellt. Der Minister ist wiederum dem Exekutiv-Yüan verantwortlich.³⁵⁾ Der Richter eines Oberlandesgerichts wird von dem Präsidenten dieses Gerichts, dem Justizverwaltungsministerium und dem Exekutiv-Yüan überwacht. Ein Richter des obersten Gerichtshofes untersteht der Aufsicht des Präsidenten dieses Gerichts und der des Justiz-Yüans. Je geringer also die Stufe eines Richters in der Hierarchie ist, desto größer ist das Maß der Aufsicht, dem er ausgesetzt ist. Ungeachtet der Bestimmungen, die dem Richter Unabhängigkeit garantieren, ist er in Wirklichkeit mannigfaltiger Aufsicht und Überwachung ausgesetzt und steht mit vielen seiner Vorgesetzten in einem Verhältnis von Anordnung und Ausführung, soweit es sich um dienstliche Angelegenheiten handelt.³⁶⁾ Unter seinen vielen Vorgesetzten, die seine Arbeit überwachen, nimmt naturgemäß sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Präsident des jeweiligen Gerichts, einen besonderen Rang ein. Er ist berechtigt, das gesamte Vorgehen eines Richters bei Entscheidung eines Falles zu kontrollieren und zu überprüfen³⁷⁾, in auffallender Übereinstimmung mit dem herkömmlichen Verfahren auch daraufhin, ob die für die Entscheidung des Falles vorgeschriebene Frist eingehalten worden ist. Das festgelegte Zeitmaß richtet sich hiérbei nach den im Jahre 1972 erlassenen "Vorschriften über die Frist zur Erledigung von (Zivil- und Straf-) Sachen, die bei den Oberlandesgerichten und den unteren Gerichten anhängig sind" (Kao teng yi hsia ko chi fa yüan p'an an ch'i hsien kuei tse).

Ein Richter ist wie jeder andere Verwaltungsbeamte auch verpflichtet, feste Dienststunden einzuhalten und um Urlaub nachzukommen, wenn er aus welchen Gründen auch immer seinen Dienst nicht verrichten kann. Der Präsident des Gerichts überprüft sowohl die dienstliche Leistung jedes einzelnen Richters als auch sein

35) Die Unterordnung des Justizverwaltungsministeriums und damit auch die der unteren Gerichte unter die Zuständigkeit des höchsten Exekutivamtes und nicht unter die des Justiz-Yüans ist seit Jahren in China heftig umstritten. Vgl. zu diesem Streit vor allem Ts'ai Yin-en, S. 93 f, 97 ff.

36) Siehe Yang Chung-sen, Career Judiciary in the Republic of China, in "Chengchi Law Review", Vol. 2, June 1970, S. 134; ähnlich kritisch Weng Yueh-sheng, S. 136, 142.

37) Vgl. Yang Chung-sen, (Anm. 35), S. 135.

außerdienstliches Verhalten. Bevor ein Richter ein von ihm abgefaßtes Urteil den Parteien zustellen darf, muß er das Original dem Präsidenten des Gerichts erst zur Genehmigung vorlegen,³⁸⁾ - auch dann, wenn das Urteil von einem Richterkollegium gefällt wurde und der vorsitzende Richter es bereits gebilligt hat. Richter sind weiter verpflichtet, in regelmäßigen Abständen einen Bericht darüber abzufassen, wie viele der von ihnen zu bearbeitenden Fälle unerledigt geblieben sind und welche Gründe hierfür maßgebend waren. Ein solcher Rechenschaftsbericht muß dem Präsidenten des Gerichts am Ende eines jeden Monats vorgelegt werden. Findet dieser darin Anzeichen einer nachlässigen Pflichterfüllung oder sonstiger Verfehlungen, kann er den Richter tadeln, zurechtweisen oder verwarnen.³⁹⁾ Bleiben Warnungen fruchtlos, oder handelt es sich um einen ernsteren Verstoß, legt der Präsident den Fall dem Justizverwaltungsminister vor.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Justiz zu gewährleisten, entsenden das Justizverwaltungsministerium und das Oberlandesgericht in regelmäßigen Abständen Aufsichtsbeamte zu den verschiedenen Gerichten, die sich nach Art der früheren Zensoren von der Ordnung der Dinge überzeugen sollen. Nach der Entscheidung eines jeden Falles hat der Richter eine Durchschrift des Urteils an das Justizverwaltungsministerium zu schicken. Dieses gibt darüberhinaus Formblätter aus, in denen die einzelnen Schritte, die zur Entscheidung eines Falles geführt haben, einzutragen sind. Die ausgefüllten Formulare hat der Richter dem Ministerium zur Überprüfung zurückzuschicken. Ergibt sich bei ihrer Auswertung nach Ansicht des Justizverwaltungsministeriums, daß Verfahrensfehler, zu milde oder zu harte Bestrafung, Fehler in der Anwendung von Gesetzen oder Verzögerungen in der Bearbeitung von Fällen vorliegen, weist es den betreffenden Richter an, den Fehler in Zukunft zu vermeiden.⁴⁰⁾ Findet das Justizverwaltungsministerium auf Grund dieser Berichte oder auf Grund Beschwerden Dritter Anzeichen eines schweren Pflichtverstoßes, macht es von seiner Disziplinarergewalt über den Richter Gebrauch.⁴¹⁾

38) Vgl. Yang Chung-sen, S. 135.

39) Art. 88 GOG.

40) Siehe Yang Chung-sen, S. 135 f.

41) Zur disziplinarrechtlichen Stellung des Richters vgl. Weng Yueh-sheng, S. 70 f.

An die Stelle der traditionellen Beamten, die auf der einen Seite weisungsungebunden waren, auf der anderen Seite jedoch durch zwingende, jedes Ermessen ausschließende Vorschriften, Kontrollen und Sanktionen eingeschränkt waren, sind daher heute - um es mit wenigen Worten zusammenzufassen - richterliche Beamte getreten, die auf der einen Seite einen großen Ermessensspielraum besitzen (in der Festlegung von Strafen), auf der anderen Seite jedoch - tatsächlich - der Weisungsgewalt ihrer Vorgesetzten unterstehen. Geblieben ist dagegen das strenge System rigider Überwachung und Kontrolle - allerdings ohne ein komplementäres System von Sanktionen, das in der Vergangenheit die Gesetzmäßigkeit der Justiz erst sichern sollte.^{41a)}

^{41a)} Vgl. hierzu K. Büniger, Über die bürokratische Organisation in Ostasien, in " Oriens Extremus ", Jhrg. 21 (1974), S. 153 f.

2. Abschnitt

Die übrigen Organe der Strafrechtspflege⁴²⁾

Eine der wesentlichen, sofort ins Auge springenden Merkmale der feudalen Rechtspflege war die Verquickung aller Aufgaben der Rechtspflege in jeweils einer Institution, die ganz unten in der Person des Vorstehers verkörpert war. In seiner Gestalt stand dem Angeklagten die gebündelte Autorität des Staates gegenüber. Eine Verteilung der Aufgaben der Rechtspflege auf verschiedene Organe gab es nicht. Rechtsprechung war Gesetzesanwendung, die wie jede andere Verwaltung auch ausschließlich in Händen des allein zuständigen und verantwortlichen Beamten lag, der in allen Sätteln gerecht sein mußte. Die Kontrolle seiner richterlichen Tätigkeit erfolgte nicht durch ein Nebeneinander verschiedener, gleichzeitig Aufgaben der Rechtspflege wahrnehmender Organe, sondern durch übergeordnete Behörden, die selbst wieder von vorgesetzten Behörden überwacht wurden. Dieser bürokratische Zug der Rechtsprechung hat sich wie selbstverständlich auch heute noch erhalten und wirkt sich nicht zuletzt in der Stellung der Richter als Beamte des Staates aus.

42) Bei diesem Abschnitt habe ich folgende Literatur herangezogen: Wang Chi-pao, S. 11 ff (zur Geschichte der staatsanwaltschaftlichen Behörden in der Republik China); Chan Heng-chü, S. 248 ff (zur Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten), S. 246 f (zur Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht), S. 240 ff (zur Staatsanwaltschaft beim obersten Gerichtshof), und S. 396 ff (zur Umgestaltung der Staatsanwaltschaft de lege ferenda); Ts'ai Yin-en, S. 112 ff (zur Organisation der Staatsanwaltschaft), S. 77 ff (zur Polizei), S. 118 ff (zur Diskussion über die Abschaffung der Staatsanwaltschaft); Tsai Tun-ming, S. 68 ff (zur Rolle der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren), S. 73 ff (zur Rolle der Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft); Tiao Jung-hua u. Liu Ch'i-hua, S. 63 ff (zur " Verordnung über die Aufspürung und Unschädlichmachung von kommunistischen Agenten in der Zeit der Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes "), und S. 109 ff (zur " Verordnung über die Verhängung von Sicherungsmaßnahmen gegen Diebe und Hehler in der Zeit der Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes ").

Andere Organe der Rechtspflege, Staatsanwalt oder Verteidiger, hatten im festgewurzelten traditionellen Verfahren keinen Platz; die Aufgaben des Staatsanwaltes, Straftäter zu verfolgen und zur Rechenschaft zu ziehen, lagen in den Händen des örtlichen Vorstehers; im übrigen hatte der Beschuldigte sich selbst von dem auf ihn lastenden Verdacht zu befreien und selbst für sich zu sprechen; alles andere war Ausflucht und bereits Eingeständnis seiner Schuld.

Die Übernahme europäischen Rechts, und die hiermit verbundene Heranbildung dreier voneinander unabhängiger, zusammen- und gegeneinander wirkender Rechtspflegeorgane, des Richters, Staatsanwalts und des Verteidigers, mußte denn auch in besonderem Maße überflüssig und entbehrlich erscheinen. Dieses auch heute noch anzutreffende Unverständnis, das sich etwa darin zeigt, daß im Bewußtsein der Öffentlichkeit ein Unterschied zwischen einem Richter und einem Staatsanwalt nicht gemacht wird,⁴³⁾ drückt sich in der immer wieder erhobenen Forderung nach Abschaffung der Staatsanwaltschaft aus. So legte etwa im Jahre 1944, unmittelbar nach der formellen Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit, das Justizverwaltungsministerium (ssu fa hsing cheng pu) einen Gesetzentwurf vor, der praktisch die Auflösung der Staatsanwaltschaft vorsah.⁴⁴⁾ Ihre Funktionen sollten entweder auf die Gerichte oder die Polizei übertragen werden. Die Verwirklichung dieses weitgehenden Planes scheiterte jedoch daran, daß die Staatsanwaltschaft bereits ein zu starkes Eigengewicht erhalten hatte - im Gegensatz zur Volksrepublik China, wo die Staatsanwaltschaft nach der Kulturrevolution aufgelöst wurde und ihre Befugnisse auf die Polizei- und Sicherheitsorgane (kung an chi kuan) übertragen wurden. In Taiwan blieb es bei einer Zwischenlösung, nach der beim obersten Gerichtshof eine Staatsanwaltschaft (chien ch'a shu) mit einem Generalstaatsanwalt (chien ch'a chang) errichtet wurde, während den unteren Gerichten lediglich Staatsanwälte (chien ch'a kuan) mit einem leitenden Staatsanwalt (shou hsi chien ch'a kuan) an der Spitze beigegeben wurden.⁴⁵⁾

43) Siehe auch Weng Yueh-sheng, S. 126, der ebenfalls diese mangelnde Unterscheidung im Bewußtsein der Öffentlichkeit hervorhebt.

44) Vgl. Wang Chi-pao, S. 12.

45) Art. 26 des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG).

Alle Staatsanwälte sollten nach außen hin im Namen des jeweiligen Gerichts auftreten, nach innen jedoch unabhängig und selbständig sein.

Nach dem nunmehr nur noch in Taiwan geltenden Gerichtsorganisationsgesetz und dem Strafverfahrensgesetz (Hsing shih su sung fa), das im wesentlichen nur ein Abklatsch der deutschen Strafprozeßordnung ist, haben die Staatsanwälte folgende Aufgaben zu erfüllen:

1) Ermittlung von Straftaten, Verfolgung von Straftätern und Sammlung von Beweisen (chen ch'a)⁴⁶⁾ Hierbei können sie sich auf weitgehende Befugnisse stützen. Sie haben während des Ermittlungsverfahrens das Recht, Personen zu laden (ch'uan huan)⁴⁷⁾ vorführen (chü t'i) zu lassen,⁴⁸⁾ Untersuchungshaft zu verhängen (chi ya),⁴⁹⁾ und Anordnungen zur Durchsuchung (sou so)⁵⁰⁾ und Beschlagnahme (k'ou ya)⁵¹⁾ zu erteilen. Die Ermittlung ist nicht öffentlich,⁵²⁾ der Beschuldigte kann daher einen Anwalt erst nach Erhebung der Anklage zu Rate ziehen. Eingeschränkt sind die Befugnisse des Staatsanwaltes allerdings bei Privatsklagedelikten, die im Strafverfahren einen großen Raum einnehmen und für die besondere Regeln gelten.⁵³⁾ Die Aufdeckung von Straftaten kann auf eigener Erkundung oder auf Strafanträgen (kao su) oder Strafanzeigen (kao fa) beruhen,⁵⁴⁾ Die Entgegennahme und Bearbeitung der letzteren macht jedoch das Schwergewicht staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit aus.

2) Erhebung öffentlicher Anklage (t'i ch'i kung su).⁵⁵⁾

46) Art. 28 GOG; siehe hierzu im einzelnen Chan Heng-chü, S. 241 f, 246 f, und S. 249 ff; vgl. weiter Ts'ai Tun-ming, S. 70 ff; Ts'ai Yin-en, S. 114 ff.

47) Art. 71 des " Strafverfahrensgesetzes " (StVG); eine englische Übersetzung des Strafverfahrensgesetzes befindet sich in " A Compilation of the Laws of the Republic of China ", Vol. 2, S. 333 - 462.

48) Art. 77 StVG.

49) Art. 102 StVG.

50) Art. 128 StVG.

51) Art. 136 StVG.

52) Art. 245 StVG; Nr. 5 der " Richtlinien über das von der Staatsanwaltschaft und der Justizpolizei bei der Ermittlung von Straftaten zu beachtende Verfahren " (Chien ch'a kuan yü ssu fa ching ch a chen ch'a fan tsui yin hsing chu yi shih hsian).

53) Vgl. unten, S. 96 ff.

54) Art. 228 StVG.

55) Art. 28 GOG, 264 ff StVG.

Anklage kann der Staatsanwalt erheben, wenn hinreichender Verdacht für die Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung vorliegt, und keine anderen Gründe entgegenstehen. In der Praxis besitzt der Staatsanwalt hierbei einen weit größeren Ermessensspielraum als ein Staatsanwalt in Deutschland.⁵⁶⁾

3) Durchführung des öffentlichen Anklageverfahrens (shih hsing kung su).⁵⁷⁾ Im Verfahren hat der Staatsanwalt im Unterschied zur deutschen Strafprozeßordnung die Parteirolle eines Klägers (yüan kao), der gegenüber dem Beklagten (pei kao) das Verfahren betreibt.⁵⁸⁾ Das Gericht hat dem Staatsanwalt den Termin der Verhandlung bekanntzugeben.⁵⁹⁾ Dieser ist dann verpflichtet, am ersten Verhandlungstag vor Gericht zu erscheinen und die Anklageschrift zu verlesen.⁶⁰⁾ Nach der Beweisaufnahme durch den Vorsitzenden des Gerichts kann der Staatsanwalt Stellungnahmen zu tatsächlichen oder rechtlichen Fragen abgeben.⁶¹⁾

4) Unterstützung von Privatklageverfahren.⁶²⁾ In dem der Privatklage (tzu su) eingeräumten weiten Raum liegt eine der wenigen grundsätzlichen Unterschiede zur deutschen Strafprozeßordnung. Ein Privatklageverfahren kann nicht nur bei den eigentlichen Privatklagedelikten (kao su nai lun chih tsui), die bis auf wenige Ausnahmen mit denen des deutschen Rechts übereinstimmen, sondern auch in allen anderen Fällen anhängig gemacht werden, in denen nur ein Rechtsgut des Verletzten (pei hai jen) beeinträchtigt worden ist. Der Staatsanwalt besitzt hier jedoch die Befugnis, sich nach pflichtgemäßer Erwägung zu dem Verfahren zu äußern oder sich in das Verfahren einzuschalten, wenn er anderer Auffassung als der Kläger ist, oder der Fall in besonderem Maße auch rechtliche Interessen der Allgemeinheit oder des Staates berührt.⁶³⁾

56) Art. 252 ff StVG.

57) Art. 28 GOG.

58) Art. 3 GOG.

59) Art. 271 StVG.

60) Art. 286 StVG. Soweit jedenfalls die gesetzlichen Bestimmungen. In der Praxis ist es an der Tagesordnung, daß die Staatsanwälte nicht vor Gericht erscheinen und die Verhandlung nur dem Richter überlassen. Zu diesem Mißstand vgl. Lin Jung-yao (siehe Anm. 1), in " Chengchi Law Review ", Vol. 2. S. 102 f.

61) Art. 289 StVG.

62) Art. 28 GOG, 319 ff StVG.

63) Art. 330 StVG.

5) Übernahme von Privatklageverfahren.⁶⁴⁾ Kann der Kläger aus Gründen, die bei ihm liegen, das Verfahren nicht fortführen, hat sich der Staatsanwalt an seine Stelle zu setzen.⁶⁵⁾ Die Unterbrechung kann etwa daran liegen, daß der Privatkläger ohne hinreichenden Grund vor Gericht nicht erscheint, zu keiner Aussage mehr bereit ist (weil er sich beispielsweise mit dem Angeklagten bereits gütlich geeinigt hat), oder vor Schluß der Verhandlung stirbt oder verhandlungsunfähig wird. Das Gericht hat dem Staatsanwalt das Vorliegen dieser oder anderer Gründe sofort mitzuteilen, um das Verfahren rasch zu beenden.

6) Überwachung der Vollstreckung (chih hsing) richterlicher Entscheidungen. Nach Art. 457 des Strafverfahrensgesetzes und Art. 28 des Gerichtsorganisationsgesetzes hat der Staatsanwalt die Vollziehung richterlicher Beschlüsse (ts'ai ting) und Urteile (p'an chyüeh) zu überwachen, soweit die Vollstreckung nicht schon durch das Gericht, den Vorsitzenden des Gerichts, einen ersuchten Richter (shou ming t'ui shih) oder einen beauftragten Richter (shou t'o t'ui shih) erfolgt, oder gesetzlich (etwa auf Grund des in Taiwan immer noch herrschenden Ausnahmezustandes) eine andere Regelung vorgesehen ist.

Zur Unterstützung ihrer Ermittlungstätigkeit sind der Staatsanwaltschaft ähnlich wie im deutschen Recht Justizpolizeiorgane (ssu fa ching ch'a kuan) als Hilfsbeamte zugeteilt, die für die Aufdeckung von Straftaten, der Durchführung von Festnahmen (tai pu), Verhaftungen (chi ya), Durchsuchungen (sou so) und Beschlagnahmen (k'ou ya), sowie der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und Urteile zuständig sind.⁶⁶⁾ Zu den Hilfsbeamten zählen neben den eigentlichen Polizeibeamten auch die Militärpolizei (hsien ping) und die Vorsteher von Distrikten (hsien) und Städten (shih).⁶⁷⁾ Die letzteren, ebenso höhere Dienstgrade der Polizei, kann der Staatsanwalt jedoch nur er- suchen, nicht anweisen, Untersuchungshandlungen für ihn vorzu-

64) Art. 28 GOG.

65) Art. 331, 332 StVG.

66) Art. 9 des " Polizeigesetzes " (Ching ch'a fa) vom 15. Mai 1953.

67) Art. 229 StVG; Art. 1,2 der " Verordnung über die Zuweisung von Justizpolizeiorganen " (Tiao tu ssu fa ching ch'a t'iao li) vom 10. Mai 1945.

nehmen.

Mit Ausnahme der Vornahme von Festnahmen haben die Justizpolizeiorgane nach dem Strafverfahrensgesetz nicht die Befugnis, von sich aus Zwangsmaßnahmen zu verhängen. Verdächtige, die auf frischer Tat festgenommen worden sind, müssen innerhalb von vierundzwanzig Stunden einem Staatsanwalt oder Richter vorgeführt werden, der über die Verhängung von Untersuchungshaft entscheidet.⁶⁸⁾

Ungeachtet aller ihrer Befugnisse spielt die Staatsanwaltschaft aus den anfangs dargelegten Gründen bei der Verbrechensbekämpfung nur eine sehr geringe Rolle. In der Praxis sind es vielmehr die Polizei- und Sicherheitsorgane, in deren Händen Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung liegen. Die Polizei steht tatsächlich hierbei auf völlig eigenen Füßen, da sie sich auf andere gesetzliche Vorschriften außerhalb des Strafverfahrensgesetzes und auf Sonderverordnungen stützen kann. Erstaunlich, auch unter der Politik der starken Hand in Taiwan, ist die Unkenntnis der Bevölkerung in Taiwan von diesen Verordnungen. Erklären kann man sie wohl nur damit, daß auch heute noch die Einstellung vorherrscht, nach der Gesetze dem Staat gehören und den Einzelnen nichts angehen, den ehrbaren Bürger, der mit den Organen des Staates so wenig wie möglich zu tun haben will.

Nach dem aus dem Jahre 1943 stammenden, zuletzt im Jahre 1954 geänderten "Gesetz über die Bestrafung von Polizeivergehen" (Wei ching fa fa), das im übrigen mit einer entsprechenden Polizeiverordnung der Volksrepublik China fast wörtlich übereinstimmt, hat die Polizei neben der Befugnis, eine bis zu vierzehn Tage dauernde Haftstrafe zu verhängen, ebenfalls das Recht, verdächtige Personen zu verhaften oder zu durchsuchen.⁶⁹⁾ Als Polizeivergehen kommen etwa Verstöße gegen die Pflicht, einen Personalausweis bei sich zu tragen, nächtliches Herumstreifen,

⁶⁸⁾ Art. 88, 92, 93 StVG.

⁶⁹⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz von Tao Lung-sheng (s. Anm. 1), in "Chengchi Law Review", Vol. 2, 1970, S. 15. Von den ihr hiernach gegebenen Möglichkeiten macht die Polizei gelegentlich auch bei der ihr nach dem Strafverfahrensgesetz zugewiesenen Aufgabe der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten Gebrauch. Vgl. das bei Tao Lung-sheng, S. 15, zitierte Beispiel. Zum Gegenstück der Volksrepublik, der im Oktober 1957 erlassenen "Strafverordnung der Volksrepublik China im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (Chung hua jen min kung ho kuo chih an kuan li ch'u fa t'iao li) siehe oben, S. 122 f.

Landstreicherei, Widerstand gegen die Anordnungen von Polizeibeamten, etc. in Betracht. Arbeitsscheue Herumstreicher kann die Polizei zwingen, ein Gewerbe zu ihrem Unterhalt zu erlernen, - wie ist Sache der Polizei. Asoziale können zu ihrer Erziehung und Besserung in Arbeitshäuser eingeliefert werden.⁷⁰⁾ Die so ergangenen Entscheidungen sind grundsätzlich im Wege des sofortigen Vollzugs vollstreckbar, praktisch also nicht anfechtbar.

Noch wesentlich umfassendere Vollmachten sind der Polizei und den Sicherheitsbehörden auf Grund einer Vielzahl von Sonderverordnungen verliehen, die sich zu ihrer Begründung auf den in Taiwan herrschenden Ausnahmezustand stützen.⁷¹⁾ Praktisch bedeutsam sind hier neben der "Verordnung über die Aufspürung und Unschädlichmachung von kommunistischen Agenten in der Zeit der Niederschlagung des kommunistischen Aufstands" (K'an luan shih ch'i chien su fei tieh t'iao li) die im Jahre 1954 erlassenen "Regelungen über die Bestrafung von Volksschädlingen in der Zeit des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan" (T'ai wan sheng chieh yen shih ch'i ch'ü ti liu mang pan fa) und die im Jahre 1955 erlassenen "Verordnungen über die Verhängung von Sicherungsmaßnahmen gegen Diebe und Hehler in der Zeit der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes" (K'an luan shih ch'i ch'ieh tao fan tsang wu fan pao an ch'u fen t'iao li).

Die an erster Stelle genannte Verordnung ist eine der wichtigsten Bestimmungen auf dem Gebiet des politischen Strafrechts, und stellt das Gegenstück zu den kommunistischen Verordnungen gegen Konterrevolutionäre und Agenten der Kuomintang dar. Den von ihr erfaßten Täterkreis beschreibt die ein Jahr früher erlassene "Verordnung über die Bestrafung von Aufruhr" (Ch'eng chih p'an luan t'iao li) nur sehr vage.⁷²⁾ Es handelt sich um Personen, denen Verstöße gegen die innere oder äußere Sicherheit des Landes oder Vorbereitungshandlungen hierzu zur Last gelegt werden.⁷³⁾ Die Grund-

70) Art. 28 des "Gesetzes über die Bestrafung von Polizeivergehen", der das fast wörtliche Gegenstück zu Art. 30 der "Strafverordnung der Volksrepublik China im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" ist.

71) Vgl. hierzu das "Gesetz über den Ausnahmezustand" (Chieh yen fa), zuletzt geändert am 14. Januar 1949.

72) Vgl. Art. 2 der Agentenverordnung.

73) Hierzu ausführlich Tiao Jung-hua u. Liu Ch'i hua (s. Anm. 1), S. 63.

sätze des ordentlichen Verfahrens gelten für diesen Täterkreis nicht. Berechtigt zu Ermittlungs- und Verfolgungsmaßnahmen im weitesten Sinn sind nach dem Wortlaut der Verordnung nicht nur die eigentlichen Polizeibehörden, sondern alle Sicherheitsorgane (chih an chi kuan) des Landes, einschließlich der Militärbehörden.⁷⁴⁾ Erweckt das Verhalten einer Person begründeten Verdacht, können sie den Beargwöhnten festnehmen und verhören, seine Wohnung durchsuchen, die Post beschlagnahmen, sein Telefon abhören oder andere Zwangsmaßnahmen ergreifen, ohne eine Genehmigung eines Richters oder Staatsanwaltes einholen zu müssen.⁷⁵⁾ Bestätigt sich der Verdacht, stehen den Sicherheitsbehörden für das weitere Verfahren zwei Wege offen. In leichteren Fällen können sie es dabei bewenden lassen, Erziehungs- und Besserungsmaßregeln (kan hua) zu verhängen. In schweren Fällen übergeben sie die Täter den Militärgerichtsbehörden.⁷⁶⁾

Unter den Täterkreis der oben an zweiter Stelle genannten " Regelungen über die Bestrafung von Volksschädlingen in der Zeit des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan " fallen unverbesserliche Gewohnheitstäter, Wiederholungstäter, notorische Kriminelle, Personen, von denen aus welchen Gründen auch immer eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, arbeitscheue Herumstreicher oder einfach Asoziale.⁷⁷⁾ Die zuständigen Polizei- und Sicherheitsorgane können solche gemeinschaftsschädlichen Elemente ohne deren Kenntnis als " Volksschädlinge " (liu mang) einstufen.⁷⁸⁾ Dies hat zur Folge, daß sie bei der

74) Art. 3 der Agentenverordnung.

75) Art. 6 der Agentenverordnung. Vgl. hierzu auch Tiao Jung-hua u. Liu Ch'i-hua, S. 66.

76) Die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit ergibt sich auf Grund folgender, nicht leicht aufzufindender Verkettung: Art. 8 des " Gesetzes über den Ausnahmezustand " (Chieh yen fa), Art. 2 der " Richtlinien zur Verteilung von Strafsachen, die die Militärgerichtsorgane während der Zeit des Ausnahmezustandes im Gebiet Taiwans selbst entscheiden oder den ordentlichen Gerichten übergeben können " (T'ai wan ti ch'ü chieh yen shih ch'i chün fa chi kuan tzu hsing shen p'an chi chiao fa yüan shen p'an an chien hua fen pan fa), und Art. 10 der " Verordnung über die Bestrafung von Aufruhr " (Ch'eng chih p'an luan t'iao li).

77) Vgl. den Katalog in Art. 3 der " Verordnung über die Volksschädlinge ".

78) Vgl. Art. 7 der angeführten Verordnung.

geringsten erneuten Verfehlung ohne Haftbefehl und ohne gerichtliches Verfahren eingesperrt und gebessert werden können. Für besonders gefährlich angesehene Täter können darüberhinaus auf eine der Taiwan vorgelagerten kleineren Inseln deportiert werden. Formelle Einspruchsmöglichkeiten gegen dieses Verfahren bestehen nicht.⁷⁹⁾ Auch diese Verordnung hat ein - allerdings sehr viel weitergehendes - Gegenstück in der Volksrepublik. An Stelle der Maßregeln zur Sicherung und Besserung (pao an ch'u fen) in Taiwan tritt dort jedoch eine Erziehung durch Arbeit (lao tung chiao yang).^{79a)}

Großen Einfluß hat die Polizei auch auf die Verhängung zusätzlicher Strafen. Nach der " Verordnung über die Verhängung von Sicherungs- und Besserungsmaßregeln gegen Diebe und Hehler in der Zeit der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes " kann der Richter gegen gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Diebe und Hehler, Täter, die wegen Herumstreicherei, Arbeitsunwilligkeit oder auch nur bösartiger Veranlagung straffällig geworden sind, zusätzlich Zwangsarbeit (ch'iang chih kung tso) oder - bei Jugendlichen an Stelle der Strafe - Erziehungsmaßregeln (kan hua chiao yü ch'u fen) verhängen.⁸⁰⁾ Diese Maßnahmen braucht der Richter zunächst nicht zu befristen.⁸¹⁾ Ihre Verhängung beruht in der Praxis auf Vorschlag oder Anraten der Polizeibehörden,⁸²⁾ denen sich der Staatsanwalt wie sonst auch zumeist nur anschließt.

Diese und andere politisch motivierten Sonderbestimmungen, auch das Gewicht der Militärgerichtsorgane, deren Zuständigkeit sich

79) Vgl. Art. 6 der angeführten Verordnung. Was die Zahl der Deportationen anbetrifft, so lagen mir nur Angaben aus dem Zeitraum zwischen Sept. 1968 und Jan. 1970 vor (vgl. Tao Lung-sheng, S. 16). Die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum als Volksschädlinge eingestuftten Personen betrug 2, 458; hiervon wurden 1.111 Personen deportiert. Vgl. hierzu im einzelnen Tao Lung-sheng, mit Nachweisen.

79a) Vgl. unten, S. 123.

80) Vgl. Art. 3, 4 der Verordnung über die " Volksschädlinge ".

81) Art. 6 der angeführten Verordnung.

82) Der Anteil der zusätzlich verhängten Sicherungs- und Besserungsmaßnahmen ist beträchtlich. Für den Zeitraum zwischen Sept. 1968 und Jan. 1970 betrug die Zahl der gefaßten und vor Gericht gestellten Diebe 5,481; hiervon wurden gegen 2, 381 verurteilte Täter zusätzlich Maßregeln der Sicherung und Besserung verhängt, was einem Anteil von 43% entspricht. Vgl. zu diesen Zahlen Tao Lung-sheng (s. Anm. 1), S. 15, mit Nachweisen.

unter bestimmten Voraussetzungen auch auf Zivilpersonen erstreckt, haben zusätzlich dafür gesorgt, daß die Bedeutung der Staatsanwaltschaft sich in Grenzen hält. Auch hiermit hängt es sicherlich zusammen, daß die Diskussion um ihre Abschaffung oder Beschränkung ihrer Befugnisse immer noch nicht verstummt ist. Zusätzlich wird nun hierfür ins Feld geführt, daß nach der im Jahre 1967 erfolgten Ausdehnung des Anwendungsgebietes der Privatklage die Überzahl der Fälle von der verletzten Partei selbst klageweise geltend gemacht werden könne, weiterhin die Staatsanwaltschaft eine eigene Ermittlung von Straftaten gewöhnlich weder vornehme noch hierzu überhaupt in der Lage sei.⁸³⁾ Im übrigen handele es sich bei der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit der Ermittlung und Anklageerhebung ihrer Natur nach um eine gerichtliche Aufgabe.⁸⁴⁾

Gerade in dem letzten Argument spiegelt sich die immer noch festverwurzelte Vorstellung von einer gerichtlichen Einheitsbehörde wieder, die gleichzeitig ermittelt, verfolgt, anklagt und verurteilt. Überkommene Abneigungen und Vorurteile sind es auch, die für die gleichfalls unbedeutende Rolle verantwortlich sind, die dem Gegenspieler des Staatsanwaltes, dem Verteidiger, eingeräumt ist. Ein Angeklagter kann sich erst nach Anklageerhebung an einen Verteidiger wenden. Vorher, also während des für ihn so folgenschweren Ermittlungsverfahrens hat der Beschuldigte nicht das Recht, einen Anwalt herbeizuziehen.⁸⁵⁾ Nach Anklageerhebung steht ihm dieses Recht zwar zu, jedoch kann der Vorsitzende des Gerichts es wieder entziehen oder beschränken, wenn er den Verdacht hegt, daß der Anwalt den Beschuldigten begünstigt, mit ihm konspiriert, Beweismittel fälscht oder Zeugen

83) Der Anteil der durch die Staatsanwaltschaft von Anfang an selbst ermittelten Straftaten betrug im Vergleich zur Gesamtzahl abgeurteilter Delikte im Jahr 1973 nur 2.32%, im Jahr 1974 2.52%, im Jahr 1975 lediglich 2.07%. Bei den auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen besonderen Strafgesetzen, die in der Praxis einen wichtigen Raum einnehmen, betrug der Prozentsatz der von der Staatsanwaltschaft ermittelten Straftaten im Jahre 1973 0.49%, 1974 0.56% und 1975 lediglich 0.39%. Vgl. hierzu " Begleitumstände von Verbrechen und ihre Analyse " (Fan tsui chuang k'uang chi ch'i fen hsi), herausgegeben vom " Kriminologischen Forschungszentrum des Justizverwaltungsministeriums ", Taipei, 1977, S. 196 f.

84) Zu den einzelnen Argumenten siehe Ts'ai Yin-en, S. 118 f; Chan Heng-chü, S. 396 ff.

85) Vgl. oben, S. 78.

beeinflusst.⁸⁶⁾

Neben diesen im Strafverfahrensgesetz selbst gezogenen Grenzen verdienen noch weitere, in anderen Bestimmungen enthaltene Einschränkungen Erwähnung, in denen sich gleichfalls das gewohnte, vom Staat geteilte Mißtrauen gegenüber dem wenig Ansehen genießenden, geringgeschätzten Anwaltsstand widerspiegelt. Nach der aus dem Jahr 1939 stammenden " Verordnung über öffentlich bestellte Verteidiger " (Kung she pien hu jen t'iao li) beauftragt der Vorsitzende des Gerichts für den Fall, daß der Angeklagte die Kosten einer notwendigen Verteidigung selbst nicht tragen kann, öffentlich bestellte Verteidiger (kung she pien hu jen) und nicht frei praktizierende Anwälte (lü shih) mit der Verteidigung.⁸⁷⁾ Zu öffentlichen Verteidigern werden gegenwärtige oder ehemalige Richter oder Staatsanwälte , nicht jedoch Anwälte bestellt.⁸⁸⁾ Sie haben ihre Amtsräume im Gerichtsgebäude und unterstehen der dienstlichen Aufsicht des Präsidenten des Oberlandesgerichts.⁸⁹⁾ Sie beziehen das gleiche Gehalt wie die Richter und Staatsanwälte des jeweiligen Gerichts und sind diesen disziplinarrechtlich völlig gleichgestellt.⁹⁰⁾

Deutlichen Ausdruck findet das mangelnde Vertrauen in den Anwaltsstand und der ihm entgegengebrachte Argwohn schließlich in der besonderen Überwachung, der die Anwälte unterliegen. Gemäß Art. 10 des " Rechtsanwaltsgesetzes " (Lü shih fa) führt der leitende Staatsanwalt des jeweiligen Landgerichts die unmittelbare Aufsicht über die anwaltliche (Zwangs-)Vereinigung seines Bezirks. Er hat jederzeit Zutritt zu ihren Versammlungen und Zugang zu den bei ihr geführten Unterlagen und Aufzeichnungen.⁹¹⁾ Stellt er oder der leitende Staatsanwalt eines oberen Gerichts fest, daß eine anwaltliche Vereinigung die ihr gegebenen Regeln verletzt, schreitet er unmittelbar hiergegen ein.⁹²⁾ Bei einer

86) Art. 34 StVG.

87) Art. 2,3,4 der " Verordnung über öffentlich bestellte Verteidiger " (VöV)

88) Art. 9 VöV.

89) Art. 8, 23 VöV .

90) Art. 12,24 VöV.

91) Art. 16 des Rechtsanwaltsgesetzes.

92) Art. 17 des Rechtsanwaltsgesetzes.

Verletzung standesrechtlicher Vorschriften durch einen Anwalt,
beantragt er eine Disziplinarstrafe.⁹³⁾

⁹³⁾ Art. 41 des Rechtsanwaltsgesetzes.

3. Abschnitt

Das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten⁹⁴⁾

Die Reform des Gerichtsverfahrens stand eigentlich immer im Schatten der Gerichtsverfassung. Notgedrungen mußten natürlich zunächst einmal Gerichte geschaffen werden. Aber auch nach ihrer Errichtung rückte die Verfahrensgesetzgebung nie in den Vordergrund und beanspruchte nie den Rang, der ihr traditionell im Westen zukam. Diese Eigenart läßt sich bis in die Zeit der Volksrepublik hinein verfolgen, in der es zwar früh bereits ein

94) Bei diesem Abschnitt habe ich im wesentlichen folgende Literatur benutzt: Tao Hsi-sheng (s. Anm. 1), S. 116 ff (zu den Reformen des Justizwesens gegen Ende der Ch'ing-Dynastie), insbes. S. 117 ff (zum Entwurf des Straf- und Zivilverfahrensgesetzes); Lo Chih-yüan (s. Anm. 1), S. 392 ff (ebenfalls zu den Justizreformen und eingehend auch zu den Bemühungen Shen Chia-pen's, ein modernes Strafverfahrensrecht zu schaffen), S. 402 ff (zur Justizpolitik in den ersten Jahren der Republik); Lei Lu-ch'ing (s. Anm. 1), S. 749 ff (gleichfalls zum ersten Entwurf eines Strafverfahrensgesetzes, das westlichen Grundsätzen entsprechen sollte); Wang Chi-pao (s. Anm. 1), S. 29 ff (zur Geschichte des nunmehr nur noch in Taiwan geltenden Strafverfahrensgesetzes von 1935); Chan Heng-chü (s. Anm. 1), S. 201 ff (ebenfalls zum Strafverfahrensgesetz von 1935, jedoch zum größten Teil mit Wang Chi-pao übereinstimmend); Yang Hung-lieh (s. Anm. 1), S. 1086 ff (insbes. zur Strafverfahrensordnung der durch die Kuomintang im Jahre 1927 gestürzten Peking-Regierung); vgl. weiter die kurze Übersicht bei Tjong Zong-uk, Zur Geschichte der Kodifikation des Strafrechts in Ostasien, in " Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft ", Bd. 84 (1972), S. 1088 - 1119, hier S.

Zum jetzt in Taiwan geltenden Strafverfahrensgesetz habe ich herangezogen: Tsai Tun-ming, Hsing shih su sung fa lun (Strafverfahrensgesetz), Taipei, 1977; Weng Yueh-sheng, Die Stellung der Justiz im Verfassungsrecht der Republik China, Taipei, 1970, hier S. 117 ff. An Aufsätzen habe ich im wesentlichen benutzt: Chen P'u-sheng, Lun hsing shih su sung fa chih li fa ch'ü hsiang (Gesetzgeberische Tendenzen zum Strafverfahrensgesetz), in " Chung kuo fa hsüeh lun chu hsüan chi " (Gesammelte Aufsätze zur chinesischen Rechtswissenschaft), herausgegeben von Tiao Jung-hua, Taipei, 1976, S. 376 - 395; den im gleichen Band auf S. 396 ff erschienenen Aufsatz von Wang Chien-chin, Tsu su chih tu ts'un fa wen t'i chih chien t'ao (Untersuchungen zu Fragen des Systems der Privatklage); weiter Lin Jung-yao, Ti yüan hsing shen yü kuan wen t'i chi yen chiu (Untersuchungen zu Problemen bei Verfahren in Strafsachen vor den Landgerichten), in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June 1970, S. 100 ff.

Gerichtsorganisationsgesetz gab, ein Strafverfahrensgesetz jedoch bis heute noch nicht erlassen worden ist. Zurückführen läßt sich dies wohl auch darauf, daß Verfahrensregeln in erster Linie dem Schutz des Angeklagten dienen, ihm Rechte gegenüber den übermächtigen staatlichen und gerichtlichen Organen einräumen. Wenn aber etwas dem chinesischen Rechtsverständnis fremd war, dann war es die Verleihung von subjektiven Rechten, deren Beachtung der Einzelne vom Staat verlangen kann. Noch widersinniger mußte es sein, solche Rechte einem Angeklagten zuzubilligen, der sich durch sein Verhalten selbst außerhalb der Rechtsordnung gestellt hatte.

Dessenungeachtet begann die Reform der Verfahrensgesetzgebung ebenfalls bereits gegen Ende der letzten Dynastie. Wegbereiter waren auch hier die mit der Kodifikation moderner Gesetze beauftragten kaiserlichen Kommissare Shen Chia-pen und Wu Ting-fang. Besonders Shen Chia-pen spielte bei den Reformen eine große Rolle und war für den Entwurf der wichtigsten Gesetzesentwürfe, unter anderem auch eines Verfahrensgesetzes verantwortlich.⁹⁵⁾ Dieses " Straf- und Zivilverfahrensgesetz " (Hsing shih min shih su sung fa) bestand aus fünf Kapitel mit insgesamt 260 Artikel.⁹⁶⁾ In ihm waren zum ersten Mal formelle Vorschriften von materiellen getrennt. Allerdings fehlte noch eine konsequente Unterscheidung nach Zivil- und Strafverfahrensrecht; beides war vielmehr immer noch miteinander verquickt. Das erste Kapitel des Entwurfs enthielt daher einen für beide Verfahrensarten geltenden allgemeinen Teil. Das zweite Kapitel setzte sich aus besonderen Vorschriften für das Strafverfahren zusammen und enthielt Abschnitte über Festnahme und Ergreifung (pu tai), Haftbefehl (chü p'iao), Durchsuchung (sou ch'a), Ladung (ch'uan p'iao), Haft (chü liu), Sicherheitsleistung (ch'ü pao), Hauptverhandlung (shen hsün), gerichtliche Entscheidungen (ts'ai p'an) und Strafvollstreckung (chih hsing). Im vierten Kapitel waren Bestimmungen aufgenommen, die sowohl für das Strafverfahren als auch für das Zivilverfahren gelten sollten,

95) Zur Bedeutung Shen Chia-pen's vgl. Tao Hsi-sheng, S. 117 ff; Bodde-Morris, S. 53 f.

96) Siehe hierzu Lei Lu-ch'ing, S. 749 ff.

Vorschriften über Rechtsanwälte (lü shih), Schöffen (p'ei shen yüan), Zeugen (cheng jen) und Rechtsmittel (shang k'ung). Das fünfte und letzte Kapitel enthielt Vorschriften über das Verfahren in Fällen, in denen Ausländer beteiligt waren (mixed cases).

Bereits diese kurze Aufzählung läßt erkennen, mit was für einer einschneidenden Änderung des gewohnten Verfahrens der Erlass dieser Bestimmungen verbunden sein mußte. Die beiden Kommissare legten den Entwurf zunächst dem Hof in Peking zur Prüfung vor. Dieser leitete ihn weiter an die Provinzgouverneure und militärischen Befehlshaber des Landes. Deren Reaktion war einstimmig: die Hindernisse für seine Verabschiedung seien noch zu groß, das traditionelle Verfahren sei noch zu sehr verwurzelt, die Änderung zu plötzlich. Die Verabschiedung des Entwurfs wurde daher zunächst verschoben.⁹⁷⁾ Da die kaiserliche Regierung in der Zwischenzeit jedoch durch die Gründung unabhängiger Gerichts- und Staatsanwaltschaftsämter bereits einen Schritt in Richtung einer Reform des Justizwesens getan hatte,⁹⁸⁾ sah sie sich gleichwohl vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese zugeschnittene Verfahrensregeln aufzustellen. An Stelle des Straf- und Zivilverfahrensgesetzes traten daher im Jahre 1909 die " Vorläufigen Regelungen über die Rechtssprechungsämter verschiedener Stufen " (Ko chi shen p'an t'ing shih pan chang ch'eng).⁹⁹⁾ Diese stellten eine Zusammenfassung der wichtigsten Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes (Fa yüan pien chih fa) und der weniger weitgehenden Bestimmungen des zurückgestellten Entwurfs des Verfahrensgesetzes dar.

Die Regelungen bestanden aus fünf Kapitel mit insgesamt 120 Artikel. Das erste Kapitel bestand aus einem allgemeinen Teil. Das zweite, das Vorschriften über das Verfahren vor Gericht enthielt, war in acht Abschnitte eingeteilt: der erste betraf den Aufbau der Gerichte und den Rechtszug, ihm folgten Abschnitte über die Zuständigkeit, die Ausschließung und Ablehnung von

97) Zur offiziellen Reaktion auf den Entwurf siehe Tao Hsi-sheng, S. 118 f; Lo Chih-yüan, S. 395.

98) Vgl. oben, S. 63 f.

99) Siehe hierzu Lo Chih-yüan, S. 395 f; Chan Heng-chü, S. 201.

Gerichtspersonen (hui pi), gerichtliche Verfügungen, Vorverfahren (yü shen), öffentliche Verhandlung (kung p'an), Urteilsvollstreckung und Amtshilfe. Das dritte Kapitel enthielt Vorschriften zur Klageerhebung (ch'i su), zu den Rechtsmitteln (shang su), zu Zeugen (cheng jen) und Sachverständigen (chien ting jen).

Die Regelungen blieben bis in die Anfangsjahre der Republik in Kraft.¹⁰⁰⁾ Nach und nach wurden sie jedoch von einer Vielzahl von ad hoc Gesetzen verdrängt, die jeweils einen Ausschnitt des Verfahrens oder das Verfahren in besonderen Fällen regelten. Die Zerrissenheit und politische Schwäche Chinas, die offenkundige Korruption der Regierung führte jedoch bald zur Einsetzung einer von Peking unabhängigen Militärregierung in Kanton. Diese erließ am 25. Mai 1921 in den von ihr beherrschten Gebieten im Süden und Westen des Landes ein eigenes " Strafrechtsverfahrensrecht " (Hsing shih su sung lü), das nur noch Vorschriften über das Verfahren in Strafsachen enthielt.¹⁰¹⁾ Etwa um die gleiche Zeit raffte sich auch die Regierung in Peking zur Verabschiedung einer abschließenden Regelung des Strafrechtsverfahrensrechts auf, der sog. " Strafrechtsverfahrensordnung " (Hsing shih su sung t'iao li), die vom 1. Juli 1922 an für alle Gerichte des Landes bindend sein sollte, tatsächlich aber nur in den von der Peking-Regierung kontrollierten Landstrichen Anwendung fand, und auch dort wohl nur dem Scheine nach.¹⁰²⁾ In den darauffolgenden Jahren galten daher in China zwei unterschiedliche Strafrechtsverfahrensgesetze. Diese Zersplitterung hielt bis zur vorläufigen Einigung des Landes durch die Kuomintang-Regierung im Jahre 1927 an. Diese gab kurze Zeit später die Anweisung, ein einheitliches Gesetzeswerk zu schaffen, das mit dem ebenfalls um diese Zeit vorbereiteten materiellen Strafrecht abgestimmt werden sollte. Unter Anleitung japanischer und französischer Gelehrter führten die Arbeiten zu einem sich eng an

100) Siehe hierzu Wang Chi-pao, S. 29; Chan Heng-chü, S. 201 f.

101) Vgl. Wang Chi-pao, S. 29; Chan Heng-chü, S. 202.

102) Zur Strafrechtsverfahrensordnung der Peking-Regierung siehe die detaillierte Darstellung bei Yang Hung-lich, S. 1086 ff, 1091 ff; vgl. auch Chan Heng-chü, S. 202.

das japanische und deutsche Strafverfahrensrecht anlehnenden " Entwurf eines Strafverfahrensgesetzes " (Hsing shih su sung fa ts'ao an), der nach zweimaliger Überarbeitung am 28. Juli 1928 verkündet wurde. Auf dieses Gesetz geht das heute noch in Taiwan geltende Strafverfahrensgesetz (Hsing shih su sung fa) zurück.¹⁰³⁾

Dieses Strafverfahrensgesetz wurde Anfang der dreissiger Jahre dem inzwischen verkündeten " Gerichtsorganisationsgesetz " (fa yüan tsu chih fa) angepasst. Bei dieser Revision wurde der Gerichtsaufbau auf vier Ebenen durch einen dreiförmigen ersetzt und das Anwendungsgebiet der Privatklage erweitert. In seiner endgültigen Fassung trat das Gesetz dann am 26. Dezember 1935 in Kraft.¹⁰⁴⁾ Nach dem Zusammengehen der Kuomintang-Regierung mit den Kommunisten im Jahre 1937 sollte es bis zum Ende des zweiten Weltkrieges für einige Jahre auch in den von den Kommunisten beherrschten Gebieten verbindlich sein. Geringfügigeren Änderungen wurde es dann in den Jahren 1945 und zuletzt 1967 und 1968 in Taiwan unterzogen.¹⁰⁵⁾

Das Gesetz ist unterteilt in neun Bücher, die wieder nach Kapitel untergliedert sind. Das erste Buch enthält allgemeine Vorschriften und ist unterteilt in die Kapitel: Anwendungsgebiet, Zuständigkeit, Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen, Verteidiger (pien hu jen), Beistände und Bevollmächtigte, Urkunden, Zustellung, Fristen und Termine, Ladung (ch'uan huan) und Vorführung (chü t'i), Vernehmung des Angeklagten (pei kao chih hsün wen), Verhaftung und Untersuchungshaft (chi ya), Durchsuchung (sou so) und Beschlagnahme (k'ou ya), Beweismittel und gerichtliche Entscheidungen. Das zweite Buch enthält Vorschriften zum Verfahren im ersten Rechtszug, getrennt nach öffentlicher Klage (kung su) und Privatklage (tzu su). Das Kapitel über die öffentliche Klage ist unterteilt in Ermittlung (chen ch'a), Anklageerhebung

103) Zum Erlass des Strafverfahrensgesetzes vgl. Wang Chi-pao, S. 29 f; Chan Heng-chü, S. 202. Eine englische Übersetzung des Strafverfahrensgesetzes in seiner heutigen Fassung befindet sich in " A Compilation of the Laws of the Republic of China ", Vol. 2, S. 333 - 460.

104) Vgl. Wang Chi-pao, S. 29.

105) Zu diesen Änderungen siehe Chan Heng-chü, S. 203; Chen P'u-sheng (s. Anm. 1), S. 376 ff.

(ch'i su) und Urteilsverfahren (shen p'an). Das dritte Buch enthält Vorschriften über Rechtsmittel (shang su), getrennt nach Berufung (ti erh shen shang su) und Revision (ti san shen shang su). Im vierten bis neunten Buch sind Regeln über Beschwerde (kang kao), Wiederaufnahme des Verfahrens (tsai shen), außerordentlicher Einspruch oder Nichtigkeitsbeschwerde (fei ch'ang shang su), Strafbefehlsverfahren (chien yi ch'eng hsü), und über das zivilrechtliche Adhäsionsverfahren (fu tai min shih su sung) enthalten.

Das Gesetz geht von dem Anklagegrundsatz (t'an he chu yi) aus.¹⁰⁶⁾ Die Gerichte können von sich aus nicht die Verfolgung eines Straftäters aufnehmen, oder eine nicht in der Anklageschrift genannte Person verurteilen.¹⁰⁷⁾ Der Satz, wo kein Kläger, da kein Richter (pu kao, pu li) gilt wie bereits im traditionellen Verfahren. Ergänzend geht das Strafverfahrensgesetz vom Parteienprinzip (tang shih jen chu yi) aus, das bei einer öffentlichen Klage dem Staatsanwalt, bei einer Privatklage dem Verletzten die Rolle des Klägers zuweist.¹⁰⁸⁾

Ebenso wie im deutschen Recht gilt die Untersuchungsmaxime (chiu wen chu yi).¹⁰⁹⁾ Die Aufklärung des Geschehens ist daher Sache des Gerichts, das dabei auf den von den Parteien dargebotenen Tatsachenstoff nicht beschränkt ist,¹¹⁰⁾ und über Art, Umfang und Mittel der Beweiserhebung von Amts wegen selbst entscheidet. Aufgelockert wird dieser Grundsatz durch die Verhandlungsmaxime (pien lun chu yi).¹¹¹⁾ Dem Erlaß eines Urteils hat daher grundsätzlich eine mündliche Verhandlung voranzugehen,¹¹²⁾ der Vorsitzende des Gerichts hat den Angeklagten oder seinen Verteidiger nach jeder Beweiserhebung Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu erklären,¹¹³⁾ zur Überzeugungskraft eines Beweises

106) Zu den Grundsätzen des Strafverfahrensgesetzes siehe Chan Heng-chü, S. 204 f; Chen P'u-sheng (s. Anm. 1), S. 376 ff; Tsai Tun-ming, S. 15 ff, 250 ff, 320 f, 331 ff.

107) Art. 266, 268 StVG; hierzu Tsai Tun-ming, S. 15.

108) Art. 3 StVG; siehe auch Tsai Tun-ming, S. 16 f.

109) Siehe Tsai Tun-ming, S. 15.

110) Art. 163 StVG.

111) Siehe Tsai Tun-ming, S. 332.

112) Art. 221 StVG.

113) Art. 173 StVG.

Stellung zu beziehen.¹¹⁴⁾ Ausfluß der Dispositionsmaxime sind die Vorschriften, nach denen der Kläger eines Antragsdelikts (kao su nai lun chih tsui),¹¹⁵⁾ der Privatk Kläger,¹¹⁶⁾ und auch der Staatsanwalt¹¹⁷⁾ seinen Antrag vor Schluß der Verhandlung zurücknehmen kann.

Wie die deutsche Strafprozeßordnung geht auch das chinesische Strafverfahrensgesetz vom Prinzip der Erforschung der materiellen Wahrheit (shih chih chen shih hsing chu yi) aus, das, mit dem Untersuchungsgrundsatz eng zusammenhängend, dem Gericht vorschreibt, sowohl die für den Angeklagten günstigen als auch ungünstigen Tatsachen zu erforschen.¹¹⁸⁾

Daneben gilt wie in unserem Prozeßrecht der Grundsatz der freien Beweiswürdigung (tzu yu hsin cheng chu yi).¹¹⁹⁾ Das Gericht kann daher nach freier Überzeugung darüber entscheiden, ob es einen Beweis für erbracht ansieht oder nicht.¹²⁰⁾ Dies gilt jedoch nicht für die Förmlichkeit der Hauptverhandlung, die ebenso wie im deutschen Recht nur durch das Protokoll nachgewiesen werden kann.¹²¹⁾

Weiter geht das chinesische Strafverfahrensgesetz ebenso wie das deutsche vom Grundsatz der Mündlichkeit (yen ts'u chü yi) aus.¹²²⁾ Ein Urteil kann grundsätzlich nur nach mündlicher Verhandlung ergehen, einem Beschluß des Gerichtes müssen die mündlichen Erklärungen der Parteien zugrundeliegen.¹²³⁾ Ausnahmen hierzu gelten für das summarische oder Strafbefehlsverfahren,¹²⁴⁾ der Nichtigkeitsbeschwerde,¹²⁵⁾ dem Revisionsverfahren,¹²⁶⁾ weiter für Verfahren, die mit einem Prozeßurteil

114) Art. 162 StVG.

115) Art. 238 StVG.

116) Art. 325 StVG.

117) Art. 269 StVG.

118) Art. 2 StVG.

119) Siehe hierzu Tsai Tun-ming, S. 250. In der Praxis haben jedoch alle Beweismittel offenkundig nur den Zweck, ein Geständnis des Angeklagten herbeizuführen. Kritisch zu dieser an das traditionelle Verfahren erinnernden Erscheinung Lin Jung-yao (s. Anm. 1), S. 100.

120) Art. 155 StVG.

121) Art. 47 StVG.

122) Siehe Tsai Tun-ming, S. 332.

123) Art. 222 StVG.

124) Art. 449 StVG.

125) Art. 444 StVG.

126) Art. 389 StVG.

enden.¹²⁷⁾

Dem Verfahren liegt der Öffentlichkeitsgrundsatz (kung k'ai shen p'an chu yi) zugrunde.¹²⁸⁾ Der Vorsitzende kann die Öffentlichkeit jedoch ausschließen, wenn die Verhandlung geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten zu verletzen.¹²⁹⁾ Wird sie ausgeschlossen, hat der Vorsitzende die Gründe hierfür darzulegen.

Ohne großen Unterschied zum deutschen Recht gilt der Grundsatz der Unmittelbarkeit (chih chieh chu yi).¹³⁰⁾ Das Gericht kann daher ein Urteil nur auf die unmittelbar vor ihm selbst erhobenen Beweise stützen. Die Verhandlung muß wiederholt werden, wenn ein erkennender Richter ausgewechselt wird,¹³¹⁾ oder die Verhandlung mehr als fünfzehn Tage unterbrochen worden ist.¹³²⁾ Nach der Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen, haben die Parteien Gelegenheit, Fragen zu stellen.¹³³⁾ Das Gericht kann Aussagen oder Erklärungen, die nicht vor ihm selbst abgegeben worden sind, grundsätzlich nicht verwerten.¹³⁴⁾ In der Praxis eingeschränkt ist dieser Grundsatz allerdings dadurch, daß auch Vernehmungsprotokolle, die nicht von Justizbehörden angefertigt worden sind, ohne weiteres im Wege des Urkundenbeweises verwertet werden können.¹³⁵⁾

Nur sehr eingeschränkt gilt das Legalitätsprinzip (he fa chu yi oder ch'i su fa ting chu yi).¹³⁶⁾ Anklage ist zwar zu erheben, wenn hinreichender Verdacht für die Begehung einer Straftat gegeben ist,¹³⁷⁾ bei leichteren Verbrechen und Vergehen gilt jedoch in weit größerem Maße als im deutschen Recht

127) Art. 307 StVG.

128) Art. 65 des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG); zum Öffentlichkeitsgrundsatz siehe auch Tsai Tun-ming, S. 80.

129) Art. 65 GOG.

130) Siehe Tsai Tun-ming, S. 333.

131) Art. 292 StVG.

132) Art. 293 StVG.

133) Art. 166 StVG.

134) Art. 159 StVG.

135) Kritisch hierzu Tsai Tun-ming, S. 333.

136) Siehe Tsai Tun-ming, S. 320 f.

137) Art. 25 StVG.

das Opportunitätsprinzip (pien yi chu yi).¹³⁸⁾ So hat etwa der Staatsanwalt bei Delikten, die allenfalls mit drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden können, ¹³⁹⁾ bei Diebstahl, ¹⁴⁰⁾ Unterschlagung, ¹⁴¹⁾ Betrug, ¹⁴²⁾ oder Hehlerei ¹⁴³⁾ die Möglichkeit, ohne Zustimmung des Gerichts von der Erhebung öffentlicher Klage abzusehen. ¹⁴⁴⁾ Der Staatsanwalt muß dann jedoch das Einverständnis des Verletzten herbeiführen und den Beschuldigten stattdessen auffordern, sich bei dem Verletzten zu entschuldigen, ein schriftliches "euebekenntnis (hui kuo shu) abzugeben und dem Verletzten einen Wiedergutmachungsbetrag (wei fu chin) zu zahlen. Ausdruck des Opportunitätsprinzips ist ebenso die dem Staatsanwalt eingeräumte Möglichkeit, ohne Zustimmung des Gerichts eine Klage vor Schluß der mündlichen Verhandlung zurückzunehmen. ¹⁴⁵⁾

Ohne Unterschied zur deutschen Strafprozeßordnung gilt das Konzentrationsprinzip (chi hsü shen li chu yi).¹⁴⁶⁾ Wenn ein Verfahren in einer Verhandlung nicht abgeschlossen werden, hat der Vorsitzende die nächste Verhandlung grundsätzlich für den darauffolgenden Tag anzuberaumen. ¹⁴⁷⁾ Beträgt die Zwischenzeit mehr als fünfzehn Tage, ist das Verfahren von neuem zu beginnen.

Erhebliche Unterschiede zum deutschen Recht bestehen in der wesentlich eingeschränkten Geltung des Staatsklageprinzips (kuo chia su chui chu yi).¹⁴⁸⁾ Zwar geht auch das chinesische Strafverfahrensrecht von dem Grundsatz aus, daß ein Verbrechen in der Regel vom Staatsanwalt ermittelt und von ihm öffentliche Klage erhoben wird. Im Unterschied zur deutschen Strafprozeßordnung nimmt jedoch im chinesischen Recht das Privatklageprin-

¹³⁸⁾ Siehe Tsai Tun-ming, S. 320.

¹³⁹⁾ Art. 253 StVG, Art. 61, 57 des " Strafgesetzbuch " (Hsing fa); eine englische Übersetzung des Strafgesetzbuches befindet sich in " A Compilation of the Laws of the Republic of China ", Vol. 2, S. 181 - 281.

¹⁴⁰⁾ Art. 320 des Strafgesetzbuches (StGB).

¹⁴¹⁾ Art. 335 StGB.

¹⁴²⁾ Art. 339 StGB.

¹⁴³⁾ Art. 349 StGB.

¹⁴⁴⁾ Art. 253 StVG, 61, 59 StGB.

¹⁴⁵⁾ Art. 269 StVG.

¹⁴⁶⁾ Siehe Tsai Tun-ming, S. 333.

¹⁴⁷⁾ Art. 293 StVG.

¹⁴⁸⁾ Siehe Tsai Tun-ming, S. 320.

zip (pei hai jen su chui chu yi) einen sehr viel größeren Raum ein.¹⁴⁹⁾ Es umfaßt zum einen die sog. Antragsdelikte (kao su nai lun chih tsui), zu denen im Gegensatz zum deutschen Recht auch der größte Teil der sexuellen Gewaltdelikte wie Vergewaltigung,¹⁵⁰⁾ Vergewaltigung mit Todesfolge,¹⁵¹⁾ oder Vergewaltigung mit anschließender vorsätzlicher Tötung¹⁵²⁾ gehören, zum anderen alle in die Zuständigkeit des Landgerichts fallenden Delikte, durch die lediglich das Rechtsgut eines Einzelnen beeinträchtigt wird.¹⁵³⁾ Nicht hierzu gehören außer politischen Straftaten nur verhältnismäßig wenig Delikte, wie etwa Beamtendelikte,¹⁵⁴⁾ Falschaussage vor Gericht,¹⁵⁵⁾ oder Personenhehlerei und Beweisunterdrückung.¹⁵⁶⁾

Zu Beginn der Reformen spielte das Privatklageprinzip noch keine allzu große Rolle. Die (politische) Forderung nach einer uneingeschränkten Übernahme westlichen Rechts war zu dieser Zeit noch zu stark. Die " Vorläufigen Regelungen über die Rechtsprechungsämter verschiedener Stufen " (Ko chi shen p'an t'ing shih pan chang ch'eng) gingen daher noch von einem uneingeschränkten Staatsklageprinzip aus. Erst nach Einführung der " Strafverfahrensordnung " (Hsing shih su sung t'iao li) kam es zu einer, jedoch noch nicht sehr weitgehenden Anerkennung eines dem deutschen Recht entsprechenden Privatklageprinzips. Die oben beschriebene Gestalt nahm es jedoch erst mit dem Erlaß des " Strafverfahrensgesetzes " (Hsing shih su sung fa) an. Eine gewisse Beschränkung lag allerdings zunächst noch darin, daß der Kläger geschäftsfähig sein mußte. Bei der letzten Änderung des wurde diese Einschränkung jedoch praktisch wieder aufgehoben.

¹⁴⁹⁾ Siehe hierzu Tsai Tun-ming, S. 387 f; Chan Heng-chü, S. 205; kritisch zum Privatklageprinzip Wang Chien-chin (s. Anm. 1), S. 396 ff.

¹⁵⁰⁾ Art. 236, 221 StGB.

¹⁵¹⁾ Art. 236, 226 StGB.

¹⁵²⁾ Art. 236, 226 StGB; vgl. hierzu jedoch auch unten, S. .

¹⁵³⁾ Art. 319 StVG.

¹⁵⁴⁾ Art. 120 ff StGB.

¹⁵⁵⁾ Art. 168 StGB.

¹⁵⁶⁾ Art. 164 ff StGB. Zum Katalog nicht privatklagefähiger Delikte vgl. Tsai Tun-ming, S. 390 f.

Bei mangelnder oder beschränkter Geschäftsfähigkeit kann Klage nunmehr auch durch den gesetzlichen Vertreter, Verwandten in gerader Linie oder Ehegatten geltend gemacht werden.¹⁵⁷⁾ Eine weitere Ergänzung brachte die ebenfalls neu aufgenommene Vorschrift, nach der auch bei einer Konkurrenz mit einem Officialdelikt Privatklage erhoben werden kann, wenn es sich bei dem Officialdelikt nicht um das schwerere Delikt handelt.¹⁵⁸⁾

Die Bedeutung des Privatklageprinzips liegt vor allem darin, daß sich in ihm die alte Gewohnheit widerspiegelt, Straftaten, wenn es sich nicht gerade um schwere Gewaltverbrechen handelt, selbst aus der Welt zu schaffen. Ein gütlicher Ausgleich kann, wie in der Mehrzahl der Fälle, durch die persönliche Vermittlung von gemeinsamen Familien- oder Sippenangehörigen, Freunden oder Nachbarn, aber auch durch halbstaatliche Organe oder durch die Polizei erfolgen.¹⁵⁹⁾ Auch bei strafbarem Unrecht stehen die Parteien fast immer unter dem gesellschaftlichen Zwang, die Angelegenheit durch einen friedlichen Vergleich zu bereinigen. Hinzu kommt in vielen Fällen auch einfach der fehlende Glaube, durch einen immer noch bürokratischen Prozeß, dessen Regeln und Akteure man nicht kennt, Genugtuung zu erhalten. Es ist daher in Taiwan an der Tagesordnung, daß sogar Gewaltverbrechen wie Vergewaltigung, Notzucht oder schwere Körperverletzung durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Familien oder Personen, die die Zahlung einer Geldsumme zur Wiedergutmachung

157) Zur allmählichen Einführung des Privatklageprinzips siehe Chan Heng-chü, S. 398.

158) Art. 319 StVG.

159) Zur Schlichtung durch halbstaatliche Organe vgl. die "Schlichtungsverordnung für Dörfer und Städte" (Hsiangchen t'iao chieh t'iao li) vom 22. Januar 1954. Nach dieser Verordnung sind den Gemeindeverwaltungen von Dörfern und Städten Schlichtungskomitees (t'iao chieh wei yüan hui) angegliedert, die neben der Schlichtung von Zivilstreitigkeiten auch die Aufgabe haben, Delikte, bei denen im Höchstfall drei Jahre Gefängnis verhängt werden kann, außergerichtlich aus der Welt zu schaffen. Eine ähnliche Einrichtung desselben Namens gibt es auch in der Volksrepublik. Vgl. unten, S. 162 f.

zum Ziel haben, aus der Welt geschafft werden.¹⁶⁰⁾ Bei Sittlichkeitsdelikten stellt dieses Verfahren in der weit überwiegenden Zahl sogar die von den Behörden geduldete Regel dar, auch dann, wenn das Opfer - wie es immer wieder vorkommt - nach der Tat Selbstmord begeht. Im Strafverfahrensrecht hat diese Übung ihren Ausdruck in dem weiten Raum gefunden, der dem Privatklageverfahren eingeräumt ist, bei dem die Initiative zur Strafverfolgung zunächst einmal beim Verletzten liegt. Erwünschte Folge ist außerdem, daß Strafverfahren, besonders in weniger schwerwiegenden Fällen, von den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden ferngehalten werden.¹⁶¹⁾ Auch die Einschränkungen des Privatklageprinzips spiegeln traditionelle Rechtsvorstellungen wieder. So ist ebenso wie im traditionellen Recht eine Klage gegen Verwandte in gerader Linie oder Ehegatten nicht möglich.¹⁶²⁾

¹⁶⁰⁾ Zur Veranschaulichung der Schlichtungs- und Vergleichspraxis soll ein für Taiwan typischer Fall dienen, der der Abhandlung von B. Gallin, *Mediation in Changing Chinese Society*, in "Journal of Asian and African Studies", Vol. III, No. 1 - 2, January and April 1967, S. 88 entnommen ist. Zwei Dorfbewohner, die spät am Abend auf einer Zugmaschine hockend wie sie in Taiwan zur Feldbestellung und zu Transportzwecken benutzt wird, in ihr Heimatdorf zurückführen, wurden von einem mit großer Geschwindigkeit entgegenkommenden Lastwagen gerammt und dabei schwer verletzt; die Zugmaschine wurde bei diesem Zusammenstoß fast völlig zerstört. Am nächsten Tag trafen sich ein Vertreter der Firma des Fahrers und die Angehörigen der schwer verletzten Dorfbewohner in der Polizeistation, um dort auf Drängen der Polizei einen Vergleich auszuhandeln; dieser kam denn auch zum großen Nachteil der Dorfbewohner zustande. Nach der Vereinbarung stellte sich heraus, daß den Fahrer des Lastwagens eindeutig die Schuld traf und er sich überdies strafbar gemacht hatte. In Kenntnis dieser Umstände machten jedoch weder Polizei noch Dorfbewohner Anstalten, die Sache der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht zu übergeben, selbst dann nicht, als die beteiligte Firma einen Teil der ihr auferlegten Zahlungsverpflichtung, Bezahlung der Krankenhauskosten, nicht erfüllte.

¹⁶¹⁾ Gallin (s. Anm. 160) berichtet von einem Fall, in dem ein Dorfbewohner von zwei Bewohnern eines anderen Dorfes fast zu Tode geprügelt wurde. Als er die Sache vor Gericht brachte, wurde ihm dort bedeutet, daß er besser daran täte, sich mit den Tätern außergerichtlich zu einigen. Auch in anderen Fällen gibt nach Gallin die Polizei fast immer den Rat, kein Geld und keine Zeit damit zu verschwenden, eine Sache vor Gericht zu bringen.

¹⁶²⁾ Art. 321 StVG.

4. Abschnitt

Das Verfahren in besonderen Fällen¹⁶³⁾

In gleicher Weise wie die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft in der Praxis durch Sondervollmachten der Polizei und anderer Sicherheitsorgane eingeengt wird, die auf den in Taiwan noch geltenden Ausnahmezustand gestützt sind, wird die Bedeutung der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit von den außerordentlichen Zuständigkeiten der Militärgerichtsorgane überschattet, zu deren Begründung ebenfalls die gefährdete Lage Taiwans herhält.

Vorläufer der heutigen Militärgerichtsbarkeit war die Anfang des Jahres 1944 noch zu Kriegszeiten erlassene " Verordnung über das Verfahren in besonderen Fällen " (T'e chung hsing shih an chien su sung t'iao li).¹⁶⁴⁾ Die in dieser Verordnung enthaltenen vereinfachten Verfahrensregeln fanden Anwendung, wenn in besonderen gesetzlichen Regelungen die Grundsätze des ordentlichen Verfahrens außer Kraft gesetzt waren. Solche Bestimmungen waren

¹⁶³⁾ Zusammenhängende Darstellungen des Militärgerichtsverfahrens finden sich bei : Tiao Jung-hua, Chün shih shen p'an fa shih yung (Praxis des Militärgerichtsverfahrens), Taipei, 1972; Chan Heng-chü, Chung kuo chin tai fa chih shih (Geschichte der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973, hier insbes. S. 362 ff (zum Militärgerichtsverfahren), S. 310 ff (zu den Vorläufern der heutigen Militärgerichtsbarkeit); Wang Chi-pao, Min kuo ssu fa chih (Abhandlungen zum Justizwesen der Republik), Taipei, 1956, insbes. S. 76 ff (zum vereinfachten Verfahren vor den ordentlichen Gerichten). Von besonderem Nutzen waren weiter folgende, in dem Sammelband " Fa hsüeh lun chi " (Gesammelte Abhandlungen zur Rechtswissenschaft), Taipei, 1977, erschienenen Aufsätze: Fan Kuei-shu, Shen p'an chih tu lüeh lun (Kurzer Abriss der chinesischen Militärgerichtsbarkeit), S. 612 - 620; Li Ping-ts'ai, Chün fa fu p'an chih tu chih li lun yü shih wu (Theorie und Praxis des militärgerichtlichen Appellations-systems), S. 621 - 628; Chu Chien-hung, T'an chün fa shen p'an yü su sung ch'eng hsü chih chien hua (Über die Militärgerichtsbarkeit und die Vereinfachung von Verfahrensregeln), S. 641 - 646; Wang Hui-ch'eng, Chieh yen shih ch'i t'ai wan ti ch'ü chün fa yü ssu fa chi kuan hsing shih shen p'an ch'üan chih hua fen (Über die Verteilung von Strafsachen zwischen den Militärgerichtsorganen und den Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Zeit des Ausnahmezustandes im Gebiet Taiwans), S. 647 - 663; Tiao Jung-hua, Chün fa chih tu chih li lun t'i hsi chi ch'i ko hsin (Zum theoretischen System des Militärrechts und seiner Erneuerung), S. 664 - 674.

¹⁶⁴⁾ Zu dieser Verordnung siehe Chu Chien-hung (s. Anm. 163), S. 645 f; vgl. auch Wang Chi-pao, S. 77 ff; Chan Heng-chü, S. 308 f.

etwa die damalige " Verordnung über die Bestrafung von Korruption " (Ch'eng chih t'an wu t'iao li), die " Verordnung über das Verbot von Opium und Rauschgiften " und die jetzt noch geltende " Verordnung über die Bestrafung von Banditen " (Ch'eng chih tao fei t'iao li). Die " Verordnung über das Verfahren in besonderen Fällen " setzte die bis dahin für die Aburteilung derartiger Delikte zuständige Militärgerichtsordnung außer Kraft.¹⁶⁵⁾ An Stelle der Militärgerichtsbarkeit trat formell wieder die ordentliche Gerichtsbarkeit. Die vereinfachten Regeln blieben in Taiwan bis zum Jahre 1953 in Kraft. Ihr Anwendungsgebiet war jedoch bereits vorher durch die im Jahre 1949 erfolgte Proklamation des auch heute noch in Taiwan geltenden Ausnahmezustandes eingeschränkt worden, durch die für bestimmte Delikte erneut die Zuständigkeit der Militärgerichte begründet wurde.¹⁶⁶⁾

Bei diesen Delikten handelte es sich nach Art. 8 des " Gesetzes über den Ausnahmezustand " (Chieh yen fa) um Straftaten gegen die innere und äußere Sicherheit des Landes (politische Straftaten), Störung der öffentlichen Ordnung, Gefährdung des Gemeinwohls, Fälschung von Wertpapieren, Tötung, Freiheitsberaubung, Raub und Seeräuberei, Bedrohung, Menschenraub zum Zwecke der Erlangung eines Lösegeldes und Sachbeschädigung. Die Zuweisung dieser Delikte an die Militärgerichtsorgane wurde nach der Konsolidierung der Lage in Taiwan im Jahre 1951 zum größten Teil wieder aufgehoben. Nach den " Vorläufigen Richtlinien zur Ver-

165) Zum vorher geltenden Militärstrafverfahren siehe Tiao Jung-hua, Chün shih shen p'an fa shih yung (Praxis des Militärgerichtsverfahrens), S. 3; Chan Heng-chü, S. 307; Wang Chi-pao, S. 76; eingehend auch Fan Kuei-shu (s. Anm. 163), S. 613 ff. Das erste Militärgerichtsgesetz der Republik war die im Jahre 1914 erlassene " Armeegerichtsordnung " (Lu chün shen p'an t'iao li), der das von der Kuomintang-Regierung im Jahre 1930 verkündete " Militärgerichtsverfahrensgesetz " (Lu hai k'ung chün shen p'an fa) nachfolgte, das im Jahre 1940 wiederum durch die " Vereinfachten Regelungen zum Militärgerichtsverfahren in Kriegszeiten " (Chan shih lu hai k'ung shen p'an chien yi kwei tse) ergänzt wurde.

166) Zur Regelung des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan siehe Wang Chi-pao, S. 76; Chan Heng-chü, S. 307; Wang Hui-ch'eng (s. Anm. 163), S. 547 ff; vgl. auch Weng Yueh-sheng, Die Stellung der Justiz im Verfassungsrecht der Republik China, Taipei, 1970, S. 103 f.

teilung von Strafsachen zwischen den Militärgerichtsorganen und den Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit während der Zeit des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan " (T'ai wan sheng chieh yen shih ch'i chün fa yü ssu fa chi kuan shou li an chien hua fen chan hsing pan fa) sollten die Militärgerichtsbehörden in Zukunft nur noch für solche Delikte zuständig sein, durch die die militärische oder öffentliche Sicherheit verletzt oder gefährdet wurde, eine Grenzziehung, die sowohl für die vergangene als auch die heutige Strafrechtsbarkeit als charakteristisch anzusehen ist. Eine Aufteilung der Fälle nach dieser sehr allgemein gehaltenen Formel stellte sich in der Praxis jedoch als zu schwierig heraus.¹⁶⁷⁾ Die vorläufigen Richtlinien wurden daher Mitte des nächsten Jahres durch die detaillierteren " Richtlinien zur Verteilung von Strafsachen, die die Militärgerichtsorgane während der Zeit des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan selbst entscheiden oder den ordentlichen Gerichten übergeben können (T'ai wan sheng chieh yen shih ch'i chün fa chi kuan tzu hsing shen p'an chi chiao fa yüan shen p'an an chien hua fen pan fa) ersetzt.¹⁶⁹⁾ Nach diesen Richtlinien sollten die Militärgerichtsorgane im wesentlichen folgende Straftaten selbst aburteilen: 1) Verstöße von Militärangehörigen, 2) Verstöße nach der bereits erwähnten " Verordnung über die Aufspürung und Unschädlichmachung von kommunistischen Agenten in der Zeit der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes " (K'an luan shih ch'i chien su fei tieh t'iao li) und der ebenfalls bereits erwähnten " Verordnung über die Bestrafung von Aufruhr " (Ch'eng chih p'an luan t'iao li),¹⁷⁰⁾ 3) Verstöße nach der " Verordnung über die Bestrafung von Banditen " (Ch'eng chih tao fei t'iao li)¹⁷¹⁾ und 4) Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

167) Siehe hierzu Wang Hui-ch'eng (s. Anm. 163), S. 650 ff; vgl. ebenfalls Chu Chien-hung (s. Anm. 163), S. 642.

168) Siehe Chu Chien-hung, S. 642.

169) Siehe Wang Hui-ch'eng, S. 650 f.

170) Vgl. oben, S. 82.

171) Zur " Verordnung über die Bestrafung von Banditen " siehe Tiao Jung-hua u. Liu Ch'i-hua, Hsing shih t'e pieh fa ko lun (Besonderes Strafrecht), S. 118 ff.

Die Verteilungsrichtlinien wurden in den folgenden Jahren durch den Exekutiv-Yüan immer wieder geändert. Die Änderungen verfolgten alle das Ziel, die Zuständigkeit der Militärgerichtsorgane wieder schrittweise abzubauen. Nach den zuletzt im Jahre 1967 revidierten Bestimmungen, die nunmehr den Namen " Richtlinien zur Verteilung von Strafsachen, die die Militärgerichtsorgane während der Zeit des Ausnahmezustandes im Gebiet Taiwans selbst entscheiden oder den ordentlichen Gerichten übergeben können " (T'ai wan ti ch'ü chieh yen shih ch'i chün fa chi kuan tzu hsing shen p'an chi chiao fa yüan shen p'an an chien hua fen pan fa) tragen, fallen jetzt folgende Delikte in die Zuständigkeit der Militärgerichtsbehörden: 1) Verstöße von Militärangehörigen, 2) Verstöße nach der " Verordnung über Aufspürung und Unschädlichmachung von kommunistischen Agenten in der Zeit der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes " und der " Verordnung über die Bestrafung von Aufruhr ", 3) Verstöße gegen Art. 77 und 78 des " Militärstrafgesetzbuches " (Lu hai k'ung chün shih hsing fa) über Diebstahl, Verkauf und Ankauf von Kriegsgerät, 4) Verstöße nach Art. 4, Abs. 1, Nr.3, Abs. 2 und Abs. 3 der " Verordnung über die Bestrafung von Banditen ", und 5) Verstöße gegen Art. 14 der " Verordnung über den Schutz von Anlagen und Material des Nachrichten- und Energieversorgungswesens in Kriegszeiten " (Chan shih chiao t'ung tien ye she pei ch'i tsai fang hu t'iao li).¹⁷²⁾ Zu diesen Fällen traten 1972 auf Grund einer weiteren Regelung noch Verstöße nach der " Verordnung über die Bestrafung bei Verletzung militärischer Geheimnisse " (Fang hai chün chi chih tsui t'iao li).¹⁷³⁾

Die Verteilungsrichtlinien sind allerdings nicht bindend. Der Exekutiv-Yüan hat aus eigener **Machtvollkommenheit das Recht**, besonders schwere Fälle ungeachtet der Richtlinien den Militärgerichtsorganen zur Aburteilung zu übertragen.¹⁷⁴⁾ Dieses Befugnis,

172) Zu den Verteilungsrichtlinien in der heute geltenden Fassung siehe Wang Hui-ch'eng, S. 660 ff; Chu Chien-hung, S. 642.

173) Siehe Chu Chien-hung, S. 642.

174) Siehe Chu Chien-hung, S. 643; zu der sich aus Art. 23 der " Verfassung der Republik China " (Chung hua min kuo hsien fa) ergebenden Befugnis des Exekutiv-Yüans siehe Wang Hui-ch'eng, S. 662 f.

von der immer wieder Gebrauch gemacht wird, erstreckt sich auf folgende Fälle: 1) Totschlag entsprechend Art. 271, Abs. 1 StGB, Totschlag eines Verwandten in aufsteigender Linie entsprechend Art. 272, Abs. 1 StGB; 2) Vergewaltigung mit zusätzlicher Tötung des Opfers entsprechend Art. 223 StGB, Raub mit zusätzlicher Tötung des Opfers entsprechend Art. 2, Abs. 1, Nr. 5 der " Verordnung über die Bestrafung von Banditen "; 3) Raub, Bandenraub entsprechend Art. 83, 84 des Militärstrafgesetzbuches ; 4) Raub mit zusätzlicher Vergewaltigung des Opfers entsprechend Art. 2, Abs. 1, Nr. 8 der " Verordnung über die Bestrafung von Banditen ", Art. 2, Abs. 1, Nr. 9 der gleichen Verordnung betreffend Entführung gegen Erpressung eines Lösegeldes und 5) Entführung gegen Erpressung eines Lösegeldes unter gleichzeitiger Tötung oder Vergewaltigung des Opfers entsprechend Art. 348 StGB.

Dem für diese Delikte subsidiär geltenden Militärstrafverfahren liegt nunmehr das " Militärgerichtsgesetz " (Chün shih shen p'an fa) vom 1. Oktober 1956 zugrunde.¹⁷⁵⁾ Nach diesem Gesetz sind auf drei Ebenen Militärgerichte errichtet worden, die im Gegensatz zur ordentlichen Gerichtsbarkeit nur einen zweistufigen Rechtszug aufweisen. Gerichte auf unterster Ebene sind die einfachen Militärgerichte (shen p'an t'ing), denen sich Appellationsgerichte (fu p'an t'ing) und ein außerordentliches Gericht (fei ch'ang shen p'an t'ing) anschließen.¹⁷⁶⁾ Einfache Militärgerichte gibt es in der Form von summarischen Gerichten (chien yi shen p'an t'ing), die nur mit einem Militärrichter besetzt sind, gewöhnlichen Gerichten (p'u t'ung shen p'an t'ing), die mit drei Richtern besetzt sind, und höheren Gerichten (kao teng shen p'an t'ing), die mit fünf Richtern besetzt sind.¹⁷⁷⁾ Appellationsgerichte sind unterteilt in gewöhnliche Appellationsge-

¹⁷⁵⁾ Zum Militärgerichtsgesetz (engl. Übersetzung in " A Compilation of the Laws of the Republic of China ", Vol. 2, S. 539 - 607) siehe Chan Heng-chü, S. 362 ff; Tiao Jung-hua, Chün shih shen p'an fa shih yung (Praxis des Militärgerichtsverfahrens); Fan Kuei-shu (s. Anm. 163), S. 612ff; Li Ping-ts'ai (s. Anm. 163), S. 621 ff; Chu Chien-hung (s. Anm. 163), S. 642 f.

¹⁷⁶⁾ Art. 25 des Militärgerichtsgesetzes (MGG).

¹⁷⁷⁾ Art. 26 MGG.

richte (p'u t'ung fu p'an t'ing) mit drei Militärrichtern und höheren Appellationsgerichten (kao teng fu p'an t'ing), die mit fünf Richtern besetzt sind.¹⁷⁸⁾ Das außerordentliche Militärgericht, das nur für ein besonderes Einspruchsverfahren zuständig ist, setzt sich aus fünf Richtern zusammen.¹⁷⁹⁾

Welches Gericht für welchen Angeklagten zuständig ist, richtet sich nach dem Rang des Angeklagten und der Schwere der ihm vorgeworfenen Tat. Angeklagte Zivilisten sind grundsätzlich einfachen Militärangehörigen gleichgestellt. Zuständig für sie sind daher summarische Gerichte oder gewöhnliche Gerichte.¹⁸⁰⁾

Militärgerichtsorgane sind Militärgerichtsvorsteher (chün fa chu kuan), Militärrichter (chün shih shen p'an kuan), Militärstaatsanwälte (chün shih chien ch'a kuan) und Verteidiger (pien hu jen).¹⁸¹⁾ Militärgerichtsvorsteher stehen sowohl unter der Befehlsgewalt ihres vorgesetzten militärischen Kommandeurs¹⁸²⁾ als auch unter der der zuständigen Militärgerichtsorganisation (chün shih shen p'an chi kuan). Militärgerichtsorganisationen sind unterteilt in untere Militärgerichtsorganisationen (chu chi chün shi shen p'an chi kuan) auf der Ebene von Armee-, Divisions-, und Brigadeführungen, oberen Militärgerichtsorganisationen (kao chi chün shih shen p'an chi kuan) auf der Ebene der obersten Armee-, Marine-, und Luftwaffenführung, und der obersten Militärgerichtsorganisation (tsui kao chün shih shen p'an chi kuan) auf der Ebene des Verteidigungsministeriums.¹⁸³⁾

Die Aufgaben eines Militärgerichtsvorstehers bestehen in der Verwaltung des jeweiligen Gerichtes, der Verantwortung für seine Organisation und Zusammensetzung, der Auswahl der Gerichtsform nach dem Rang des Angeklagten und der Schwere der Tat und der Auswahl der Militärrichter, die zu Gericht sitzen oder als Be-

178) Art. 28 MGG.

179) Art. 31, 237 ff MGG.

180) Art. 39, 40, 42, 49, 50 MGG.

181) Art. 13 MGG.

182) Art. 15 MGG.

183) Art. 8, 9, 10, 11 MGG.

richterstatte mit Aufgaben der Vernehmung und Beweisaufnahme vor Beginn der eigentlichen Verhandlung betraut werden sollen.¹⁸⁴⁾ Von wohl entscheidender Bedeutung ist, daß die Militärgerichtsvorsteher bei Erfüllung ihrer Aufgaben unter der Befehlsgewalt ihres militärischen Vorgesetzten stehen.

Im Gegensatz zu den Militärgerichtsvorstehern sind die Militärrichter nur mit Aufgaben der Rechtsprechung betraut. Setzt sich das Gericht aus mehr als zwei Militärrichtern zusammen, ist einer von ihnen zum Vorsitzenden zu bestimmen.¹⁸⁵⁾ Dem Wortlaut des Gesetzes nach genießen Militärrichter bei Ausübung ihrer richterlichen Pflichten Schutz, der einer ungesetzlichen Einflußnahme einen Riegel vorschieben soll. Ihr Sold darf nicht gekürzt werden, sie können von ihrem Amt nicht entbunden oder entlassen werden.¹⁸⁶⁾ Ihre Unabhängigkeit ist gesetzlich im Militärgerichtsgesetz verankert.¹⁸⁷⁾

Militärstaatsanwälte sind in jeder Militärorganisation zu berufen. Sind es zwei oder mehr, ist einer von ihnen zum leitenden Militärstaatsanwalt (chu jen chün shih chien ch'a kuan) zu bestimmen.¹⁸⁸⁾ Sie haben diesselbe Stellung wie Militärgerichtsvorsteher und Militärrichter. Ihre Aufgaben und Befugnisse sind ebenso geregelt wie die der zivilen Staatsanwälte:¹⁸⁹⁾ Ermittlung,¹⁹⁰⁾ Erhebung öffentlicher Anklage,¹⁹¹⁾ Durchführung des Anklageverfahrens,¹⁹²⁾ und Aufsicht über die Vollstreckung richterlicher Entscheidungen.¹⁹³⁾ Ihre Bedeutung in der Praxis ist noch geringer als die der Staatsanwälte der ordentlichen Gerichte.

Das gleiche kann auch von den Verteidigern gesagt werden, die neben den Militärrichtern und Militärstaatsanwälten am Verfahren

184) Art. 15, 158 MGG; vgl. auch Nr. 5 der " Richtlinien zum Militärstraßverfahren " (Chün shih shen p'an chu yi shih hsian)

185) Art. 16 MGG.

186) Art. 18 MGG.

187) Art. 160 MGG.

188) Art. 57, 17 MGG.

189) Zu den Militärstaatsanwälten siehe Chan Heng-chü, S. 375 f;

190) Art. 139 MGG.

191) Art. 154 MGG.

192) Art. 158 ff MGG.

193) Art. 246 MGG.

zu beteiligen sind.¹⁹⁴⁾ Sie können vom Angeklagten frei bestimmt oder durch den vorsitzenden Militär Richter bestellt werden (wie in der Mehrzahl der Fälle). Zu Verteidigern können gewählt werden: 1) Rechtsanwälte (lü shih), die bei den Militärgerichten zugelassen sind, 2) ehemalige Militär Richter oder Militärgerichtsvorsteher, Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwälte oder öffentlich bestellte Verteidiger (kung she pien hu jen), und 3) Offiziere der Streitkräfte. Nur die Wahl eines Rechtsanwaltes als Verteidiger ist nicht an die Genehmigung des Vorsitzenden Richters geknüpft.¹⁹⁵⁾ Ebenso wie im ordentlichen Verfahren können Verteidiger erst nach Erhebung der Anklage für den Angeklagten auftreten.¹⁹⁶⁾

Die Befugnisse des Militärstaatsanwaltes gleichen denen des Staatsanwaltes im ordentlichen Verfahren. Er kann daher eine Person laden (ch'uan huan),¹⁹⁷⁾ sie vorführen lassen (chü t'i)¹⁹⁸⁾ vernehmen (hsün wen),¹⁹⁹⁾ Durchsuchung (sou so) oder Beschlagnahme (k'ou ya) anordnen,²⁰⁰⁾ oder Untersuchungshaft (chi ya) verhängen.²⁰¹⁾ Alle Anordnungen des Staatsanwaltes ergehen im Namen des zuständigen militärischen Befehlshabers. Ist Untersuchungshaft verhängt, besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer Freilassung gegen Kautions.

Nach Erhebung öffentlicher Anklage durch den Staatsanwalt bestimmt der Militärgerichtsvorsteher im Einvernehmen mit dem zuständigen militärischen Kommandeur die Gerichtsform.²⁰²⁾ Fällt die Wahl auf ein gewöhnliches Gericht (p'u t'ung shen p'an t'ing) oder ein höheres Gericht (kao teng shen p'an t'ing), beauftragt er weiter einen Richter mit der Vorbereitung der mündlichen Verhandlung, einer ersten richterlichen Vernehmung des Angeklagten und der Sichtung der Beweise.²⁰³⁾

194) Art. 13 MGG.

195) Art. 75 MGG.

196) Art. 73 MGG.

197) Art. 98 MGG.

198) Art. 97, 99 MGG.

199) Art. 108 MGG.

200) Art. 116 ff MGG, 128, 136 StVG.

201) Art. 110, 116 MGG, 101, 71 StVG.

202) Art. 158 MGG.

203) Art. 158 MGG.

Die Verhandlung selbst läuft im wesentlichen nach den gleichen Regeln ab, wie sie für ein ordentliches Gerichtsverfahren gelten. Sie ist grundsätzlich öffentlich.²⁰⁴⁾ Die Verhandlung beginnt damit, daß der vorsitzende Richter den Angeklagten zur Person vernimmt. Danach verliest der Staatsanwalt die Anklageschrift.²⁰⁵⁾ Im Anschluß daran erfolgt die Vernehmung zur Sache und die Beweiserhebung. Der Angeklagte kann hierbei Zeugen oder Sachverständige selbst befragen.²⁰⁶⁾ Der Beweisaufnahme folgt eine Erörterung des Falles in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht.²⁰⁷⁾ Vor Schluß der Verhandlung gibt der Vorsitzende dem Angeklagten Gelegenheit zu einem letzten Wort. Das Urteil ist vor seiner Verkündung dem Befehlshaber der zuständigen Militärgerichtsorganisation vorzulegen und von ihm zu bestätigen. Verweigert er die Bestätigung, was jedoch so gut wie nie vorkommt, verweist er das Urteil zur erneuten Beratung an das Gericht zurück. Eine solche Zurückverweisung kann nur einmal erfolgen.²⁰⁸⁾

Im Gegensatz zur ordentlichen Gerichtsbarkeit besitzt die Militärgerichtsbarkeit nur zwei Instanzen. Gegen das Urteil eines einfachen Militärgerichts (shen p'an t'ing) ist daher nur Appellation (fu p'an) zulässig.²⁰⁹⁾

Das vor dem Appellationsgericht (fu p'an t'ing) ablaufende Verfahren ist grundsätzlich schriftlich.²¹⁰⁾ Berechtigt zur Einlegung einer Appellation ist der Angeklagte, der Staatsanwalt, der von diesem Recht auch zugunsten des Angeklagten Gebrauch machen kann, der vorgesetzte Offizier des Angeklagten, wenn dieser ein Militärangehöriger ist, oder dessen gesetzlicher Vertreter, Ehegatte oder Verteidiger.²¹¹⁾ Lautet das Urteil auf lebenslange

204) Art. 53 MGG.

205) Art. 165 MGG.

206) Art. 170 MGG.

207) Art. 171; siehe hierzu auch Nr. 8 der " Richtlinien zum Militärstrafverfahren ".

208) Art. 133 MGG.

209) Zum Appellationsverfahren siehe Li Ping-ts'ai (s. Anm. 163), S. 621; eine ausgezeichnete Zusammenfassung findet sich auch bei Chan Heng-chü, S. 380 ff.

210) Art. 199 MGG.

211) Art. 187 MGG.

Freiheitsstrafe oder Tod, erfolgt die Prüfung von Amts wegen.²¹²⁾ Kommt das Appellationsgericht zu dem Schluß, daß das Urteil weder in tatsächlicher Hinsicht noch in rechtlicher Hinsicht fehlerhaft ist, bestätigt es das Urteil, wenn es sich um eine von Amts wegen vorgenommene Überprüfung handelt. In allen anderen Fällen weist es die Appellation durch Urteil zurück.²¹³⁾ Ist das Urteil des ersten Gerichts fehlerhaft, kann das Appellationsgericht das Urteil aufheben und in der Sache selbst entscheiden oder eine erneute Verhandlung vor dem ersten Gericht anordnen.²¹⁴⁾ Legt der Beklagte oder der Staatsanwalt zu seinem Gunsten Appellation ein, darf eine schwerere Strafe nicht verhängt werden, es sei denn, daß ein Gesetz falsch angewandt worden ist.²¹⁵⁾ Das Appellationsgericht muß grundsätzlich innerhalb von zwanzig Tagen entscheiden.²¹⁶⁾ Bestätigt es das erstinstanzliche Urteil, ist der Spruch rechtskräftig. Rechtsbehelfe hiergegen können nur noch in einem Wiederaufnahmeverfahren (tsai shen) oder in einem außerordentlichen Einspruchsverfahren (fei ch'ang shen p'an) geltend gemacht werden. Ein außerordentliches Einspruchsverfahren kann jedoch nur durch den leitenden Militärstaatsanwalt der obersten Militärgerichtsorganisation in die Wege geleitet werden.²¹⁷⁾

212) Art. 188 MGG.

213) Art. 205 MGG.

214) Art. 208 MGG.

215) Art. 211 MGG.

216) Art. 203 MGG.

217) Art. 229 ff MGG (Wiederaufnahmeverfahren), Art. 237 ff MGG (außerordentliches Einspruchsverfahren).

4. Kapitel

Die Strafgerichtsbarkeit in der Volksrepublik China¹⁾

In der Volksrepublik sollte im Gegensatz zur Republik China alles von Grund auf neu geschaffen werden. Die Voraussetzungen hierfür waren günstiger als in den ersten Jahrzehnten der Republik. Die bürgerlichen Vorgänger des kommunistischen China standen immer unter dem Zwang, das westliche Justizsystem zu übernehmen und nachzuahmen. Von diesem Druck war die kommunistische

1) An Standardwerken auf dem Gebiet des kommunistischen Justizwesens habe ich herangezogen: Cohen, J. A., The Criminal Process in the People's Republic of China, Cambridge, Mass., 1968; diese Untersuchung überschattet noch immer auf Grund der Reichhaltigkeit des in ihm enthaltenen Materials jede andere Veröffentlichung auf diesem Gebiet. Allerdings läßt es stellenweise die Strukturen und wesentlichen Elemente des kommunistischen Justizsystems nicht klar hervortreten; dies liegt wohl daran, daß Cohen weniger von den Institutionen der Strafrechtspflege ausgeht, sondern nach einzelnen Verfahrensschritten gliedert, was dem immer noch bürokratischen Charakter des chinesischen Justizsystem kaum Rechnung trägt. Diesen Fehler vermeidet die Darstellung von Leng Shao-chuan, Justice in Communist China, New York, 1967, die in erster Linie von den Justizorganen selbst ausgeht und ihre durch die Massen (die berühmte " Massenlinie ") und die Partei vermittelten gegenseitigen Beziehungen stärker herausstellt. Diese Gliederung legt ebenfalls Hsia Tao-tai, Survey of the Administration of Justice in China, in " Guide to Selected Legal Sources of Mainland China ", Washington, 1967, zugrunde. Einen ausgezeichneten, sehr subtil geschriebenen Überblick gibt ebenfalls Lubman, Stanley, Form and Function in the Chinese Criminal Process, in " Columbia Law Review ", Vol. 69, S. 535 - 575 (1969). Eine weiter zurückliegende Arbeit ist die Untersuchung von Chugunov, Vladimir, Ugolovnoye Sudoproizvodstvo kitayskoy Narodnoy Respubliki (Criminal court procedure in the People's Republic of China), Moskau, 1954 (übersetzt vom " Joint Publications Research Service ", Washington, 1961). An Literatur aus Taiwan habe ich besonders die sehr hilfreiche, breit angelegte Untersuchung von Liu Ch'ing-po, Chung kung ssu fa lun (Das Justizsystem der chinesischen Kommunisten), Taipei, 1974, herangezogen. Für weitere Literatur siehe Jescheck-Löffler, Quellen und Schrifttum des Strafrechts, Bd. II: Außereuropäische Staaten, 2. Lieferung: Asien, Nordafrika, (München, 1976), hier das von Zong Uk Tjong u. a. bearbeitete Kapitel über die Volksrepublik, S. 66 - 90. Die übrigen bei diesem Kapitel von mir benutzten Quellen, bei denen es sich um wesentlichen um Gesetze und Verordnungen der Volksrepublik und um kürzere Abhandlungen kommunistischer Autoren handelt, habe ich mit ihren Fundstellen zu Beginn jedes folgenden Abschnittes zitiert. Als Fundstellen kamen in erster Linie die offizielle Sammlung " Chung hua jen min kung ho kuo fa kwei hui pien " (Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Volksrepublik China, abgk.: FKHP) und die Zeitschrift " Cheng fa yen chiu " (Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft, abgk.: CFYC) in Betracht.

Partei vor und auch nach ihrer Machtergreifung stets befreit. Der russische Einfluß auf das kommunistische China kam auch in der Blütezeit des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses nie an den der westlichen Länder auf das vorkommunistische China heran. Anders als die nationalistische Regierung hat die Volksrepublik daher auch nie vor der politischen Notwendigkeit gestanden, abschließende Gesetzeswerke auf allen wichtigen Rechtsgebieten zu erlassen. Bis heute kommt die Volksrepublik nur mit wenigen grundlegenden Gesetzen und Verordnungen aus. Systematische Gesetzeswerke auf dem Gebiet des Straf- und Verfahrensrechts sind immer noch nicht vorhanden, lediglich solche, die die Organisation der Rechtspflegeorgane regeln. Die Folge davon ist, daß die Strafrechtspflege der Volksrepublik sehr institutionell und bürokratisch wirkt, eine Feststellung, die letztlich durch andere Beobachtungen noch bestätigt wird. Ungeachtet aller Unterschiede scheint sie hierin unmittelbar an vergangene Epochen anzuknüpfen, in denen die Institution alles, das Verfahren wenig galt. Wie in Taiwan auch liegt das institutionelle Schwergewicht dabei weniger auf den Organen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte als vielmehr auf den Polizei- und Sicherheitsorganen, eine Verteilung, die durch die nunmehr geltende Verfassung der Volksrepublik vom 25. Januar 1975, in der die ursprünglich staatsanwaltschaftlichen Funktionen auf die Sicherheitsorgane übertragen wurden, wohl ihrem deutlichsten Ausdruck gefunden hat.²⁾ Trotz der Verschiedenartigkeit beider Systeme lassen sich auch noch an anderen Stellen Übereinstimmungen in den Tendenzen der Strafrechtspflege der beiden Teile Chinas beobachten, die jedoch - aus begreiflichen Gründen - selten herausgestellt werden.

Der institutionelle Charakter der Strafrechtspflege der Volksrepublik wird durch eine weitere, auf marxistischem Gedankengut beruhende Eigenschaft ergänzt, die ebenfalls in Art. 25 der neuen Verfassung ihrem Niederschlag gefunden hat: die unmittelbare Beteiligung der Massen an den Aufgaben der Strafrechtspflege. Die als sog. Massenlinie (ch'ün chung lu hsien) propagierte Mitwir-

2) siehe unten, S. 130.

kung der Bevölkerung äußert sich institutionell in der Aufstellung besonderer Komitees, die den Rechtspflegeorganen beigegeben sind, etwa als Komitee zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung (chih an wei yüan hui), als Einwohnerkomitee (chü min wei yüan hui), das an den traditionellen Familien- oder Dorfverband erinnert, oder - namensgleich mit einer ähnlichen Organisation in Taiwan - als Schlichtungskomitee (t'iao chieh wei yüan hui).³⁾ An der zuletzt genannten Institution zeigt sich noch ein anderes Merkmal kommunistischer Strafrechtspflege: die Verbindung zwischen überkommener, in der Volksrepublik wie auch in Taiwan immer noch verwurzelter Gewohnheit, Streitfälle und auch strafbare Übergriffe informell beizulegen, und revolutionärem, marxistischem Gedankengut, das die Beteiligung der Massen an gesellschaftlich relevanten Entscheidungen zur Richtschnur politischen Handelns überhaupt erhebt. Ein letztes Kennzeichen liegt darin, daß alle Justizorgane, Gerichte (fa), Staatsanwaltschaften (chien) und Polizei (kung) dem absoluten Führungsanspruch der Partei untergeordnet sind, sich ihren Befehlen fügen und ihre Anweisungen ausführen müssen, auch dies Ausdruck der engen Verbundenheit und Tuchfühlung mit den Massen, deren Exponent die Partei ist.⁴⁾

Kurz vorangestellt, lassen sich die wesentlichen Eigenschaften kommunistischer Strafrechtspflege mit den Schlagworten kennzeichnen: institutioneller, bürokratischer Aufbau der Justizorgane, unmittelbare Beteiligung der Massen am Entscheidungsverfahren als Gegengewicht hierzu, informelle Behandlung von Straftaten und absoluter Führungsanspruch der Partei, die Bindeglied zwischen den Justizorganen und den Massen ist.

Die folgende Darstellung geht der Reihe nach von den Polizei- und Sicherheitsorganen, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten aus, deren geschichtliche Entwicklung dabei kurz mitaufgezeichnet wird. Wie sich ihr Aussehen in den letzten Jahren gestaltet hat,

3) Zur Massenlinie siehe insbes. Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften, Bd. III, S. 138. Ausführliche weitere Literaturangaben zur Massenlinie finden sich bei Jescheck-Löffler (s. Anm. 1), S. 84.

4) Siehe hierzu Lubman (s. Anm. 1), S. 537.

kann allerdings immer noch nicht gesagt werden. Das hier vorliegende Quellenmaterial ist zu ungenügend, um verlässliche Aussagen zu treffen. Jedoch scheint sich nach dem Tode von Mao Tse-tung in China eine Wende zum Konservativen anzubahnen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß auch in der Justizpolitik mit der Zeit wieder vor-kulturrevolutionäre Züge die Oberhand gewinnen werden; dies würde dem chinesischen Charakter, an einmal Bewährtem festzuhalten, auch entsprechen. Aus diesem Grund wird der Darstellung der Strafrechtspflege in der Zeit vor der Kulturrevolution ein etwas breiterer Raum eingeräumt werden.

1. Abschnitt

Die Polizei- und Sicherheitsorgane⁵⁾

Bevor es im Jahre 1949 zur Gründung der Volksrepublik China kam, gab es in den von den Kommunisten beherrschten Gebieten bereits Sicherheits- und Justizorgane, deren Aufbau und Organisation Vorbild für die nach der Gründung der Volksrepublik

5) Bei diesem Abschnitt habe ich folgende, in der Reihenfolge ihres Erlasses zitierten Gesetze und Verordnungen herangezogen: 1) " Vorläufiges Organisationsstatut der Komitees zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung " (Chih an pao wei wei yüan hui chan hsing tsu chih t'iao li), vom 11. August 192, abgedruckt in " Chung yang jen min cheng fu fa ling hui pien " (Sammlung der Gesetze und Anordnungen der zentralen Volksregierung), 1952, S. 56 - 58; 2) " Gesetz über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min chien ch'a yüan tsu chih fa), vom 21. September 1954, in " Chung hua jen min kung ho kuo fa kwei hui pien " (Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Volksrepublik China, abgk.: FKHP), Bd. 1, S. 113 - 116; 3) " Verordnung über die Vornahme von Verhaftungen und die Verhängung von Untersuchungshaft der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo tai pu chü liu t'iao li), vom 20. Dezember 1954, in FKHP, Bd. 1, S. 239 - 242; 4) " Organisationsstatut zu den Sicherheits- und Polizeirevierern " (Kung an p'ai ch'u so tsu chih t'iao li), vom 31. Dezember 1954, in FKHP, Bd. 1, S. 243 - 244; 5) " Organisationsstatut der städtischen Einwohnerkomitees " (Ch'eng shih chü min wei yüan hui tsu chih t'iao li), vom 31. Dezember 1954, in FKHP, Bd. 1, S. 173 - 175; 6) " Volkspolizeiverordnung der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min ching ch'a t'iao li), vom 25. Juni 1957, in FKHP, Bd. 5, S. 113 - 116; 7) " Beschluß des Staatsrates über die Frage der Erziehung durch Arbeit " (Kuo wu yüan kuan yü lao tung chiao yang wen t'i te ch'üeh ting), vom 3. August 1957, in FKHP, Bd. 5, S. 243 - 244; 8) " Strafverordnung der Volksrepublik China in Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung " (Chung hua jen min kung ho kuo chih an kuan li ch'u fa t'iao li), vom 22. Oktober 1957, in FKHP, Bd. 6, S. 245 - 261; 9) " Meldeverordnung der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo hu k'ou teng chi t'iao li), vom 9. Januar 1958, in FKHP, Bd. 7, S. 204 - 209.

Neben diesen Gesetzen und Verordnungen habe ich folgende Sekundärliteratur benutzt: Liu Ch'ing-po, Chung kung ssu fa lun (das Justizsystem der chinesischen Kommunisten), Taipei, 1976, insbes. S. 1 - 101 (über den Aufbau, die Organisation und die Befugnisse der kommunistischen Sicherheitsorgane); Cohen, The Criminal Process in the People's Republic of China, 1968, hier insbes. S. 105 - 119 (über die örtlichen Sicherheitsorgane einschließlich der Massen-Sicherheitsorganisationen), S. 200 - 237 (über die Befugnisse der Polizei auf Grund der " Strafverordnung der Volksrepublik China im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung "), S. 238 - 274 (über die von der Polizei verhängte Arbeitserziehung), S. 354 - 391 (über Zwangsmaßnahmen bei Einleitung eines ge-

errichteten Organe wurden und an deren Bezeichnungen die Partei noch in der Kulturrevolution anknüpfte. Die für die Entfaltung des kommunistischen Staates und seiner Ideologie grundlegende vorkonstitutionelle Zeit läßt sich in die Periode der chinesischen Sowjet-Republik (1927 - 1934), der Yen-an-Periode (1935 - 1945) und der Zeit zwischen dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Konstituierung der Volksrepublik (1946 - 1949) unterteilen.⁶⁾

Chinesische Sowjets waren als Reaktion auf die Korruption der Regierung, der Schwäche des Landes, der Verelendung und Ausbeutung der Bevölkerung gegen Ende der zwanziger Jahre in den Provinzen Kiangsi, Hunan, Fukien und in verstreuten anderen Gebieten gegründet worden.⁷⁾ Innerhalb der Sowjets bildeten sich unter der Anleitung der kommunistischen Internationale automatisch Sicherheitsorgane heran, die polizeiliche Aufgaben erfüllten und in den anderen Landesteilen als Verschwörergruppen und Geheimorganisationen auftraten (in Shanghai unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten Chou En-lai). Aus diesen Organisationen ging 1930 das berüchtigte Politische Sicherungsamt (cheng chih pao wei chü) hervor, Nach Art. 27 des " Organisationsgesetzes zum zentralen Sowjet der chinesischen Sowjetrepublik " (Chung hua su wei ai kung ho kuo chung yang su wei ai tsu chih fa) hatte es seinen Platz unmittelbar unterhalb der Ebene der obersten Volkskommissare.⁸⁾ Gemäß Art. 1 der " Organisationsrichtlinien des staatlichen politischen Sicherungsamtes der chinesischen Sowjetrepublik " (Chung hua su wei ai kung ho kuo chia pao wei chü tsu chih kang yao) bestanden seine Aufgaben in der Aufdeckung, Unterdrückung und Ausmerzung konterrevolutionärer Umtriebe und der Liquidierung von Verrätern. Das Amt

(Forts.) richtlichen Verfahrens); Leng Shao-chuan, Justice in Communist China, New York, 1967, insbes. S. 120 - 126 (über die Polizei- und Sicherheitsorgane); Lubman, Form and Function in the Chinese Criminal Process, 1969 (s. Anm. 1).

6) Zu dieser Aufteilung siehe Liu Ch'ing-po, S. 15 f; Leng Shao-chuan, S. 1.

7) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 15 f; Leng Shao-chuan, S. 1 ff.

8) Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 15 f; Leng Shao-chuan, S. 5.

errichtete Zweigämter und Dienststellen auf örtlicher Ebene und in den Formationen der roten Armee. Seine Funktionäre konnten nach eigenem Gutdünken Verhaftungen vornehmen, Untersuchungen einleiten, Konterrevolutionäre und feindliche Agenten hinrichten.

Im Jahre 1935 wurden die chinesischen Sowjets von den damals übermächtigen Armeen Tschiang Kai-sheks überrannt. Die Kommunisten zogen sich in ihrem legendär gewordenen langen Marsch in das nördliche Shensi-Gebiet zurück.⁹⁾ Ihre vorübergehende Schwäche und die zunehmende militärische Intervention des japanischen Kaiserreiches in China erzwang im Jahre 1937 eine Annäherung zwischen der kommunistischen Partei und der Kuomintang, die in dem Aufruf eines gemeinsamen Kampfes gegen die japanischen Aggressoren gipfelte. Diese Zweck-Koalition führte unter anderem zur Abschaffung des in erster Linie als Werkzeug gegen die ländliche Oberschicht, die Kuomintang und deren "repräsentanten und Agenten dienenden staatlichen Sicherungsamtes."¹⁰⁾ Die kommunistische Partei errichtete gemäß der mit der Kuomintang getroffenen Übereinkunft in den von ihr beherrschten Gebieten in Nord-Shensi eine unter formeller Oberhoheit der Kuomintang stehende Shensi-Kansu-Ninghsia-Grenzregierung (Shan kan ning pien ch'ü shih cheng fu). Nach Art. 6 des " Verwaltungsprogrammes für das Shensi-Kansu-Ninghsia-Grenzgebiet " (Shan kan ning pien ch'ü shih cheng kang ling) hatten wie im nationalistischen China nur noch Justizorgane die Befugnis, Straftäter zu verhaften, zu vernehmen und zu bestrafen.¹¹⁾ Verhaftungen durften nur noch bei Vorliegen eines hinreichenden Verdachtsgrundes vorgenommen werden. Fast alle Vorschriften über die Organisation der Justizorgane und das gerichtliche Verfahren standen mit den von der Kuomintang'-Regierung erlassenen Gesetzen und Verordnungen im Einklang, so dem " Gerichtsorganisationsgesetz " (Fa yüan tsu chih fa) und dem " Strafverfahrensgesetz " (Hsing shih su sung fa). Übereinstimmungen zwischen dem Justizwesen in Taiwan und dem der Volksrepublik rühren nicht zuletzt von dieser Zeit des Burgfriedens

9) Zur Yen-an-Zeit siehe Liu Ch'ing-po, S. 16 ff; Deng Shao-chuan, S. 10 ff.

10) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 6 f.

11) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 16; Deng Shao-chuan, S. 14.

zwischen den beiden feindlichen Brüdern her.

Die Koalition zwischen Kommunisten und Kuomintang hielt nur bis zur Niederlage der Japaner im zweiten Weltkrieg.¹²⁾ Das Jahr 1946 leitete dann den endgültig ausbrechenden, blutigen Bürgerkrieg zwischen den beiden Parteien ein. In diesem letzten Entscheidungskampf, der an Grausamkeit und Härte hinter dem vorangegangenen Krieg mit Japan nicht zurückstand, kam es zu einem ungezügelter, schrankenlosen Vorgehen kommunistischer Sicherheitsorgane, groß angelegten Säuberungskampagnen und Massenprozessen, in denen Haß, Hysterie, Gewalt und Terror Triumphe feierten.¹³⁾ Diese Zeit willkürlicher Volksjustiz nahm auch nach dem Sieg über die Kuomintang kaum geregeltere Züge an. Die Regierung in Peking versuchte erst nach einigen Jahren, Ordnung in die revolutionären, chaotischen Bahnen der Massenverfolgungen zu bringen. Mit diesem Bemühen verband sie den Versuch einer Neugliederung des von ihr beherrschten Festlandes und einer hiermit Hand in Hand gehenden Neuordnung des Sicherheitsapparates.¹⁴⁾ So wurden auf Provinzebene Provinz-Volksregierungen gegründet, untern denen sich Sicherheitsabteilungen (kung an t'ing) befanden. Auf der Ebene von Bezirken wurden Bezirks-Volksregierungen errichtet, denen Sicherheitsämter (kung an chü), Zweigämter (fen chü), und Sicherheits- und Polizeireviere (p'ai ch'u so) angegliedert waren. In ländlichen und dörflichen Gebieten wurden Sicherheitsbeauftragte (kung an yüan) stationiert.

Dieses Organisationsschema hatte jedoch nur bis zum Erlaß der ersten Verfassung der Volksrepublik China im Jahre 1954 Bestand. Die hiernach, im wesentlichen noch heute gültige Verwaltungsgliederung, die auch für die Organisation der Sicherheitsbehörden maßgeblich ist, trägt folgende Züge:

Das ganze Land zerfällt in Provinzen (sheng), autonome Gebiete (tzu chih ch'ü) und regierungsunmittelbare Städte

¹²⁾ Vgl. hierzu Leng Shao-chuan, S. 19 ff; Chugunov, S. 5 ff.

¹³⁾ Siehe Cohen, S. 10, der gestützt auf eine unveröffentlichte Rede Mao Tse-tung's die Zahl der Opfer der Volksjustiz auf ungefähr 800 000 schätzt.

¹⁴⁾ Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 18.

(chih hsia shih). Provinzen und autonome Gebiete sind wieder unterteilt in autonome Regionen (tzu chih chou), Distrikte (hsien), autonome Distrikte (tzu chih hsien) und Städte (shih). Distrikte zerfallen in ländliche Gemeinden (hsiang) und Ortschaften (chen). Regierungsunmittelbare Städte und Großstädte sind in Bezirke (ch'ü) eingeteilt. Jeder dieser Gebietseinheiten errichtet eine Volksvertreterversammlung (jen min tai piao ta hui) und als Exekutivorgan Volkskomitees (jen min wei yüan hui), an deren Stelle in der Kulturrevolution Revolutionskomitees (ko ming wei yüan hui) treten sollten.¹⁵⁾

Die Organisation der Polizei, dem vor den Gerichten und den Staatsanwaltschaften wohl wichtigsten Justizorgan der Volksrepublik, entspricht dieser allgemeinen Verwaltungsgliederung: Sicherheitsabteilungen (kung an t'ing) stellen die obersten Sicherheitsorgane der Provinzen und autonomen Gebiete dar. Ihnen steht ein Abteilungsleiter (t'ing chang) vor, dem erforderlichenfalls ein Vertreter beigegeben wird. Die Geschäfte der Verwaltung werden von einem Sekretariat (pan kung t'ing) mit einem Direktor (chu jen) an der Spitze geführt.⁶⁾ Sicherheitsbüros (kung an ch'ü) sind die höchsten Sicherheitsorgane der autonomen Regionen. Sie werden von einem Vorsteher (ch'ü chang) geleitet, dem ebenfalls erforderlichenfalls ein Vertreter beigegeben wird. Die Geschäfte werden auch hier von einem Sekretariat geführt.¹⁷⁾ Sicherheitämter (kung an chü) sind die höchsten Sicherheitsorgane der regierungsunmittelbaren Städte, der in Bezirke aufgeteilten Städte (Großstädte), der Distrikte oder Gebiete in einer ähnlichen Größenordnung. Ebenso wie die übergeordneten Sicherheitsorgane unterstehen auch sie den jeweiligen Volkskomitees. Geleitet werden sie von einem Amtsvorsteher (chü chang), dem ein Vertreter beigeordnet ist.¹⁸⁾ Zweig-Sicherheitsämter (kung an fen chü) und Sicherheits- und Polizei-

¹⁵⁾ Siehe Art. 53, 54 der Verfassung von 1954 (deutsche Übersetzung bei Tomson/Su, Regierung und Verwaltung der Volksrepublik China, Köln, 1971, S. 375 ff); vgl. auch Liu Ch'ing-po, S. 31.

¹⁶⁾ Siehe Liu Ch'ing-po, S. 32; Leng Shao-chuan, S. 121.

¹⁷⁾ Zu den Sicherheitsbüros siehe Liu Ch'ing-po, S. 32.

¹⁸⁾ Siehe Liu Ch'ing-po, S. 32.

reviere (kung an p'ai ch'u so) sind den Sicherheitsorganen der Distrikte und Städte untergeordnet und stellen in der Praxis die bei weitem wichtigsten örtlichen Sicherheitsorgane dar.¹⁹⁾ Die Wahl ihres Standortes richtet sich nach der Größe des Gebietes, der Dichte der Bevölkerung und auch nach dem Stand der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse einer Gegend.²⁰⁾ Die Reviere werden von einem Vorsteher (so chang) geleitet, dem ein oder zwei Stellvertreter zur Seite stehen.²¹⁾ Die Vollzugsaufgaben liegen in den Händen von Volkspolizisten (jen min ching ch'a), die dem Vorsteher unmittelbar unterstellt sind.²²⁾

Die Aufgaben der örtlichen Sicherheitsorgane, insbesondere der Polizeireviere und der Volkspolizei richten sich in erster Linie nach dem " Organisationsstatut zu den Sicherheits- und Polizeireviere " (Kung an p'ai ch'u so tsu chih t'iao li) vom 31. Dezember 1954 und der am 25. Juni 1957 erlassenen " Volkspolizeiverordnung der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min ching ch'a t'iao li). Beide gesetzlichen Bestimmungen geben die Aufgaben und Befugnisse der Polizei nur sehr allgemein und vage an; in dieser Eigenschaft unterscheiden sie sich nicht von anderen Vorschriften der Volksrepublik, die alle nur schemenhaft, kurz und unklar gehalten sind. Man kommt ihrer eigentlichen Bedeutung wohl näher, wenn man sie nicht als Ermächtigungen ansieht, die Berechtigungen, Befugnisse und Pflichten im Einzelfall genau festlegen, sondern als Dienstanweisungen, Direktiven oder Verhaltensmaßregeln versteht, die ein bestimmtes Aufgabengebiet nur ungefähr umreißen wollen.

Aufgaben der Sicherheits- und Polizeireviere sind ihrem Organisationsstatut zufolge: 1) Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,²³⁾ 2) Bekämpfung von Banditen und anderen Verbrechern,²⁴⁾ 3) Unterdrückung von Konterrevolutionären,²⁵⁾ 4)

19) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 32 f; Cohen, S. 19, 105 ff.

20) Art. 3 des " Organisationsstatut zu den Sicherheits- und Polizeireviere " (abgk.: SiPoRe)

21) Art. 4 SiPoRe.

22) Art. 4 SiPoRe, Art. 4 der " Volkspolizeiverordnung " (abgk.: VoVo); siehe hierzu auch Cohen, S. 105 f.

23) Art. 2, Nr. 1 SiPoRe.

24) Art. 2, Nr. 3 SiPoRe.

25) Art. 2, Nr. 2 SiPoRe.

polizeiliche Überwachung (in der Volksrepublik auch als Strafe verhängt) von Konterrevolutionären und Verbrechern,²⁶⁾ 5) Führung von Einwohnermelderegistern,²⁷⁾ Unterstützung der mit der Aufklärung von Verbrechen befaßten Stellen,²⁸⁾ 7) Anleitung des Komitees für öffentliche Sicherheit und Ordnung,²⁹⁾ 8) Erziehung der Bevölkerung zu revolutionärer Wachsamkeit, Beachtung von Recht und Ordnung und beispielhaftem gesellschaftlichen Gemeinsinn.³⁰⁾

Bei Erfüllung ihrer sicherheitspolitischen Aufgaben sind die Funktionäre der Polizeireviere dazu verpflichtet, eng mit den Massen zusammenzuarbeiten und der dabei zu Tage tretenden Massenslinie zu folgen. Sie sind aufgefordert, den Einwohnerversammlungen und Zusammenkünften der Einwohnerkomitees über ihre Arbeit zu berichten, sich ihrer Kritik zu stellen und ihre Vorschläge entgegenzunehmen.³¹⁾

Kaum mehr als Faustregeln und allgemeine Richtlinien, die nach außen hin nicht bindend sein sollen, sind auch in der " Volkspolizeiverordnung " aufgestellt. In Art. 2 und 5 dieser Bestimmung wird das Aufgabengebiet der Polizei zunächst ebenso beschrieben wie das der Sicherheits- und Polizeireviere. In Art. 6 heißt es zu den Befugnissen der Polizei dann doch etwas konkreter und anschaulicher: 1) sie kann Konterrevolutionäre und andere Verbrecher verhaften (tai pu) und festsetzen (chü liu), ihre Wohnungen durchsuchen (sou ch'a);³²⁾ 2) ermittelt sie eine Straftat, kann sie verdächtige Personen und Zeugen laden und vernehmen (ch'uan wen).³³⁾ Von beiden Befugnissen darf die Polizei jedoch nur im Rahmen der Gesetze Gebrauch machen. Hierunter sind in erster Linie die Bestimmungen des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min chien ch'a yüan tsu chih fa)³⁴⁾ und der " Verordnung über die Vornahme von Ver-

26) Art. 2, Nr. 4 SiPoRe.

27) Art. 1, Nr. 5 SiPoRe.

28) Art. 2, Nr. 7 SiPoRe.

29) Art. 2, Nr. 8 SiPoRe.

30) Art. 1, Nr. 9 SiPoRe.

31) Art. 5 SiPoRe.

32) Art. 6, Nr. 1 VoVo.

33) Art. 6, Nr. 2 VoVo.

34) Es ist im einzelnen immer noch ungeklärt, wie sich Art. 25 der neuen Verfassung auf die Volksstaatsanwaltschaften tatsächlich ausgewirkt hat. Im folgenden lege ich daher zunächst die alte Rechtslage zugrunde.

haftungen und die Verhängung von Untersuchungshaft der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo tai pu chü liu t'iao li) gemeint.

In Art. 10 des Gesetzes über die Volksstaatsanwaltschaften, das mittlerweile wohl obsolet geworden sein dürfte, hieß es zunächst, daß die Staatsanwaltschaft mit der Ermittlung einer Straftat die Sicherheitsorgane (kung an chi kuan) beauftragt. Zum Verhältnis zwischen den beiden Organen hieß es dann weiter, daß die Staatsanwaltschaft bei einer unrechtmäßigen Ermittlungshandlung der Sicherheitsorgane nur Einspruch erheben, dagegen keine Anweisung oder Anordnung erteilen konnte. Die selbständige und unabhängige Stellung der Sicherheitsorgane war weiter noch dadurch akzentuiert, daß sie ihrerseits gegen einen Beschluß der Staatsanwaltschaft, keine Anklage zu erheben, bei der vorgesetzten Staatsanwaltschaft vorstellig werden konnten ³⁵⁾ wenn es überhaupt einmal zu Meinungsverschiedenheiten kam, die informell nicht beigelegt werden konnten. Die Befugnisse der Sicherheitsorgane waren durch das Gesetz über die Volksstaatsanwaltschaften formell eigentlich nur an einer Stelle eingeschränkt: eine Verhaftung (tai pu) durfte nur nach Genehmigung der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts vorgenommen werden. ³⁶⁾ Alles spricht jedoch dafür, daß diese Beschränkung im wesentlichen nur auf dem Papier gestanden hat und die Polizei in Zweifelsfällen allenfalls die Genehmigung der Partei einholte, sonst aber nach eigenem Belieben schaltete. Zudem war sie nach der " Verordnung über die Vornahme von Verhaftungen und die Verhängung von Untersuchungshaft " in " dringenden Fällen " an diese Einschränkung nicht gebunden. Eilmaßnahmen jeglicher Art konnte sie etwa treffen, wenn der Täter auf frischer Tat ertappt wurde, der Verletzte oder ein Augenzeuge den Täter wiedererkannte, am Körper oder in der Wohnung des Verdächtigen Beweisstücke gefunden werden, die auf die Begehung der Tat durch ihn hinweisen, der Täter flüchtet oder Anstalten hierzu macht, die Gefahr einer Unterdrückung oder

35) Art. 13 des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften " (abgk.: VoStaG)

36) Art. 12 VoStaG, Art. 89 der Verfassung der Volksrepublik aus dem Jahre 1954, Art. 1 der " Verordnung über die Vornahme von Verhaftungen und die Verhängung von Untersuchungshaft " (abgk.: HaftVO); siehe auch Liu Ch'ing-po, S. 143 f.

37) Siehe Cohen, S. 358 ff; Lubman, S. 548.

Fälschung von Beweisen oder von Zeugenbeeinflussung besteht, der Verdächtige sich nicht ausweisen kann oder keinen festen Wohnsitz hat.³⁸⁾

Zu anderen möglichen Zwangsmaßnahmen heißt es in der Haftverordnung, daß für eine Durchsuchung außer in dringenden Fällen eine besondere Anordnung vorliegen müsse.³⁹⁾ Auch an dieses Erfordernis wird man jedoch keine hohen Anforderungen gestellt haben.⁴⁰⁾ Nach dem Gesetz über die Volksstaatsanwaltschaften war zwar eine Verhaftung formell an die Genehmigung der Staatsanwaltschaft geknüpft, von einem ähnlichen Erfordernis für die Durchsuchung jedoch nicht die Rede. In noch höherem Maße wird dies für eine Beschlagnahme gegolten haben, die bereits nach der Haftverordnung ausdrücklich in das Ermessen des verhaftenden oder Untersuchungshaft verhängenden Organs, im Zweifel also stets der Polizei, gestellt war.

Bereits die Gestalt von Strafen nehmen die Zwangsmaßnahmen an, die die Sicherheitsbehörden nach der im Oktober 1957 erlassenen "Strafverordnung der Volksrepublik China im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (Chung hua jen min kung ho kuo chih an kuan li ch'u fa t'iao li) verhängen können.⁴²⁾ Diese Verordnung stellt das Gegenstück zu dem "Gesetz über die Bestrafung von Polizeivergehen" (Wei ching fa fa) in Taiwan dar.⁴³⁾ Sie gibt der Polizei das Recht, Personen zu verwarnen (ching kao),⁴⁴⁾ eine Geldbuße (fa k'uan) oder Haftstrafe (chü liu) zu verhängen.⁴⁵⁾ Haft kann bis zu fünfzehn Tagen (in Taiwan vierzehn) verhängt werden. In begründeten Fällen kann dieses Zeitmaß noch überschritten zu werden; von dieser Möglichkeit scheint die Polizei ausgiebig Gebrauch zu machen.⁴⁶⁾ Zuständig zur Verhängung dieser Verwaltungsstrafen

38) Art. 5 HaftVO.

39) Art. 9 HaftVO.

40) Siehe Cohen, S. 31 f; Vgl. auch den bei Cohen, S. 387 ff übersetzten Aufsatz der "Hsin hua jih pao" (New China Daily), vom 28. Oktober 1956.

41) Art. 10 HaftVO.

42) Zu dieser Verordnung siehe Liu Ch'ing-po, S. 24, 45 f; Cohen, S. 200 ff; Leng Shao-chuan, S. 123 f.

43) Siehe oben, S. 81.

44) Die Sicherheitsorgane können den Täter auch auffordern, sich beim Verletzten zu entschuldigen und eine Wiedergutmachung zu leisten; siehe Cohen, S. 208.

45) Art. 9 der "Strafverordnung im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (StraVo68)

46) Art. 6, 21 StraVo68Q; vgl. auch Lubman, S. 562.

sind die Sicherheitsämter (kung an chü) der Städte und Distrikte. Polizeireviere können Verwarnungen erteilen.⁴⁷⁾ Strafbare Vergehen sind Handlungen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören, bürgerliche Rechte einzelner Personen beeinträchtigen, oder öffentliches oder privates Eigentum verletzen. Aufgeführt sind etwa Urkundenfälschung, Diebstahl, Schlägerei, Prostitution oder Verstöße gegen die Meldeverordnung.⁴⁸⁾ Die Polizei kann einen Missetäter auch dann bestrafen, wenn sein Verhalten zwar nicht unter einer der aufgezählten Straftatbestände fällt, die öffentliche Sicherheit gleichwohl jedoch verletzt oder gefährdet erscheint.⁴⁹⁾

Vergleichbar mit Art. 28 des " Gesetzes über die Bestrafung von Polizeivergehen " in Taiwan ist Art. 30 der entsprechenden Verordnung der Volksrepublik. Die Sicherheitsorgane können auf Grund dieser Vorschrift gegen Asoziale, die wiederholt gegen die Verordnung verstoßen haben, Maßnahmen der Arbeitserziehung (lao tung chiao yang, nicht zu verwechseln mit der Umerziehung durch Arbeit, lao tung kai tsao, die nur von den Gerichten festgesetzt werden kann) verhängen, die praktisch auf eine unbestristete Freiheitsstrafe hinauslaufen. Maßgebend für die Verhängung dieser Arbeitserziehung ist der am 3. August 1957 erlassene " Beschluß des Staatsrates über die Frage der Erziehung durch Arbeit " (Kuo wu yüan kuan yü lao tung chiao yang wen t'i te chyüeh ting),⁵⁰⁾ der der Polizei die gleichen Befugnisse gibt, wie sie in Taiwan die Sicherheitsbehörden auf Grund der " Regelungen über die Bestrafung von Volksschädlingen in der Zeit des Ausnahmezustandes in der Provinz Taiwan " besitzen,⁵¹⁾ - mit dem Unterschied allerdings, daß die Behörden in Taiwan von diesen Befugnissen weit weniger Gebrauch machen als die Polizei in der Volksrepublik. Auf Grund des Beschlusses hat diese das Recht, Rechtsabweichler, Konterrevolutionäre, notorische Kriminelle und

47) Art. 9 StraVoöSO.

48) Vgl. im einzelnen Art. 5 - 15 StraVoöSO.

49) Art. 31 StraVoöSO.

50) Siehe hierzu Cohen, S. 238 ff; Leng Shao-chuan, S. 123.

51) Siehe oben, S. 82.

asoziale Elemente für ungewisse Zeit in Arbeitslager zu schicken. Die gleichen Befugnisse haben die Sicherheitsbehörden gegenüber Landflüchtigen, die sich unter Verstoß gegen die Meldeverordnung in größeren Städten gesammelt haben und einer geregelten Arbeit nicht nachgehen.⁵³⁾

Die angeführte "Meldeverordnung der Volksrepublik China" (Chung hua jen min kung ho kuo hu k'ou teng chi t'iao li) vom 9. Januar 1958 stellt schließlich eine Regelung dar, die die tatsächlichen Machtbefugnisse und Machtmöglichkeiten der Polizei wohl mit am deutlichsten zum Ausdruck bringt.⁵⁴⁾ Auch sie hat ein Gegenstück in Taiwan, dem allerdings weit weniger drastischen "Meldegesetz" (Hu chi fa). Das auf ihrer Grundlage praktizierte Maß an Aufsicht, Überwachung und Kontrolle jeden Haushalts (auf das die Verordnung sich in traditioneller Weise zunächst bezieht) und jeder einzelnen Person besitzt auf Grund seiner Lückenlosigkeit und Strenge den Charakter einer vorsorglichen Zwangsmaßnahme, der es rechtfertigt, einige der wesentlichen Vorschriften zumindest zu erwähnen.

Zuständig für die Registrierung von Haushalten und Personen sind die örtlichen Sicherheitsorgane, d.h. die Polizeireviere und die Volkspolizei.⁵⁵⁾ Zu ihrer Unterstützung stehen in jeder Organisation, Vereinigung, jedem Betrieb oder jeder Schule Beauftragte bereit, die auf Verlangen über die von ihnen betreuten Familien und Personen Auskunft geben müssen.⁵⁶⁾ Voraussetzung eines Wohnwechsels ist grundsätzlich die Genehmigung der Sicherheitsorgane des bisherigen Wohnortes und die Einwilligung der zuständigen Stelle des aufnehmenden Ortes.⁵⁷⁾ Bei entlassenen oder unter Bewährungsaufgaben stehenden Straftätern, ebenso bei Personen, die etwa wegen ihrer Klassenzugehörigkeit oder politischen Gesinnung keine politischen Rechte besitzen, ist auch die Zu-

52) Siehe Cohen, S. 239; Leng Shao-chuan, S. 123 f; Lubman, S. 553.

53) Siehe Cohen, S. 251.

54) Zu den Befugnissen der Polizei auf Grund der Meldeverordnung (abgk.: MeVo) siehe Liu Ch'ing-po, S. 51 ff; vgl. auch Lubman, S. 542.

55) Art. 2, Nr. 5 des "Organisationsstatutes zu den Sicherheits- und Polizeireviere", Art. 5, Nr. 6 der "Volkspolizeiverordnung", Art. 3 MeVo.

56) Art. 3 MeVo; siehe hierzu auch Liu Ch'ing-po, S. 54.

57) Art. 10 MeVo.

58) Art. 14 MeVo.

stimmung der Gerichte erforderlich.⁵⁸⁾ Einschränkende Bestimmungen bestehen nicht nur für einen Wechsel des Wohnortes sondern auch für einen nur vorübergehenden Aufenthalt. Übersteigt dieser drei Tage, hat sich der Besucher bei dem zuständigen Polizeirevier zu melden, sich dort registrieren zu lassen und um eine Aufenthaltsgenehmigung nachzukommen.⁵⁹⁾ Verläßt er den Ort wieder, hat er die Sicherheitsbehörden davon wieder unverzüglich in Kenntnis zu setzen.⁶⁰⁾ Bleibt er länger als drei Monate, muß er einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung stellen. Kann er hierfür keine Überzeugenden Gründe anführen, ist er verpflichtet, wieder zurückzukehren.

Die Bedeutung der Meldeverordnung liegt nicht zuletzt auf dem Gebiet der Bekämpfung der Kriminalität. Stoßen die Meldebehörden oder ihre Hilfsorgane auf den Verdacht konterrevolutionärer oder anderer verbrecherischer Tätigkeit, haben sie zusammen mit den anderen Justizorganen sofort die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.⁶¹⁾ Verstöße und Zuwiderhandlungen gegen die Meldeverordnung können von den Sicherheitsbehörden selbst bestraft werden.⁶²⁾

Kontrolle der Bevölkerung ist die wesentliche Aufgabe der Polizei- und Sicherheitsorgane. Was die Volksrepublik zu einem totalitären Staat macht ist allerdings erst der Umstand, daß die Überwachten selbst mit in diese Aufgabe eingespannt sind - nach der Regel, daß niemand besser kontrolliert werden kann als die Kontrolleure. Auch hierin liegt sicherlich einer der Zwecke der Massenlinie, der Beteiligung der Bevölkerung an der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Bekämpfung der Kriminalität. Die noch aus der Zeit der Kiangsi-Sowjets stammende Forderung nach einem Engagement der Massen hat jetzt auch in Art. 25 der neuen Verfassung ihren Niederschlag gefunden, nach der jede staatsanwaltschaftliche, damit auch polizeiliche, oder

58) Art. 14 MeVo.

59) Art. 15 MeVo.

60) Art. 15 MeVo.

61) Art. 21 MeVo.

62) Art. 20 MeVo, Art. 14 der " Strafrechtsverordnung im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ".

gerichtliche Untersuchung sich an der Linie der Massen auszurichten hat. Ausdrücklich für die Sicherheitsorgane ist dieses Gebot in der " Volkspolizeiverordnung " verankert. Nach Art. 3 der Verordnung hat sich die Volkspolizei bei ihrer Arbeit auf die breiten Massen zu stützen, mit ihnen enge Verbindung zu wahren, auf ihre Vorschläge zu hören und sich ihrer Kritik zu stellen. Institutionell hat diese Ausrichtung in der Schaffung zweier Massenorganisationen ihren Ausdruck gefunden, deren Aufgaben im wesentlichen in der Kollaboration mit den Sicherheitsbehörden liegen: dem " Komitee zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung " (chih an pao wei wei yüan hui) und dem " städtischen Einwohnerkomitee " (ch'eng shih chü min wei yüan hui),⁶⁴⁾ beide mit dem Blick auf die traditionellen Familien- und Dorfverbände (pao chia) ins Leben gerufen, die gleichfalls im Vorfeld staatlicher Verwaltung Zuträgerfunktionen erfüllten.⁶⁵⁾

Dem Komitee zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung liegt das bereits 1952 erlassenen " Vorläufige Organisationsstatut der Komitees zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung " (Chih an pao wei wei yüan hui chan hsing tsu chih t'iao li) zugrunde. Sicherheitskomitees sind danach in Organisationen, Fabriken, Betrieben, Schulen, Universitäten und Straßen zu gründen.⁶⁶⁾ Die Anzahl der Komiteemitglieder richtet sich nach der Größe der Organisation, in der sie ihren Platz haben, und kann von drei bis elf Personen betragen.⁶⁷⁾ Jedes Komitee wird geleitet von einem Vorsitzenden und einem oder zwei stellvertretenden Vorsitzenden.⁶⁸⁾ Die Komitees können Sicherheitsgruppen (chih an pao wei hsiao tsu) einsetzen, die aus drei bis fünf Aktivisten bestehen.⁶⁹⁾ Jedes Komitee steht unter der Anleitung und Führung der sicherheitspolitischen Abteilung seiner Mutterorganisation.⁷⁰⁾ Die Sicherheitskomitees der Straßen werden von

63) Siehe hierzu Liu Ch'ing-po, S. 21 f, 34 f, 41; Cohen, S. 113 ff; Leng Shao-chuan, S. 121 f, der ebenfalls die Funktion der Sicherheitskomitees, die Mas enlinie zu vermitteln, hervorhebt.

64) Zu den Einwohnerkomitees siehe Liu Ch'ing-po, S. 22 f, 35; Cohen, S. 110 ff; Leng Shao-chuan, S. 125.

65) Vgl. Cohen, S. 119.

66) Art. 3 des " Vorläufigen Organisationsstatut der Komitees zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung " (Vostkoso).

67) Art. 3 VOSTKoSO.

68) Art. 3 VOSTKoSO.

69) Art. 3 VOSTKoSO.

70) Art. 2, 8, Nr. 1 VOSTKoSO.

den Sicherheits- und Polizeirevieren und den zuständigen Einwohnerkomitees angeführt.⁷¹⁾

Städtische Einwohnerkomitees (ch'eng shih chü min wei yüan hui) sind nach dem aus dem Jahre 1954 stammenden " Organisationsstatut der städtischen Einwohnerkomitees " (Ch'eng shih chü min wei yüan hui tsu chih t'iao li) errichtet worden. Etabliert sind sie auf der Grundlage von hundert bis sechshundert Familien,⁷²⁾ die in Einwohnergruppen (chü min hsiao tsu) zu höchstens vierzig Familien aufgeteilt sind.⁷³⁾ Jedes Einwohnerkomitee setzt sich aus bis zu siebzehn Einwohnergruppen zusammen,⁷⁴⁾ die die einzelnen Komiteemitglieder delegieren.⁷⁵⁾ An der Spitze eines Komitees steht ein Vorsitzender.⁷⁶⁾ Erwähnung verdient noch der Umstand, daß polizeilich überwachte Personen zwar nicht Mitglieder der Einwohnerkomitees, jedoch solche der Einwohnergruppen sein dürfen. Der Vorsitzende einer Einwohnergruppe hat jedoch das Recht, sie von bestimmten Versammlungen auszuschließen.⁷⁷⁾

Die Aufgaben der Sicherheitskomitees liegen in der Erziehung und Mobilisierung der breiten Masse, der Bekämpfung von Kriminalität und der Unterdrückung konterrevolutionärer Umtriebe. Sie sind verpflichtet, Konterrevolutionäre und andere Kriminelle, die in flagranti ertappt werden, festzunehmen und an die Sicherheitsorgane auszuliefern. Es ist weiter ihre Obliegenheit, Verdächtige, die im Geruch konterrevolutionärer Gesinnung stehen, zu denunzieren und zu überwachen, Personen, die unter polizeilicher Überwachung stehen, daran zu hindern, nach eigenem Gutdünken zu handeln oder zu reden; über den Grad ihrer Verstocktheit haben sie jederzeit Auskunft zu geben.⁷⁸⁾

Die Pflichten und Befugnisse der städtischen Einwohnerkomitees berühren sich hiermit, verfolgen jedoch noch einen darüber hinaus-schießenden weiteren Zweck. So haben sie die Aufgabe, Maßnahmen

71) Art. 8, Nr. 2 VStKoSO.

72) Art. 3, Nr. 1 des " Organisationsstatutes der städtischen Einwohnerkomitees " (abgk.: OstEinKo)

73) Art. 3, Nr. 1 OstEinKo.

74) Art. 3, Nr. 1 OstEinKo.

75) Art. 3, Nr. 2 OstEinKo.

76) Art. 3, Nr. 2 OstEinKo.

77) Art. 3, Nr. 4 OstEinKo.

78) Art. 6 VStKoSO.

zum Wohle der Einwohner durchzuführen, ihre Ansichten und Forderungen staatlichen Stellen vorzutragen, die Massen in ihrem Bemühen zu mobilisieren, den Aufrufen der Regierung Folge zu leisten und Gesetz und Recht zu beachten. Schließlich ist es ihre Pflicht, Streitigkeiten unter den Einwohnern zu schlichten.⁷⁹⁾ Die sich hierbei herausstellende "Massenlinie, die communis opinio, haben sie den örtlichen Sicherheits- und Polizeiorganen kundzugeben.⁸⁰⁾ Diese sind demgegenüber verpflichtet, ihnen Bericht zu erstatten, sich ihrer Kritik zu stellen und ihre Vorschläge entgegenzunehmen.⁸¹⁾

Die oben nur in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellte Organisation der Sicherheitsorgane veränderte sich gründlich in den Jahren der Kulturrevolution.⁸²⁾ Der Beginn der Kulturrevolution wurde zunächst mit einer Kampagne zur Stärkung der Sicherheitsorgane eingeleitet. So verkündete der Staatsrat der Volksrepublik am 3. Januar 1967 " Einige Vorschriften zur Stärkung der Sicherheitsarbeit während der Zeit der großen proletarischen Kulturrevolution " (Kuan yü wu ch'an chieh chi chi wen hua ta ko ming chung chia ch'iang kuna an kung tso te luo kan kuei ting). Diese Bestimmungen hatten den Zweck, die tatsächlichen Machtbefugnisse der Sicherheitsorgane den Zielen der Kulturrevolution dienlich zu machen. Die mit diesem Appell angestrebte Wirkung trat jedoch nicht ein, da die mittlerweile starrer, weniger umstürzlerisch gewordenen Sicherheitsorgane für die Kulturrevolution wenig Verständnis aufbrachten. Ebenso wie die Staatsanwaltschaften und die Gerichte stellten sie sich unter Führung von Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing vielmehr gegen Mao Tse-tung. Dieser wandte sich daraufhin an die unter dem Oberbefehl Lin Piao's stehende Volksbefreiungsarmee und erteilte dieser die Weisung, die Sicherheitsorgane auf allen Ebenen zu entmachten und unter militärische Kontrolle zu bringen. Im Verlauf der sich hieran anschließenden Kampagne wurde ein Großteil der Funktionäre der Sicherheitsorgane (Kung), der Staatsanwaltschaften

79) Art. 2 OStEinKo.

80) Art. 2, Nr. 4 OStEinKo, Art. 5 der " Volkspolizeiverordnung " ; siehe auch Cohen, S. 110.

81) Art. 5 der " Volkspolizeiverordnung ".

82) Zum folgenden siehe insbesondere Liu Ch'ing-po, S. 38 ff.

(chien) und der Gerichte (fa), die man beschuldigte, die großen Herren gespielt zu haben, in Umerziehungslager gebracht. Liu Chao-ch'i wurde bezichtigt, eine unabhängige Polizei ins Leben gerufen zu haben, um sich ihrer bei einem Putsch zu bedienen.⁸³⁾ Im April 1967 kam es in einem weiteren Schlag gegen die konservative Funktionärselite zur Gründung von Revolutionskomitees (ko ming wei yüan hui), die die bis dahin als örtliche Exekutiv-Organ fungierenden Volkskomitees (jen min wei yüan hui) ablösten und in ihre Stellung als oberste örtliche Verwaltungsbehörden rückten. Unter den Revolutionskomitees wurden Volkssicherungsgruppen (jen min pao wei tsu) oder Sicherungsgruppen (pao wei tsu) gegründet, deren Namen wohl absichtlich an die der Sicherungsorgane der kämpferischen Sowjet-Zeit anknüpfen sollten, und die mehr und mehr die Funktionen sowohl der Staatsanwaltschaft als auch der Gerichte an sich rissen.⁸⁴⁾

Den Sicherungsgruppen unterstellt waren wiederum Volkssekretariate (jen min mi shu tsu), Sicherungsgruppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (chih an pao wei tsu) und Ermittlungsgruppen zur Aufdeckung von Straftaten (hsing shih chen ch'a tsu). Die Organisation und Bezeichnung unterschied sich jedoch von Provinz zu Provinz. Ein klares Bild läßt sich hier nur sehr schwer geben.⁸⁵⁾

Umgewandelt wurden auch die auf Massenbasis gegründeten Sicherheitsorganisationen. Ende März 1967 rief Mao Tse-tung zur Aufstellung besonderer Sicherheitsformationen auf. Dem Appell folgte im April die Einsetzung von Arbeiterordnern (kung jen chiu ch'a tui), Studenten- und Schülerordnern (ta chuan yüan hsiao hsüeh sheng chiu ch'a tui) und Volks-Sicherheitsordnern (jen min chih an chiu ch'a tui), die alle polizeiliche Aufgaben erfüllen

⁸³⁾ Siehe Iubman, S. 556.

⁸⁴⁾ So kam es etwa in der Provinz Kwangtung zur Errichtung einer " Sicherungsgruppe des Revolutionskomitees der Provinz Kwangtung " (Kuang tung sheng ko ming wei yüan hui pao wei tsu); für die Stadt Hui chou in Kwangtung trat beispielsweise an die Stelle der bis dahin bestehenden Sicherheitsorgane die " Sicherungsgruppe des Revolutionskomitees der Stadt Hui-chou in der Provinz Kwangtung " (Kuang tung sheng hui chou shih ko ming wei yüan hui pao wei tsu). Siehe Liu Ch'ing-po, S. 38.

⁸⁵⁾ In der Provinz Yünnan wurden etwa unterhalb der Sicherungsgruppen Ermittlungsgruppen (chen ch'a tsu) und Fallbearbeitungsgruppen (pan an tsu) gegründet. In der Provinz Fukien bestand die Provinz-Sicherheitsabteilung (kung an t'ing) zwar weiter, die tatsächliche Macht war aber auch hier auf die Provinz-Sicherungsgruppe übergegangen. In der Provinz Honan gingen die Sicherungsgruppen aus den Sicherheitsämtern (kung an chü) hervor. Siehe Liu Ch'ing-po, S. 38 f.

sollten. Im Oktober des Jahres wurden dann als vorläufiger Schlußpunkt revolutionäre, massendiktatorielle Organisationen (chün chung chuan cheng tsu chih) errichtet, die sich in der Hauptsache aus Straßenkomitees (chieh tao chün chung chuan cheng wei yüan hui) und Gassen-Zweigkomitees (lin nung chün chung chuan cheng fen hui) zusammensetzten. Auch ihnen fiel die Aufgabe zu, für Sicherheit und Ordnung während der Kulturrevolution zu sorgen und mit den Feinden der Bewegung abzurechnen.

Es ist im einzelnen noch ungeklärt, ob die Neuverteilung sicherheitspolitischer Aufgaben nach den Jahren der Kulturrevolution und dem Tode Mao Tse-tung's, des ewigen Revolutionärs, noch Bestand hat - wogegen sehr viel spricht. Zumindest scheint festzustehen, daß die zu Anfang der Kulturrevolution gegen die Sicherheitsorgane und deren Funktionäre geführte Kampagne ihr Ziel nicht erreicht hat. Deutlich ergibt sich das aus Art. 25 der neuen Verfassung, wonach die Befugnisse der Staatsanwalt nunmehr von den Sicherheitsorganen wahrgenommen werden, ihre Stellung somit im Gegenteil gestärkt worden ist. Ob dies mit einer gänzlichen Abschaffung der Staatsanwaltschaften verbunden ist, bleibt jedoch noch zweifelhaft. Die Möglichkeit einer bloßen Umbenennung einer unter ihrem alten Namen mißliebig gewordenen Organisation ist hier nicht völlig von der Hand zu weisen. Dies gilt umso mehr, als die neue Verfassung gleichwohl noch von staatsanwaltschaftlichen Aufgaben spricht und so zum Ausdruck bringt, daß es nicht zum Fortfall der eigentlichen Funktionen der Staatsanwaltschaft kommen soll.

2. Abschnitt

Die Volksstaatsanwaltschaften⁸⁶⁾

Es dürfte daher nicht nur von historischen Interesse sein, die Grundzüge der Organisation und der Befugnisse der Volksstaatsanwaltschaft, dem schwächsten Glied in der Kette der Justizorgane, darzustellen. Umso mehr scheint mir dies am Platz zu sein, als sich hinter ihr nicht nur ein Organ der Rechtspflege, sondern eine Institution verbarg, die ursprünglich weit umfassendere Befugnisse besaß: Kontrolle und Überwachung der staatlichen Organe einschließlich der Gerichte. Ihr sollte die Aufgabe zufallen, die in Taiwan dem Kontroll-Yüan (chien ch'a yüan) übertragen ist, nämlich Aufsicht über die Einhaltung von Gesetz und Recht durch die staatliche Bürokratie zu führen. Diese Verquickung von Rechtspflege- und Kontrollfunktionen war bereits kennzeichnend für das traditionelle Rechtswesen. Dort war es das Zensorat (tu ch'a yüan), daß die staatlichen Organe zu beauf-

86) Bei diesem Abschnitt habe ich mich in erster Linie auf das " Gesetz über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min chien ch'a yüan tsu chih fa) vom 21. September 1954 gestützt (s. Anm. 5). Weiter habe ich herangezogen: Liu Ch'ing-po. (s. Anm. 1), S. 103 - 169 (über die geschichtliche Entwicklung, die Organisation und die Befugnisse der Volksstaatsanwaltschaften); Leng Shao-chuan (s. Anm. 1), S. 102 - 119; Hsia Tao-tai, (s. Anm. 1), S. 31 - 44; Chugunov (s. Anm. 1), S. 59 - 63 (über die Befugnisse der Volksstaatsanwaltschaften bei der Verfolgung von Straftaten).
 Folgende Aufsätze kommunistischer Autoren habe ich benutzt: T'an Cheng-wen, Hsi ch'ü ching yen chiao hsün, t'ui tung chien ch'a kung tso ta yao chin (Strebe nach Erfahrung und Belehrung, treibe in einem großen Sprung die staatsanwaltschaftliche Arbeit voran), in " Cheng fa yen chiu " (abgk.: CFYC), Nr. 3, 1958, S. 34 ff (auszugsweise Übersetzung ins englische bei Cohen, S. 381 ff, 410 ff); ders., Kung ku chien ch'a kung tso shang liang t'iao lu hsien tou cheng te sheng li, wei ch'e ti su ch'ing ts'an ts'un te tsu chan chieh chi fa lü kuan tien ying hsiang erh tou cheng (Konsolidiere den Sieg staatsanwaltschaftlicher Arbeit im Kampf zwischen den zwei Linien, strebe danach, die Überbleibsel des Rechtsbewußtseins der bürgerlichen Klasse völlig auszumerzen), in CFYC, Nr. 6, 1958, S. 15 ff; Ch'i Wen, Pi hsü ch'e ti su ch'ing tsu chan chieh chi " shen p'an tu li " te ssu hsiang ying hsiang (Die ideologische Vorstellung der Bourgeoisie von der " Unabhängigkeit der Rechtsprechung " muß völlig ausgemerzt werden), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 52 ff (auszugsweise Übersetzung bei Cohen, S. 494 f, 497 f).

sichtigen, zu überwachen, wenn nötig anzuklagen hatte, und das daneben auch richterliche oder quasi-richterliche Funktionen ⁸⁷⁾ erfüllte (beispielweise im Verfahren gegen zum Tode Verurteilte)

Vor der Konstituierung der Volksrepublik China im Jahre 1949 gab es zwar in den von den Kommunisten beherrschten Gebieten Staatsanwälte oder staatsanwaltschaftliche Funktionäre, aber sie waren völlig in den Betrieb der einzelnen Gerichte eingegliedert ⁸⁸⁾ und übten eine von Richtern zu unterscheidende Funktion kaum aus. Dies galt auch für die Yen-an-Zeit, in der es mit dem Ziel des gemeinsamen Widerstandskampfes gegen die Japaner zu einem vorübergehenden Bündnis mit der Kuomintang gekommen war. ⁸⁹⁾ Während dieses Zusammengehens richteten sich Organisation und Befugnisse der Staatsanwaltschaften, soweit solche überhaupt vorhanden waren, weitgehend nach dem Gerichtsorganisationsgesetz und dem Strafverfahrensgesetz der Kuomintang. ⁹⁰⁾ Eine Aufwertung ihrer Stellung erfuhren die Staatsanwaltschaften erst nach der Konstituierung der Volksrepublik.

Am 30. September 1951 erließ die Regierung in Peking zunächst die " Vorläufigen Organisationsrichtlinien der obersten volksstaatsanwaltschaftlichen Behörde der Volksregierung " (Jen min cheng fu tsui kao jen min chien ch'a shu chan hsing tsu chih t'iao li), der die " Regelungen zur Organisation von volksstaatsanwaltschaftlichen Behörden der örtlichen Ebenen " (Kochi ti fang jen min chien ch'a shu tsu chih t'ung tse) folgten, die für die nachgeordneten Staatsanwaltschaften gelten sollten. ⁹¹⁾ Diese Bestimmungen wiesen der Staatsanwaltschaft zwar zum ersten Mal Kontrollfunktionen zu, räumten ihr jedoch noch keine unabhängige Stellung ein. Die oberste staatsanwaltschaftliche Behörde war unmittelbar der Zentralregierung untergliedert und unterstand ihrer Aufsicht und Überwachung. Das gleiche galt für die nachgeordneten Staatsanwaltschaften , die den örtlichen Exekutivorganen unter-

87) Siehe oben, S. 23.

88) Zur Vorgeschichte siehe Leng Shao-chuan, S. 102 ff; Hsia Tao-tai, S. 31 f; Liu Ch'ing-po, S. 131.

89) Zur Yen-an-Zeit siehe Leng Shao-chuan, S. 10 ff.

90) Siehe hierzu Liu Ch'ing-po, S. 263 ff.

91) Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 131; Hsia Tao-tai, S. 32.

geordnet waren.⁹²⁾ Ihre Unselbständigkeit und Abhängigkeit änderte sich erst mit dem Erlass des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min chien ch'a yüan tsu chih fa) vom 21. September 1954. Die Volksstaatsanwaltschaften lösten sich aus der Umklammerung der obersten Exekutive; nunmehr selbst eines der obersten staatlichen Organe unterstanden sie unmittelbar dem nationalen Volkskongress und dessen ständigen Ausschuss;⁹³⁾ auf örtlicher Ebene hatten weder die Volksversammlungen noch die Volkskomitees das Recht, auf sie einzuwirken.

Nach Art. 1 des Organisationsgesetzes stand an der Spitze der staatsanwaltschaftlichen Organisation eine oberste Volksstaatsanwaltschaft (tsui kao jen min chien ch'a yüan), auf örtlicher Ebene wurden Volksstaatsanwaltschaften (jen min chien ch'a yüan) gegründet, die durch Sonder-Volksstaatsanwaltschaften (chuan men jen min chien ch'a yüan) ergänzt werden sollten.⁹⁴⁾

92) Die Befugnisse der volksstaatsanwaltschaftlichen Behörden waren wie folgt festgelegt: 1) Obsorge, daß das gemeinsame Programm der politischen Konsultativkonferenz und die Politik, die Anordnungen, Gesetze und Verordnungen der Volksregierung von den staatlichen Organen, ihren Funktionären und von allen Bürgern eingehalten wird. 2) Ermittlung und Verfolgung konterrevolutionärer und anderer verbrecherischer Taten. 3) Einlegung von Protest und Beschwerde gegen rechtswidrige Urteile der Gerichte. 4) Überwachung von Gefängnissen, Untersuchungsanstalten und Umerziehungs-Arbeitslagern. 5) Bescheidung von Beschwerden gegen Beschlüsse unterer staatsanwaltschaftlicher Behörden, eine Verfolgung nicht aufzunehmen. 6) Vertretung der Interessen des Staates in Zivilstreitigkeiten, die das Wohl des Staates und der arbeitenden Bevölkerung berühren. Siehe hierzu Hsia Tao-tai, S. 32 f.

93) Siehe hierzu Liu Ch'ing-po, S. 132 f; Hsia Tao-tai, S. 33 f; Leng Shao-chuan, S. 103 ff. Vorbild des Organisationsgesetzes war vor allem das entsprechende sowjetrussische Gesetz, das ebenfalls von einer unabhängigen Rolle der Staatsanwaltschaft ausgeht (vgl. auch Art. 17 der sowjetrussischen Verfassung). Siehe hierzu Hsia Tao-tai, S. 32 f.

94) Sonder-Volksstaatsanwaltschaften sollten ebenfalls nach russischem Vorbild in den besonderen Verwaltungsbereichen des Eisenbahn- und Schifffahrtswesen eingerichtet werden; ihre Errichtung wurde jedoch wie die der ihnen gegenübergestellten Sonder-Gerichte nie mit sehr viel Energie in Angriff genommen und schließlich ganz aufgegeben. Siehe hierzu Leng Shao-chuan, S. 108.

Die oberste Volksstaatsanwaltschaft wurde von einem Generalstaatsanwalt (tsui kao jen min chien ch'a yüan yüan chang) geleitet, den der nationale Volkskongress auf vier Jahre wählte.⁹⁵⁾ Unter ihm standen stellvertretende Generalstaatsanwälte, Staatsanwälte und staatsanwaltschaftliche Komiteemitglieder (chien ch'a wei yüan hui wei yüan). Stellvertretende Generalstaatsanwälte bestimmte der ständige Ausschuß des nationalen Volkskongress. Bei den übrigen Mitgliedern der obersten Generalstaatsanwaltschaft hatte der Generalstaatsanwalt ein Vorschlagsrecht.⁹⁶⁾ Er selbst war unmittelbar dem nationalen Volkskongress verantwortlich; in Zeiten, in denen dieser nicht zusammentrat, hatte er seinem ständigen Ausschuß Bericht zu erstatten.⁹⁷⁾ Der Erwähnung verdient noch, daß der Generalstaatsanwalt kraft seines Amtes Mitglied des Rechtsprechungskomitees (shen p'an wei yüan hui) des obersten Volksgerichtes (tsui kao jen min fa yüan) war. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Komitee konnte er den ständigen Ausschuß des nationalen Volkskongresses anrufen.⁹⁸⁾ Gleiche Rechte, die an die traditionelle gegenseitige Verknüpfung und Durchdringung unterschiedlicher Rechtspflege- und Kontrollorgane erinnern, besaßen die vorsitzenden Staatsanwälte gegenüber der Rechtsprechungskomitees der ihnen gegenüberstehenden Gerichte.

Örtliche Volksstaatsanwaltschaften wurden auf drei Ebenen errichtet: Volksstaatsanwaltschaften auf der Ebene von Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten waren den oberen Volksgerichten (kao chi jen min fa yüan) konfrontiert. Volksstaatsanwaltschaften auf der Ebene autonomer Regionen oder Bezirke waren den mittleren Volksgerichten (chung chi jen min fa yüan), alle darunterliegenden Staatsanwaltschaften den unteren Volksgerichten (chi ts'eng jen min fa yüan) gegenübergestellt.⁹⁹⁾

Die Aufgaben der Volksstaatsanwaltschaften waren unterteilt in

95) Art. 20 des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften " (abgk.: VoStaG), Art. 82 der Verfassung von 1954.

96) Art. 20 VoStaG.

97) Art. 20 VoStaG, Art. 84 der Verfassung von 1954.

98) Art. 17 VoStaG.

99) Art. 1 VoStaG; siehe hierzu auch Liu Ch'ing-po, S. 132 f.

die Pflichten, von Amts wegen Untersuchungen durchzuführen (chien ch'a ch'üan), Aufsicht über die Einhaltung von Gesetz und Recht durch staatliche Organe zu führen (chien tu ch'üan), gerichtliche Verfahren einzuleiten und daran mitzuwirken (su sung ch'üan), Protest und Beschwerde gegen Maßnahmen staatlicher Organe einzulegen (k'ang yi ch'üan), oder unmittelbar auf ihre Berichtigung hinzuwirken (chiu cheng ch'üan).¹⁰⁰⁾ Das eigentlich Bemerkenswerte an diesen Befugnissen lag darin, daß die Gerichte in ihnen den staatlichen Exekutivorganen völlig gleichgestellt waren und ihre Entscheidungen denselben Platz und Rang einnahmen wie die der übrigen staatlichen Organe, eine Identifizierung, die bereits für das traditionelle Rechtswesen bezeichnend war.

Die Befugnisse zur Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Untersuchungen (chien ch'a ch'üan) hatten die örtlichen Staatsanwaltschaften gegenüber Angehörigen der einfachen Bevölkerung.¹⁰¹⁾ Die oberste Volksstaatsanwaltschaft besaß dieses Recht ebenso gegenüber sämtlichen Abteilungen des Staatsrates (kuo wu yüan), staatlichen Exekutivorganen auf allen Ebenen und ihrer Funktionäre hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit ihrer Amtsführung, also nicht nur bei strafbaren Verstößen.¹⁰²⁾ Im Unterschied zur obersten Staatsanwaltschaft besaßen die örtlichen Staatsanwaltschaften gegenüber anderen staatlichen Organen nur eine Aufsichtsbefugnis (chien tu ch'üan); diese erstreckte sich gleichfalls auf die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, Anordnungen und Maßnahmen örtlicher staatlicher Organe, der Rechtmäßigkeit von Ermittlungshandlungen der Sicherheits- und Polizeiorgane und der richterlicher Entscheidungen.¹⁰³⁾

Die gerichtlichen Verfahrensbefugnisse der Volksstaatsanwaltschaften folgten aus der ihnen übertragenen Aufgabe, Straftaten zu ermitteln, öffentliche Anklage zu erheben und ein Verfahren

100) Siehe zu dieser Aufteilung Liu Ch'ing-po, S. 135; vgl. weiter Leng Shao-chuan, S. 109 ff; Hsia-Tao-tai, S. 38 ff.

101) Art. 1, 5 VoStaG.

102) Art. 3 VoStaG.

103) Art. 4 VoStaG.

zu betreiben.¹⁰⁴⁾ Wirkliche Befugnisse hatten die Staatsanwaltschaften jedoch auch hier nicht. Wie in Taiwan lag auch hier die Ermittlungstätigkeit weitgehend in den Händen der Sicherheits- und Polizeiorgane, auf die die Staatsanwaltschaft die Durchführung dieser Aufgaben ausdrücklich auch übertragen konnte.¹⁰⁵⁾ Neben ihrer Befugnis zu Ermittlung und Anklage von Straftaten besaß die Staatsanwaltschaft auch das Recht, in Zivilstreitigkeiten Klage zu erheben oder sich am Verfahren zu beteiligen, wenn wichtige Interessen des Staates oder des Volkes auf dem Spiel standen.¹⁰⁶⁾ Wie im traditionellen Rechtswesen nimmt auch die Volksrepublik die Unterscheidung zwischen Zivil- und Strafverfahren nicht allzu ernst.

Das Recht, Protest oder Beschwerde einzulegen (k'ang yi ch'üan) besaß die oberste Staatsanwaltschaft gegenüber dem Staatsrat, dessen Abteilungen und allen örtlichen Organen des Staates, falls deren Entscheidungen, Anordnungen oder Maßnahmen gegen das Recht verstießen.¹⁰⁷⁾ Örtliche Staatsanwaltschaften hatten dieses Recht gegenüber untergeordneten Verwaltungsorganen. In diesen Rahmen gehörte auch die Befugnis der obersten Volksstaatsanwaltschaft, Protest oder Beschwerde gegen rechtskräftige richterliche Entscheidungen einzulegen, die sie für fehlerhaft hielt. Auch diese Befugnis, die sich im übrigen mit der des leitenden Staatsanwaltes am obersten Gerichtshof in Taiwan völlig deckte,¹⁰⁸⁾ war nicht so sehr Ausdruck der Verfahrensbefugnisse der Volksstaatsanwaltschaft, sondern ergab sich aus ihrem übergreifenden Aufsichts- und Kontrollrecht. Die örtlichen Staatsanwaltschaften besaßen die gleiche Berechtigung gegenüber Urteilen untergeordneter Gerichte.¹⁰⁹⁾ Der hierin immer noch versteckte bindungsfeindliche Zug der Rechtsprechung erinnert gleichfalls an die traditionelle

¹⁰⁴⁾ Art. 4, Nr. 2 VoStaG.

¹⁰⁵⁾ Siehe Leng Shao-chuan, S. 110. Die Staatsanwaltschaften führten in der Regel jedoch die Ermittlung bei Amtsdelikten, Verletzung industrieller Sicherheitsvorschriften, schwere Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin und Straftaten gegen die Ehe und Familie. Siehe hierzu auch Chugunov, S. 61.

¹⁰⁶⁾ Art. 4, Nr. 6 VoStaG.

¹⁰⁷⁾ Art. 8 VoStaG.

¹⁰⁸⁾ Zu diesem, nicht mit dem Wiederaufnahmeverfahren (tsai shen) zu verwechselnden außerordentlichen Einspruchsverfahren (fei ch'ang shang su) siehe Art. 441 ff des Strafverfahrensgesetzes in Taiwan.

¹⁰⁹⁾ Art. 16 VoStaG; siehe hierzu auch Liu Ch'ing-po, S. 137.

Rechtsprechung, der eine wie auch immer geartete Rechtskraft gerichtlicher Entscheidungen fremd war.

Von diesem Recht unterschied sich die Befugnis jeder Staatsanwaltschaft, auf die Berichtigung von fehlerhaften Entscheidungen, Anordnungen und Maßnahmen unmittelbar selbst hinzuwirken, ohne sie allerdings selbst abändern zu können (chiu cheng ch'üan). Diese Berechtigung besaß jede Volksstaatsanwaltschaft gegenüber anderen staatlichen Stellen und ihren Funktionären, namentlich gegenüber Sicherheits- und Polizeiorganen, sowohl was ihre Ermittlungstätigkeit als auch ihre Vollstreckungstätigkeit anbetraf.¹¹⁰⁾

Die vor allem als unabhängiges Kontrollorgan ins Leben gerufene Volksstaatsanwaltschaft mußte fast zwangsläufig mit anderen Organen in Konflikt geraten, die ebenfalls Untersuchungs- oder Aufsichtsbefugnisse besaßen. Hierzu zählten die Sicherheitsorgane, aber vor allem die kommunistische Partei selbst, die nach sowjet-russischem Vorbild einen absoluten, jede andere Kontrollgewalt neben sich ausschließenden Führungsanspruch geltend machte,¹¹¹⁾ und besonders der Justizbürokratie von vornherein mißtrauisch gegenüberstand - traditionelle chinesische Einstellung und wohl auch Andenken an die Zeit, in der die Partei verfeimt und selbst vom Gesetz verfolgt worden war. Wie dieser fast schon vorprogrammierte Zusammenstoß zwischen bürokratischer und revolutionärer Kontrollgewalt, zwischen Disziplinierung des Staates und Mobilisierung der Massen in Zeiten revolutionärer Bewegung ausgehen würde, konnte angesichts der vielbeschworenen Solidarität zwischen der Partei und den Massen eigentlich nie zweifelhaft sein. Zu einer ersten Kollision zwischen der Volksstaatsanwaltschaft und der Partei kam es bereits im Verlauf der Kampagne gegen Rechtsabweichler in den Jahren 1957/1958. In dieser Säuberungsaktion, die sich gegen Personen richtete, die den unbedingten Führungsanspruch der Partei leugneten, wurden sechs Staatsanwälte der obersten Volksstaatsanwaltschaft und siebenundfünfzig untergeordnete Staatsanwälte als Rechtsabweichler ge-

¹¹⁰⁾ Art. 8, 9, 11, 18 VoStaG.

¹¹¹⁾ Siehe hierzu Leng Shao-chuan, S. 114 ff, insbes. S. 117 ff.

brandmarkt und aus ihren Ämtern entfernt.¹¹²⁾ Die Partei machte bei dieser Gelegenheit deutlich, daß sie die allumfassende Organisation der proletarischen Klasse sei, der sich die Volksstaatsanwaltschaft als eines ihrer Werkzeuge unterzuordnen habe; nur so könne sie ihre Bestimmung im Kampf gegen die Feinde der proletarischen Klasse erfüllen,¹¹³⁾ sie habe sich daher bedingungslos der Politik der Partei und ihren Anweisungen zu unterwerfen.¹¹⁴⁾

Damit weitgehend auf ihre anderen - weniger politischen Aufgaben - beschränkt, wurden die Rechte der Staatsanwaltschaft auch auf diesem Gebiet gründlich beschnitten. Was für ihre Kontroll- und Aufsichtsfunktionen die Parteilinie war, sollte bei der Verfolgung von Straftätern nun in verstärktem Maße die Massenlinie sein, nach der sich ihre Arbeit zu richten hatte.¹¹⁵⁾ Ihre Befolgung sollte den als bürokratisch angeprangerten Arbeitsstil verbessern, eine einfache, volksnahe Behandlung von Fällen garantieren und die revolutionäre Gesinnung der Massen fördern. Die Funktionäre der Volksstaatsanwaltschaften wurden daher verpflichtet, unter das Volk zu gehen, sich auf das Land, in Fabriken oder Betriebe zu begeben, mit den Massen zu leben, hart zu arbeiten und gemeinsam zu kämpfen. Ihre Aufgabe, Straftaten zu ermitteln und zu verfolgen, sollten sie zusammen mit den Massen an Ort und Stelle erfüllen. Nach diesen Weisungen wurden bei-

112) Vgl. Leng Shao-chuan, S. 114, mit weiteren Nachweisen. Zum Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Partei vgl. T'an Cheng-wen, Hsi ch'ü ching yen chiao hsün, t'ui tung chien ch'a kung tso ta yao chin (Strebe nach Erfahrung und Belehrung, treibe in einem großen Sprung die staatsanwaltschaftliche Arbeit voran), in CFYC, Nr. 3, 1958, S. 34 ff; vgl. weiter Ch'i Wen, Pi hsü ch'e ti su ch'ing tsu chan chieh chi " shen p'an tu li " te ssu hsiang ying hsian " (Die ideologische Vorstellung der Bourgeoisie von der " Unabhängigkeit der Rechtsprechung " muß völlig ausgemerzt werden ", in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 52 ff.

113) So T'an Cheng-wen, Kung ku chien ch'a kung tso shang liang t'iao lu hsien tou cheng te sheng li, wei ch'e ti su ch'ing ts'an ts'un te tsu chan chieh chi fa lü kuan tien ying hsiang erh tou cheng (Konsolidiere den Sieg staatsanwaltschaftlicher Arbeit im Kampf zwischen den zwei Linien, strebe danach, die Überbleibsel des Rechtsbewußtseins der bürgerlichen Klasse völlig auszumerzen), in CFYC, Nr. 6, 1958, hier S. 29.

114) So Chang Ting-ch'eng, in " Hung ch'i " (Die rote Fahne), Nr. 20, 1959, S. 36 (zitiert nach Leng Shao-chuan, S. 119).

115) Siehe hierzu Hsia Tao-tai, S. 44; Leng Shao-chuan, S. 117.

spielsweise in der ersten Hälfte des Jahres 1964 von vierundzwanzig Volksstaatsanwaltschaften der Provinzen, Städte und autonomen Regionen dreiundachtzig Arbeitsgruppen gebildet, die alle mit der Bevölkerung zusammen Untersuchungen durchführen, Erfahrungen sammeln und die Massen selbst in staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit anleiten sollten.¹¹⁶⁾

Der Druck auf die Staatsanwaltschaft verstärkte sich weiter in der Kulturrevolution.¹¹⁷⁾ Nach dem von Mao Tse-tung ins Leben gerufenen Feldzug gegen die Wortführer des konservativen Justiz- und Sicherheitsflügels, Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing, gingen die Machtbefugnisse der Sicherheitsorgane immer mehr in die Hände der allmächtigen Volkssicherungsgruppen (jen min pao wei tsu) über.¹¹⁸⁾ Ebenso wie ihre namensgleichen Vorgänger in der Zeit der chinesischen Sowjet-Republik übernahmen sie allmählich auch staatsanwaltschaftliche und richterliche Funktionen. Der " Änderungsentwurf der Verfassung der chinesischen Volksrepublik " (Chung hua jen min kung ho kuo hsien fa hsiu kai ts'ao an) aus dem Jahre 1970 sah als Schlußpunkt dieser Entwicklung vor, daß die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungsbefugnisse der Volksstaatsanwaltschaften von den Sicherheitsorganen wahrgenommen werden sollten. Diese Bestimmung fand unverändert Eingang in den Text der neuen Verfassung der Volksrepublik vom 25. Januar 1975. Auch unter Berücksichtigung dieser Änderung läßt sich jedoch nicht ausschließen, daß die Staatsanwaltschaften damit lediglich in den Apparat der Sicherheitsorgane eingegliedert worden sind, ihre Funktion unter diesem neuen Deckmantel jedoch weiter behalten sollen. Begründen läßt sich die Vermutung damit, daß in Absatz 3 des Art. 25 der neuen Verfassung weiterhin von der Ausübung staatsanwaltschaftlicher Funktionen die Rede ist.

116) Siehe Leng Shao-chuan, S. 118.

117) Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 105 f.

118) Siehe oben, S. 129.

3. Abschnitt

Die Gerichtsorgane ¹¹⁹⁾

In noch größerem Maße als in Taiwan ist auch in der Volksrepublik das Verfahren vor Gericht nur einer der Wege, auf der ein Straftäter wegen seiner Handlungen zur Rechenschaft gezogen

119) Dem vorliegenden Abschnitt liegt in erster Linie das "Gesetz über die Organisation der Volksgerichte der Volksrepublik China" (Chung hua jen min kung ho kuo jen min fa yüan tsu chih fa) vom 21. September 1954 zugrunde; dieses Gesetz ist abgedruckt in FKHP, Bd. 1, S. 123 ff. Ich habe weiter folgende chinesisch-sprachige Sekundärliteratur benutzt: Chou Fang, Wo kuo chia chi kou (Die Staatsorgane unseres Landes), Peking, 1955; Huang Yüan, Jen min fa yüan chi pen chih shih chiang hua (Vorlesungen zum Grundwissen über die Volksgerichte), Kanton, 1956; Liu Ch'ing-po, Chung kung ssu fa lun (Das Justizsystem der chinesischen Kommunisten), Taipei, 1976; Chang Hui u.a., Che pu shih wo kuo hsing shih su sung chi pen yüan tse (Dies sind nicht die Grundsätze des Strafverfahrens unseres Landes), in CFYC, Nr. 4, 1958, S. 76 ff; Ch'en Fu, Shih lun jen min fa t'ing te chi kou wen t'i (Versuch einer Erörterung von Problemen hinsichtlich der Volkstribunale), in CFYC, Nr. 3, 1964, S. 22 ff; Fan Min-hsin, Chün chung lu hsien shih wo kuo cheng fa kung tso te ken pen lu hsien (Die Massenlinie ist die Grundlinie unserer politischen und justiziellen Arbeit), in CFYC, Nr. 2, 1959, S. 13 ff; Hsiung Hsien-chüeh, Pao hu hsing shih pei kao jen te shang su ch'üan (Schützt das Recht des Angeklagten auf Anfechtung in einem Strafverfahren), in CFYC, Nr. 4, 1956, S. 36 ff; Li Shih-ying, Lüeh lun cheng fa kan pu ts'an chia lao tung sheng chan te yi yi (Eine kurze Diskussion über die Bedeutung der Beteiligung von Polit- und Justizkadern an produktiver Arbeit), in CFYC, Nr. 1, 1959, S. 17 ff; Liu Tse-chün, Wo tso shen p'an kung tso te t'i hui (Lehren aus meiner Gerichtsarbeit), in CFYC, Nr. 1, 1959, S. 48 ff; Lo Jui-ch'ing, Kung an kung tso pi hsü chin yi pu ti kuan ch'e chün chung lu hsien (Die Sicherheitsarbeit muß in noch größerem Maße die Massenlinie zugrundelegen), in CFYC, Nr. 3, 1958, S. 23 ff; Ma Hsi-wu, Hsin min chu chu yi ko ming chieh tuan chung shan kan ning pien ch'ü jen min ssu fa kung tso (Die Justizarbeit des Volkes in der Shensi-Kansu-Ninghsia-Grenzregion während des Stadiums der neuen demokratischen Revolution), in CFYC, Nr. 1, 1955, S. 7 ff; Meng Chao-liang, Chiu nien lai lao tung kai tsao kung tso te chi pen ch'ing k'uang (Die Grundsituation in den Bestrebungen zur Umerziehung durch Arbeit während der letzten neun Jahre), in CFYC, Nr. 5, 1958, S. 66 ff; Wang Hsin u. a., Yu kuan shen p'an chien tu ch'eng hsü te chi ko wen t'i (Einige Fragen zum Aufsichtverfahren über die Rechtsprechung), in CFYC, Nr. 2, 1958, S. 71 ff; Wang Min, Jen min t'iao ch'ü kung tso tui chieh ch'üeh jen min nei pu mao tun te chung yao yi yi (Die große Bedeutung der Schlichtungsarbeit des Volkes, was die Beilegung von inneren Widersprüchen des Volkes anbetrifft), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 27 ff; Wu Lu, Po " shen p'an yu li yü pei kao lun " (Zurückweisung des Gesichts-

werden kann. Wie in Taiwan auch sind der eigentlichen Gerichtsbarkeit, zu der ich in Taiwan auch die Militärgerichtsbarkeit zähle, gesellschaftliche Institutionen und Verwaltungsorgane vorgeschaltet, die richterliche oder quasi-richterliche Funktionen erfüllen.¹²⁰⁾ Soziale Einrichtungen, etwa Schlichtungskomitees, Einwohnerversammlungen, Massenorganisationen, aber auch Nachbarn, angesehene Mitglieder des Wohnbezirks, vorgesetzte Arbeitskollegen oder Angehörige der Partei werden gewöhnlich in einem eher informellen Prozeß dann eingeschaltet, wenn Übergriffe aus der Welt geschaffen werden sollen, die über den Rechtskreis der unmittelbar Beteiligten nicht hinausgehen. Bei Verstößen, aus denen eine

(Forts.) punktes von der Wohltat des Zweifels für den Angeklagten), in CFYC, Nr. 4, 1958, S. 59 ff; Wu Te-feng, Wei pao wei she hui chu yi fa chih erh tou cheng (Kampf, um das sozialistische Justizsystem zu verteidigen), in CFYC, Nr. 1, 1958, S. 10 ff; Yeh Ku-lin, Chung fen fa hui jen min t'iao chieh kung tso wei chieh she she hui chu yi fu wu te tso yung (Bringe die Rolle der Schlichtungsarbeit des Volkes beim Aufbau des Sozialismus zur Hochblüte), in CFYC, Nr. 4, 1964, S. 12 ff.

Zusätzlich habe ich folgende übersetzten Texte und englischsprachigen Darstellungen herangezogen: "Lectures on the general principles of criminal law of the People's Republic of China" (Chung hua jen min kung ho kuo hsing fa tsung tse chien yi), herausgegeben vom "Institute of Criminal Law Research, Central Political-Judicial Cadres School", Peking, 1957, Translated by "Joint Publication Research Service", 1962; Cohen, J.A., The Criminal Process in the People's Republic of China, Cambridge, Mass., 1968; ders., Chinese Mediation on the Eve of Modernization, in "Journal of Asian and African Studies", Vol. II, January and April 1967, S. 54 - 76; Chugunov, V.E., Ugolovnoye Sudoproizvodstvo kitayskoy Narodnoy Respubliki (Criminal court procedure in the People's Republic of China), Moskau, 1958, Translated by "Joint Publication Research Service", 1961; Gelder, G.S. (ed.), The Chinese Communists, London, 1946; Hsia Tao-tai, Survey of the Administration of Justice in China, in "Guide to Selected Legal Sources of Mainland China", Washington, 1967; Leng Shao-chuan, Justice in Communist China, New York, 1967; Lubman, S., Form and Function in the Chinese Criminal Process, in "Columbia Law Review", Vol. 69, S. 535 - 575. Für weitere Literatur vgl. die ausführliche Zusammenstellung in Jescheck-Löffler-Tjong (s. Anm. 1), S. 66 ff.

120) Siehe hierzu den Überblick bei Cohen, The Criminal Process..., S. 18 ff.

latente Mißachtung oder Auflehnung gegen das geltende gesellschaftliche System spricht, treten (neben der allgegenwärtigen Partei) dagegen alleine die Sicherheits- und Polizeiorgane in Erscheinung, die entsprechend der Sozialschädlichkeit des Täters mehr oder minder schwere Sanktionen verhängen.¹²¹⁾ Im Gegensatz zu Taiwan kommt allen diesen Institutionen die Eigenschaft von Werkzeugen der Umerziehung zu, von Einrichtungen, die der Schaffung eines neuen Menschen dienen. Diesem eigentlichen Ziel der Rechtspflege sind in der Volksrepublik auch die Gerichte untergeordnet. Auch sie haben weniger die Aufgabe, dem Einzelnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen - eine Funktion, die im übrigen auch in der Vergangenheit nie im Vordergrund gestanden hat - sondern nur die, die sozialistische Gesellschaft und deren Aufbau zu fördern, die Massen zu belehren, ihr revolutionäres Bewußtsein zu heben und ihnen abschreckende Beispiele vor Augen zu führen.¹²²⁾ Am deutlichsten zeigt sich diese Funktion in den Massenprozessen (kung shen), in denen die Bevölkerung selbst zum Richter wird und sich wie in einem Ruck von den Klassenfeinden und zugleich auch von den - in einer klassenlosen Gesellschaft überflüssigen - Gerichten befreit.¹²³⁾ Rechtserhaltende und rechtsbewahrende Gerichte haben in einer so vorwärtsdrängenden, auf eine sozialistische Utopie hinsteuernenden Gesellschaft, wie es die Volksrepublik ist, wenig Platz. Hinzu tritt gerade in

121) Zu dem von vornherein in diese Kategorie fallenden Personenkreis zählen etwa ehemalige Großgrundbesitzer (ti chu fen tzu), reiche Bauern (fu nung fen tzu), Konterrevolutionäre (fan ko ming fen tzu) oder einfach üble Elemente (hual fen tzu) wie Diebe oder Landstreicher. Manifestiert sich die Gegenerschaft allerdings in schweren Delikten, kommt es gewöhnlich zu einer Verurteilung durch die Gerichte. Siehe Cohen, S. 24.

122) Vgl. die " Lectures on the general Principles of criminal Law " (s. Anm. 119), S. 177 f; eine Verurteilung soll danach folgende Zwecke erfüllen: 1) Verbrecher zu bestrafen, und zu reformieren, damit sie nicht wieder straffällig werden, 2) instabile Elemente durch die Bestrafung von Verbrechern zu warnen und abzuschrecken, 3) Bürger durch die Bestrafung von Verbrechern zu erziehen und zu inspirieren, selbst gegen Verbrechen anzukämpfen.

123) Zu den Massenprozessen siehe Leng Shao-chuan, S. 8; vgl. auch unten, S. 151.

China ein überkommenes Mißtrauen gegenüber der Ordnungsmacht nur gesetzlicher Verhaltensnormen, in das die Gerichte als deren Wächter mit eingeschlossen sind.¹²⁴⁾ Doch wäre es sicherlich falsch ihnen in der Volksrepublik jede Bedeutung abzusprechen. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines institutionalisierten Verfahrens gegen Rechtsbrecher ist auch dort immer noch fest verankert, auch wenn es sich mitunter in Formen äußert, die mit europäischen Vorstellungen von Gerichten wenig gemein haben.

Die ersten kommunistischen Gerichtsorgane, die diesen Namen verdienten, zeichneten sich durch den gleichen administrativen Aufbau aus, der auch die Gerichte in den anderen Gebieten Chinas kennzeichnete. Bei den in den Kiangsi-Sowjets gegründeten Rechtsprechungsämtern (ts'ai p'an pu) handelte es sich wie anderwo auch weniger um Gerichte als um Verwaltungsorgane mit richterlichen Befugnissen.¹²⁵⁾ Sie waren unmittelbar den Exekutiv-Komitees, also den Verwaltungsorganen, der Provinzen, Distrikte, Bezirke oder Städte unterstellt. An der Spitze jedes Rechtsprechungsamts standen ein Direktor (wie in den übrigen Gebieten auch meistens das Oberhaupt der örtlichen Verwaltung) und ein oder zwei stellvertretende Direktoren; besetzt waren die Ämter mit mehreren Richtern oder Staatsanwälten. Die Gerichte waren unterteilt in Zivil- und Strafkammern und bereits zu dieser Zeit in mobile oder reisende Gerichtskammern (hsün hui fa t'ing), die Verhandlungen an Ort und Stelle durchführten und wie die früheren Zensoren die örtliche Verwaltung und Justiz kontrollieren sollten. Der zentralisierte, administrative Zug der Gerichte war auch für die Spitze der Justizhierarchie kennzeichnend: sowohl der oberste Gerichtshof (tsui kao fa yüan) als auch das Justiz-Volkskomitee, das oberstes Justizverwaltungsorgan war, unter-

124) Siehe hierzu auch Cohen, The Criminal Process..., S. 6.
 125) Zum Justizwesen in der Sowjet-Zeit vgl. Liu Ch'ing-po, S. 261 ff; Leng Shao-chuan, S. 1 ff. Zu den Rechtsprechungsämtern vgl. Art. 1,2,3 der " Justiz-Verfahrensregelungen der chinesischen Sowjetrepublik " (Chung hua su wei ai kung ho kuo ssu fa ch'eng hsi) vom 8. April 1934, abgedruckt in " Chih fei fan tung wen chien hui pien " (Sammlung reaktionärer Dokumente der Roten Banditen), zusammengestellt von General Ch'en Ch'eng, Juni 1935 (Nachdruck, Taiwan, 1960), Bd. 5, S. 1613 - 1616.

standen unmittelbar dem zentralen Exekutiv-Komitee.¹²⁶⁾

So wie die Organisation der sowjetischen Gerichte der Verfassung der anderen Gerichte in China ähnelte, so krass unterschied sich ihre Zielsetzung: Liquidierung der besitzenden und ausbeutenden Oberschicht, Schutz der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerung. Die Richter hatten ihr Augenmerk vor allem auf die Klassenzugehörigkeit des Angeklagten zu richten.¹²⁷⁾ In einer Vorwegnahme der später von Mao Tse-tung begründeten Lehre von den beiden Widersprüchen im Volk war dabei die Klassifizierung als Handlanger oder als Angehöriger der Ausbeuterklasse von entscheidender Bedeutung. Arbeitern, Bauern, kleinen Handwerkern, Gewerbetreibenden und Händlern war mit Milde zu begegnen, ebenso Tätern, die nur als Komplizen oder Mitläufer der herrschenden Klasse eingestuft wurden. Nur mit Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Angehörigen der Gentry wurde hart, grausam und unbarmherzig verfahren. Die gegen sie verhängte Strafen hatten nur den einen Sinn, ein abschreckendes und warnendes Beispiel zu liefern. In den Urteilen dieser Zeit wurde bezeichnenderweise der Klassenhintergrund des Angeklagten ausführlich beschrieben und in vielen Fällen der Urteilspruch nur darauf gestützt.¹²⁸⁾ Das Verfahren folgte einfachen, summarischen Regeln und war auf zwei Instanzen beschränkt. Diese Begrenzung sollte fortan für die Gerichte des kommunistischen China kennzeichnend bleiben.

Der sich gegen Feudalherren, Großgrundbesitzer, kapitalistische Ausbeuter und Konterrevolutionäre richtende rote Terror zeigte sich am deutlichsten in den Massenprozessen (kung shen), die

¹²⁶⁾ Neben den Rechtsprechungsämtern gab es noch ein parallel verlaufendes System von Militärgerichtsorganen. Diese waren unterteilt in obere Militärgerichtsbehörden (kao chi chün shih ts'ai p'an so), untere Militärgerichtsbehörden (ch'u chi chün shih ts'ai p'an so) und Front-Militärgerichtsbehörden (chen ti ts'ai p'an so), die in Kriegsgebieten die alleinige Gerichtsbarkeit ausübten (vgl. hierzu Liu Ch'ing po, S. 261). Die Militärgerichte unterstanden wie die zivilen Rechtsprechungsämter der Aufsicht und Überwachung des obersten Gerichtshofes (tsui kao fa yüan).

¹²⁷⁾ Siehe hierzu Leng Shao-chuan, S. 7.

¹²⁸⁾ Vgl. Leng Shao-chuan, S. 7 mit Nachweis.

von dieser Zeit an eines der wesentlichen Merkmale der kommunistischen Justiz werden sollten und später Bestandteil der berühmten Massenlinie wurden.¹²⁹⁾ Inszeniert wurden diese Massenverfahren in der Regel von mobilen Gerichtskammern der örtlichen Rechtssprechungsämter, die im Herkunftsort der Angeklagten ein Tribunal errichteten, das unter Beteiligung der Massen in erster und letzter Instanz verhandeln, auf Todesstrafe erkennen und das Urteil sofort vollstrecken lassen konnte.¹³⁰⁾ Ihr Zweck richtete sich sowohl auf Abschreckung als auch auf politische Erziehung und Indoktrination der Massen. Dieser Absicht gemäß ging ihnen zumeist eine sehr sorgfältige Vorbereitung voraus, die in den Händen von Elite-Funktionären lag. Das Verfahren selbst zeichnete sich durch Gewalt, Ausschreitungen und Terror aus. Willkürliche, ad hoc vorgenommene Verhaftungen, körperliche Strafen und Mittel der Tortur waren an der Tagesordnung. Bei den Prozessen hatte jeder das Recht, Anklage zu erheben oder als Zeuge gehört zu werden. Mitglieder des Gerichts und Vertreter der Bevölkerung ergriffen in vielen Fällen die Gelegenheit, einstudierte Reden, theatralische Aufrufe und flammende Appelle an die Bevölkerung zu richten. Den Angeklagten blieben zusätzliche Demütigungen nicht erspart. Eine beliebte Praxis war es, ihnen in entwürdigender Weise lange Papierhüte aufzusetzen, die in der Volksrepublik auch heute noch zur Brandmarkung von Verbrechern und Ausgestoßenen dienen, und sie dann in einer langen Prozession der Menge vorzuführen, die sie beschimpfte, schlug, trat und anspuckte. Bei der Verhandlung selbst mußten die Angeklagten, die Hände auf dem Rücken gefesselt, mit gesenktem Kopf vor den Massen knien. Der Spruch des Gerichtes wurde schnell gefunden,¹³¹⁾ und in Gegenwart der aufgetrzten Bevölkerung sofort vollstreckt.

Eine andere, ebenfalls bereits um diese Zeit entwickelte, weniger krasse Form der unmittelbaren Beteiligung der Bevölkerung

¹²⁹⁾ Ausführlicher zur Massenlinie der Gerichtsarbeit siehe unten, S. 150 ff.

¹³⁰⁾ Vgl. Art. 2 der " Justiz-Verwaltungsregeln "; nach jeder Vollstreckung war den vorgesetzten Behörden jedoch Bericht zu erstatten.

¹³¹⁾ Zu den Massenprozessen der Sowjet-Zeit siehe vor allem Leng Shao-chuan, S. 8 f.

an gerichtlichen Verfahren war das System der Volksschöffen (jen min p'ei shen), das gleichfalls später eine immer größere Bedeutung erlangen sollte. Zumeist waren es Angehörige von Gewerkschaften, Vereinigungen von Bauern oder bäuerlicher Arbeiter und Soldaten der Roten Armee (für die Militärgerichtsorgane), die im Wechsel als Schöffen fungierten.¹³²⁾ Ebenso charakteristisch für das Rechtswesen der Sowjet-Republik war das Gewicht, das der außergerichtlichen Schlichtung zukam. Rechtsstreitigkeiten und weniger schwere Straftaten sollten durch gütliche Einigung, Überzeugung und Ermahnung (shuo fu) und nicht durch Zwang und Unterdrückung (ya fu) aus der Welt geschafft werden.¹³³⁾ Auch diese auf gewohnte Übung zurückgehende Praxis sollte später Bestandteil der Massenlinie der Justizarbeit werden. Auf die Sowjet-Zeit geht schließlich auch die Errichtung von Arbeitslagern (lao tung chien hua yüan) zurück, in denen Straftäter im Geiste des Kommunismus umerzogen werden sollten, während sie gleichzeitig produktive Arbeit leisteten.

Neben den Gerichtsorganen wurde unter dem zentralen Volkskomitee das oben bereits erwähnte zentrale politische Sicherungsamt (cheng chih pao wei chü)¹³⁴⁾ eingerichtet, das organisatorisch nicht zu den Justizbehörden gehörte, jedoch die Befugnis zu gerichtlichen Untersuchungen und abschließenden Verfahren in den Fällen besaß, die sich zur propagandistischen Ausschaltung nicht eigneten oder bei denen ein gerichtliches Verfahren vor den Rechtsprechungsämtern zu umständlich oder zeitraubend war.¹³⁵⁾ Weiter wurden überall Komitees zur Liquidierung von Konterrevolutionären (su fan wei yüan hui)¹³⁶⁾ gebildet, die gleichfalls die Befugnis zur Ergreifung, Vernehmung, Verurteilung und Vollstreckung besaßen.

132) Zu den Volksschöffen siehe Leng Shao-chuan, S. 9.

133) Siehe hierzu auch Leng Shao-chuan, S. 9.

134) Siehe oben, S. 115.

135) Art. 27 des " Organisationsgesetz zum zentralen Sowjet der chinesischen Sowjet-Republik "; hierzu oben, S.

136) Vgl. Art. 1,2,3,4 des " Organisationsgesetzes zum zentralen Sowjet der chinesischen Sowjet-Republik "; siehe auch Liu Ch'ing-po, S. 263.

Im Jahre 1935 wurden die roten Truppen von den Armeen der Kuomintang in das nördliche Shensi-Gebiet zurückgedrängt. Geschwächt und am Ende ihrer Kräfte bot die kommunistische Führung der Kuomintang Waffenstillstand und Friedensverhandlungen an.¹³⁷⁾ Im Jahre 1937 vereinbarten beide Parteien das Programm eines gemeinsamen Widerstandskampfes gegen die japanischen Aggressoren. Die kommunistische Seite unterwarf sich formell Tschiang Kai-shek, löste die Rote Armee auf (an deren Stelle die berühmte achte Armee trat, die nur nominell dem Oberkommando der Zentralregierung unterstand), und verkündete das Ende der chinesischen Sowjet-Republik. An ihre Stelle trat mit Duldung der Kuomintang eine autonome Grenzregierung (pien ch'ü cheng fu).¹³⁸⁾

Nach den Bestimmungen des Stillhalteabkommens sollten die so plötzlich zu Verbündeten gewordenen Kommunisten im Grenzgebiet ein Justizsystem errichten, das auf einem Boden mit dem der Kuomintang stehen sollte. Die Grenzregierung verabschiedete demgemäß im Januar 1939 eine " Gerichtsorganisationsverordnung " (fa yüan tsu chih t'iaeli), deren Vorschriften sich eng an das Gerichtsorganisationsgesetz der Kuomintang anlehnten.¹³⁹⁾ Ausdruck der formellen Oberhoheit der Zentralregierung war die Bestimmung, daß das für die Grenzregion zuständige Oberlandesgericht (kao teng fa yüan) dem obersten Gerichtshof der Zentralregierung unterstellt sein sollte. Tatsächlich fungierte es jedoch als abschließende Instanz. Die Möglichkeit einer Einlegung von Rechtsmitteln beim obersten Gerichtshof war faktisch nicht gegeben.¹⁴⁰⁾ Zulässig war dagegen unter bestimmten Voraussetzungen eine weitere Appellation bei dem Regierungskomitee der Grenzregierung. Diese konnte dann eine erneute Verhandlung (tsai shen) vor dem Oberlandesgericht anordnen und sich die im Anschluß daran ergangene Entscheidung ein weiteres Mal vorlegen lassen.¹⁴¹⁾ In der weitaus größten Zahl der Fälle blieb ein Ver-

137) Zur Yen-an-Zeit siehe Liu Ch'ing-po, S. 263 ff; Leng Shao-chuan, S. 10 ff.

138) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 263.

139) Zur " Gerichtsorganisationsverordnung " vgl. Liu Ch'ing-po, S. 263. Zum Gerichtsorganisationsgesetz vgl. oben, S.

140) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 264; Leng Shao-chuan, S. 11, 14 f.

141) Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 264.

fahren jedoch ebenso wie in der Zeit der Sowjet-Republik von vornherein auf zwei Instanzen beschränkt.

Das in der Grenzregion errichtete Oberlandesgericht fungierte nicht nur als (tatsächlich) oberstes Gericht sondern auch als oberstes Justizverwaltungsorgan.¹⁴²⁾ Ihm zur Seite standen drei Zweig-Oberlandesgerichte (kao teng fa yüan fen yüan), die unter der Leitung von besonderen politischen Kommissaren stehend vor allem das örtliche Justizwesen beaufsichtigten. An unteren Gerichten kam es nur zur Gründung eines Landgerichts (ti fang fa yüan) in Yen-an selbst; im übrigen beschränkte sich die Grenzregierung auf die Einsetzung von Rechtsprechungsbüros (ts'ai p'an ch'u) oder - der Terminologie der Kuomintang folgend - von Justizbüros (ssu fa ch'u), die an Stelle der Rechtsprechungsämter (ts'ai pan pu) der Sowjet-Republik traten. Wie eh und jeh standen sie unter der nebenamtlichen Leitung der zuständigen Distriktsvorsteher.¹⁴³⁾

Von entscheidender Bedeutung war, daß jedes Justizorgan sich eng an die Partei anzulehnen hatte und der Führung und Anleitung des zuständigen Exekutivorgans unterstand. Die innere Organisation der Gerichte entsprach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus. So rief beispielsweise die Regierung im Jahre 1940 zur Bildung von Richterkomitees auf, die in den Distrikten mit dem Vorsteher, dem Sekretär des Distriktskomitees, einzelnen Rechtsprechungsfunktionären und Mitgliedern der Partei zu besetzen waren. Die Aufgabe dieser Komitees lag in der Diskussion und Entscheidung wichtiger Fälle und der Umsetzung der Parteipolitik in die Praxis der Gerichtsarbeit.¹⁴⁴⁾

Die Hauptaufgabe der Gerichte bestand nun nicht mehr in der Bestrafung von Klassenfeinden und Konterrevolutionären sondern in der von Volks- und Landesverrättern, Banditen und anderen Kriminellen, deren Taten der gemeinsamen anti-japanischen Front

142) Siehe hierzu und zum folgenden den Bericht des späteren Vizepräsidenten des obersten Volksgerichtshofes Ma Hsi-wu, Hsin min chu chu yi ko ming chieh tuan chung shan kan ning pien ch'ü jen min ssu fa kung tso (Die Justisarbeits des Volkes in der Shensi-Kansu-Ninghsia-Grenzregion während des Stadiums der neuen demokratischen Revolution), in CFYC, Nr. 1, 1955, S. 7 ff.

143) Vgl. Leng Shao-chuan, S. 12; Gelder, The Chinese Communists, London, 1946, S. 137.

144) Vgl. Ma Hsi-wu (s. Anm. 142), S. 8.

Schaden zufügten.¹⁴⁵⁾ Andere Straftäter, auch wenn sie der Grundbesitzerklasse angehörten, hatten die Gerichte milde und nachsichtig zu behandeln. Die Politik der harten Strafen und der Abrechnung sollte mit einemmal der Vergangenheit angehören. In der Statistik der Urteile zeigte sich dies etwa darin, daß die Gerichte im Shansi-kansu-Ningshia-Grenzgebiet von 1938 bis Ende 1943 insgesamt nur 104 Todesurteile - zumeist gegen unverbesserliche feindliche Spione und Verräter - fällten.¹⁴⁶⁾ Das Verfahren vor den Justizorganen entsprach im großen ganzen der auch in den anderen Teilen Chinas geübten Praxis. Nach der "Verordnung über die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz des Eigentums" (Pao chang jen min ch'üan ts'ai ch'an t'iao li) der Shensi-Kansu-Ningshia-Grenzregierung hatten nur die dazu berufenen Justizorgane das Recht, eine Person zu verhaften, zu verhören oder zu bestrafen.¹⁴⁷⁾ Eine Verhaftung war darüberhinaus an das Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachtes geknüpft. Nahm eine andere Stelle, militärische Behörde oder eine dritte Person einen Verdächtigen fest, war der Festgenommene innerhalb von vierundzwanzig Stunden einem Staatsanwalt oder der Polizei vorzuführen.¹⁴⁸⁾ Das Verfahren vor Gericht war grundsätzlich öffentlich. Der Bevölkerung war es gestattet, der Verhandlung beizuwohnen und sich unmittelbar hieran zu beteiligen. Anwälten war es zwar nicht erlaubt, einen Angeklagten zu vertreten, dieser konnte jedoch eine ihm nahestehende Person als Fürsprecher oder Verteidiger für sich auftreten lassen.¹⁴⁹⁾ Das Verfahren war grundsätzlich auf zwei Instanzen beschränkt. Unter bestimmten Voraussetzungen schloß sich jedoch noch eine weitere Prüfung an. Verkündete ein Gericht etwa ein Todesurteil, konnte das Oberlandesgericht nach einer von Amts wegen vorzunehmenden Prüfung eine erneute Verhandlung (tsai shen) anordnen. Bestätigte es das Urteil, mußte der Spruch zu einer nochmaligen (automatischen) Überprüfung dem Vorsitzenden der Grenzregierung vorgelegt werden, ehe er vollstreckt werden konnte.¹⁵⁰⁾

145) Siehe Leng Shao-chuan, S. 13.

146) Vgl. Leng Shao-chuan, S. 12.

147) Siehe hierzu Liu Ch'ing-po, S. 265; Leng Shao-chuan, S. 14.

148) Vgl. Leng Shao-chuan, S. 14.

149) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 266.

150) Vgl. Ma Hsi-wu (s. Ann. 142), S. 10; Leng Shao-chuan, S. 15; Liu Ch'ing-po, S. 266.

Das entscheidende Kennzeichen des gerichtlichen Verfahrens während der Zeit der gemeinsamen Front mit der Kuomintang war jedoch die allmähliche Heranbildung der berühmten Massenlinie (chün chung lu hsien), die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine immer größere Rolle spielen sollte. Sie setzte sich aus folgenden typischen Bestandteilen zusammen:¹⁵¹⁾

1) Verhandlungen an Ort und Stelle (chiu ti shen hsün).¹⁵²⁾

Diese verfolgten den Zweck, die Gerichte in unmittelbaren Kontakt mit den Massen zu bringen. Weiter sollten sie Gelegenheit bieten, Zeugenaussagen und Beweismaterial aus erster Hand zu erlangen, die Bevölkerung unmittelbar am Verfahren zu beteiligen und sie zu erziehen und anzuleiten, Streitfälle und weniger schwere Straftaten ohne Hilfe der Gerichte aus der Welt zu schaffen.

2) Verfahren vor mobilen Gerichten (hsün hui shen p'an).¹⁵³⁾

Hierbei handelte es sich um Verfahren vor einer besonderen Kammer des Oberlandesgerichts oder eines seiner Zweiggerichte. Die Verfahren vor mobilen Gerichten hatten in der Yen-an-Zeit zunächst das Ziel, komplizierte und langwierige Fälle gleichfalls an Ort und Stelle und unter Mithilfe der Bevölkerung zu entscheiden. Daneben hatte die Einrichtung den Zweck einer Kontrolle der örtlichen Justizorgane, ihrer Unterstützung, der Sammlung von Erfahrungen und der Verbesserung richterlicher Arbeit. Vorbild oder zumindest Vorläufer der Verfahren an Ort und Stelle und der mobilen Gerichte war die jahrhundertealte Einrichtung der Zem-

¹⁵¹⁾ Siehe hierzu Liu Ch'ing-po, S. 266 f.

¹⁵²⁾ Vgl. Ma Hsi-wu, S. 10; Liu Ch'ing-po, S. 266; Leng Shao-chuan, S. 15.

¹⁵³⁾ Siehe hierzu Ma Hsi-wu, S. 10; Liu Ch'ing-po, S. 266. Die Einrichtung mobiler Gerichte wurde von der Kuomintang während der Zeit des Widerstandskampfes gegen die Japaner übernommen. Vgl. hierzu die im Jahre 1938 von der Kuomintang-Regierung erlassenen "Regelungen zu Verfahren vor mobilen Gerichten im Kriegesgebiet" (Chan ch'ü hsün hui shen p'an pan fa), und die im Jahre 1939 erlassenen "Vorläufigen Regelungen zu Verfahren vor mobilen Gerichten in Zivil- und Strafsachen im Kriegesgebiet" (Chan ch'ü hsün hui shen p'an min hsing su sung chan hsing pan fa). Im Jahre 1944 arbeitete die Regierung darüberhinaus einen "Entwurf einer Verordnung zu den Verfahren vor mobilen Gerichten der Oberlandesgerichte" (Kao teng fa yüan hsün hui shen p'an t'iao li ts'ao an) aus. Vgl. zu diesen Bestrebungen das Vorwort von Hsieh Kuan-sheng, dem Präsidenten des Justiz-Yüans in Taiwan, zu Wang Chi-pao, Min kuo ssu fa chih (Abhandlungen zum Justizwesen der Republik), Taipei, 1956, S. 10; siehe weiter Wang Chi-pao, ebd., S. 72 f.

soren (yü shih), die auf ihren Inspektionsreisen die örtliche Verwaltung und Rechtspflege kontrollierten und erforderlichenfalls Strafverfahren an sich ziehen konnten.

3) Die Ausgestaltung von Verfahren in der Form von Massenprozessen (kung shen)¹⁵⁴⁾. Diese, auf die Zeit der chinesischen Sowjet-Republik zurückgehende, marxistische Spielart der Volksjustiz gab es in der Gestalt einer unmittelbaren Beteiligung der Massen als Träger des gesamten Verfahrens (chung chung kung shen), in einer Form, in der die Massen lediglich das Urteil fällten (hsüan p'an ta hui) und schließlich als Verfahren, an dem nicht die Massen selbst, sondern nur ihre Vertreter beteiligt waren (tai piao kung shen hui). Die Verfahren wurden wie schon zur Sowjet-Zeit sorgfältig vorbereitet und standen unter Führung und Anleitung besonderer Funktionäre; diese stellten vorher sicher, daß alle erforderlichen Untersuchungen angestellt worden waren und genügend Beweise vorlagen. Dem Verfahren selbst wohnten oft mehrere tausend Personen bei. Ihr Zweck lag vor allem darin, die Massen aus ihrer Trägheit und Apathie aufzurütteln, sie zu mobilisieren, zu belehren und ihnen abschreckende Beispiele vor Augen zu führen.

4) Die Beteiligung von Volksschöffen (jen min p'ei shen)¹⁵⁵⁾. Auch diese Übung ging auf die Zeit der chinesischen Sowjets zurück, wurde jedoch systematisch erst in der Yen-an-Zeit entwickelt. Sie hatte zum Ziel, das Gefühl einer politischen Verantwortung in der Bevölkerung zu wecken, richterliche Funktionäre zu kontrollieren und ihre Entscheidungen volksnaher, praktischer und verständlicher zu machen. Es gab zwei Wege einer Berufung zum Volksschöffen: auf Aufforderung der Gerichtsorgane hin oder auf Grund einer Wahl oder Bestellung durch ein Kollektiv (die wohl am häufigsten praktizierte Form). Handelte es sich beispielsweise um ein Verfahren wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin oder wegen Sabotage, beriefen gewöhnlich die betroffenen gewerkschaft-

154) Siehe Ma Hsi-wu, S. 12; Liu Ch'ing-po, S. 266; Leng Shao-chuan, S. 16.

155) Siehe Ma Hsi-wu, S. 12; Liu Ch'ing-po, S. 266; Leng Shao-chuan, S. 16.

lichen Organisationen die Volksschöffen; bei Straftaten gegen Ehe und Familie waren es Zusammenschlüsse von Frauen etc.

5) Auf Überkommene, traditionelle Übung ging die Betonung der Schlichtung (t'iao chieh) als dem wichtigsten Mittel zur Beilegung von weniger schweren Straftaten zurück.¹⁵⁶⁾ Die offizielle Begründung für ihre Propagierung lautete, daß durch sie die Einheit und der Zusammenhalt des Volkes gestärkt, die Zahl der Klagen gemindert und die landwirtschaftliche Produktion erhöht würde. Inoffiziell dürfte auch ausschlaggebend gewesen sein, daß die wenigen Justizorgane tatsächlich kaum mehr als einen Teil der Streitfälle und Straftaten bewältigen konnten. Eine Vermittlung konnte in zwei Formen stattfinden: durch Einschaltung von Nachbarn, Verwandten, Mitgliedern von Massenorganisationen und Angehörigen der Partei oder - wenn dieser Weg nicht zum Ziel führte - durch Druck der Verwaltungs- oder Justizorgane selbst.

Das Ende des zweiten Weltkrieges und der Zusammenbruch des japanischen Kaiserreiches führte zum Wiederaufflammen des nur verschobenen Bürgerkrieges. Nach der Niederlage der Kuomintang und der Konstituierung der Volksrepublik lagen die Aufgaben der Justiz zunächst in Händen militärischer Kontrollkommissionen (chün kuan hui), die etwa den noch heute in Taiwan bestehenden Militärgerichtsorganisationen (chhün shi shen p'an chi kuan) vergleichbar waren. Ihnen waren als Justizorgane Militärgerichtsbüros (chün fa ch'u) beigegeben.¹⁵⁷⁾ Im wesentlichen hatten die Militärgerichte in dieser Zeit der Vergeltung und der Abrechnung nur die Aufgabe, Kriegsverbrecher (der Kuomintang), Konterrevolutionäre, zurückgebliebene Beamte der Kuomintang und ehemalige Angehörige der feindlichen Streitkräfte unschädlich zu machen. Sie wurden von Mitte des Jahres 1950 an durch Volkstribunale (jen min fa t'ing) und Volksgerichte (jen min fa yüan) abgelöst.¹⁵⁸⁾ Aufschlußreich wegen ihrer Kampagnen- und

¹⁵⁶⁾ Siehe Ma Hsi-wu, S. 13; Liu Ch'ing-po, S. 267; Leng Shao-chuan, S. 7.

¹⁵⁷⁾ Zu den militärischen Kontrollkommissionen siehe Liu Ch'ing-po, S. 268; Hsia Tao-tai, S. 2.

¹⁵⁸⁾ Maßgebend für die Volkstribunale waren die " Organisationsrichtlinien zu den Volkstribunalen " (Jen min fa t'ing tsu chih t'ung tse) vom 20. Juli 1950, abgedruckt in " Chung yang jen min cheng fu fa ling hui pien " (Sammlung der Gesetze und Verordnungen der zentralen Volksregierung, abgk.: FLHP), Bd. 1, 1949 - 1950, S. 71 - 72. Den Volksgerichten lag die " Vorläufige Verordnung über die Organisation der Volksgerichte der Volksrepublik China " (Chung hua jen min kung ho kuo jen min fa yüan chan hsing tsu chih fa), abgedruckt in FLHP, Bd. 2, 1951, S. 79 - 85.

Säuberungsjustiz, die die Tradition der Massenverfolgungen aus der Zeit der Sowjets wieder aufnahm, sind hier vor allem die Volkstribunale. Ihr Zweck lag allem darin, politische Gegner zu beseitigen, die Massen zu indoktrinieren und aufzuhetzen und in ihnen ein revolutionäres Bewußtsein wachzurufen. Im Gegensatz zu den ständigen Volksgerichten wurden sie ad hoc gebildet und lösten sich gleich nach Abschluß der sie tragenden Kampagne wieder auf. Ebenso wie die mobilen Gerichte verhandelten sie unter Beteiligung der Bevölkerung in Dörfern, Fabriken, Betrieben, Bergwerken und an anderen wechselnden Orten. In den ersten Jahren nach der Gründung der Volksrepublik gab es sie vor allem als sog. Bodenreform-Tribunale (t'u kai fa t'ing), die in ländlichen Gebieten die Aufgabe besaßen, ehemalige Großgrundbesitzer, reiche Bauern, Aufrührer, Despoten, die die Sicherheit und Ordnung der neuen Gesellschaft zu untergraben suchten, Banditen, Agenten der Kuomintang und vor allem solche Personen rücksichtslos aus dem Weg zu räumen, die sich gegen die Bodenreform stellten.¹⁵⁹⁾

Die Volkstribunale unterstanden der unmittelbaren Aufsicht der örtlichen Volksregierungen (jen min cheng fu).¹⁶⁰⁾ Ihre Organe hatten das Recht, Verdächtige zu verhaften, zu verhören und - wenn sie als Überführt galten - völlig nach eigenem Gutdünken zu bestrafen. Bei Freiheitsstrafen über fünf Jahren war zwar formell die Genehmigung der zuständigen Provinzregierung erforderlich,¹⁶¹⁾ diese wurde jedoch so gut wie nie eingeholt. Der vorsitzende Richter, sein Stellvertreter und die Hälfte der übrigen Richter wurden von der örtlichen Stadt- oder Distriktsregierung ernannt, die anderen von der jeweiligen Volksversammlung oder einer anderen Massenorganisation gewählt.¹⁶²⁾ In der Überzahl waren es aktive Parteimitglieder aus den Reihen der einfachen Bevölkerung, die weder theoretische noch praktische Rechtskenntnisse besaßen und die nur wegen ihrer Linientreue in die Tribunale berufen wurden. Ein großer Teil von ihnen sollte später zu regulären Richtern

159) Art. 1 der " Organisationsrichtlinien zu den Volkstribunalen " (abgk.: VoTriRi)

160) Art. 2 VoTriRi.

161) Art. 7 VoTriRi.

162) Art. 4 VoTriRi.

an Volksgerichten ernannt werden und die Gerichtspraxis der Volksrepublik noch auf Jahre und Jahrzehnte hinaus bestimmen.

Die Volkstribunale spielten in den ersten Jahren der Volksrepublik eine Rolle, die die der Volksgerichte weit überschattete. Nach einem offiziellen Bericht wurden von Winter 1950 bis Frühling 1951 977 Volkstribunale und 3 693 Zweig-Volkstribunale im Osten und Süden des Landes gegründet. In nur 120 Distrikten wurden in der Zeit von November 1950 bis April 1951 143 761 Verfahren gegen Konterrevolutionäre und Klassenfeinde durchgeführt.¹⁶³⁾ Das Verfahren vor den Volkstribunalen verzichtete in der Praxis selbst auf den Schein einer Wahrung der Rechte der Angeklagten; ihre Verurteilung war von vornherein eine beschlossene Sache. Eine Gelegenheit zu einer Verteidigung wurde ihnen nicht gegeben. Wie in den Massenprozessen der Sowjet-Zeit, die sich nun in ungleich größerem Maße wiederholten, wurden die Angeklagten erniedrigt, gedemütigt und der Bevölkerung wie wilde Tiere vorgeführt, die man endlich unschädlich gemacht hatte. Ungeachtet der Vorschrift, daß in schwereren Fällen ein Urteil von der Provinzregierung genehmigt werden mußte, wurden Todesurteile auf der Stelle vollstreckt.¹⁶⁴⁾

Neben den Bodenreform-Tribunalen gab es Tribunale der "Drei-Anti-Bewegung" (san fan fa t'ing) und solche der "Fünf-Anti-Bewegung" (wu fan fa t'ung). Die "Fünf-Anti-Bewegung" richtete sich gegen Bestechung, Steuerhinterziehung, Diebstahl von Staatsvermögen, schlechte Arbeitsausführung wegen minderwertigen Materials und Wirtschaftspionage. Die "Fünf-Anti-Tribunale" wurden vor allem in größeren Städten errichtet, deren Verwaltung, Industrie und Handel gesäubert werden sollte. Ihre Organisation und Befugnisse entsprachen denen der Bodenreform-Tribunale.¹⁶⁵⁾

¹⁶³⁾ Vgl. den bei Leng Shao-chuan, S. 38 zitierten Bericht der "New China News Agency", vom 14. Nov. 1951.

¹⁶⁴⁾ Vgl. Leng Shao-chuan, S. 38. Formell enthielten die "Organisationsrichtlinien zu den Volkstribunalen" zwar Schutzrechte für den Angeklagten, so daß Verbot körperlicher Bestrafung (Art. 5), das Recht auf Verteidigung (Art. 6) und das Recht auf Anfechtung einer Entscheidung (Art. 8), in der Praxis spielten diese Rechte jedoch so gut wie keine Rolle.

¹⁶⁵⁾ Maßgebend für die "Fünf-Anti-Tribunale" waren die am 21. März 1952 erlassenen "Regelungen über die Errichtung von Volkstribunalen der Fünf-Anti-Bewegung" (Kuan yü wu fan yun tung chung ch'eng li jen min fa t'ing te kuei tse), abgedruckt in "Chung yang jen min cheng fu fa ling hui pien" (Sammlung der Gesetze und Anordnungen der zentralen Volksregierung, abgek.: FLHP), 1952, S. 18 - 19.

Ähnliche Zwecke verfolgten auch die "Drei-Anti-Tribunale".¹⁶⁶⁾ Die Kampagne, die ihnen zugrundelag, richtete sich gegen Unterschlagung, Verschwendung und Bürokratismus in den Staatsorganen. Im Unterschied zu den "Fünf-Anti-Tribunalen" der Städte und Distrikte wurden die "Drei-Anti-Tribunale" auf der nächsthöheren Ebene von Senderbezirken (chuan ch'ü), einer Verwaltungseinheit zwischen Provinz- und Distriktsebene, und in Regimentsstäben (t'uan pu) errichtet.¹⁶⁷⁾

Die ungezügelte Abrechnung mit den Feinden der neuen Gesellschaft erreichte nach dem Ausbruch des Koreakrieges während der parallel dazu verlaufenden Kampagne gegen Konterrevolutionäre (chen ya fa ko ming) in einer Welle des Terrors und der Massenprozesse ihren Höhepunkt.¹⁶⁸⁾ Die Zeit der Heimsuchung und blutiger Vergeltung machte erst nach einigen Jahren wieder relativer Ruhe und Stabilität Platz. Im Jahre 1954 erließ die Regierung die auf sowjet-russischem Vorbild zurückgehende Verfassung der Volksrepublik China, die in Art. 89 ein Verbot willkürlicher Verhaftungen und Gerichtsverfahren enthielt. Auf diese Bestimmung gestützt wurde die "Verordnung über die Vornahme von Verhaftungen und die Verhängung von Untersuchungshaft der Volksrepublik China" verabschiedet.¹⁶⁹⁾ Die Verfassung der Gerichte wurde durch das gleichfalls im Jahre 1954 verkündete, noch heute geltende "Gesetz über die Organisation der Volksgerichte der Volksrepublik China" (Chung hua jen min kung ho kuo jen min fa yüan tsu chih fa) geregelt.¹⁷⁰⁾ Vorgesehen waren danach Gerichte auf vier verschiedenen Ebenen mit einem zweistufigen Instanzenzug. An der Spitze der Hierarchie steht der oberste Volksgerichtshof (tsui kao jen min fa yüan); unter ihm befinden sich örtliche Volksgerichte (jen min fa yüan) und Sender-Volksgerichte (chuan men fa yüan); die örtlichen Volksgerichte sind unterteilt in untere Volksgerichte (chi ts'eng jen min fa yüan), mittlere Volksgerichte (chung chi jen min fa yüan) und obere Volksgerichte (kao chi jen min fa yüan).¹⁷¹⁾

166) Siehe hierzu FLHP, 1952, S. 20-21.

167) Siehe Liu Ch'ing-po, S. 268.

168) So soll es etwa im Jahre 1951 in Peking zu 29 600 Massenprozessen unter Beteiligung von 3 378 000 Personen gekommen sein. In Tientsin sollen im gleichen Zeitraum 21 400 Massenverfahren unter der Teilnahme von 2 200 000 Personen abgehalten worden sein. Vgl. zu diesen Zahlen Leng Shao-chuan, S. 31.

169) Siehe oben, S. 120.

170) Siehe Anm. 119.

171) Art. 1 des Volksgerichtsgesetzes (VolGOG).

Untere Volksgerichte, die in Taiwan den Landgerichten (ti fang fa yüan) entsprechen, gibt es in Distrikten, Städten, autonomen Distrikten und Stadtverwaltungsbezirken.¹⁷²⁾ Ein Präsident und bis zu zwei stellvertretende Präsidenten stehen an ihrer Spitze. Unterteilt sind sie in Zivil- und Strafkammern.¹⁷³⁾ Entsprechend den Gegebenheiten des Gebietes, der Dichte der Bevölkerung und der überwiegenden Art der Fälle können sie Volkstribunale (jen min fa t'ing) errichten, bei denen es sich jedoch im Unterschied zu den früheren Volkstribunalen in erster Linie nur um Zweiggerichte der unteren Volksgerichte handelt, die mit der Durchführung kleinerer, unbedeutender Verfahren betraut sind, bei denen " der Ausgang so oder so nicht so tragisch ist ".¹⁷⁴⁾ In der Praxis sind es weniger Gerichte als vielmehr offizielle Schlichtungsausschüsse, deren Funktionäre nach einem immer wider zitierten Spruch " mit den Akten unter ihrem Arm aufs Land gehen, um dort den Fall an Ort und Stelle zu lösen " (hsieh chüan hsia hsiang, chiu ti pan an).¹⁷⁵⁾ Die unteren Volksgerichte sind erste Instanz für alle Zivil- und Strafsachen; in schwerwiegenderen Fällen geben sie das Verfahren jedoch an die übergeordneten Gerichte ab. Zusätzlich obliegt ihnen die Anleitung der örtlichen Schlichtungskomitees.¹⁷⁶⁾

Mittlere Volksgerichte, die den Zweig-Oberlandesgerichten (kao teng fa yüan fen yüan) in Taiwan entsprechen, sind in größeren Provinzgebieten, autonomen Gebieten, regierungsunmittelbaren Städten, anderen Großstädten und in autonomen Regionen vertreten.¹⁷⁷⁾ Ihre Zahl wird zur Zeit auf etwa 250 geschätzt.¹⁷⁸⁾ Sie bilden die erste Instanz in Fällen, die ihnen auf Grund besonderer Gesetze zugewiesen sind oder ihnen von den unteren Gerichten übergeben werden. Zusätzlich sind sie Berufungs- und Beschwerdeinstanz für Entscheidungen unterer Gerichte. Auch sie geben in wichtigen Fällen das Verfahren an die übergeordneten

172) Art. 15 VolGOG.

173) Art. 16 VolGOG.

174) Siehe Ch'en Fu, Shih lun jen min fa t'ing te chi ko wen t'i (Versuch einer Erörterung von Problemen hinsichtlich der Volkstribunale), in CFYC, Nr. 3, 1964, S. 22 f, hier S.23.

175) Siehe Ch'en Fu, S. 22.

176) Art. 19 VolGOG. Zu den Schlichtungskomitees vgl. unten, S.

177) Art. 20 VolGOG.

178) Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 282.

Gerichte ab.¹⁷⁹⁾

Die oberen Volksgerichte in Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten entsprechen den Oberlandesgerichten in Taiwan. Ihre Zuständigkeit ist wie die der mittleren Volksgerichte geregelt.¹⁸⁰⁾

Der oberste Volksgerichtshof ist das oberste Justizorgan der Volksrepublik. Er führt die Aufsicht über die örtlichen Volksgerichte und über die Sonder-Volksgerichte.¹⁸¹⁾ An seiner Spitze stehen ein Präsident (yüan chang) und mehrere Vizepräsidenten (fu yüan chang). Er ist zuständig für Fälle, die ihm gesetzlich zugewiesen sind oder die er an sich gezogen hat. Weiter ist er Rechtsmittelinstanz für Entscheidungen der oberen Volksgerichte. Seit dem Jahre 1957 hat der oberste Volksgerichtshof zusätzlich die Aufgabe, alle auf unterer Ebene verhängten Todesurteile von Amts wegen zu überprüfen.¹⁸²⁾ Durch die Auflösung des Justizministeriums im Jahre 1959 wurden die diesem bislang zustehenden Befugnisse auf dem Gebiet der Justizverwaltung ebenfalls auf den obersten Gerichtshof übertragen.¹⁸³⁾

Neben der Verfassung der ordentlichen Gerichtsbarkeit regelt das Volksgerichtsorganisationsgesetz auch die der Militärgerichte (chün shih fa yüan), Eisenbahn-Transport-Gerichte (t'ieh lu yün shu fa yüan) und Schifffahrts-Transport-Gerichte (shui shang yün shu fa yüan).¹⁸⁴⁾ Die Bestimmungen hierüber sind jedoch zum größten Teil wieder obsolet geworden. Mit Ausnahme der Militärgerichte wurden die wenigen nach sowjet-russischem Vorbild gegründeten Gerichte kurze Zeit nach ihrer Errichtung wieder aufgelöst und ihre Zuständigkeiten auf untere oder mittlere Volksgerichte übertragen.¹⁸⁵⁾

¹⁷⁹⁾ Art. 22 VolGOG.

¹⁸⁰⁾ Vgl. im einzelnen Art. 25 VolGOG.

¹⁸¹⁾ Art. 28 VolGOG.

¹⁸²⁾ Vgl. den Bericht der " Jen min jih pao " (Volkszeitung) vom 16. Juli 1957.

¹⁸³⁾ Siehe den " Beschluß (des nationalen Volkskongresses) über die Abschaffung des Justiz- und Kontrollministeriums " (Kuan yü ch'e hsiao ssu fa ün, chien ch'a pu te chyüeh yi) vom 28. 4. 1959, abgedruckt in FKHP, Bd. 9, 1959, S. 108.

¹⁸⁴⁾ Art. 26 VolGOG.

¹⁸⁵⁾ Siehe den " Beschluß des Staatsrates über die Abschaffung der Eisenbahn- und Schifffahrts-Transport-Gerichte " (Kuo wu yüan kuan yü ch'e hsiao t'ieh lu, shui shang yün shu fa yüan te chyüeh ting) vom 9.8. 1957, abgedruckt in FLHP, Bd. 6, S. 297f. Errichtet waren zu dieser Zeit neunzehn Sondergerichte und einunddreißig untere Revier-Tribunale (p'ai ch'u t'ing), vgl. Liu Ch'ing-po, S. 283; Hierzu zählten etwa die Eisenbahn-Transport-Gerichte in Peking, Tientsin, Shanghai, Harbin oder die Schifffahrts-Gerichte in Tientsin oder Chungking.

Das wohl entscheidendste Kennzeichen der Gerichte liegt darin, daß sie in der gleichen Weise wie in der Vergangenheit nur dazu dienen, die Politik des Staates durchzusetzen und nicht dazu geschaffen sind, Rechte des Einzelnen zu schützen. Kurz gesagt, ist ihnen nur die Verteidigung des Staates aufgetragen, nicht die seiner Bürger. Die Folge davon ist, daß sie keine eigenständige Gewalt bilden, sondern nur Teil der allgemeinen Herrschaftsgewalt des Staates sind.¹⁸⁶⁾ Ihrer mangelnden Autonomie und Selbständigkeit stehen nur scheinbar Art. 4 des Volksgerichtsorganisationsgesetzes und Art. 78 der ehemaligen Verfassung der Volksrepublik entgegen, nach denen Gerichte unabhängig und nur dem Gesetz gegenüber verantwortlich sind. Diese Bestimmungen werden nur als Schutz vor unrechtmäßiger Einmischung verstanden. Eine Einmischung des Volkes, das durch die staatlichen Organe und die Partei repräsentiert wird, ist jedoch nach kommunistischer Ideologie niemals unrechtmäßig, da die Gerichte die Interessen des Volkes zu verteidigen haben, ihm und seinen Organen daher Rechenschaft schuldig sind.¹⁸⁷⁾ Der oberste Gerichtshof ist daher dem nationalen Volkskongress verantwortlich und hat ihm Bericht zu erstatten. In Zeiten, in denen dieser nicht zusammentritt, nimmt dessen ständiger Ausschuß diese Stelle ein.¹⁸⁸⁾ Die örtlichen Gerichte sind den jeweiligen Volkskongressen auf ihrer Ebene verantwortlich und haben ihnen Bericht zu erstatten. Die Volkskongresse berufen ebenfalls die Präsidenten der Volksgerichte; Richter und Mitglieder der Rechtsprechungskomitees wurden bis zur Kulturrevolution von den örtlichen Volkskomitees in ihrer Eigenschaft als

186) Vgl. hierzu den Aufsatz von Ch'i Wen, Pi hsi ch'e ti su ch'ing tsu chan chieh chi " shen p'an tu li " te ssu hsiang ying hsiang (Die ideologische Vorstellung der Bourgeoisie von der " Unabhängigkeit der Rechtsprechung " muß völlig ausgemerzt werden), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 52 ff, in dem deutlich ausgesprochen wird, daß die Gerichte nichts weiter als Werkzeuge des Staates und der Partei seien. Siehe Ch'i Wen, S. 56. Vgl. auch Cohen, S. 48, der hervorhebt, daß Sicherheitsorgane, Gerichte und Staatsanwaltschaften nur zusammengehörende Teile einer " einzelnen administrativen Struktur " seien.

187) Vgl. Wu Te-feng, Wei pao wei she hui chu yi fa chih erh tou cheng (Kampf um das sozialistische Justizsystem zu verteidigen), in CFYC, Nr. 1, 1958, S. 10 ff. Nach Wu Te-feng (S. 14) sind die Gerichte von staatlichen Organen geschaffen und ihnen schon deshalb verantwortlich.

188) Art. 14 VolGOG.

höchste örtliche Exekutivorgane gewählt.¹⁸⁹⁾ An ihre Stelle sind in der Kulturrevolution die Revolutionskomitees (ko ming wei yüan hui) getreten.

Die Selbständigkeit und der Spielraum der einzelnen Richter ist durch die nach dem Volksgerichtsorganisationsgesetz bei jedem einzelnen Gericht zu errichtenden Rechtsprechungskomitees (shen p'an wei yüan hui) eingeschränkt, die einen wichtigen Platz im Rechtswesen der Volksrepublik einnehmen. Seine Mitglieder werden, um die Einheit des Staatsapparates zu betonen, von den örtlichen Volkskongressen auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichts ernannt.¹⁹⁰⁾ In der Regel bestehen sie aus dem Präsidenten selbst, den Kammervorsitzenden und anderen Richtern des Gerichtes.¹⁹¹⁾ Das Komitee besitzt das Recht, jedes Urteil (auch ein bereits rechtskräftiges) wieder aufzuheben und eine erneute Verhandlung anzuordnen.¹⁹²⁾ Nach dem Volksgerichtsorganisationsgesetz hatte auch der Leiter der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft das Recht, an den Sitzungen des Komitees teilzunehmen.¹⁹³⁾ Dieses Recht dürfte wie die der Staatsanwaltschaft generell zustehende Aufsichtsbefugnis inzwischen auf die Sicherheitsorgane übergegangen sein.

Gleichfalls eingeschränkt werden die Gerichte durch den beherrschenden, allgegenwärtigen Einfluß der Partei. Nach einhelliger Meinung ist die Politik der Partei bestimmender Faktor des Rechtswesens schlechthin. Gerichte haben die Parteilinie (tang te lu hsian) uneingeschränkt zu vertreten. Ohne die politische Führung der Partei ist - so der offizielle Standpunkt - ein demokratisches Justizwesen des Volkes gar nicht denkbar.¹⁹⁴⁾ Der als ganz natürlich und selbstverständlich verstandene Einfluß der Partei wirkt sich nicht nur in grundsätzlichen Fragen der Justizpolitik aus, sondern reicht tief hinunter bis in die

189) Art. 32 VolGOG.

190) Art. 10 VolGOG.

191) Vgl. Leng Shao-chuan, S. 84.

192) Art. 2 VolGOG; zum Verfahren siehe Chugunov, S. 200 ff.

193) Art. 10 VolGOG, Art. 17 des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften ".

194) Vgl. Yin P'ing u.a., Wo Kuo jen min min chu fa chih te chi ke wen t'i (Einige Probleme des demokratischen Justizwesens unseres Volkes), in CFYC, Nr. 2, 1959, S. 3 ff, hier S. 7.

Organisation und die tägliche Gerichtsarbeit. Die Volksgerichte sind daher nicht nur verpflichtet, den Anordnungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Folge zu leisten, sondern haben auch die Befehle und Anweisungen örtlicher Parteikomitees zu befolgen.¹⁹⁵⁾

Nicht überraschend ist den Parteikomitees, oder genauer gesagt besonderen Abteilungen, die die Justizorgane kontrollieren, auch die Befugnis zur Überprüfung gerichtlicher Entscheidungen übertragen. Ihre Prüfung bezieht sich auf alle Gründe, die bei der Entscheidung eines Falles eine Rolle gespielt haben. Sie besitzen das Recht, eine Strafe jederzeit wieder umzustoßen.¹⁹⁶⁾

Eine tatsächliche Einschränkung der Freiheit richterlicher Tätigkeit liegt ebenso im Zwang der Massenlinie, die nach einem immer wieder zitierten Wort Mao Tse-tung's darin besteht, die vagen und verschwommenen Vorstellungen der Massen zu sammeln, sie anschaulich und bildhaft zu machen und sie dann wieder in die Massen hineinzutragen.¹⁹⁷⁾ Die sich an diesen dialektischen Prozeß anknüpfenden, zum größten Teil bereits in der Yen-an-Zeit entwickelten fünf Verfahrensweisen: Verhandlungen an Ort und Stelle, vor

195) So Ch'i Wen (s. Anm. 186), S. 55, für den die Unterordnung der Gerichte unter die Führung der Partei erstes Gebot gerichtlicher Arbeit überhaupt ist. Vgl. auch den Aufsatz von Wu Te-feng (s. Anm. 187), S. 13 ff, der ebenfalls als selbstverständlich davon ausgeht, daß die Gerichte sich in allen Fragen den Direktiven der Partei unterzuordnen hätten.

196) Vgl. Chang Hui u.a., Che pu shih wo kuo hsing shih su sung chi pen yüan tse (Dies sind nicht die Grundsätze des Strafverfahrens unseres Landes), in CFYC, Nr. 4 1958, S. 76 ff; In diesem Aufsatz wird deutlich gemacht, daß sich die Führung der Partei konkret in der Überprüfung und Genehmigung der ergangenen Entscheidungen auswirken müsse. Vgl. zu diesem Problemkreis weiter Liu Tse-chün, Wo tse shen p'an kung tso te t'i hui (Lehren aus meiner Gerichtsarbeit), in CFYC, Nr. 1, 1959, S. 48 ff; Der Verfasser beschreibt hier sehr ausführlich, wie er als Richter bei jedem schwereren Fall vor und während des Verfahrens ständig mit den Parteistellen zusammenarbeitete, diesen Bericht erstattete und ihre Instruktionen einholte, die er dann peinlich befolgte. Bei Verfahren an Ort und Stelle galt sein erster Gang stets der örtlichen Parteileitung. Zur Führung der Partei vgl. weiter Leng Shao-chuan, ... 64 f; Hsia Tao-tai, S. 16 ff; Lubman, S. 547 f.

197) Vgl. "Mao Tse-tung hsüan chi " (Ausgewählte Werke Mao Tse-tung's), Peking, 1965, Bd. 3, S. 117, 119.

mobilen Gerichten, unter Mitwirkung von Volksschöffen, Massenprozesse und Schlichtung, erhielten in den letzten Jahren eine immer größer werdende Bedeutung, bis sie zu Grundprinzipien der Gerichtsarbeit überhaupt erhoben wurden.¹⁹⁸⁾ Zu diesen einzelnen Schattierungen gesellten sich in den letzten Jahren vor der Kulturrevolution Aufrufe an die Justizkader, sich mit den Massen zu verbrüdern, mit ihnen zusammen zu arbeiten, zu wohnen, zu essen und zu leben. Die Belegschaften ganzer Gerichte schickten sich im Verlauf dieser Kampagne an, in Betriebe oder Volkskommunen zu gehen, um dort manuelle Arbeit zu verrichten, Überreste bürgerlicher Ideologie auszumerzen, ihr Klassenbewußtsein zu stärken, den Enthusiasmus der Massen zu wecken, ihre Standpunkte kennenzulernen und sich mit ihnen zu solidarisieren.¹⁹⁹⁾

Zwei Bestandteile der Massenlinie sollen ihrer Wichtigkeit wegen an dieser Stelle näher dargelegt werden: das System der Volksschöffen (jen min p'ei shen) und die Organisation und Arbeit der Schlichtungskomitees (t'iao chieh wei yüan hui).

Gemäß Art. 8 des Volksgerichtsorganisationsgesetzes nehmen Volksschöffen grundsätzlich an allen Verfahren der ersten Instanz teil. Durch ihre Mitwirkung am Verfahren soll der Stimme der Massen unmittelbar Gehör verschafft werden, die Bevölkerung mit der richterlichen Arbeit und ihren Schwierigkeiten vertraut gemacht und ihnen gleichzeitig die Wichtigkeit der Befolgung von Recht und Gesetz nachdrücklich vor Augen gehalten werden.²⁰⁰⁾ Die Art der Auswahl der Schöffen, die im Jahr zehn Tage ihr Amt auszuüben haben, ist unterschiedlich: sie kann durch die Massen selbst oder indirekt durch Massenorganisationen, Verbände, Kollektive, Betriebe oder Truppenteile erfolgen.²⁰¹⁾ Volksschöffen stehen auf gleicher Ebene mit den hauptamtlichen Richtern. Sie können Akten einsehen, Beweiserhebungen durchführen, die Parteien und Zeugen unmittelbar

198) Zur Bedeutung der Massenlinie vgl. Pan Min-hsin, Chün chung lu hsien shih wo kuo cheng fa kung tso te ken pen lu hsien (Die Massenlinie ist die Grundlinie unserer politischen und justiziellen Arbeit), in CFYC, Nr. 2, 1959, S. 13 ff. Siehe weiter Leng Shao-chuan, S. 65 f; Lubman, S. 537.

199) Siehe hierzu Li Shih-ying, Lüeh lun cheng fa kan pu ts'an chia lao tung sheng chan te yi yi (Eine kurze Diskussion über die Bedeutung der Beteiligung von Polit- und Justizkadern an produktiver Arbeit), in CFYC, Nr. 1, 1959, S. 17 ff.

200) Vgl. Hsia Tao-tai, S. 22; Leng Shao-chuan, S. 90.

201) Vgl. die " Anweisung des Justizministeriums über Zahl, Amtszeit und Auswahlmethode von Volksschöffen " (Ssu fa pu kuan yü jen min p'ei shen yüan te ming e jen ch'i ho chan sheng pan fa te chih shih), vom 21. Juli 1956, abgedruckt in FKHP, Bd.4, 957, S. 239 - 241.

befragen, und fällen zusammen mit dem Richter das Urteil, das auch sie mit zu unterzeichnen haben.²⁰²⁾

Eine der sofort ins Auge fallenden, auf traditionelle Übung zurückgehenden Eigenarten des Justizwesens der Volksrepublik ist der weite Raum, der der außergerichtlichen Schlichtung auch strafbarer Übergriffe und Verletzungshandlungen eingeräumt ist.²⁰³⁾ Ausgeschlossen ist eine friedliche Beilegung nur bei schweren Gewaltdelikten wie etwa Totschlag, Brandstiftung, Raub oder schwerem Diebstahl, Verbrechen also, die die vom Staat garantierte Ordnung selbst bedrohen. In allen anderen Fällen verbindet sich die Zurückhaltung des Staates mit der immer noch sehr tief in der Bevölkerung verwurzelten Abneigung, Delikte vor Gericht zu bringen, die sich nur im eigenen persönlichen Umkreis zugetragen haben. Diese Indolenz der Bevölkerung ist mit der Passivität der Gerichte eine der Gemeinsamkeiten, in die sich die Volksrepublik und Taiwan trotz aller sonstigen Unterschiede teilen.²⁰⁴⁾ Anders als in Taiwan haben jedoch die Schlichtungsbemühungen in der Volksrepublik, die durch Nachbarn, Verwandte, weiter durch Polizisten des zuständigen Polizeireviers, Mitglieder der örtlichen Parteileitung, der Straßen- oder Einwohnerschaftskomitees und nicht zuletzt durch die - in Taiwan namensgleichen - Schlichtungskomitees (t'iao chieh wei yüan hui) in die Wege geleitet werden, als Ausdruck der Massenlinie einen verpflichtenden politischen Charakter, - dem Wort Mao Tse-tungs folgend, daß Meinungsverschiedenheiten im Volk durch demokratische Methoden, Diskussion, Überzeugung und Erziehung (shuo fu), nicht durch Zwang oder Unterdrückung (ya fu) gelöst werden sollen.²⁰⁵⁾ Institutionellen Charakter haben diese Verfahrensweisen

202) Art. 36, 37 VolGOG. Siehe hierzu auch Liu Ch'ing-po, S. 294.

203) Vgl. hierzu den ausgezeichneten Aufsatz von J.A. Cohen, Chinese Mediation on the Eve of Modernization, in " Journal of Asian and African Studies ", Vol. II, January and April 1967, S. 54ff; ders., The Criminal Process in the People's Republic of China, S. 23 ff, 141 ff; Leng Shao-chuan, S.91 f; Hsia Tao-tai, S. 8 ff.

204) Zur Praxis in Taiwan vgl. oben, S. 98 f.

205) Vgl. Mao Tse-tung, Kuan yü cheng ch'üeh ch'u li jen min nei pu mao tun te wen t'i (Über die richtige Behandlung von Widersprüchen im Volk), Peking, 1957, S. 4.

besonders in der Errichtung von Schlichtungskomitees gefunden.²⁰⁶⁾ Diese Komitees, die es in den von den Kommunisten beherrschten Gebieten bereits lange Zeit vor der Gründung der Volksrepublik gegeben hat, erhielten im Jahre 1954 durch die "Vorläufigen Organisationsregelungen zu Volks-Schlichtungskomitees" (Jen min t'iao chieh wei yüan hui chan hsing tsu chih t'ung tse) einen gesetzlichen Rahmen.²⁰⁷⁾ Schlichtungskomitees sind danach in Städten auf der Ebene von Polizeirevieren oder Straßenzügen, in ländlichen Gebieten in Gemeinden (hsiang) zu errichten.²⁰⁸⁾ Die Bestimmungen der vorläufigen Organisationsregelungen wurden durch das wenige Monate später verkündete Gerichtsorganisationsgesetz noch dadurch ergänzt, daß die Komitees auf der Ebene unterer Volksgerichte und unter ihrer Anleitung aufzustellen seien.²⁰⁹⁾

Schlichtungskomitees tragen aus offizieller Sicht den Interessen der Bevölkerung in zweierlei Weise Rechnung:²¹⁰⁾ Da sie ganz unten aufgestellt werden, sind ihre Mitglieder vertraut mit den besonderen örtlichen Verhältnissen. Sie können deswegen Streitfälle unter besonderer Berücksichtigung des Standpunktes der Massen schnell und zur Zufriedenheit aller aus der Welt schaffen.²¹¹⁾ Die Beteiligten sind nicht gezwungen, weite Wege zurückzulegen (shao p'ao lu) oder ihre Arbeit im Stich zu lassen (pu wu kung).²¹²⁾ Ein zusätzlicher Nutzen der Schlichtungskomitees liegt darin, daß sie die Bevölkerung über die Gesetze und Verordnungen der Volksrepublik aufklären, sie mit diesen vertraut machen und zur Hebung ihres Klassenbewußtseins und ihres inneren Zusammenhaltes beitragen. Von Bedeutung dürfte es sicher weiter sein, daß

206) Zu den Schlichtungskomitees vgl. Wang Min, Jen min t'iao ch'ü kung tso tui chieh chyüeh jen min nei pu mao tun te chung yao yi yi (Die große Bedeutung der Schlichtungsarbeit des Volkes, was die Beilegung von inneren Widersprüchen des Volkes anbelangt), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 27 ff; Yeh Ku-lin, Chung fen fa hui jen min t'iao chieh kung tso wei chien she she hui chu yi fu wu te tso yung (Bringe die Rolle der Schlichtungsarbeit des Volkes beim Aufbau des Sozialismus zur Hochblüte), in CFYC, Nr. 4, 1964, S. 12 ff.

207) Abgedruckt in FLHP, 1954, S. 47 f.

208) Vgl. Art. 4 der "Vorläufigen Organisationsregelungen zu Volks-Schlichtungskomitees".

209) Art. 9 VolGOG.

210) Vgl. hierzu den bei Cohen, S. 125 ff, übersetzten Artikel der "Jen min jih pao" vom 23. März 1954.

211) So wurden etwa in der Provinz Honan fünfzehn Mal so viele Streitfälle und kleinere Straftaten durch die Schlichtungskomitees aus der Welt geschafft als sie Gerichte erreichten; vgl. Wang Min (s. Anm. 206), S. 31.

212) Siehe Yeh Ku-lin (s. Anm. 206), S. 13.

Partei- und Verwaltungskader, Gerichte, Polizei, Einwohnerschaftskomitees und andere Massenorganisationen sich weniger ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden könnten, wenn sie ein großes Maß an Zeit, Geduld und Energie für diese eher geringfügigen Fälle aufbringen müßten.²¹³⁾

Der Funktion einer Beteiligung der Massen an der Gerichtsarbeit trägt auch der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung (kung k'ai shen p'an) Rechnung.²¹⁴⁾ Formell ist die Öffentlichkeit nur bei Vorliegen besonderer Gründe, etwa bei Verfahren wegen Geheimnisverrats, Sittlichkeitsdelikten und Verfehlungen Jugendlicher ausgeschlossen. Zumindest die Verkündung des Urteils hat in solchen Fällen aber öffentlich zu erfolgen. In der Praxis finden Gerichtsverhandlungen ungeachtet dieser Vorschrift häufig ex parte oder in camera statt, besonders dann, wenn ein Fall sich nicht zur propagandistischen Ausschlichtung eignet.²¹⁵⁾ Ist die Öffentlichkeit zugelassen, so haben neben den Parteien auch die Zuschauer das Recht, sich zu äußern und Fragen zu stellen.²¹⁶⁾ Die im Vordergrund stehende propagandistische, pädagogische Funktion der Gerichte schlägt sich auch in eingehender Berichterstattung geeigneter Fälle in Presse, Radio oder Wandzeitungen nieder. Fälle, durch die das politische Bewußtsein der Massen gefestigt werden kann, finden deswegen auch vielfach an Ort und Stelle statt.²¹⁷⁾

Das ideologische Gerüst für die Massenlinie und die enge Bindung der Gerichte an die Verwaltung und die Partei liefert die von Mao Tse-tung entwickelte Lehre von der richtigen Behandlung von Widersprüchen, deren Bedeutung für die Gerichtsarbeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.²¹⁸⁾ Mao Tse-tung stellt in dieser Lehre die These von zwei Formen gesellschaftlicher Gegensätze oder Widersprüchen auf, solchen zu den Feinden der Gesellschaft (ti wo mao tun) und solchen zwischen Mitglieder der Gesellschaft (nei pu mao

213) Siehe Cohen, S. 123.

214) Art. 7 VolGOG. Vgl. hierzu auch Liu Ch'ing-po, S. 292 f; Leng Shao-chuan, S. 149 ff.

215) Siehe Lubman, S. 547, 562.

216) Vgl. Chou Fang, Wo kuo chia chi kou (Die Staatsorgane unseres Landes), Peking, 1955, S. 126.

217) Vgl. Chou Fang, S. 27; Leng Shao-chuan, S. 150.

218) Vgl. oben, Anm. 205. Allgemein zu dieser Lehre Hsia Tao-tai, S. 18 ff; Leng Shao-chuan, S. 154 ff.

tun). Beide Formen von Widersprüchen oder Störungen des Friedens und der fortschreitenden Entwicklung zu einer klassenlosen Gesellschaft sind nach unterschiedlichen Kriterien zu lösen. Widersprüche, die von Personen hervorgerufen werden, die der sozialistischen Gesellschaft Widerstand leisten, ihr mit Haß begegnen und sie zu zerstören trachten, sind mit diktatorischen Mitteln zu unterdrücken (ya fu). Widersprüche im kommunistischen Lager selbst, hervorgerufen durch irregeleitete Angehörige der eigenen Klasse, sind demgegenüber mit demokratischen Mitteln der Überredung und Überzeugung (shuo fu) zu lösen. Milde also gegenüber dem Genossen, unnachgiebige Härte gegenüber dem Klassenfeind. Nach dieser Richtschnur hat sich jedes Strafverfahren auszurichten. Als Klassenfeinde sind neben Konterrevolutionäre vor allem solche Personen anzusehen, die mit dem geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetz in Konflikt geraten, besonders jedoch Gewaltverbrecher.²¹⁹⁾ Doch ist dies zunächst nur eine Vermutung, die widerlegt werden kann. Wird ihr der Boden entzogen, braucht ein Gerichtsverfahren nicht durchgeführt zu werden. An seine Stelle treten vielmehr informelle Mittel der Behandlung, Bestrafung, Zurechtweisung und Erziehung durch die Massenorganisationen oder Polizei- und Sicherheitsorgane.²²⁰⁾ Berufen zur Entscheidung über die Frage, wer im Zweifelsfall als Klassenfeind eingestuft werden muß, ist nur die Partei. Gerade hierin liegt der eigentliche Grund der ständigen Fühlungnahme der Gerichte mit der Partei.²²¹⁾ Sind die Gerichte nur Instrumente des Klassenkampfes und ist das formelle Gerichtsverfahren von vornherein hauptsächlich auf die Bekämpfung von Klassenfeinden ausgerichtet, denen mit rücksichtsloser, diktatorischer Härte zu begegnen ist, wird die Einhal-

219) Vgl. Lubman, S. 555, der ebenfalls hervorhebt, daß das formelle Gerichtsverfahren nur in Fällen Platz greift, die als "besonders sozialgefährlich" (particularly social dangerous) anzusehen sind. Siehe auch Hsia Tao-tai, S. 21. Umstritten sind allerdings die zusätzlichen Kriterien, nach denen die Unterscheidung zwischen diesen beiden Widersprüchen vorzunehmen ist. In erster Linie kommen hierfür Merkmale wie Soziale Herkunft, Klassenzugehörigkeit im engeren Sinn, politische Haltung etc. in Betracht.

220) Vgl. hierzu die Abhandlung des früheren Ministers für Staatssicherheit, Lo Jui-ch'ing, Kung an kung tso pi hsi chin yi pu ti kuan ch'e chün chung lu hsien (Die Sicherheitsarbeit muß in noch größerem Maße die Massenlinie zugrundelegen), in CFYC, Nr. 3, 1958, S. 23 ff, in der betont wird, daß die Polizei bei inneren Widersprüchen des Volkes nicht strafend sondern überzeugend und überredend vorzugehen hat.

221) Vgl. den bereits angeführten Bericht von Liu Tse-chün (s. Anm. 196), in dem mit großer Ausführlichkeit der ständige Kontakt zwischen Gerichtsfunktionären und Partei geschildert wird.

tung besonderer Schutzrechte für den Angeklagten für den Angeklagten zwangsläufig überflüssig. Seine Schuld liegt durch die im vorhinein und außerhalb des Gerichtes getroffene Klassifizierung ohnehin bereits fest. Die Unschuldsvermutung, der Grundsatz, daß dem Angeklagten seine Schuld zu beweisen ist und Zweifel hierüber zu seinen Gunsten gehen, gelten daher im sozialistischen Gerichtsverfahren nicht.²²²⁾ Solche Rechte haben im übrigen auch im traditionellen Verfahren nie eine Rolle gespielt. Im Ergebnis gleich begründete dort bereits die Einleitung eines Strafverfahrens und die hierdurch hervorgerufene Störung und Beunruhigung der Ordnung und des Frieden der Gemeinschaft, ~~denen~~ genauso wie heute ein größeres Gewicht als dem einzelnen zukam, die Vermutung der Schuld des Angeklagten. Störte jemand die untereinander bestehenden sozialen Beziehungen - und auch in der Rolle eines Klägers oder Beklagten lag bereits eine solche Obstruktion - war das Urteil in vielen Fällen bereits schon gesprochen.²²³⁾

In diesem Zusammenhang ist schließlich noch auf eine weitere Eigenart der traditionellen Rechtspflege einzugehen, die in nahezu unveränderter Gestalt auch heute noch anzutreffen ist. Die anordnende, Gesetze lediglich ausführende traditionelle Rechtspflege brauchte den Grundsatz " nullum crimen sine lege, nulla poena sine lege " nicht anzuerkennen, da ihr Zweck lediglich in der Wiederherstellung der sozialen Ordnung und weniger in der Bestimmung der individuellen, persönlichen Schuld des Angeklagten lag. Dementsprechend hat es in der Vergangenheit auch das Verbot der Analogie zuungunsten des Täters nie gegeben.²²⁴⁾ Aus einem ähnlichen Grund besitzt dieses Prinzip auch in der Gegenwart keine Geltung, in der die den Gerichten zuallererst zugewiesene Aufgabe der Bekämpfung des Klassenfeindes und des Schutzes der neuen sozialen Ordnung die Bestimmung persön-

222) Vgl. Wu Lu, Po " shen p'an yu li yü pei kao lun " (Zurückweisung des Gesichtspunktes von der Wohltat des Zweifels für den Angeklagten), in CFYC, Nr. 4, 1958, S. 59 ff.

223) Vgl. hierzu Van Gulik, T'an-yin-pi-shih, " Parallel Cases from under the Pear-tree ", Leiden, 1956, S. 56. Van Gulik bemerkt hier, daß kein wirklich guter Bürge jemals mit dem Gesetz in Konflikt kommt. Sogar eine völlig unschuldige Person, die fälschlich angeklagt wird, sei insoweit schuldig, als sie Teil einer Störung des Friedens des Distriktes sei - ein Affront gegen die Verwaltung des Vorstehers.

224) Vgl. oben, S. 36 Anm. 72.

licher Schuld des Täters in den Hintergrund drängt oder sogar völlig überflüssig macht (wie z. B. bei Konterrevolutionären). Gesellschaftsschädigendes Verhalten ist daher in der Volksrepublik auch dann strafbar, wenn es nicht unter eine ausdrückliche Strafvorschrift fällt.²²⁵⁾ Gesetzlich hat dieser Grundsatz etwa in Art. 31 der " Strafvorschrift der Volksrepublik China im Zusammenhang mit der Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung "²²⁶⁾ seinen Ausdruck gefunden; nach dieser Vorschrift ist eine Analogie zuungunsten des Täters erlaubt, wenn ihm ein Verhalten vorgeworfen wird, das die öffentliche Sicherheit verletzt, ohne jedoch unter einer der enumerativ aufgeführten Straftatbestände zu fallen.

Bevor zum Schluß auf die Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens eingegangen wird, soll zunächst noch das System der Strafen kurz umrissen werden, wie sie die Gerichte - im Unterschied zu den Sicherheits- und Polizeiorganen - verhängen können.²²⁷⁾ Es gibt sie in der Gestalt von informellen Sanktionen, die vor allem von den ganz unten rangierenden Volkstribunalen (jen min fa t'ing) ausgesprochen werden,²²⁸⁾ und als reguläre Strafen, die nur von den Volksgerichten (jen min fa yüan) verhängt werden können. Unter informellen Sanktionen fallen etwa die Auflagen, die eigene Person zu erziehen (tzu wo chiao yü), besser zu kontrollieren (tzu wo yüeh shu), zu kritisieren (tzu wo p'i p'ing) oder umzuerziehen (tzu wo kai tsao). Auf nächsthöherer Stufe stehen beispielsweise gelenkte und kontrollierte Erziehungsmaßregeln (ko pieh chiao yü), Warnungen (ching kao), die Aufforderung, sich beim Verletzten zu entschuldigen (tao ch'ien), den Schaden wiedergutzumachen (p'ei shang sun shih), fremdes Gut wieder zurückzugeben (t'ui huan yüan wu) oder einen Bürgen zu suchen, der für zukünftiges Wohlverhalten einsteht (ch'ü pao chü chieh).

225) Vgl. hierzu die " Lectures on the general principles of criminal Law of the People's Republic of China (s. Anm. 119), S. 119. Siehe gleichfalls Leng Shao-chuan, S. 160.

226) Siehe oben, Anm. 5 und S.

227) Vgl. hierzu den Überblick bei Cohen, S. 20 f; siehe auch Leng Shao-chuan, S. 166 f.

228) Zu den Sanktionen der Volkstribunale vgl. den Aufsatz von Ch'en Fu (s. Anm. 174), hier S. 24.

Unter regulären Strafen fallen Arbeit unter Kontrolle (kuan chih lao tung), die dem Verurteilten (nicht selten einem Angehörigen der technischen Intelligenz, auf dessen Dienste man angewiesen ist) erlaubt, seinen Platz in der Gesellschaft zu behalten, allerdings unter besonderer, diskriminierender Aufsicht und Überwachung, weiter zeitlich beschränkte Freiheitsstrafe (yu ch'i t'u hsing), zeitlich unbegrenzte Freiheitsstrafe (wu ch'i t'u hsing) und schließlich die Todesstrafe (szu hsing). Freiheitsstrafe bedeutet in der Praxis Umerziehung durch Arbeit (lao tung kai tsao) und nimmt die Stelle ein, die in der Vergangenheit die ebenfalls mit Zwangsarbeit verbundene zeitlich beschränkte Verbannung (t'u) oder zeitlich²²⁹⁾ unbeschränkte Verbannung oder Deportation (liu) eingenommen haben. Ähnlich dem traditionellen Strafvollzug werden die Verurteilten gewöhnlich in abgelegene, unerschlossene Gebiete gebracht, um dort bei der Kultivierung, Erschließung und Besiedlung zu helfen.²³⁰⁾ Die Todesstrafe wird grundsätzlich zuerst in der abgemilderten Form ihrer vorläufigen Aussetzung für zwei Jahre (szu huan) ausgesprochen, in deren Verlauf der Täter Zwangsarbeit abzuleisten hat und unter besonderer Beobachtung steht. Liegen nach dieser Zeit sichere Anhaltspunkte einer Wandlung vor, kann das Gericht die Todesstrafe in zeitlich befristete oder unbefristete Freiheitsstrafe umwandeln.²³¹⁾ Auch dieses Verfahren zeigt im übrigen eine verblüffende Verwandtschaft mit traditionellen Prozeduren. Dort konnte ein zum Tode Verurteilter in die Kategorie derjenigen aufgenommen werden,²³²⁾ deren Hinrichtungen vorerst aufzuschieben waren (huan chyüeh). Auch hier wurde über das endgültige Schicksal des Verurteilten erst nach zwei Jahren entschieden. Wie im traditionellen Recht ist auch in der Volksrepublik bei der Verhängung der Todesstrafe formell die Genehmigung des obersten Justizorgans erforderlich.

Das Recht auf Einlegung eines Rechtsmittels ist in der Volks-

²²⁹⁾ Vgl. oben, S. 15, Anm. 19.

²³⁰⁾ Vgl. hierzu Meng Chao-liang, Chiu nien lai lao tung kai tsao kung tso te chi pen ch'ing k'uang (Die Grundsituation in den Bestrebungen zur Umerziehung durch Arbeit während der letzten neun Jahre), in CFYC, Nr. 5, 1958, S. 66 ff.

²³¹⁾ Siehe Cohen, S. 21; Leng Shao-chuan, S. 166 f.

²³²⁾ Vgl. oben, S. 49.

republik grundsätzlich auf die Anrufung einer einzigen weiteren Instanz beschränkt.²³³⁾ In der Praxis spielt das Rechtsmittelverfahren **traditionsgemäß** eine völlig untergeordnete Rolle. Nach Schätzungen von offizieller Seite beläuft sich der Prozentsatz der angefochtenen Urteile auf lediglich 5%, in einigen Provinzen soll er noch darunter liegen.²³⁴⁾ Von einigen Gerichten wird sogar offiziell berichtet, daß keines ihrer Urteile bislang angefochten wurde.²³⁵⁾ Ursache dieser Abneigung ist neben dem traditionellen Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber Gerichten wohl auch die Furcht, durch einen an den Tag gelegten Starrsinn und eine offenkundige Unbelehrbarkeit eine noch empfindlichere Strafe auf sich zu ziehen. An die Stelle der Kontrolle richterlicher Entscheidungen durch das Rechtsmittelverfahren ist in einer weiteren Parallele zum traditionellen Verfahren die von Amts wegen vorzunehmende Überprüfung durch andere Stellen getreten; diese Überprüfung erfolgt ohne Rücksicht darauf, ob eine Entscheidung bereits rechtskräftig ist.²³⁶⁾ Anders als in der Vergangenheit sind in diesen bürokratischen Prozeß jedoch nicht nur die jeweils nächsthöheren Behörden eingeschaltet. Bereits erwähnt wurden die Befugnisse des Rechtsprechungskomitees, das nach einer Vorprüfung durch den Gerichtspräsidenten ein Urteil ohne weiteres abändern oder aufheben kann. Ein amtliches Prüfungsrecht hatte auch die Staatsanwaltschaft auf Grund ihrer generellen Aufsichtsbefugnis über die Gerichte; diese Befugnis dürfte jetzt - zumindest formell - auf die Sicherheitsorgane übergegangen sein. Ebenso bereits angeführt wurde die den örtlichen Parteistellen zustehende Befugnis zur Überprüfung von Urteilen. Innerhalb des Gerichtszuges selbst besitzt jedes übergeordnete Gericht diese Kompetenz; auch hier spielt es keine Rolle, ob eine Entscheidung bereits rechtskräftig ist oder Rechtsmittel eingelegt wurden.²³⁷⁾ Ein ähnliches Recht stand bis zum Erlaß der neuen Verfassung auch den oberen und vor allem auch der obersten Staatsanwaltschaft zu.

233) Art. 11 VolGOG.

234) Vgl. hierzu Chugunov, S. 173.

235) Siehe Hsiung Hsien-chüeh, Pao hu hsing shih pei kao jen te shang su ch'üan (Schützt das Recht des Angeklagten auf Anfechtung in einem Strafverfahren), in CFYC, Nr.4, 1956, S. 36 ff, hier S. 37.

236) Art. 12 VolGOG. Zum traditionellen Überprüfungsverfahren siehe oben, S. 40 ff.

237) Art. 12 VolGOG.

Bei Feststellung einer Fehlerhaftigkeit waren sie berechtigt, Protest oder Beschwerde auch dann einzulegen, wenn die angegriffene Entscheidung bereits rechtskräftig war.²³⁸⁾ Auch diese Befugnis dürfte in der Zwischenzeit auf die Sicherheitsorgane übergegangen sein.

In der Praxis liegt die Überprüfung von Urteilen unterer Gerichte durch ein obers Gericht in Händen eines Kollegiums von drei Richtern. Das Verfahren selbst läuft grundsätzlich ohne jedes Zutun der Parteien ab. Sie haben nicht das Recht, an diesem (behörden-internen) Vorgang teilzunehmen oder hierbei gehört zu werden. Die Überprüfenden stellen können jedoch weitere Untersuchungen anstellen und von sich aus die Parteien oder Zeugen noch einmal vernehmen. Die Überprüfung durch ein übergeordnetes Gericht kann die Bestätigung des Urteils oder die Feststellung seiner Fehlerhaftigkeit zur Folge haben. Im letzteren Fall kann das überprüfende Gericht die Sache zur erneuten Verhandlung an das ursprüngliche Gericht zurückverweisen, selbst eine Verhandlung durchführen oder das Urteil kurzerhand berichtigen.²³⁹⁾

Zusammenfassend läßt sich zur Strangerichtsbarkeit der Volksrepublik sagen, daß sie weit davon entfernt ist, eine autonome, selbständige Gewalt mit deutlich abgesetzten eigenen Befugnissen zu sein. Auf der Grenzlinie zwischen Rechtsprechung und Verwaltung stehend neigt sie sich mehr zur letzteren - Ähnlich wie die traditionelle Rechtspflege, bei der die mangelnde Abgrenzung wohl am deutlichsten in der Person des Distrikts- oder Bezirksvorstehers verkörpert war. Noch über dem Einfluß der Exekutive auf die Gerichtsbarkeit rangiert der der Partei, die auf Grund des ihr zustehenden absoluten Führungsanspruches die Anleitung der Gerichte nicht nur theoretisch für sich in Anspruch nimmt, sondern diesen Einfluß bis hin zur Vorbereitung und Überprüfung von Entscheidungen auch tatsächlich ausübt.²⁴⁰⁾ Ausschlaggebend ist dieser Einfluß bei der Bestimmung des Klassencharakters einer Tat, der in vielen Fällen die Frage nach der Schuld des Angeklagten präjudiziert und ein Verfahren

238) Art. 12VolGOG. Art. 15, 16 des " Gesetzes über die Organisation der Volksstaatsanwaltschaften ".

239) Siehe hierzu Wang Hsin u.a., Yu kuan shen p'an chien tu ch'eng hsü te chi ko wen t'i (Einige Fragen zum Aufsichtsverfahren über die Rechtsprechung, in CFYC, Nr.2, 1958, S. 71 ff.

240) Siehe hierzu auch Cohen, S. 52.

vor den Gerichten erst in Gang bringt. Wesentliches Merkmal des Verfahrens selbst sind die unterschiedlichen Spielarten der Massenlinie: Schlichtung, Volksschöffen, Verfahren an Ort und Stelle, vor mobilen Gerichten und Massenprozesse, die in Zeiten regelmäßig wiederkehrender Säuberungskampagnen abgehalten werden. So kam es etwa in der letzten größeren dieser Säuberungskampagnen, der Kulturrevolution, zur Errichtung von Revolutionstribunalen (ko ming fa t'ing),²⁴¹⁾ die in Massenverfahren Revisionisten, Reaktinäre, Konterrevolutionäre und andere politische Feinde aburteilten. Zu grundsätzlichen Änderungen in der Strafgerichtsbarkeit und Justizpolitik scheint es aber auch in dieser Kampagne nicht gekommen zu sein, sieht man von der Übertragung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft auf die Sicherheitsorgane ab, die das oben gezeichnete Bild der Strafgerichtsbarkeit als eines politischen Werkzeuges der Exekutive und der Partei jedoch eher noch bestätigt.

²⁴¹⁾ Vgl. Liu Ch'ing-po, S. 332.

Zusammenfassung

Läßt man die verschiedenen Etappen der Entwicklung der chinesischen Strafrechtspflege an sich vorbeiziehen, fallen zunächst die großen Unterschiede ins Auge. Im China der Ch'ing-Zeit (und auch in den vorangegangenen Dynastien) waren es konfuzianische Beamte, die die Rechtspflege prägten, in der Republik China und in Taiwan sind es westlich ausgebildete Juristen, in der Volksrepublik kommunistische Funktionäre und Aktivisten, in deren Hände Rechtsprechung liegt. Auf den ersten Blick läßt sich für diese durch Welten getrennte Rechtssysteme nur sehr schwer ein gemeinsamer Nenner finden. Bei genauerem Hinschauen lassen sich jedoch einige Gemeinsamkeiten feststellen. Die wohl wichtigste unter ihnen liegt in der Geringachtung von Gesetz und Recht. Gesetzen und ihren Wächtern, den Gerichten, kommt nach chinesischem Staatsverständnis nur eine sekundäre Rolle zu. In der Vergangenheit waren es Harmonie und Eintracht der familienorientierten Gemeinschaft, in der Volksrepublik ist es die sozialistische Einheit und Solidarität der Massen und in Taiwan die Ruhe und Ordnung der Gesellschaft, denen ein weit höheres Gewicht zukam und zukommt als dem Einzelnen und seinen noch so berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit - für die es im übrigen in der chinesischen Sprache nie einen adäquaten Ausdruck gegeben hat. Im China der Ch'ing-Zeit war Rechtsprechung ihrem niedrigen Stellenwert entsprechend nur ein Zweig der Verwaltung, in der Volksrepublik ist sie - nicht weit davon entfernt - ein Werkzeug der Partei und der Exekutive. Auch in Taiwan finden sich mehr als nur Spuren ihrer fehlenden Eigenständigkeit - etwa in der dienstlichen Gleichstellung von Richtern und Beamten.

Die Frage der Unabhängigkeit der Justiz, die oft schon mit einer unbewußten Wertung verbunden ist, stellt sich in China jedoch ganz anders als in der europäischen Rechtskultur. Auch in der Vergangenheit hat es in China unabhängige Gerichte nie gegeben. Jedoch war das eigentliche Ziel einer unabhängigen Justiz, Willkür und Ungerechtigkeiten auszuschließen, früher im wesentlichen gewahrt. Dort war es das System gemeinsamer Haftung und

Verantwortung der Beamten, das als Sperriegel gegen staatliche Gewalt und Willkür diente. Dieses auf strenge Kontrollen und rigorose Sanktionen beruhende System staatlicher Selbstkontrolle und Selbstreinigung ist heute verschwunden. Die Frage stellt sich also eher danach, ob das früher durch dieses System gesicherte (rechtsstaatliche) Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Justiz durch ein anderes ersetzt worden ist, das die gleiche Funktion erfüllt. Zumindest für die Volksrepublik wird man diese Frage verneinen müssen. Die Kontrolle der Rechtsprechung durch die Partei und die Massen hat in der kurzen Geschichte des kommunistischen Chinas diesen Zweck nie erfüllt und sollte ihn wohl auch nie erfüllen. Gegen den Klassenfeind war und ist alles erlaubt. Demgegenüber hat Taiwan, trotz aber auch gerade wegen aller Einschränkungen, die sich auf Grund seiner gefährdeten politischen Lage ergeben, einen Zustand geschaffen, der dem Ideal Chinas - der Gesetzmäßigkeit von Verwaltung und Justiz - sehr viel näherkommt.

Literaturverzeichnis

- Alabaster, E., Notes and Commentaries on Chinese Criminal Law, London, 1899.
- Bodde, D., a. Law in Imperial China, Cambridge, Morris, C., Mass., 1962.
- Brunnert a. Present Day Political Organization of Hagelstrom, China, Peking, 1910, (Nachdruck, Taiwan, 1971).
- Bünger, Karl, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, Sonderdruck aus den Deutschen Landesreferaten zum III. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung in London, 1950.
- Fünfzig Jahr Rechtsreform in China, in " Übersee Rundschau ", Jhg. 1950.
- Über die bürokratische Organisation in Ostasien, in " Oriens Extremus ", Jhrg. 21, 1974. S. 141 - 158.
- Chan Heng-chü, Chung kuo chin tai fa chih shih (Geschichte der neueren chinesischen Rechtsordnung). Taipei, 1973.
- Chang Chen Fu-mei, On Analogy in Ch'ing Law, in " Harvard Journal of Asiatic Studies ", Vol. 30, 1970.
- Chang Chin-chien, Chung kuo fa chih shih kai yao (Abriß der Geschichte der chinesischen Rechtsordnung). Taipei, 1974.
- Chang Hui u.a., Che pu shih wo kuo hsing shih su sung chi pen yüan tse (Dies sind nicht die Grundsätze des Strafverfahrens unseres Landes), in CFYC¹⁾, Nr. 4, 1958. S. 76ff.
- Chang So-tsung, Ching tai hsing fa yen chiu (Untersuchungen zum Strafrecht der Ch'ing-Dynastie). Taipei, 1974.
- Chen P'u-sheng, Lun hsing shih su sung fa chih li fa ch'ü hsiang (Gesetzgeberische Tendenzen zum Strafverfahrensgesetz), in " Chung kuo fa hsüeh lun chu hsüan chi " (Gesammelte Aufsätze zur chinesischen Rechtswissenschaft), herausgegeben von Tiao Jung-hua, Taipei, 1967

¹⁾ Cheng Fa Yen Chiu (Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft) wird als CFYC abgekürzt.

- Ch'en Fu, Shih lun jen min fa t'ing te chi kou wen t'i (Versuch einer Erörterung von Problemen hinsichtlich der Volkstribunale), in CFYC, Nr. 3, 1964, S. 22 ff.
- Ch'en Ku-yüan, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1973.
- Ch'i Wen, Pi hsü ch'e ti su ch'ing tsu chan chieh chi " shen p'an tu li " te ssu hsiang ying hsiang (Die ideologische Vorstellung der Bourgeoisie von der " Unabhängigkeit der Rechtsprechung " muß völlig ausgemerzt werden), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 52 ff.
- Ch'iu Han-p'ing, Li tai hsing fa chih (Abhandlungen zum Strafrecht der aufeinanderfolgenden Dynastien), Taipei, 1965.
- Chou Fang, Wo kuo chia chi kou (Die Staatsorgane unseres Landes), Peking, 1955.
- Chu Chien-hung, T'an chün fa shen p'an yü su sung ch'eng hsü chih chien hua (Über die Militärgerichtsbarkeit und die Vereinfachung von Verfahrensregeln), in " Fa hsüeh lun chi " (Gesammelte Abhandlungen zur Rechtswissenschaft), Taipei, 1977, S. 641 - 646.
- Chugunov, Vladimir, Ugolovnoye Sudoproizvodstvo kitayskoy Narodnoy Respubliki (Criminal court procedures in the People's Republic of China), Moskau, 1954 (übersetzt vom " Joint Publications Research Service ", Washington, 1961).
- Ch'ü T'ung-tsu, Local Government in China under the Ch'ing, Cambridge, Mass., 1962.
- Cohen, J.A., Chinese Mediation on the Eve of Modernization, in " Journal of Asian and African Studies ", Vol. II, No. 1 - 2, January and April 1967.
- The Criminal Process in the People's Republic of China, Cambridge, Mass., 1968.
- Escarra, Jean, Le Droit Chinois. Conception et évolution Institutions législatives et judiciaires, Science et enseignement, Peking u. Paris, 1936.

- Fan Kuei-shu, Wo kuo chün shih shen p'an chih tu lüeh lun (Kurzer Abriß der chinesischen Militärgerichtsbarkeit), in " Fa hsüeh lun chi ", Taipei, 1977, S. 612 - 620.
- Fan Min-hsin, Chün chung lu hsien shih wo kuo cheng fa kung tso te ken pen lu hsien (Die Massenlinie ist die Grundlinie unserer politischen und justiziellen Arbeit), in CFYC, Nr. 2, 1959, S. 13 ff.
- Fishel, W.R., The End of Extraterritoriality in China, Berkeley, 1952.
- Fu Tsung-mao, Ch'ing chih lun wen chi (Gesammelte Abhandlungen zum Herrschaftssystem der Ch'ing-Dynastie), 2 Bde. Taipei, 1977.
- Gelder, G.S. (ed.) The Chinese Communists, London, 1946.
- Huang Yüan, Jen min fa Yüan chi pen chih shih Chiang hua (Vorlesungen zum Grundwissen über die Volksgerichte), Kanton, 1956.
- Hung Pen-chi, Li tai chih kuan piao (Übersicht über die Beamtschaft der aufeinanderfolgenden Dynastien), Erläuterungen hierzu von Chü T'ui-yüan, Taipei, 1975.
- Hsia Tao-tai, Survey of the Administration of Justice in China, in " Guide to Selected Legal Sources of Mainland China ", Washington, 1967.
- Hsiung Hsien-chüeh, Pao hu hsing shih pei kao jen te shang su ch'üan (Schützt das Recht des Angeklagten auf Anfechtung in einem Strafverfahren), in CFYC, Nr. 4, 1956, S. 36 ff.
- Hsü Chao-yang, Chung kuo su sung fa su yüan (Ursprünge des chinesischen Verfahrensrechts), Taipei, 1973.
- Jescheck-Löffler, Quellen und Schrifttum des Strafrechts, Bd. II: Außereuropäische Staaten, 2. Lieferung: Asien u. Nordafrika; München, 1976.
- Kotenev, A.M., Shanghai: It's Mixed Court and Council, Shanghai, 1925, (Nachdruck, Taiwan).
- Lei Lu-ch'in, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1972.

- Leng Shao-chuan, Justice in Communist China, New York, 1967.
- Li Shih-ying, Lüeh lun cheng fa kan pu ts'an chia lao tung sheng chan te yi yi (Eine kurze Diskussion über die Bedeutung der Beteiligung von Polit- und Justizkadern an produktiver Arbeit), In CFYC, Nr. 1, 1959, S. 17 ff.
- Li Ping-ts'ai, Chün fa fu p'an chih tu chih li lun yü shih wu (Theorie und Praxis des militärgerichtlichen Appellationssystems), in " Fa hsüeh lun chi ", Taipei, 1977, S. 621 - 628.
- Lin Jung-yao, Ti yüan hsing shen yü kuan wen ti chi yen chiu (Untersuchungen zu Problemen bei Verfahren in Strafsachen vor den Landgerichten), in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June, 1970, S. 100 - 104.
- Lin Yün-yung, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1976.
- Liu Ch'ing-po, Chung kung ssu fa lun (Das Justizsystem der chinesischen Kommunisten), Taipei, 1976.
- Liu Tse-chün, Wo tso shen p'an kung tso te t'i hui (Lehren aus meiner Gerichtsarbeit), in CFYC, Nr. 1, 1959, S. 48 ff.
- Lo Chih-yüan, Chin tai chung kuo fa chih yen pien yen chiu (Untersuchungen zur Entwicklung der neueren chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1976.
- Lo Jui-ch'ing, Kung an kung tso pi hsü chin yi pu ti kuan ch'e chün chung lu hsien (Die Sicherheitsarbeit muß in noch größerem Maße die Massenlinie zugrundelegen), in CFYC, Nr. 3, 1958, S. 23 ff.
- Lubman, Stanley, Form and Function in the Chinese Criminal Process, in " Columbia Law Review ", Vol. 69, S. 535 - 575, 1969.
- Ma Hsi-wu, Hsin min chu chu yi ko ming chieh tuan chung shan kan ning pien ch'ü jen min ssu fa kung tso (Die Justizarbeit des Volkes in der Shensi-Kansu-Ninghsia Grenzregion während des Stadiums der neuen demokratischen Revolution), in CFYC, Nr. 1, 1955, S. 7 ff.

- Mao Tse-tung Mao Tse-tung hsüan chi (Ausgewählte Schriften von Mao Tse-tung), Bd. 1 - 4, Peking, 1963.
- Mayers, W.F., The Chinese Government, London, 1897 (Nachdruck, Taiwan).
- Meijer, M.J., The Introduction of Modern Criminal Law in China, Batavia (Jakarta), 1949.
- Meng Chao-liang, Chiu nien lai lao tung kai tsao kung tso te chi pen ch'ing k'uang (Die Grundsituation in den Bestrebungen zur Umerziehung durch Arbeit während der letzten neun Jahre), in CFYC, Nr. 5, 1958, S. 66 ff.
- Morse, H.B., International Relations of the Chinese Empire, 3 Vls., London, 1910 (Nachdruck, Taiwan).
- Shuzo Shiga Shindai no shiho ni okeru Hanketsu no Seikaku - Hanketu no kakutei to yu kannen no Fusonzai (Die Natur richterlicher Entscheidungen im China der Ch'ing-Dynastie: Fehlen des Konzeptes der " res iudicata "), in " Hogaku kyokai Zasshi ", Bd. 91, Nr. 8, S. 47 - 96, Bd. 92, Nr. 1, S. 1 - 64, 1974 - 1975.
- Criminal Procedure in the Ch'ing Dynasty, in " Memoirs of the Research Department of the Toyo Bunko ", Nr. 32, S. 1 - 45, Nr. 33, S. 115 - 138, 1974 - 1975.
- Tai Yen-hui, Chung kuo fa chih shih (Geschichte der chinesischen Rechtsordnung), Taipei, 1971.
- T'an Cheng-wen, Hsi ch'ü ching yen chiao hsün, t'ui tung chien ch'a kung tso ta yao chin (Strebe nach Erfahrung und Belehrung, treibe in einem großen Sprung die staatsanwaltschaftliche Arbeit voran), in CFYC, Nr. 3, 1958, S. 34 ff.
- Kung ku chien ch'a kung tso shang liang t'iao lu hsian tou cheng te sheng li, wei ch'e ti su ch'ing ts'an ts'un te tsu chan chieh chi fa lü kuan tien ying hsiang erh tou cheng (Konsolidiere den Sieg staatsanwaltschaftlicher Arbeit im Kampf zwischen den zwei Linien, strebe danach, die Überbleibsel des Rechtsbewußtseins der bürgerlichen Klasse völlig ausmerzen), in CFYC, Nr. 6, 1958, S. 15 ff.

- Tao Hsi-sheng, Ch'ing tai chou hsien ya men hsing shih shen p'an chih tu chi ch'eng hsi (Strafggerichtsordnung und Verfahrensregeln der Bezirks- und Distriktsyamen der Ch'ing-Dynastie), Taipei, 1972.
- Tao Lung-sheng, Ching ch'a ch'uan yü ke jen ch'uan (Polizeigewalt und die Rechte des Einzelnen), in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, 1970, S. 13 - 17.
- Tiao Jung-hua, Chün shih shen p'an fa shih yung (Praxis des Militärgerichtsverfahrens), Taipei, 1972.
- Tiao Jung-hua a. Liu Ch'i-hua, Chün fa chih tu chih li lun t'i hsi chi ch'i ko hsin (Zum theoretischen System des Militärrechts und seiner Erneuerung), in " Fa hsieh lun chi ", Taipei, 1977, S. 664 - 674.
- Tjong Zong-uk, Hsing shih t'e chieh fa ko lun (Besonderes Strafrecht), Taipei, 1972.
- Ts'ai Tun-ming, Zur Geschichte der Kodifikation des Strafrechts in Ostasien, in " Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft ", Bd. 84, 1972, S. 1088 - 1119.
- Ts'ai Yin-en, Hsing shih su sung fa (Strafverfahrensgesetz), Taipei, 1977.
- Van der Sprenkel, S., Fa yüan tau chih fa hsin lun (Neue Abhandlungen zum Gerichtsorganisationsgesetz), Taipei, 1971.
- Wang Chi-pao, Legal Institutions in Manchu China, London, 1962.
- Wang Chien-chin, Min kuo ssu fa chih (Abhandlungen zum Justizwesen der Republik 7), Taipei, 1956.
- Wang Hsin u.a., Tsu su chih tu ts'un fa wen t'i chih chien t'ao (Untersuchungen zu Fragen des Systems der Privatklage), in " Chung kuo fa hsieh lun chu hsüan chi ", S. 396 - 401. Taipei, 1976.
- Wang Hui-ch'eng, Yu kuan shen p'an chien tu ch'eng hsi te chi ko wen t'i (Einige Fragen zum Aufsichtverfahren über die Rechtsprechung), in CFYC, Nr. 2, 1958, S. 71 ff.
- Chieh yen shih ch'i t'ai wan ti ch'ü chün fa yü ssu fa chi kuan hsing shih shen p'an ch'uan chih hua fen (Über die Verteilung von Strafsachen zwischen den Militärgerichtsorganen und den

Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Zeit des Ausnahmezustandes im Gebiet Taiwans), in " Fa hsüeh lun chi ", S. 647 - 663, Taipei, 1977.

Wang Min,

Jen min t'iao ch'u kung tso tui chieh chyüeh jen min nei pu mao tun te chung yao yi yi (Die große Bedeutung der Schlichtungsarbeit des Volkes, was die Beilegung von inneren Widersprüchen des Volkes anbetrifft), in CFYC, Nr. 2, 1960, S. 27 ff.

Weng Yueh-sheng,

Die Stellung der Justiz im Verfassungsrecht der Republik China, Taipei, 1970.

Wu Lu,

Po " shen p'an yu li yü pei kao lun " (Zurückweisung des Gesichtspunktes von der Wohltat des Zweifels für den Angeklagten), in CFYC, Nr. 4, 1958, S. 59 ff.

Wu Te-feng,

Wei pao wei she hui chu yi fa chih erh tou cheng (Kampf, um das sozialistische Justizsystem zu verteidigen), in CFYC, Nr. 1, 1958, S. 10 ff.

Yang Chung-sen,

The Career Judiciary in the Republic of China, in " Chengchi Law Review ", Vol. 2, June 1970, S. 122 - 159.

Yang Hung-lieh,

Chung kuo fa lü fa ta shih (Geschichte der Entwicklung des chinesischen Rechts), Taipei, 1967.

Yeh Ku-lin,

Chung fen fa hui jen min t'iao chieh kung tso wei chien she she hui chu yi fu wu te tsc yung (Bringe die Rolle der Schlichtungsarbeit des Volkes beim Aufbau des Sozialismus zur Hochblüte), in CFYC, Nr. 4, 1964, S. 12 ff.

Lebenslauf

Ich wurde am 9. März 1944 in Aachen als Sohn des Dr. Ferdinand Kloubert und seiner Frau Anneliese Kloubert, geb. Lorenz, geboren. Nach meinem Abitur am humanistischen Kaiser-Karls-Gymnasium in Aachen studierte ich von 1965 an in Freiburg, Tübingen und Bochum Rechtswissenschaft und Sinologie. Im Jahre 1970 legte ich in Freiburg die erste juristische Staatsprüfung ab. Im Frühjahr 1971 erhielt ich ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes zur Vervollständigung meiner sprachlichen Ausbildung an der Fu-Jen Universität in Taiwan. Nach meiner Rückkehr aus Taiwan im Herbst 1973 setzte ich meine juristische Ausbildung in den Oberlandesgerichtsbezirken Hamm und Köln fort. Im März 1976 bestand ich in Düsseldorf meine zweite juristische Staatsprüfung. Im Frühjahr 1976 erhielt ich ein Forschungsstipendium der Max-Planck-Gesellschaft, um eine Dissertation auf dem Gebiet des chinesischen Rechts anzufertigen. Zur Vorbereitung meiner Dissertation hielt ich mich von November 1976 bis Januar 1978 in Taiwan auf.

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON
FROM THE FIRST SETTLEMENT
TO THE PRESENT TIME
BY
JOHN B. BOWEN
OF THE CITY OF BOSTON
IN TWO VOLUMES
VOL. I.
BOSTON: PUBLISHED BY
J. B. BOWEN, 1845.

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON
FROM THE FIRST SETTLEMENT
TO THE PRESENT TIME
BY
JOHN B. BOWEN
OF THE CITY OF BOSTON
IN TWO VOLUMES
VOL. II.
BOSTON: PUBLISHED BY
J. B. BOWEN, 1845.

